Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. April 1980
Jg. 8 Nr. 15

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Einen Stillstand kann sich die Lohnbewegung nicht leisten

Konjunkturaussichten / Die Lohnbewegung ist jedenfalls nicht geschlagen

z.ges. In mehreren großen Bereichen der Lohnarbeit liegen jetzt die Abschlüsse vor, in der Metallindustrie, der Druckindustrie, der Bauindustrie und im öffentlichen Dienst. Prozentual liegen die Abschlüsse zwischen 6,3% im öffentlichen Dienst und bis über 7% in einigen kleineren Industriebereichen. In der Druckindustrie gelang es, strukturelle Verbesserungen für die unteren Lohngruppen tariflich durchzusetzen. In der Metallindustrie wurden nur einmalige, absolut niedrige einmalige Zahlungen für die unteren Lohngruppen erreicht, obwohl eine tarifliche Mindesterhöhung gefordert war. Im öffentlichen Dienst reichte es für die schlechter bezahlten Arbeiter und Angestellten ebenfalls nur zu einmaligen Zahlungen und einer Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen, die während des nächsten Jahres monatlich ausgezahlt werden. Alles in allem konnte die gute Forderungslage nicht in gute Ergebnisse umgesetzt werden, und auch die relativ hohen Prozente sehen nur zunächst ganz gut aus. In der Metallindustrie läßt sich schon jetzt sagen, daß die tarifliche Lohnerhöhung nicht allgemein auf die Effektivlöhne übergewälzt wurde. Selbst wenn die Effektivlöhne in den nächsten Monaten im Durchschnitt doch um 6,8% steigen sollten, ist schon jetzt sicher, daß es zu dieser durchschnittlichen Steigerung nicht dadurch kommt, daß allen die Effektivlöhne entsprechend der Tariflohnerhöhung erhöht worden sind, sondern daß die Kapitalisten diese Erhöhung auf die Effektivlöhne nach gusto und folglich spalterisch verteilen konnten. Das wird natürlich erleichtert durch die Tatsache, daß die Kapitalisten für die unteren Lohngruppen nicht ausreichend zusätzlich bezahlen mußten. Was die Arbeiterklasse in Richtung Vereinheitlichung nicht durchsetzen konnte, bleibt bei den Kapitalisten auf dem Verfügungskonto für Spaltungseinsätze.

Im Februar haben sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Januar um 1,1% erhöht. Bliebe es bei dieser Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten, dann hätten diese mit einer Verteuerung von über 9% bis zum September die Lohnerhöhungen von Februar längst überholt. Wahrscheinlich wird sich die Teuerungsrate ein bißchen abschwächen, aber sicher nur vorübergehend. Ein Moment der Teuerung sind sicher die steigenden Rohstoffpreise, insbesonde die Ölpreise. Sie haben sich im letzten Jahr entsprechend der zyklisch steigenden Nachfrage erhöht. Steigt die Produktion langsamer oder geht gar zurück, werden die Rohstoffpreise zurückgehen. Außerdem haben sich die Kapitalisten mit Rohstoffen, vor allem mit Ölvorräten, eingedeckt. Davon kann also durchaus eine Verringerung der Teuerungsrate ausgehen. Die Hauptursache der Teuerung ist aber, daß über Kreditfinanzierung und Banken die Zirkulationsmittel sich schneller ausdehnen als Produktion und Zirkulation. Geht die Produktion zurück oder verlangsamt sich auch nur die Warenzirkulation, dann wird dieser Überhang an Zirkulationsmitteln die Teuerung beschleunigen. Da es sich nicht um Werte, sondern nur um Wertzeichen handelt, bleiben sie in die Zirkulation gebannt und werden nicht durch Aufschatzung der Zirkulation entzogen. Das ist der Grund, warum gerade bei nachlassender Konjunktur die Inflation steigt. Sowieso aber werden die Effektivlöhne netto nicht um 7%, sondern höchstens um 6% steigen. Das Ifo-Institut meint in seinem Konjunkturbericht: „Es muß damit gerechnet werden, daß die Verbraucher ihr Budget durch Rückgriff auf Ersparnisse und weitere Kreditaufnahme aufstocken, da die Realeinkommen der privaten Haushalte 1980 verhältnismäßig wenig zunehmen. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter mit etwas über 7% im Jahresdurchschnitt 1980 ungefähr so stark steigen wie 1979, doch liegt der Anstieg der Nettoeinkommen durch den verstärkten Zugriff der Lohnsteuer um 1½ Prozentpunkte niedriger.“ Da der Staat zwar mehr einzieht, aber die staatlichen Auszahlungen für Rente etc. laut Ifo-Institut eher zurückgehen werden, wird der Arbeiterklasse und den Lohnabhängigen insgesamt höchstens 6% mehr Geld zur Verfügung stehen. Die Annahme, daß aufs Sparkonto zurückgegriffen werden muß, sofern vorhanden, oder daß verstärkt Kredite aufgenommen werden müssen, bedarf also keiner allzu großen prognostischen Kraft.

Auch wenn es in diesem Jahr noch zu keinem Konjunktureinbruch kommt – es wird inzwischen mit einem Wachstum von 2% real gerechnet – wird sich im Verlauf des Jahres der Druck auf den Arbeitsmarkt verstärken. Schon jetzt im März ist die Arbeitslosigkeit weniger zurückgegangen als saisonal üblich. Sowieso werden dieses Jahr mehr Jugendliche auf den Arbeitsmarkt gedrängt werden. Die Kapitalisten rechnen vor allem deshalb mit einer wenn auch geringen Steigerung der Produktion, weil noch erhebliche Investitionen unterwegs sind. Dabei handelt es sich aber größtenteils um die Erneuerung und Modernisierung von vorhandenen Anlagen, wodurch lebendige Arbeitskraft freigesetzt, d.h. auf den Arbeitsmarkt geworfen werden wird. Unter diesen Bedingungen des Arbeitsmarktes ist es umso schlechter, daß Verhandlungsführer Janssen für die Metallindustrie vorschnell auf die Durchsetzung des Mindestbetrages verzichtet hat und damit den weiteren Kampf auch in den anderen Industrien und im öffentlichen Dienst unterlief. Erfahrungsgemäß setzt sich jeder zusätzliche Druck auf den Arbeitsmarkt sofort in weiteren Lohndruck auf die schlechtestbezahlten Arbeiterschichten um.

Die Kapitalisten haben jetzt einige Prozente bezahlt, weil sie mußten. Diese Prozente sind nicht mehr hereinzuholen, es sei denn durch weitere Intensivierung der Arbeit und Rationalisierung. Da werden sie alles dran setzen. Der amerikanische Markt wird schwerer zugänglich, ohnehin schwindet ihr Ausfuhrüberschuß. Immer gibt es zwischen den Tarifkämpfen Kleinkrieg um betriebliche Arbeits- und Lohnbedingungen. Es spricht alles dafür, daß er im Verlauf dieses Jahres einigen Umfang annehmen wird.

Erbarmungsloser Luftkrieg gegen die Volkserhebung

z.gek. Die sowjetischen Okkupationstruppen in Afghanistan haben im Grenzgebiet zu Pakistan mit der systematischen Ausradierung von Dörfern aus der Luft begonnen, um die Mujahedeen im Landesinneren vom Nachschub abzuschneiden. Ein erneuter Generalstreik in Kandahar und einer nahelegenen Stadt, begleitet von Demonstrationen auf den Flachdächern der Häuser, ist offenbar von Hubschraubern aus zusammengeschossen worden. Das Karmal-Regime versucht, durch eilige Zwangsrekrutierungen seine weitgehend aufgelöste Armee wieder aufzufüllen. Dagegen sind die „Volksmilizen“ in Kabul und einigen Städten wieder entwaffnet worden. – Kämpfe mit hohen Verlusten beider Seiten sind aus mehreren Landesteilen gemeldet worden. Unter Abwägung von Einzelangaben dürften die sowjetischen Verluste bei ca. 500 Toten und Verwundeten pro Woche liegen.

Vergeblicher Netzauswurf der Sowjetunion nach den Cook-Inseln

z.mif. 90% ihres Fischfangs fischen die Sozialimperialisten außerhalb ihrer Territorialgewässer, u.a. im Südpazifik. In der 200-Meilen-Zone von Neuseeland fischten sie 1978 47500 t, die Hälfte des Gesamtfangs, wofür sie rund 3,5 Mio. $ Lizenz zahlten. 1979 nahmen sie Verhandlungen mit den Cook-Inseln auf, deren Seegebiet 1,5 Mio. km^2 groß ist und reich an Thunfisch, und stellten Projektentwicklungshilfe in Aussicht. Die Cook-Inseln – benannt nach dem Briten, der sie 1777 für die britische Krone reklamierte – sind staatlicher Teil des 3000 km entfernten Neuseeland, haben aber innere Selbstverwaltungsrechte. Der Premierminister der Cook-Inseln Thomas Davis erklärte Mitte März, wegen der Lage in Afghanistan werden die Cook-Inseln der Sowjetunion „mit Sicherheit keine“ Fischereirechte gewähren.

Vietnams Widersprüche im revisionistischen Machtapparat

z.hku. Tran Quoc Hoan, vietnamesischer Innenminister von 1953 bis Januar 1980, ist aus dem Politbüro der KP Vietnams ausgeschlossen worden; als Grund wird mangelnder Erfolg bei der Bekämpfung der „Kriminalität“ genannt. Die Revisionisten werden vom Widerstand der vietnamesischen Volksmassen geschüttelt, den sie – unter dem Etikett „Chinesische Agenten“ – selbst so beschreiben: diese würden „Informationen sammeln, die Produktion sabotieren, einen psychologischen Krieg führen und Spannungen unter den ethnischen Minoritäten schüren, um Unruhen vorzubereiten“. – Angesichts der verheerenden Wirkung der gegenwärtigen Dürre auf die Landwirtschaft versuchen die Revisionisten fieberhaft, die Ernte vollständig in ihre Hände zu bekommen; dazu haben sie jetzt eine Million Staatsangestellte aufs Land abkommandiert.

Opec-Länder schränken wegen Ölhortung die Förderung ein

z.hot. Über Hortung und Eigenförderung wollen die Imperialisten den Ölpreis unter Druck setzen. Die Weltrohölvorräte sind so hoch wie nie, die Lagerkapazitäten voll ausgebucht. Mehrere Opec-Staaten haben demgegenüber angekündigt, ihre Produktion zum 1.4. einzuschränken. Venezuela will seine Ölförderung um über 10% senken, Libyen und Kuweit wollen ihre Produktion um 15% senken, Saudi Arabien will seine Förderung von 9,5 Mio. barrel pro Tag auf 8,5 Mio. barrel drosseln. Kuweit wird sich darüber hinaus vorbehalten, die Laufzeit der Lieferverträge von 5 auf 2,5 Jahre einzuschränken sowie Preise und Mengen der Lieferungen zu variieren und Auflagen bezüglich des Verkaufs des Öls zu erteilen. Über weitergehende Maßnahmen wird am 5. Mai eine Außen- und Finanzministerkonferenz der Opec beraten.

VR China: allseitige und den lokalen Bedingungen entsprechende Entwicklung der Landwirtschaft

VR China: allseitige und den lokalen Bedingungen



Ende Februar fand in der VR China eine Konferenz über die Aufgaben der Landwirtschaft 1980 statt. Während die Aufmerksamkeit auf die Getreideproduktion gerichtet werden soll, muß die Produktion von Industriepflanzen, die Viehzucht und die von Kommunen und Produktionsbrigaden geführten kleinen Industrien, unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen, auch schnell entwickelt werden. Weiter festgelegt wurde: die Führung der Volkskommunen zu verstärken, die schwachen Kommunen und Produktionsbrigaden zu unterstützen und Wissenschaft und Technik verstärkt anzuwenden. Das *Bild* zeigt die Wahl des Vorsitzenden in einer Volkskommune.

Fortschritte im Aufbau der antiimperialistischen Einheitsfront

El Salvador: Bauern sind Hauptkraft der Revolution / USA bereiten Intervention vor

z.ulg. Mitte letzter Woche ist in El Salvador eine „demokratische Front“ gegründet worden. Zu der Front haben sich die Sozialdemokraten, der linke Flügel der Christdemokraten, die Verbände der Freiberufler und Techniker zusammengeschlossen, im wesentlichen also die Vertreter der kleinen und mittleren Bourgeoisie, aber auch vier Gewerkschaften. Die Front hat erklärt, sie wolle zum Sturz der Militärjunta und zur Errichtung einer „Volksregierung“ eng mit der „revolutionären Massenkoordination“ zusammenarbeiten. Der Koordination sind die meisten Bauernverbände und Gewerkschaften sowie die Linksparteien – von den Guerillaorganisationen bis zu den Revisionisten – angeschlossen. Sie hat die großen Streiks, Landbesetzungen und Demonstrationen der letzten Wochen geführt.

Mit der Gründung der Front haben sich die Bedingungen, die Mittelklassen und die nationale Bourgeoisie in eine antiimperialistische Einheitsfront zu ziehen, erheblich verbessert. Dies zu verhindern, war das Hauptziel des von den US-Imperialisten im letzten Oktober geförderten Militärputsches. Mit einigen „Reformen“ sollte die Basis der US-Herrschaft über das Land verbreitert und die Volksbewegung soweit isoliert werden, daß die Supermacht „zur Rettung einer von Extremisten bedrohten Reformregierung“ intervenieren kann.

Für das „Reformprogramm“ der Junta setzten die US-Imperialisten 50 Mio. $ Wirtschafts- und 4,85 Mio. $ Militär„hilfe“ aus. Entsprechend sind die Reformen ausgefallen. Von der Nationalisierung der Banken wurden ausgerechnet die ausländischen Banken ausgenommen. Gleichzeitig mit der „Agrarreform“ wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Armee besetzte die enteigneten Güter über 500 ha, ausschließlich, um Landbesetzungen der Bauern zu verhindern oder sie zu zerschlagen.

Mit Landbesetzungen, den ersten seit 30 Jahren, hat der gegenwärtige revolutionäre Aufschwung 1977 begonnen, und die Bauernschaft bleibt die Hauptkraft der Revolution in El Salvador. 75% des Landes gehören zu nur 7% der landwirtschaftlichen Betriebe, und über die Hälfte des von Kleinbauern bewirtschafteten Landes gehört ebenfalls den Großgrundbesitzern. Fast ein Drittel der Bauern besitzt überhaupt kein Land, ein weiteres Fünftel ist gezwungen, seine Arbeitskraft jährlich zur Erntezeit an die Plantagenbesitzer zu verkaufen. Zu gemeinsamen Demonstrationen mit dem noch ziemlich kleinen Industrieproletariat (12% der Bevölkerung) sind in den letzten Monaten mehrfach Zigtausende von Bauern in die Hauptstadt gezogen.

Die Hauptforderungen eines antiimperialistischen Aktionsprogramms kristallisieren sich heraus: Enteignung der Oligarchie und der imperialistischen Konzerne, Nationalisierung des Außenhandels und der Energiewirtschaft, Kündigung der ungleichen Verträge mit den Imperialisten, Volksarmee und Anschluß an die Blockfreienbewegung. Noch verfügt die Arbeiterklasse über keine einheitliche revolutionäre Führung. Kleinbürgerlich-katholische Kräfte und die bedingungslos prosozialimperialistische KP versuchen, die Führung der antiimperialistischen Bewegung an sich zu reißen. Die Bedingungen für einen allgemeinen bewaffneten Aufstand reifen heran. Aber geschaffen sind diese Bedingungen noch nicht.

Die portugiesische Arbeiterklasse beantwortet Angriffe auf Agrarkooperativen mit Streik



Am 26. und 27.3. streikten Arbeiter und Angestellte in ganz Portugal, um den Kampf der Landarbeiter des Alentejo zu unterstützen. 250000 ha ihres Landes will die Regierung Sa Carneiro Großgrundbesitzern zurückgeben.

z.vip. **Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (HessVGH) hat erneut bestätigt, daß Asylbewerbern dann kein Aufenthaltsrecht gewährt werden müsse, wenn der Asylantrag eindeutig aussichtslos sei.** §40 Ausländergesetz lautet: ,,Ausländern, die aus einem Land, in dem sie politisch verfolgt werden, ... einreisen und die Anerkennung als Asylberechtigter begehren, wird der Aufenthalt ... unter Beschränkung auf den Bezirk des Lagers bis zur Entscheidung über den Antrag auf Anerkennung gestattet." Diese Bestimmung gab bis vor kurzem praktisch jedem Asylbewerber ein vorläufiges Aufenthaltsrecht. Mit wachsendem Flüchtlingsstrom haben die Gerichte dieses Recht auf *nicht offensichtlich rechtsmißbräuchlich* gestellte Anträge beschränkt. Damit wurde die Abschiebung derjenigen gerechtfertigt, die offen als ,,Wirtschaftsflüchtlinge" auftraten. Der HessVGH ist weitergegangen. Unter rechtsmißbräuchlich rechnet er auch die *eindeutig aussichtslosen* Anträge. Mit Beschluß vom 18.7.1979 (VI TG 59/79, KVZ-ED 1980, 262) rechtfertigte das Gericht die Abschiebung eines Pakistani, der behauptete, als aktives Mitglied der PPP-Partei (Partei des hingerichteten ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto) 1977 verfolgt und beinahe verhaftet worden zu sein. Dies rechtfertigt nicht den Schluß, der Antragsteller müsse heute noch mit persönlicher Verfolgung rechnen. Damit ist den lokalen Ausländerbehörden ein Entscheidungsrecht über Asylanträge an die allein zuständige bundeszentrale Asylbehörde eingeräumt.

z.anh. **Weil sie Arbeiter sind, wollen 16 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Lingen an der 1.Mai-Kundgebung des DGB in Lingen teilnehmen.** Dies haben die Gefangenen in einem Brief an den DGB deutlich gemacht. Gegen die Zwangsarbeit für etwa 5,- DM pro Tag sowie für gewerkschaftliche und politische Rechte haben sich zunehmend mehr Gefangene zusammengeschlossen und immer wieder die Zusammenarbeit mit dem DGB gesucht. Im Februar organisierte die Gefangenenmitverantwortung der JVA Lingen II eine Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und dem DGB-Kreisvorsitzenden zur Frage der Entlohnung. Im letzten Jahr demonstrierten mehrere Gefangene zur Saalkundgebung des DGB am 1. Mai unter den Forderungen: Tariflohn für Gefangene! Verbot der Akkordarbeit! – Die gefangenen Arbeiter wollen sich nicht als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die freien Ar-

z.anh. **Weil sie Arbeiter sind, wollen 16 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Lingen an der 1.Mai-Kundgebung des DGB in Lingen teilnehmen.** Dies haben die Gefangenen in einem Brief an den DGB deutlich gemacht. Gegen die Zwangsarbeit für etwa 5,- DM pro Tag sowie für gewerkschaftliche und politische Rechte haben sich zunehmend mehr Gefangene zusammengeschlossen und immer wieder die Zusammenarbeit mit dem DGB gesucht. Im Februar organisierte die Gefangenenmitverantwortung der JVA Lingen II eine Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und dem DGB-Kreisvorsitzenden zur Frage der Entlohnung. Im letzten Jahr demonstrierten mehrere Gefangene zur Saalkundgebung des DGB am 1. Mai unter den Forderungen: Tariflohn für Gefangene! Verbot der Akkordarbeit! – Die gefangenen Arbeiter wollen sich nicht als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die freien Ar-
beiter einsetzen lassen. Gerade am 1. Mai wollen die gefangenen Arbeiter ihre von der Bourgeoisie beabsichtigte Isolierung deutlich durchbrechen. Gefordert wird in dem Brief der Gefangenen, daß der DGB eine Demonstration durchführen soll. Und: ,,Wir fordern tarifliche Bezahlung, Zahlung der Beiträge zur Rentenversicherung und gewerkschaftliche Rechte. Gleichzeitig bitten wir um eine schriftliche Einladung zum 1. Mai für alle, die unterschrieben haben." Letzteres wird vom DGB verlangt, damit die Anstaltsleitung Ausgang genehmigt.

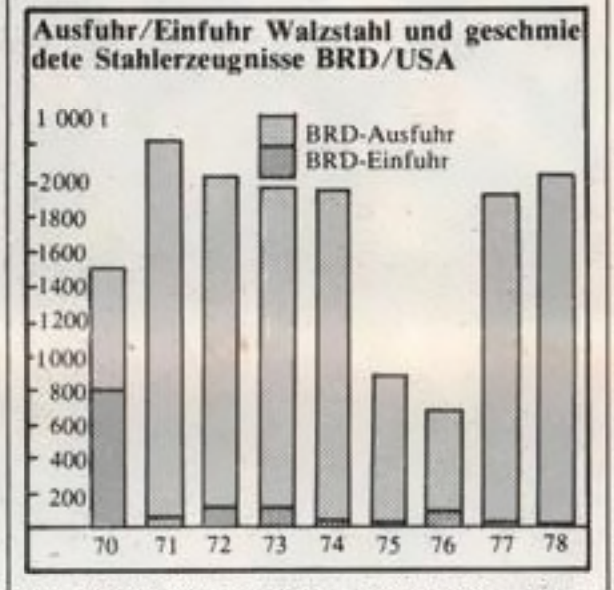
z.res. **Die Staatsanwaltschaft in Köln hat das Verfahren gegen alle 9 persischen Studenten eingestellt, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, Verschleppung, Nötigung und Diebstahl eingeleitet worden war.** Im Juli 1979 hatte in Aachen ein enttarnter SAVAK-Agent auf einer Versammlung zugegeben, für den SAVAK palästinensische und persische Organisationen bespitzelt zu haben. Bis an den Generalbundesanwalt Rebmann ist die Sache gegangen. Aber selbst der Versuch, den Kronzeugen mit einer neuen Wohnung zu ködern, scheiterte. Er blieb bis zuletzt dabei, freiwillig über seine Spitzeltätigkeit berichtet zu haben.



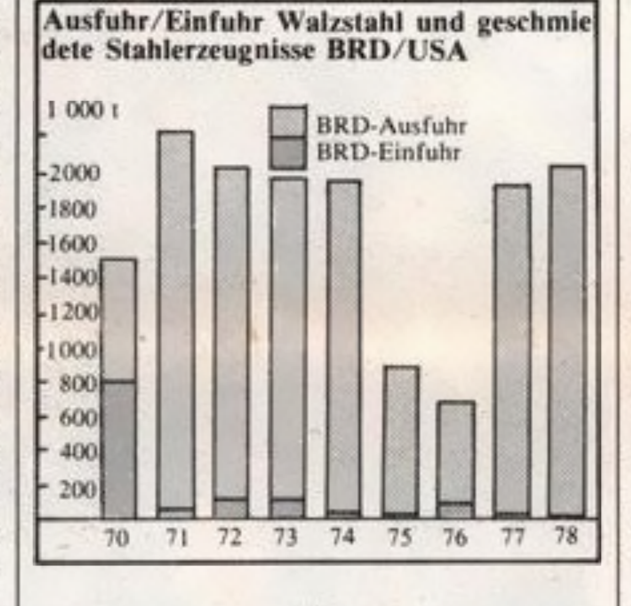
Demonstration gegen das Schah-Regime Anfang 1979 in Aachen

z.brb. **Rentenbeiträge, die z.B. vor einer Kur einbezahlt wurden, werden nach Erlöschen der Versicherungspflicht nicht erstattet.** Nach der Reichsversicherungsordnung kann die Hälfte der geleisteten Rentenbeiträge auf Antrag zurückgezahlt werden, wenn die Versicherungspflicht zwei Jahre abgelaufen ist. Dies ist hauptsächlich von Bedeutung für Ausländer, wenn sie wieder in ihre Heimat zurückkehren, oder für Frauen, die nur einige Jahre gearbeitet und keinen Rentenanspruch haben. Waren sie gezwungen, während ihrer Arbeitszeit Leistungen zur ,,Wiederherstellung" oder zum ,,Erhalt" ihrer ,,Arbeitsfähigkeit" in Anspruch zu nehmen, werden ihnen auch nur die danach einbezahlten Beiträge erstattet. Hat sich z.B. ein türkischer Industriearbeiter mit durchschnittlichem Lohn nach zehn Jahren Schwerstarbeit einer Kur unterziehen müssen, sieht er von den über 18000 DM, die ihm bis dahin von seinem Lohn abgezogen wurden, nichts mehr. Um an das einbezahlte und notwendig gebrauchte Geld zu kommen, müssen viele auf eine Kur verzichten.

z.löh. **Ende März hat US-Steel, mit Bethlehem Steel größtes Stahlmonopol der USA, eine ,,Anti-Dumping" Klage gegen Stahlmonopole aus den EG-Ländern Großbritannien, Frankreich und der BRD eingeleitet.** US-Steel will erreichen, daß es ihnen auf dem Stahlmarkt in den USA unmöglich wird, unter dem festgesetzten Mindestpreis zu verkaufen und somit US-Steel Marktanteile abzujagen. Strafzölle sollen gegen die Stahlmonopole aus der EG erhoben werden. Davignon, zuständiger EG-Kommissar für Stahl, ist in die USA gereist, und wie es heißt ,,beschwor" er, das gegenwärtige Preissystem nicht aufzugeben. Eine Entscheidung des USA-Außenhandelsministeriums wird Anfang Mai erwartet.



ständiger EG-Kommissar für Stahl, ist in die USA gereist, und wie es heißt ,,beschwor" er, das gegenwärtige Preissystem nicht aufzugeben. Eine Entscheidung des USA-Außenhandelsministeriums wird Anfang Mai erwartet.



z.kam. **Die Kraftwerk Union (KWU) hat das Geschäft über die Lieferung eines zweiten Kernkraftwerkes an Argentinien in der Tasche.** Die KWU (eine Tochterfirma der Siemens AG) hat bereits das 340-Megawatt-Kernkraftwerk ,,Atucha I" mit Schwerwasser-Druckkesselreaktor gebaut, das seit 1974 in Betrieb ist. Argentinien verfügt über reiche Uranvorkommen und hat bekräftigt, die Technologie für die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verwenden. Mit dem jetzigen Vertrag über den Bau von ,,Atucha II" (ein 700-Megawatt-Reaktor) haben die BRD-Imperialisten eine starke internationale Konkurrenz ausgestochen und spekulieren auf argentinisches Uran. Auf Druck der US-Imperialisten, und um sich die direkte Einmischung in Argentinien offenzuhalten, bindet die Bundesregierung die Exportgenehmigung an eine Zusicherung der argentinischen Regierung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und Unterwerfung unter internationale Sicherheitskontrollen.

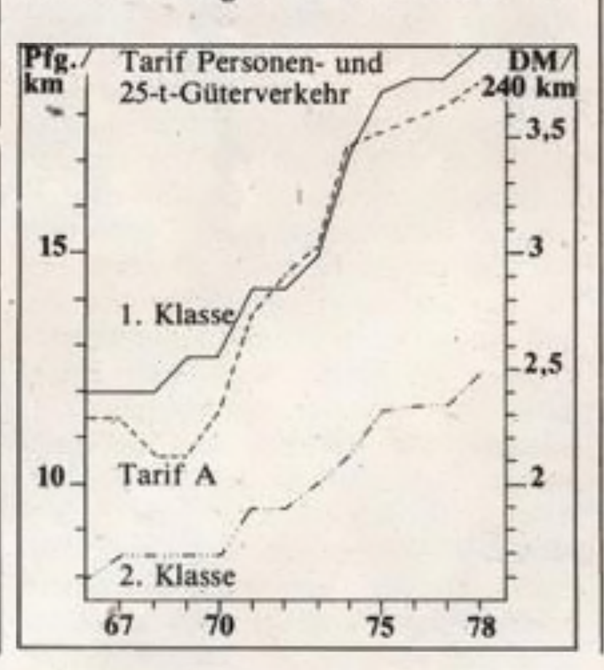
z.gkr. **Landesregierungen und Elektrizitätskonzerne betreiben raschen Ausbau der Zwischenlager der Kernkraftwerke.** Die neuen Grundsätze zur Entsorgung, am 29.2. verabschiedet, gaben den Startschuß. Am noch im Bau befindlichen Kernkraftwerk Gundremmingen II, zwei Blöcke mit jeweils 1300 MW Leistung, soll laut Antrag von Anfang März die Lagerkapazität von 6/4 Kernladungen auf 16/4 Kernladungen, d.h. statt einer Kapazität von ca. 300 t radioaktiven Abfalls etwa 800 t, ausgebaut werden. Dies ist ausreichend für die verbrauchten Brennelemente von etwa 12 Jahren. Für das Kernkraftwerk Stade soll ein Lager für 110 t, ausreichend für 6 Jahre, gebaut werden. Genehmigt sind für Biblis A und B Verdopplung der Lagerkapazität, ebenfalls eine Erhöhung für das Kernkraftwerk Isar. Aber auch so verstreut werden die Finanzbourgeois nicht Herr ihres Abfalls. So stellte Hessen einen Antrag auf Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage mit 350 t Jahreskapazität, 1/4 der für Gorleben geplanten.

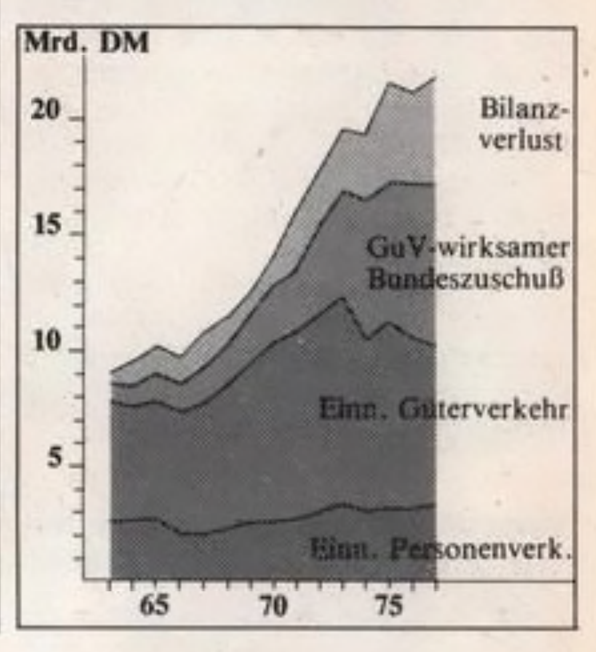
Rationalisierung bei der Bahn
Kosten fürs Kapital niedrig halten

z.brp. ,,Bei der Bahn gibt's Prozente", war einer der Titel von zahlreichen Werbebroschüren, die die Direktion der Deutschen Bundesbahn während der Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst an zentralen Bahnhöfen verteilen ließ. Preisermäßigungen gibt es, wenn man als Gruppe zusammenreist oder innerhalb eines Monats viel fährt (Tramp-Paß) sowie bei Abnahme eines bestimmten Kilometer-Kontingents, relativ hohe Gebühren z.B. beim ,,Senioren-Paß" machen die Sache nur lohnend, wenn die Bahn öfter benutzt wird. Über die ,,Rabattangebote" werden bis 1981 die Sozialtarife abgebaut, die unabhängig von der Reisehäufigkeit und der Anzahl der gemeinsam Reisenden z.B. für kinderreiche Familien gewährt wurden und für die die Bundesregierung Ausgleichszahlungen leistete. Die Direktion der Deutschen Bundesbahn will erreichen, daß die Erträge aus dem Personenverkehr, die in laufenden Preisen seit 1963 um 20% (Güterverkehr 40%) gestiegen sind, die Aufwendungen im Bereich des Personenfernverkehrs decken. Die Kostendeckung ist hier von fast 90% in 1966 auf rund 50% gesunken; im Personennahverkehr decken in Ballungsgebieten, in denen die von der Bundesbahn betriebenen S-Bahnen verkehren, die Einnahmen 33% der Aufwendungen, sonst nur 22%.

Die Kapitalistenklasse ist an einem billigen Transport- und Verkehrswesen interessiert. Sowohl die Frachttarife im Gütertransport als auch vermittelt die Fahrpreise im Personenverkehr sind Kosten für das Kapital. Die Fahrpreise, ganz gleich, ob sie im Berufsverkehr oder bei der Urlaubsreise aufgewendet werden, sind Teil des Preises der Ware Arbeitskraft, steigen sie, gehen sie in die Lohnforderungen der Arbeiterklasse ein. Deswegen bezuschußt der Staatsapparat die Bundesbahn aus Steuergeldern, 1980 insgesamt mit 14,6 Mrd. DM (die jährlichen ,,erfolgswirksamen" Zuschüsse der Bundesregierung, die – anders als die Investitionszuschüsse – in die Bilanz der Bundesbahn eingehen, sind im Schaubild ausgewiesen). Das Transportmittel Bahn ist weitaus billiger als der Individualverkehr mit dem Auto: Der Kilometer selbst im Intercity kostet in der 2. Klasse 14 Pfennig, ein Kilometer im Nahverkehr macht durchschnittlich 6 Pfennig aus gegenüber 52 Pfennig mit dem Auto. Umsteigen auf die Bahn ist Folge der und Maßnahme zur Lohnsenkung. Andererseits versucht die Bourgeoisie ständig, über Erhöhung der Fahrpreise, die sich nicht in einem erhöhten Lohn niederschlagen, und steigende Steuerlasten die Volksmassen für das Verkehrswesen zahlen zu lassen.

Die Pläne zur Sanierung der Bahn konzentrieren sich auf weitere Rationalisierungen bei den Arbeitern, dem Zugbegleitpersonal, den unteren und mittleren Beamten in der Zugabfertigung. Der Rückgang der Beschäftigten auf jetzt rund 331000 spare jedes Jahr 3,5 Mrd. DM an Lohnkosten, rechnete Verkehrsminister Gscheidle Ende 1979 vor. Um weitere 55000 auf 275000 soll die Zahl der Beschäftigten bis 1985 gesenkt werden, was eine erhebliche Verschärfung der Intensität der Arbeit für die Bahnbeschäftigten bedeutet.





,,Die Gedanken sind frei", Taten nicht

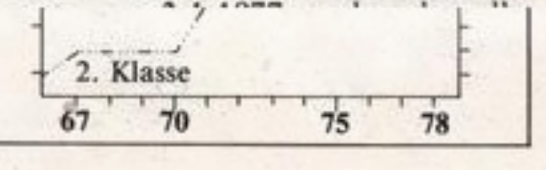
Grundsatzurteil: ,,Parteienprivileg" kein Hinderungsgrund für Entlassung von Beamten

z.rua. Pünktlich vor Beginn des Bundestagswahlkampfes hat das Bundesdisziplinargericht eine noch offene Rechtslücke geschlossen. Am Fall des Fernmeldehauptsekretärs Peter, Mitglied der DKP und Beamter auf Lebenszeit, statuierte es am 28.3. ein Grundsatzurteil, das für das künftige Vorgehen der Staatsmacht gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die Mitglieder ,,verfassungsfeindlicher Organisationen" sind, richtungsweisend sein soll. Peter wurde freigesprochen

rufsverboten und dem ,,Radikalenbeschluß" des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie die wesentlichen Rechtsgrundlagen geschaffen, um ,,Verfassungsfeinde" aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten bzw. Beamte auf Probe und auf Widerruf zu entfernen. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, daß ,,der Treuepflicht des Beamten Verfassungsrang zukomme und dem Parteienprivileg des Grundgesetzes vorgehe". Im Bundesbeamten-

räume. Das Bundesdisziplinargericht will diese ausräumen. In seiner Urteilsbegründung führt es aus: ,,... 3. Während bei Beamtenbewerbern die fehlende Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, einen Eignungsmangel begründen kann, der der Ernennung zum Beamten entgegensteht, liegt in der fehlenden Gewähr, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, bei Beamten auf Lebenszeit allein noch keine Pflichtverlet-

billigen Transport- und Verkehrswesen interessiert. Sowohl die Frachttarife im Gütertransport als auch vermittelt die Fahrpreise im Personenverkehr sind



,,Die Gedanken sind frei", Taten nicht

Grundsatzurteil: ,,Parteienprivileg" kein Hinderungsgrund für Entlassung von Beamten

z.rua. Pünktlich vor Beginn des Bundestagswahlkampfes hat das Bundesdisziplinargericht eine noch offene Rechtslücke geschlossen. Am Fall des Fernmeldehauptsekretärs Peter, Mitglied der DKP und Beamter auf Lebenszeit, statuierte es am 28.3. ein Grundsatzurteil, das für das künftige Vorgehen der Staatsmacht gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die Mitglieder ,,verfassungsfeindlicher Organisationen" sind, richtungsweisend sein soll. Peter wurde freigesprochen – nicht, weil er und die DKP ständig beteuern, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen – sondern, weil er sich, wie das Gericht in seiner Urteilsbegründung ausführte, im ,,Verbotsirrtum" befand. Der Freispruch war die lockende Nebenseite des Urteils. Seine Hauptseite ist die Festlegung von Kriterien, nach denen künftig auch Beamte auf Lebenszeit entlassen werden können, und die Beseitigung von ,,Verbotsirrtümern". Das Urteil zieht die Trennungslinie zwischen bloßer Mitgliedschaft in ,,verfassungsfeindlichen Organisationen" und aktiver politischer Betätigung. Ersteres solle nicht disziplinarrechtlich geahndet werden, zweites hingegen mit aller Schärfe.

Mit den seit 1972 praktizierten Berufsverboten und dem ,,Radikalenbeschluß" des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie die wesentlichen Rechtsgrundlagen geschaffen, um ,,Verfassungsfeinde" aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten bzw. Beamte auf Probe und auf Widerruf zu entfernen. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, daß ,,der Treuepflicht des Beamten Verfassungsrang zukomme und dem Parteienprivileg des Grundgesetzes vorgehe". Im Bundesbeamtengesetz vom 3.1.1977 werden als ,,allgemeine Pflichten" des Beamten benannt: ,,§52 (1) Der Beamte dient dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Er hat seine Aufgabe unparteiisch und gerecht zu erfüllen und bei seiner Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen. (2) Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten. §53 Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben." Diese Formulierung ist noch zu vage und bietet Interpretationsspielräume. Das Bundesdisziplinargericht will diese ausräumen. In seiner Urteilsbegründung führt es aus: ,,... 3. Während bei Beamtenbewerbern die fehlende Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, einen Eignungsmangel begründen kann, der der Ernennung zum Beamten entgegensteht, liegt in der fehlenden Gewähr, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, bei Beamten auf Lebenszeit allein noch keine Pflichtverletzung ... 5. Eine bloß inaktive Mitgliedschaft in der DKP überschreitet noch nicht die Grenze zur disziplinarrechtlich relevanten Pflichtverletzung. 6. Dagegen wird diese Grenze überschritten, wenn ein Beamter für die DKP politisch aktiv tätig ist, indem er Parteizeitschriften herausgibt, Parteiämter übernimmt oder für die DKP kandidiert ..."

Der Wink an die DKP-Mitglieder, sich in Karteileichen zu verwandeln, ist deutlich, ein Wink mit dem Zaunpfahl. Wichtiger ist, daß das Gericht für die Zukunft klargestellt wissen will, wie von Staats wegen mit Beamten zu verfahren ist, die sich in Worten und Taten auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und ihre revolutionären Interessen verfechten.

z.vol. **Am 24. März haben die Energieversorgungsunternehmen (EVU) und die Kohlemonopole einen neuen Liefervertrag unterzeichnet.** Die Kohleabnahme der EVU soll von 33 Mio. t 1980 auf 47,5 Mio. t 1995 steigen. Die Stahlindustrie, die heute 50% der Kohle in Westdeutschland aufkauft, soll über die Ruhrkohle AG (RAG) billigere Importkohle geliefert kriegen. In Westdeutschland ist eine Steigerung der Kohleproduktion auf 100 Mio. t geplant. Die Bundesregierung hat gleichzeitig einen Gesetzentwurf vorgelegt, der höhere Importmenge genehmigt und zur Finanzierung des Ganzen den ,,Kohlestrompfennig" – 6,2% auf den Strompreis, immerhin 2,6 Mrd. DM 1979 – auch über 1981 verlängert. Um weitere Kohlevorkommen in Australien und Azania abbauen zu können und die Monopolstellung innerhalb des EG-Marktes auszubauen, hat RAG-Chef Bund bei der Bundesregierung zusätzlich Investitionshilfen für den Erwerb ausländischer Kohlelager beantragt. Die Steigerung der Produktion auf 100 Mio. t in Westdeutschland will Bund durch jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1% durchsetzen.

z.frb. **Erhöhung des Wohngeldes mit ,,einer noch stärkeren familienpolitischen Komponente" verspricht ein Gesetzentwurf von SPD und FDP für 1981.** Seit dem 1.1.1978 ist das Wohngeld unverändert. Alleinstehende mit einem Einkommen von ca. 690 DM und Mietausgaben von 210 DM bekamen 1978 48 DM Wohngeld. Steigt der Lohn bis 1981 durchschnittlich und bleibt die Miete auf dem Stand von 1978, so sinkt das Wohngeld auf 17 DM. Nur wenn die Miete auf 310 DM gestiegen ist, übertrifft das Wohngeld die 48 DM. Vier Familienmitglieder mit einem Familieneinkommen von 1200 DM und einer Mietbelastung von 350 DM erhielten 1978 92 DM Wohngeld. Steigt ihr Lohn entsprechend dem Durchschnitt, so würde ihnen 1981 bei gleicher Miete 98 DM gezahlt. Wäre die Miete im selben Maße wie der Lohn gestiegen, so wäre das Wohngeld 141 DM, aber der Anteil des Lohnes, der für die Miete weggeht, wäre immer noch 20%. Von den Wohngeldempfängern sind ⅔ Rentner; sie müssen auch nach der Anpassung einen höheren Anteil ihrer Rente für Miete wegzahlen. So entpuppt sich die ,,familienpolitische Komponente" als Bluff für Familien mit Kindern einerseits, als gezielte Ergänzung des Ehrenberg-Rentenprogramms andererseits.

z.ere. **Besonders auf den Wohnungsbau haben sich die im ersten Quartal 1980 stark angestiegenen Baustoffpreise ausgewirkt.** Während der Zentralverband des deutschen Baugewerbes die Steigerungsrate noch mit 6% bis 7% angibt, liegen die Nettoeinkaufspreise laut Statistischem Bundesamt um 8,5% über Vorjahresschnitt. Überdurchschnittlich betroffen sind die Bereiche Kunststoffe und Holz als Basismaterialien für den Innen- und Fertigteilbau. Dagegen verzeichnet der Tiefbau in einzelnen Bereichen Preisreduzierungen. Der Zentralverband sieht die Krise heraufziehen: ,,Die Baukonjunktur hat ihren Höhepunkt überschritten." Noch 1979 hätte die Bautätigkeit um 7,4% zugenommen. Neben den gestiegenen Baustoffpreisen verstärkt die Erhöhung des Kapitalmarktzinses deutlich den Einbruch im Wohnungsbau. Der Zinsknüppel trifft vor allem den über Bausparkredite und Hypotheken finanzierten Wohnungsbau. Die Anzahl der durch Hypotheken mitfinanzierten Wohnungen ist um 30579 Einheiten zurückgegangen. Im sozialen Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln betrug die Verringerung gar 20,3% gleich 34500 Einheiten.

z.gkr. **Ab 1.4. wurde der billige Telefon-Nachttarif II abgeschafft und mit**

Die USA-Imperialisten trauen sich einiges zu

Gewagte Beschleunigung der Krise / Die Konkurrenz wird auf die Plätze verwiesen

z.frb. Der US-Finanzbourgeoisie scheint die Zeit reif, Umwälzungen in ihrem Produktionsapparat und einen Angriff auf das Reproduktionsniveau der von ihr ausgebeuteten Arbeiterklasse durchzuführen, die, so Carter, notwendig sind, um ,,die Stärke der größten Wirtschaftsmacht der Erde zu erhalten''; und sie scheint dafür, zumindest relativ gegenüber ihren Konkurrenten im eigenen Lager, günstigere Bedingungen vorzufinden als noch vor einem halben Jahr. Auch damals stieg der Dollarkurs kurzfristig, bzw. wurde sein Fallen vorübergehend aufgehalten. Doch die Wirkung war von kurzer Dauer.

Mitte März hat US-Präsident Carter ein neues Anti-Inflationsprogramm verkündet. Einschränkungen der Kreditvergabe, Erhöhung der Zinssätze, Kürzung der Staatsausgaben 1981, Ölimportabgabe, Verschärfung der Lohn- und Preisrichtlinien, Förderung von Forschung und Rationalisierungsinvestitionen sind die Stichworte. Seither steigt der Kurs des Dollar an den Devisenmärkten. Und zwar hat sich sein Kurs vor allem gegenüber der westdeutschen Mark und dem japanischen Yen verbessert, gegenüber jenen Währungen also, die in den letzten Jahren den Hauptteil des Kursverlustes des US-Dollars besorgt hatten. Die Mark, vor kurzem noch von einigen imperialistischen Gernegroß' hierzulande als neue Reservewährung hochgejubelt, findet sich erstmals am unteren Ende des Europäischen Währungssystems.

ren Ende des Europäischen Währungssystems.

Der Zins in den USA für ,,erste Adressen'' lag zu Jahresanfang bei 15%, nunmehr liegt er bei 20%. Damit hat er einen solchen Abstand zu anderen Ländern erreicht, daß einige zig Mrd. flüssigen Geldkapitals aus Mark und Yen in Dollars verwandelt wurden und in die USA strömten und einen erheblichen Druck auf die D-Mark und den Yen ausübten.

Obwohl die Wirkungen der jüngsten Maßnahmen von Regierung und Notenbank der USA am sichtbarsten in den internationalen Finanzbeziehungen sind und obwohl sie scheinbar ,,Finanzmaßnahmen'' sind, zielen sie auf den Lohn und auf die Produktion.

Der Lohn wird direkt von den Lohnrichtlinien wie von der Kreditverknappung angegriffen. Die Richtlinien sind zwar nicht verbindlich, aber ohne Wirkung sind sie auch nicht. Carter: ,,Angesichts der vorjährigen Erhöhung des Verbraucherpreisindex um 13 Prozent und der noch höheren Rate der letzten Monate spiegelt diese einstimmige Empfehlung der Lohnkommission – in der Absicht, einen durchschnittlichen Anstieg der Löhne und Gehälter um 8,5% zu erhalten – einen löblichen Geist der Zurückhaltung und Zusammenarbeit wider.'' Seit Januar hätten es rasche Veränderungen in den Geschehnissen der Welt und in den wirtschaftlichen Aussichten notwendig gemacht, den Kampf gegen die Inflation zu verstärken. Die sozialimperialistischen Aggressionen sollen Carter die Berechtigung abgeben, die ihm für die Durchsetzung seiner Absichten gefehlt haben. Bislang noch konnten die lohnabhängigen Massen ihren Lohnverlust bis zu einem gewissen Grad durch Verschuldung bei einer Bank aufhalten. Und sie taten dies reichlich, sehen doch 20% Zins bei 20% Inflation auch wieder anders aus, zumal man nicht weiß, wo die Preise morgen stehen. Allein die Käufe auf Kreditkarten nahmen vergangenes Jahr um 15,5% zu und erreichten einen Stand von 68 Mrd. Dollar. Die gesamten Konsumentenschulden belaufen sich mittlerweile auf 381

lar. Die gesamten Konsumentenschulden belaufen sich mittlerweile auf 381

Mrd. Dollar. Sie sollen, außer für Wohnungsbau und Autokauf, gekürzt werden. Die Banken müssen für erteilte Konsumentenkredite nunmehr 15% Sonderrücklage bei der amerikanischen Bundesbank hinterlegen. Die größte US-Bank hat schon reagiert und die Ausgabe von Kreditkarten praktisch eingestellt.

Zum zweiten zielt das Programm auf die Vernichtung von Kapital, das in der Ausbeutungsrate hinter dem Durchschnitt bleibt, trotzdem nach seinem Anteil am gesamten Mehrwert verlangt und auf die Konkurrenzfähigkeit drückt. Jahrelang hatten es sich die US-Imperialisten dank ihres wirtschaftlichen Vorsprungs geleistet, durch schier uferlose Ausweitung der Kredite solches zu überspielen. Jetzt haben sie die Zirkulation vollgepumpt, ohne daß sich die Produktion entsprechend ausweitete. Das trieb die Inflation auf amtliche 20%. Die Aussicht auf weitere Preissteigerung veranlaßte die Kapitalisten, Investitionen vorzuziehen, ohne daß gesichert ist, daß sie ihren Profit bringen. Auch dies auf Kredit, denn der Dollar-Kredit-Markt ist dank der Rolle des Dollars als Weltgeld groß. So stieg denn 1979 die Produktion bei den Investitionsgütern noch um 1%, während sie bei den Konsumgütern bereits um 2½% sank; insgesamt blieb das Produktionswachstum unter dem Zuwachs des Produktionspotentials.

Inflation, wie sie die USA noch nie gesehen hatte, war die eine Folge der künstlichen Kreditkonjunktur, Anstieg der Importe die andere. Die imperialistischen Konkurrenten nutzten die Lage und stießen weiter auf den US-Markt vor, so wie auf dem Automobilmarkt auch auf anderen Märkten. Mit beidem soll Schluß sein. Die kreditfinanzierten Importe werden nunmehr zu teuer, daher der Schreck der Konkurrenten, die um ihre Marktanteile fürchten. Schon im Oktober erklärte Finanzminister Miller zu den Zinssteigerungen, sie seien dazu bestimmt, ,,solche Mittelaufnahmen unwirtschaftlich zu machen, die für Investi-

gerungen, sie seien dazu bestimmt, ,,solche Mittelaufnahmen unwirt-

schaftlich zu machen, die für Investitionen geplant sind, welche sich normalerweise nicht auszahlen''. Es scheint, daß die USA-Imperialisten nunmehr die Krise zum Ausbruch bringen wollen, die sie sowieso nicht verhindern können, um mittels dieser Krise jene Umwälzungen vorzunehmen, die ihnen neuerlich Vorsprung in der Konkurrenz verschafft. Seit geraumer Zeit jammert die US-Presse über mangelndes ,,Produktivitätswachstum''. Nach OECD-Angaben sank die Arbeitsproduktivität der USA 1967–77 um 25% gegenüber dem Durchschnitt aller OECD-Länder, während für die BRD plus 18%, für Japan plus 46% angegeben werden. In einem von der US-Botschaft in Westdeutschland verbreiteten Aufsatz heißt es: ,,Es gibt Hinweise, daß amerikanische Fabriken zu alt sind; daß amerikanische Betriebe weniger produktiv sind als neue, und daß das Verhältnis von neuen zu alten Fabriken in Amerika ungünstiger ist als etwa in der Bundesrepublik Deutschland, Japan und Frankreich.'' Und Carter: ,,Im vorigen Jahr ging die Produktivität sogar zurück.''

Die U.S. Steel hat vor kurzem die Schließung von 15 Produktionsstätten angekündigt, 12500 Arbeiter werden entlassen. So soll jetzt durchsaniert werden. Der verschärfte Kleinkrieg um EG-Stahlexporte in die USA, um den Einfuhrstopp Großbritanniens für Chemiefasern aus USA, gegenseitige Drohungen unter Benutzung des soeben neu ausgehandelten GATT-Abkommens sind die Begleitumstände in diesem Kampf um den Weltmarkt.



Wo die US-Imperialisten über große Kapazitäten verfügen, sind die Anlagen relativ veraltet. Carter will wieder sichere Höchstprofite.

Westeuropäische und japanische Automobilkonzerne drängen auf den US-Markt

z.scc. Seit acht bis zehn Jahren, teils länger, stagniert oder sinkt die Automobilproduktion in fünf der sechs imperialistischen Länder, die 75% der Weltproduktion halten. Ein Krach bahnt sich an, der die zyklischen Einbrüche der letzten Jahrzehnte weit in den Schatten stellen wird.

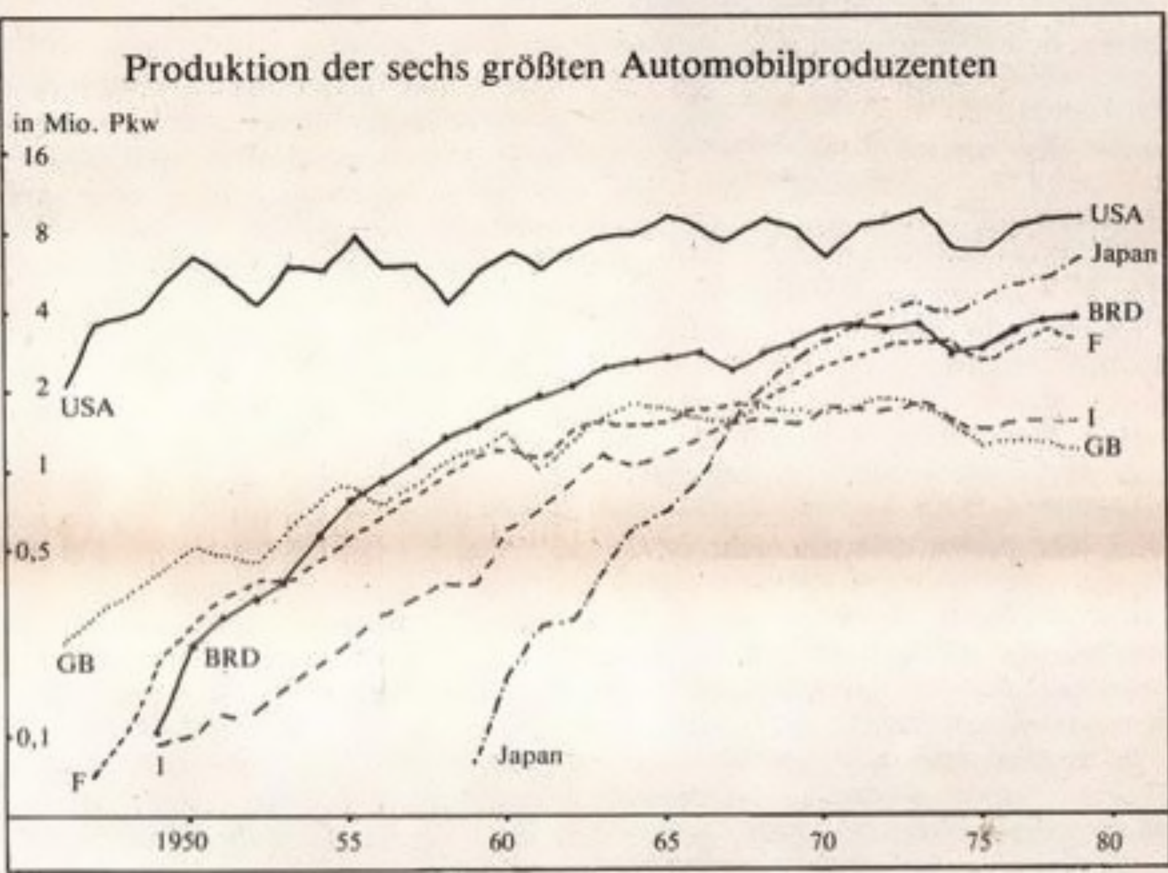
Folgende Tendenz zeichnet sich aus den Bewegungen auf dem Waren- und Kapitalmarkt ab: Nebst Westeuropa werden zusehends die USA zum Hauptschauplatz der Konkurrenzschlachten. Zwar ist die weltmarktbeherrschende Stellung der US-Monopole bisher höchstens angekratzt, aber nicht ernsthaft erschüttert. Noch immer kontrolliert US-Kapital nicht nur 95% der US- und die gesamte kanadische, sondern auch rund ein Viertel der westeuropäischen Produktion. Doch gerade auf ihrem eigenen Markt müssen sich die US-Monopole wachsender Konkurrenz erwehren: Von Februar 79 auf Februar 80 sank ihr Anteil an neuverkauften PKWs von 78,6 auf 70,9%. Um jeden Prozentpunkt, den sie den US-Konzernen abjagen, liegen die westeuropäischen und japanischen Konkurrenten erbittert im Kampf.

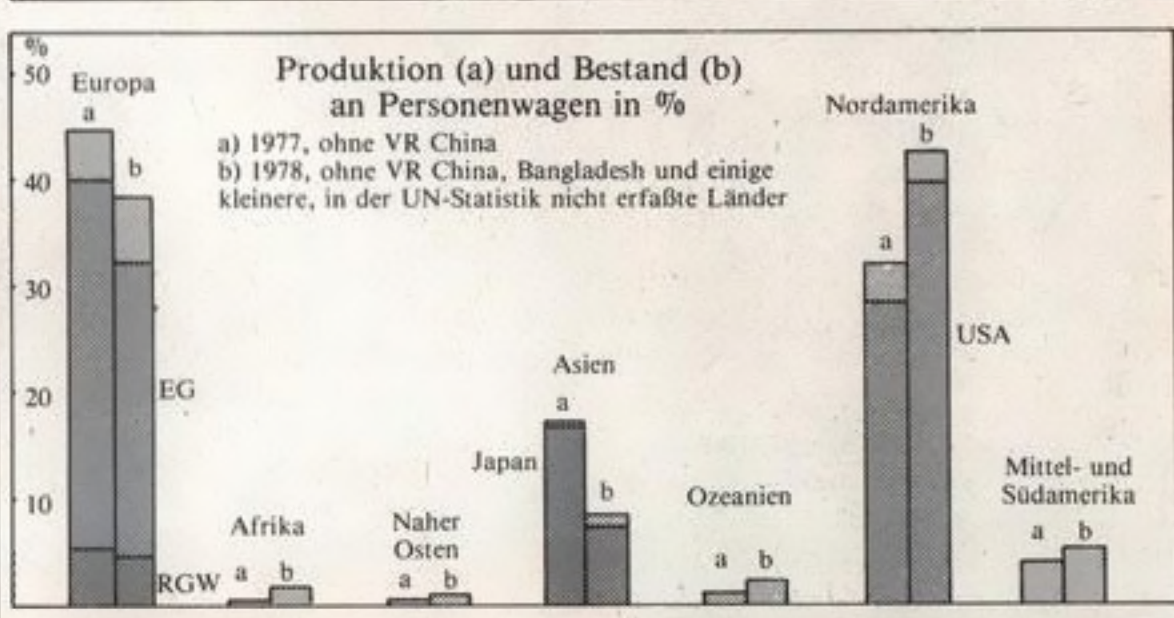
Hauptbeute machten dabei bisher die japanischen Automobilkonzerne; sie verdoppelten innerhalb von zwei Jahren ihren Anteil am US-Markt. Aber ihre eigene strategische Basis ist verhältnismäßig klein, und trotz zweifacher Konkurrenzvorteile (die billige Arbeitskraft der japanischen Automobilarbeiter und ein Zuliefersystem, das auf brutalster Ausbeutung unzähliger meist familienbetriebener Werkstätten beruht und sie mit den vergleichsweise billigsten Unterteilen versorgt) sind ihre eroberten Weltmarktanteile ständig bedroht. Umso zielstrebiger haben sie jetzt damit begonnen, ihre Hauptexportmärkte in Westeuropa und den USA durch Kapitalexport zu stützen: Nissan baut in Kooperation mit Alfa Romeo ein Werk in Süditalien, Honda nimmt im Vertrag mit British Leyland die Produktion in Großbritannien auf. Weiter will Honda zukünftig 10% der PKW direkt in den USA produzieren lassen, und auch Nissan und Toyota planen US-Niederlassungen.

Wie die japanischen versuchen auch die westeuropäischen Konzerne, die zunehmenden US-Drohungen mit protektionistischen Maßnahmen durch Kapitalexport zu unterlaufen und ihre Ausgangspositionen zu verbessern. Nach den Produktionssteigerungen (Febr. '80: +43,4%) und bei Ausbau des Werks in New Stanton hat VW eine zweite Produktionsstätte in Westmoreland beschlossen. Der französische Konzern Renault plant die Produktion von jährlich 100000 PKW im American Motors-Werk in Kenosha.

Bedeutend ist diese Entwicklung insofern, als es den USA bis Anfang 78 gelungen war, fremdem Kapital die Anlage in der US-Automobilindustrie zu versperren. Die Automobilarbeiter sind mit Rationalisierungsschüben ausnahmslos aller Automobilkonzerne konfrontiert, mit denen diese die Mittel für ihre Unternehmungen herauszupressen gedenken.

auf brutalster Ausbeutung unzähliger | pressen gedenken.





dem Nachttarif I zusammengefaßt, der nun werktags von 18 bis 8 Uhr, samstags und sonntags gilt. Gleichzeitig wurde der Tagtarif teilweise verbilligt. Die Gebührenänderungen für ein 5-Minutengespräch betragen demnach in der Entfernungszone 50–100 km: tagsüber 1,15 DM Senkung, 18–22 Uhr 0,51 DM Senkung, nach 22 Uhr 0,77 DM Erhöhung. Laut Angaben der Post sollen die Änderungen insgesamt weit über 1 Mrd. DM Gebührensenkung bringen, davon höchstens 200 Mio. DM die Änderung des Nachttarifs, eine Umverteilung zugunsten der Kapitalisten. Dennoch sollen der Post noch 2 Mrd. DM ausgewiesener Profit bleiben, bei 10 Mrd. DM Investitionen.

z.mam. **,,Die Zigaretten, die Sie heute als täglichen Genuß betrachten, mögen Sie vielleicht später bitter bereuen'', so Antje Huber zum Motto des diesjährigen Gesundheitstages:** Rauchen oder Gesundheit – Deine Wahl. Für die vor die Wahl Gestellten hat die Barmer Ersatzkasse ein Nicht-Raucher-Lernprogramm entwickelt. Danach gilt als erstes: ,,Wenn Sie jetzt gerade eine Zigarette in der Hand haben, sollten Sie diese Zigarette, bevor Sie weiterlesen, weglegen. Wenn Sie keine Zigarette in der Hand haben, holen Sie sich eine, zünden Sie sie an und drücken Sie sie im Aschenbecher aus. Sagen Sie dazu laut: Jetzt höre ich mit dem Rauchen auf! Jetzt höre ich mit dem Rauchen auf! Jetzt höre ich mit dem Rauchen auf!'' Sollte es noch nicht klappen, hier noch drei von 35 Lernschritten: ,,5. Holen Sie Ihre Zigaretten nur noch im übernächsten Geschäft oder aus dem übernächsten Automaten, der nächste ist tabu. 6. Rauchen Sie nur noch mit der Hand, mit der Sie bisher nie rauchten. 14. Rauchen Sie nur noch geschnorrte Zigaretten.'' Sind alle 35 Lernschritte erfolgreich durchlaufen, ist vollkommene Gesundheit erreicht, jedes Kranksein Schauspielkunst.

z.lup. **Wie das Verwaltungsgericht Sigmaringen mitteilt, habe das Land Baden-Württemberg die Absicht ,,zu erkennen gegeben'', mit dem KBW über die für die ZANU gesammelten Gelder einen Vergleich zu schließen,** ,,nachdem sich die politischen Verhältnisse in Zimbabwe grundlegend geändert hätten''. Es ist das erste Mal, daß die Herren das Wort Zimbabwe in den Mund nehmen. In der Verbotsverfügung vom 7. März 1978 war noch von ,,außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien'' die Rede gewesen. In einer Sendung von Radio Bremen am 19. März 1980 hatte der Vizepräsident des Regierungspräsidiums Tübingen, Dr. Udo Andreow, erklärt: ,,Die Sammlung, die seinerzeit rechtswidrig war, weil sie dem bewaffneten Befreiungskampf diente, ist natürlich auch heute noch rechtswidrig, weil auf den Zeitpunkt der Sammlung abzustellen ist ... Eine andere Frage ist, was nun mit dem Geld zu geschehen hat, das beschlagnahmt wurde. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß das Geld am besten für humanitäre Zwecke in Rhodesien zur Verfügung gestellt werden sollte, und wenn sich eine Möglichkeit bieten sollte, das Geld unmittelbar der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, dann glaube ich, daß sich das Regierungspräsidium einer solchen Lösung nicht widersetzen wird.'' Jetzt soll also verglichen werden. Aber was soll verglichen werden? Die Interessen des Volkes von Zimbabwe mit den Interessen der Landesregierung Baden-Württemberg! Da hat sich nichts ,,grundlegend'' geändert. Aber wenn die Landesregierung wenn und aber will, dann kann man ihr versprechen: Wenn die Kolonialisten nicht putschen und die Imperialisten nicht intervenieren, dann wird die ZANU das Geld nicht für Waffen brauchen. Sonst aber schon. Ihr gehört's. Sie soll darüber verfügen, entsprechend der Lage, nicht das Regierungspräsidium Tübingen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

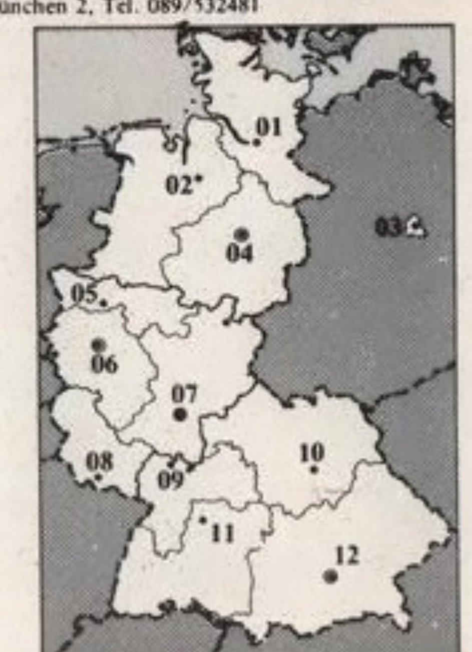
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.std. **Der Ehrenbergprozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg wurde am zweiten Verhandlungstag vertagt.** Gegen die Berufsrichter Diederichs, Radau und Bredow wurde ein Befangenheitsantrag gestellt. Der Befangenheitsantrag wurde drei Tage verhandelt und dann abgelehnt. – Das Gericht hat den Beweisantrag zu Ehrenbergs Rentenanpassungsgesetzen und zum Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz wie andere Gerichte auch bisher abgelehnt. In der Begründung wird der Wahrheitsbeweis prinzipiell aber als zulässig erklärt: ,,Wird der Wahrheitsbeweis in beiden vom Gesetz umschriebenen Tathandlungen (Beleidigung und Verunglimpfung) für strafrechtlich relevant angesehen'', aber ,,Das in Rede stehende Flugblatt enthält indessen keine Tatsachenbehauptungen, deren Verifizierung... erheblich sein könnte''. Damit versucht das Gericht, den Wahrheitsbeweis umgehen und spalten zu können. – Das Gericht behauptete, daß D. Steenken die Herausgabe des Flugblatts gebilligt hätte. Dies mußte es aber erst beweisen. Das Gericht nimmt also das von ihm gewünschte Ergebnis vorweg. Es beabsichtigt, nach Gesinnung zu verurteilen. In der Ablehnung des Befangenheitsantrages wird das Gericht darauf hingewiesen, daß über die Kenntnis der Veröffentlichung nichts festgestellt ist. Da Gerichte nach einer Schwäche auftrumpfen, ist Druck richtig. Der Prozeß wird am 10. April, 10 Uhr, fortgesetzt.

r.led.Uelzen. **Prozeß wegen Überführung eines Treckers für die ZANU:** Lügen haben kurze Beine. Am 2.Tag der Berufungsverhandlung mußte das Gericht die Anklage ,,Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung'' fallen lassen. In der Vernehmung der Polizeikommissare Quader und Niebuhr war offensichtlich geworden, daß sie in verschiedenen Versionen lügen. Nachdem der Kernpunkt der Anklage nicht mehr zu retten war, verurteilte das Gericht zu 300 DM Geldstrafe , weil L.Dirksen Quader wahrheitsgemäß als Spitzel bezeichnet hatte. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

gesamte IGM unterstützt wird. Ob Müllers Kalkül aufgeht, wird man schon am 1.Mai sehen können. Die IGM Jugendgruppen beraten über ihre Forderungen, die auch Forderungen des MTV Anhang V sind. Bei AEG N4 wurde auf der Jugendversammlung über die Forderungen gesprochen, die IGM Bezirksleitung will diese in einem Flugblatt begründen. Die Unterstützung der IGM Jugend auf der 1.Mai Demonstration wird Dr. Müller sehen müssen, um bei den 2. Verhandlungen, Ende Mai, seine Frechheiten gleich zu lassen.



b.tis. **Kleine Anfrage der CDU: Was der Senat gegen das unbefugte Plakatieren und Beschriften öffentlicher Einrichtungen zu tun gedenke?** Senat und Opposition sind sich einig, das jüngste Urteile des Oberlandesgerichts, nach denen unbefugtes Plakatieren keine Ordnungswidrigkeit ist, überprüft werden müssen.

r.wir. **Die Hamburger Handwerkskammer fordert einen ,,Abbau veralteter Beschäftigungsverbote und Ausbildungsbeschränkungen für Frauen und weibliche Jugendliche''.** Nach einer Umfrage der Handwerkskammer wären 45% der Handwerksbetriebe ,,grundsätzlich bereit, Mädchen auszubilden, wenn die entsprechenden recht-

Albrecht sorgt sich um gezielte Zufuhr ausländischer Arbeiter

r.scm. Unter der Leitung von Ministerpräsident Ernst Albrecht tagte Ende März der Ausschuß ,,Europäische Strukturen und europäische Politik'' der Europäischen Demokratischen Union (EDU). Die EDU ist der 1978 vor der Europawahl gegründete Zusammenschluß christlich-reaktionärer Parteien aus 18 Ländern. Der Ausschuß, der jetzt in Celle tagte, ist einer von sechs Ausschüssen dieser Organisation, wird von der CDU betreut und steht seit der Gründung der EDU unter Vorsitz von Albrecht. Laut Pressemitteilung der CDU sollte auf der Tagung ,,ein umfassendes Arbeitspapier über die politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft beraten werden.''

Mit der beabsichtigten Eingliederung Griechenlands, Portugals und Spaniens sowie der Türkei in die EG verändern sich die Bedingungen für die Anwerbung ausländischer Arbeiter durch die westdeutschen Kapitalisten. Albrecht: ,,Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, das heißt Freizügigkeit für Arbeitnehmer, das würde bedeuten, daß wir den Zuzug von Arbeitnehmern aus diesen Ländern nicht mehr steuern können. Beitritt dieser Länder bedeutet einen großen Export in die übrigen europäischen Länder, auch nach Deutschland, an Südfrüchten, an Gemüse. Und wir müssen schließlich sehen, daß es arme Länder sind, die unserer Hilfe bedürfen, das heißt, wir werden auch strukturelle Hilfen geben müssen.'' (Berichte vom Tage, 28.3.1980).

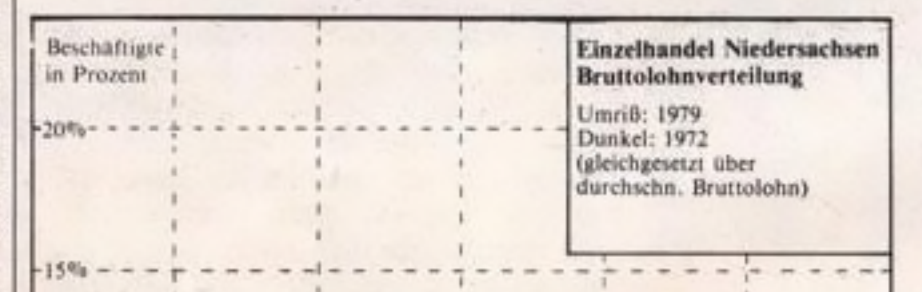
Mit der ,,Freizügigkeit'' ist die rechtslose Lage der Ausländer keinesfalls entschärft. Weiterhin kann die Aufenthaltsgenehmigung oder ihre Verlängerung versagt werden, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder ,,sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland'' es erfordern. Aus den gleichen Gründen kann eine Ausweisung erfolgen (Aufenthaltsgesetz § 12). Die wesentliche Einschränkung besteht allein in dem Passus, daß diese Maßnahmen ,,nicht zu wirtschaftlichen Zwecken'' getroffen werden dürfen. Das bedeutet, daß der seit 1973 bestehende Anwerbestopp aufgehoben wird.

Der Anwerbestopp verfolgte das Ziel, bei der sich rasch entwickelnden Arbeitslosigkeit (die Zahl hat sich seither vervierfacht) sich um die Auszahlung der eingezahlten Versicherungsgelder an die ausländischen Arbeiter zu drücken. Interessanterweise war jedoch gerade die Zahl der Ausländer aus den EG-Ländern rückläufig, während die Zahl der türkischen Arbeiter zunahm. Mit den ,,strukturellen Hilfen'' soll die Ausbeutung der ausländischen Arbeiter in ihren Heimatländern durch die Imperialisten in größerem Umfang ermöglicht werden. Der Zugriff auf die Landwirtschaft durch die EG soll dafür Sorge tragen, daß weitere Millionen ruinierter Bauern die Arbeitslosenheere neu auffüllen und vergrößern.

Das Albrechtsche Kabinett hat in diesen Dingen einige Erfahrung und einiges vor. Kiep, niedersächsischer Finanzminister, wurde im März letzten Jahres von der Bundesregierung mit der Koordinierung der Türkeihilfe betraut, noch vor Matthöfer. Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten, erklärte, einen Tag nachdem der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (ebenfalls CDU) die Einrichtung von Lagern für Asylbewerber ins Gespräch brachte, die Zunahme der Asylanten sei ,,äußerst bedenklich''.

Mit 3,5% Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung ist Niedersachsen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Das Interesse an der Unterdrückung der ausländischen Arbeiter gründet sich für die Bourgeoisie aber gar nicht so sehr auf deren Zahl. Vielmehr hat sie die Löhne der deutschen Arbeiter im Auge, und sie hofft durch die Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter auf das Lohnniveau Druck ausüben zu können.

Einzelhandel: Anhebung der unteren Lohngruppen wird durch Steuerklasse V zunichte gemacht



r.gör. Die abgebildete Bruttolohnverteilung zeigt die Niedrigkeit der Löhne im Einzelhandel. Im Durchschnitt liegen sie um mehr als 500 DM pro Monat unter dem Lohnniveau in der Industrie. Die Ursache dafür liegt bekanntlich wesentlich in dem großen Umfang der unteren Lohngruppen. Etwa zwei Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, davon über 75% in den unteren Lohngruppen.

Der Kampf um die Anhebung der unteren Lohngruppen

gen haben kurze Beine. Am 2.Tag der Berufungsverhandlung mußte das Gericht die Anklage ,,Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung'' fallen lassen. In der Vernehmung der Polizeikommissare Quader und Niebuhr war offensichtlich geworden, daß sie in verschiedenen Versionen lügen. Nachdem der Kernpunkt der Anklage nicht mehr zu retten war, verurteilte das Gericht zu 300 DM Geldstrafe , weil L.Dirksen Quader wahrheitsgemäß als Spitzel bezeichnet hatte. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

b.kav. **Rund 4000 Jugendliche sind z.Zt. in den 180 Jugendabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins organisiert.** Über die Feuerwehren, die den Landräten und somit dem Innenministerium unterstehen, versucht die Bourgeoisie die Jugend unter Befehl und Gehorsam zu bekommen. Geboten wird eine Ausbildung in allen Sparten des Lösch- und Rettungswesens, sowie Zeltlager, Leistungswettbewerbe, Werken, Sport u.v.m. Gefordert wird dafür von jedem Jungfeuerwehrmann das Bekenntnis zum freiheitlichen Staat und die Erfüllung der zum Erhalt der demokratischen Ordnung notwendigen Pflichten. Bei der Schaffung einer schlagkräftigen Haustruppe wollen die Landräte sich einen gedrillten Nachwuchs sichern. In Ratzeburg wird derzeit nur in die Erwachsenenfeuerwehr aufgenommen, wer eine aktive Jugendfeuerwehrzeit durchlaufen hat.



b.uwz. **Schwierige Verhandlungen für den Manteltarif Anhang V/Auszubildende in der norddeutschen Metallindustrie.** Die Verhandlungen fanden am 31.3. in Bremen statt, nachdem die IGM bereits 74 ihre Forderungen übergeben hatte: u.a. Zahlung aller Ausbildungskosten, Übernahme in die II. Stufe, Verbot der Akkordarbeit, Abschaffung der Betriebszeugnisse. Dr. Müller von den metallindustriellen Lohnsenkern im Nordverbund konnte es sich frech erlauben, die Taktik weiterzuverfolgen, die IGM am langen Arm verhungern zu lassen. Nur das Telegramm der VKs, der BJG und der JV der IGM von AEG N4 lag vor ihm auf dem Tisch. So konnte er sich die Frechheit leisten zu den Forderungen der IGM, die diese vortrug, mit keinem Wort Stellung zu nehmen. Die IGM will er mit dem alten Schlichtungsabkommen erpressen und kann dies, solange die IGM Jugend nicht durch die

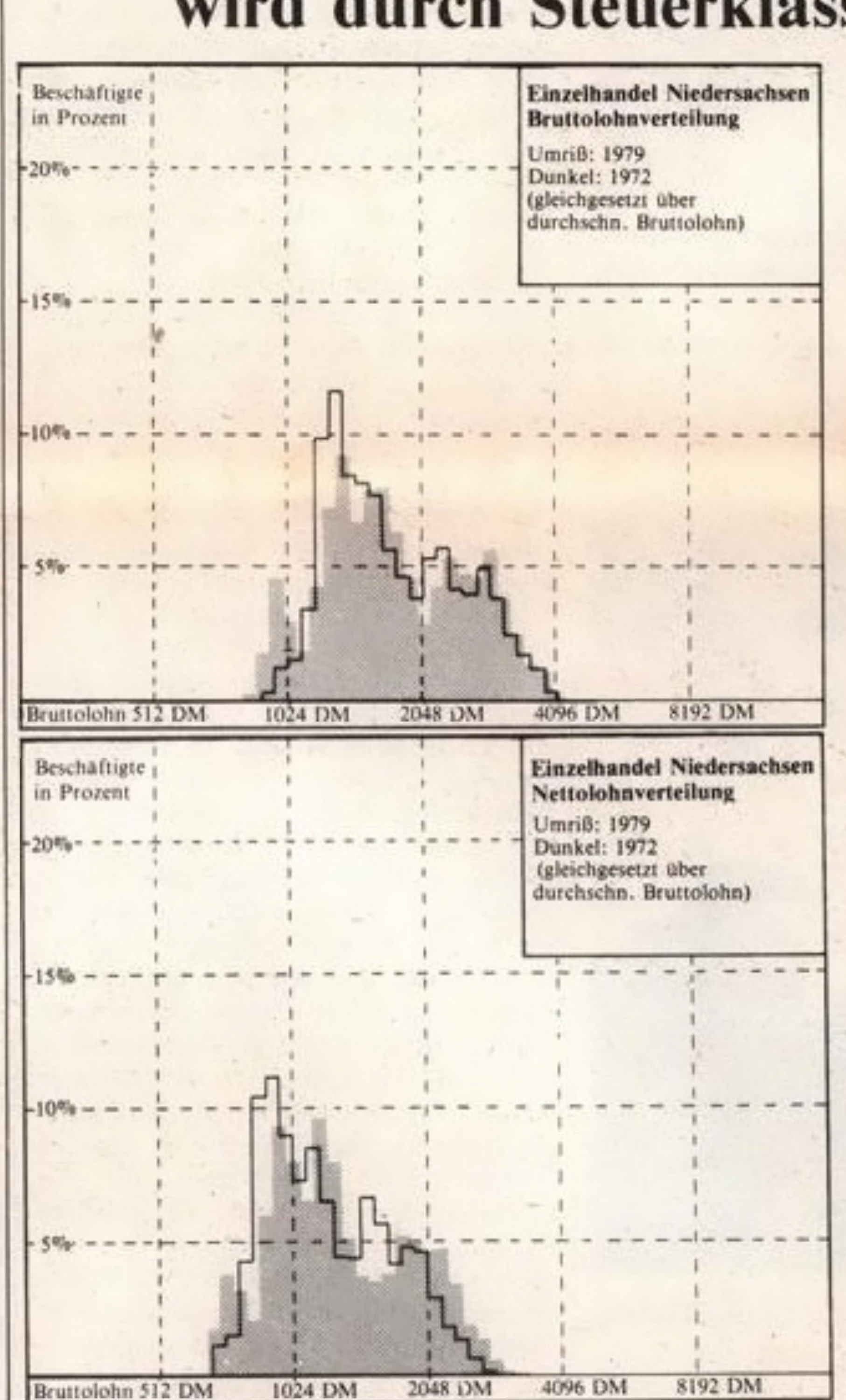
jüngste Urteile des Oberlandesgerichts, nach denen unbefugtes Plakatieren keine Ordnungswidrigkeit ist, überprüft werden müssen.

r.wir. **Die Hamburger Handwerkskammer fordert einen ,,Abbau veralteter Beschäftigungsverbote und Ausbildungsbeschränkungen für Frauen und weibliche Jugendliche''.** Nach einer Umfrage der Handwerkskammer wären 45% der Handwerksbetriebe ,,grundsätzlich bereit, Mädchen auszubilden, wenn die entsprechenden recht-
lichen Voraussetzungen gegeben sind.'' Weitere 17% wären dazu nur dann bereit, ,,wenn wegen der teilweise erheblichen Investitionen für sanitäre Einrichtungen finanzielle Hilfen gewährt würden''. Worum geht es? Die Arbeitszeitordnung schreibt generell ein Beschäftigungsverbot für Arbeiterinnen von 20 Uhr bis 6 Uhr vor, läßt jedoch zahlreiche Ausnahmen zu. Die Handwerkskammer will eine Aufhebung des Verbotes. Bäckermeister Erdmann, Vorstandsmitglied der Handwerkskammer, läßt frech über das ,,Abendblatt'' verbreiten, daß bei ihm eine Auszubildende nicht erst ab 6 Uhr, sondern schon ab 4 Uhr arbeite. Würde man ihm das verbieten, sehe er sich ,,leider gezwungen, das Lehrverhältnis zu lösen, weil sonst die praktische Ausbildung zu kurz kommt.'' In der Gewerbeordnung heißt es: ,,...in Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeitnehmer sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein''. Die Kapitalisten schreien auf: schon schlimm genug, daß Arbeiter sich waschen, umziehen und Toiletten beanspruchen! Jetzt auch noch Toiletten für Arbeiterinnen! Der Hamburger Senat bezeichnet die ,,Lex Bäckerei'' als ,,unerfreulich''. Er hat das Bundesarbeitsministerium um Novellierung gebeten. Selbstverständlich um der Gleichberechtigung der Frau zu genügen.

b.khg. **Die Kronos-Titan GmbH aus Nordenham darf ihre giftigen Chemieabfälle Grünsalz und Dünnsäure weiterhin bei Helgoland in die Nordsee kippen.** So entschied das Verwaltungsgericht Hamburg über den Antrag des Altenwerder Fischers Heinz Oestmann, der Chemiefirma die Vergiftung der Nordsee zu verbieten. Der Fischer könne mit seinem Kutter woanders fischen. Daß ,,woanders'' keine Fische sind, fand bei Gericht keine Beachtung.

b.klw. **Der Militärbischof Dr. Sigo Lehming sprach sich in einem Pressegespräch dafür aus, daß Pastoren zur Bundeswehr gehen.** Der Grund: ,,Wenn Theologen mehr Einblick hätten oder selbst Soldat gewesen wären, wäre ihre Kritik sachgemäßer''. Oft hätten sie eine ,,unbegründete Kritik am Wehrdienst''. Die Pastoren sollen Wehrdienstverweigerer nicht zu Gewaltfreiheit an sich erziehen, sondern Friedenssicherung durch eine starke Armee propagieren. Ein Christ, der so den Frieden sichern wolle, ,,könne erleben'', daß er auch in den Krieg müsse. Anläßlich der öffentlichen Vereidigung auf dem Flensburger Südermarkt äußerte sich der Militärspfarrer aus Tarp in einem Leserbrief im Flensburger Tageblatt: ,,Ich wünsche mir genauso wie jedermann eine Welt ohne Gewalt. Aber ich bin dankbar, daß ich in diesem Staat lebe, und wenn wir schon einen verteidigen müssen, dann diesen lieber als andere.''(13.3.80)

Einzelhandel: Anhebung der unteren Lohngruppen wird durch Steuerklasse V zunichte gemacht



r.gör. Die abgebildete Bruttolohnverteilung zeigt die Niedrigkeit der Löhne im Einzelhandel. Im Durchschnitt liegen sie um mehr als 500 DM pro Monat unter dem Lohnniveau in der Industrie. Die Ursache dafür liegt bekanntlich wesentlich in dem großen Umfang der unteren Lohngruppen. Etwa zwei Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, davon über 75% in den unteren Lohngruppen.

Der Kampf um die Anhebung der unteren Lohngruppen
wird geführt. Daß er bereits Ergebnisse gebracht hat, zeigt ein Vergleich der Bruttolohnverteilungen von 1972 und 1979. Deutlich erkennt man, daß die Belegung der untersten Lohnklassen relativ kleiner geworden ist.

Wem aber sind die Früchte dieses Kampfes zugute gekommen? Nicht den Beschäftigten im Einzelhandel. Sondern dem Staat, der die Steuerausplünderung der Bruttolöhne drastisch weiter verschärft hat.

Der Vergleich der Brutto- und Nettolohnverteilungen zeigt: Erstens den absoluten Umfang der Lohnabzüge (jetzt durchschnittlich 31% Steuer- und Sozialversicherungsabzüge vom Bruttolohn). Zweitens die Steigerung der Ausplünderung des Bruttolohns durch die Serie von Steuerreformen, die in den vergangenen Jahren durchgeführt worden ist. Die Lohnabzüge vom Durchschnittslohn haben sich von 314 DM monatlich 1972 auf 573 DM 1979 fast verdoppelt. Drittens, beim Vergleich der Nettolohnverteilungen erkennt man, daß durch die Besteuerung der Erfolg in der Anhebung der unteren Lohngruppen praktisch zunichte gemacht worden ist. In der Tendenz ist die Belegung der unteren Nettolohngruppen sogar gestiegen.

Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den unteren Lohngruppen meist Frauen sind, die nach Steuerklasse V besteuert werden. Die besondere Niedrigkeit des Lohns verbindet sich mit extrem hoher Besteuerung gerade in dieser Steuerklasse, was insbesondere durch die Steuerreform von 1975 noch wesentlich verschärft wurde. Streichung der Steuerklasse V ist jedenfalls notwendig, um nicht mit dem Lohnkampf bloß die Staatseinnahmen für die Bourgeoisie zu vermehren.

b.cld. **Die Vertrauensleute der Ölmühle Hamburg AG haben der Tarifkommission der IG Chemie eine Forderung von 8%, mindestens 180 DM empfohlen.** Der Entgeltstarifvertrag für die Ölmühlen in Hamburg läuft zum 30.4. aus. Beschäftigt waren bei den Ölmühlen 1979 1343, davon 916 Arbeiter. Es wird überwiegend im 4-Schicht-Betrieb gearbeitet. Die Aufstellung einer Mindestforderung von 180 DM wurde vor allem damit begründet, daß die unteren Lohngruppen nicht von den höheren abgespaltet werden dürfen. In der Entgeltgruppe I bekommen die Arbeiter zwischen 1800 und 1900 DM, in der Entgeltgruppe II 1900 bis 2100 DM. Ab Entgeltgruppe III bis VII machen 8% mehr als 180 DM aus. Die Entgeltgruppe III gilt für Handwerker, qualifizierte Fabrikationsarbeiter, gelernte kaufmännische und technische Angestellte. Die Durchsetzung der 180 DM wirkt vor allem der Abspaltung von gelernten und ungelernten Arbeitern und Angestellten entgegen. Gleichzeitig würde sie den Zwang zu Überstunden und Zusatzschichten abschwächen und den Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit stärken. Am gleichen Tag, an dem die Vertrauensleute ihren Beschluß gefaßt haben, gab der Aufsichtsrat der Ölmühle bekannt, daß die Aktionäre mit einer Dividende von 25 Prozent rechnen können. Bezahlen können die Kapitalisten also.

b.wos. **Am 17.4.80 finden zwischen HBV und dem Gesamtverband des Hamburger Einzelhandels Tarifverhandlungen statt über den auf Bundesebene vereinbarten Rahmentarifvertrag über Urlaubsgeld, Sparförderung und Sonderzahlungen (siehe KVZ Nr. 12/80).** Der Gesamtverband des Hamburger Einzelhandels lehnt diese Vereinbarung ab. Zugleich beginnen die Lohn- und Gehaltsverhandlungen. HBV fordert Gehaltserhöhungen zwischen 120 DM und 310 DM. Für jede Gahltsgruppe einen festen DM-Betrag. Das Mindestgehalt soll bei 1200 DM liegen. Die Endstufe der Verkäufer K2, 8. Berufsjahr, soll um 170 DM auf 1800 DM angehoben werden. Der größte Anteil der Beschäftigten liegt in dieser Gehaltsgruppe. Die Forderungen für diese Tarifgruppen sind die Kernpunkte der Forderung. Die Anhebung um 120 DM auf 1200 DM verhindert ein weiteres Auseinanderklaffen der Lohnskala und an das Endgehalt der Verkäufer ist das Urlaubsgeld (45% vom Endgehalt der Verkäufer für 1980) gekoppelt. Für Auszubildende wird eine einheitliche Anhebung um 75 DM gefordert, für die Arbeiter Lohnerhöhungen zwischen 121 und 181 DM. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist eine Aktion im April geplant.

b.dam. **Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamte und Anwärter im Deutschen Beamtenbund in Heide richtet sich gegen die Auswirkungen auf die Gesundheit durch den Schichtdienst.** Die Gewerkschaft forderte einen Zusatzurlaub von 6 Arbeitstagen im Jahr, für eine volle Nachtschicht beim Dreischichtbetrieb einen Arbeitszuschlag von einer Stunde, die Anstrebung der Zurruhesetzung mit 60, eine höhere Anrechnung der Zeiten des Wechseldienstes auf die Pension, den

AEG-Sanierung auf Olympia-Werke ausgedehnt 1200 Entlassungen in allen Werken beschlossen

r.bia. Unter der Oberaufsicht des neuen AEG/Telefunken Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr sind für die Olympia-Werke die Sanierungspläne bekanntgeben worden. Am 27. März auf einer außerordentlichen Gesamtbetriebsrätekonferenz des Olympia-Konzerns in Bremen wurden die genauen Zahlen zur Sanierung genannt. 1200 Entlassungen sollen jetzt durchgesetzt werden, im Juli sollen dann weitere Entlassungen anstehen, die dann hauptsächlich den Angestelltenbereich umfassen. Die Zahlen über die zu entlassenden Arbeiter sind von der Schweizer Rationalisierungsfirma Hayeck, die die Olympia-Werke im Auftrag der AEG untersucht haben, vorgeschlagen worden. Offenbar hat Dürr bei seinem Antrittsbesuch bei den Olympia-Werken in Wilhelmshaven im Februar den Sanierungsplan freigegeben. Entlassen werden sollen: 617 von 6000 Arbeitern in Wilhelmshaven; Norden 121 von 300; Leer 179 von 1250; Kaufbeuren 24 und Braunschweig 50. Betroffen werden die Arbeiter aus den Bereichen der Kugelkopfmaschinen der SG 65 und SG 3. Im Angestelltenbereich sind die Entlassungen nur unternehmensbezogen genannt worden. 130 in der Entwicklung, das ist ein Drittel; 33 in der Materialwirtschaft; 69 in der Planung und Kontrolle; 24 im Personalbereich und 13 im Vorstandsbereich. Wenn die zweite Entlassungswelle im Sommer durchgezogen werden soll, wird sich die Zahl wohl auf die 2000 Entlasssungen steigern.

Die Olympia-Werke, 100% AEG-Tochtergesellschaft, ist einer der drei weltgrößten Büromaschinenhersteller mit derzeit 10000 Arbeitern in Westdeutschland und nochmals 4500 im Ausland. Die Sanierungspläne ziehen sich über ein Jahr hin. Eine Zahl von 2000 Entlassungen, die seit einem Jahr sich hartnäckig als Gerücht hält, wurde wohl auch von der Hayeck bestätigt. Mit diesem Programm will die AEG auf dem Büromaschinenmarkt weiterkommen und die Umsatzkurve des Konzerns wieder in die Höhe treiben.

Auf allen vergangenen Betriebsversammlungen, vier ordentliche und zwei außerordentliche, wies Orth, Vorstandsvorsitzender des Olympia-Konzerns, jedwede Entlassung als absurd ab. Vielmehr sagte er, daß die Lage des Konzerns nicht schlecht sei, die Umsatzschwierigkeiten hingen mit den Bierautomaten in den Hallen zusammen. Empörung unter den Arbeitern. 30 bis 40 Wortmeldungen war die Antwort auf der Betriebsversammlung zu den Verkaufsverhandlungen der AEG über Olympia im vergangenen Jahr.

Im November wurde der Olympia-Vorstand nach Frankfurt gerufen. Eine Zahl von 3000 Entlassungen machte die Runde im Werk. Die Belegschaft, legt, als die Nachricht ins Werk kommt, teilweise die Arbeit nieder und gruppenweise wird zum Betriebsratsbüro marschiert. Wieder wird dementiert. Die „Wilhelmshavener Zeitung" bringt daraufhin Artikel, daß kein Grund zur Sorge besteht. Ehrenberg, dessen Wahlkreis in Wilhelmshaven liegt, schaltet sich ein. Er hätte mit dem AEG-Vorstand gesprochen, die Zukunftsaussichten für Olympia wären nicht schlecht. Die Vertrauensleute der Werke Leer, Norden und Wilhelmshaven beginnen sich zusammenzuschließen, um gemeinsames Handeln zu beraten.

Am 6. Dezember, drei Tage nach der Vorstandssitzung der AEG, wird bei den Olympia-Werken eine Betriebsversammlung abgehalten, die den ganzen Tag dauert. Die Arbeiter wollen die Sanierungspläne auf den Tisch haben. Orth dementiert jedwede Entlassung. Es werden Forderungen erhoben die gegen die Abruppierungen am ES 100 Band gerichtet sind, der neuen Elektro/Spritzdüsenschreibmaschine. Die Ergebnisse der Schweizer Hayeck sollen unverzüglich offengelegt werden. Orth weiß angeblich von nichts.

Gegen die Abgruppierungen entwickelt sich der Widerstand der Belegschaft. Die IGM beschließt zum 30. Juni, den AWG-Vertrag zu kündigen, der die Einführung der Analytischen Arbeitsplatzbewertung 1973 festgeschrieben hat. Durch die zunehmende Verwendung von elektronischen Bauteilen bei den Schreibmaschinen, haben die Kapitalisten durch die Arbeitsplatzbewertung die Arbeiter immer weiter herabgruppiert, weil ja auch die Arbeitsvorgänge leichter werden, behaupten sie.

Als die Nachricht von den Entlassungen am Morgen des 28. März durch das Werk geht, wird die Arbeit niedergelegt und darüber diskutiert. Der Betriebsrat beschließt, sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen. Der Vorstand gibt die Kündigungen bekannt. Es werden Auslösungsverträge angeboten für die Arbeiter, die 25 Jahre im Werk und über 55 Jahre alt sind. Ein Betriebsrat weist die Verträge als Kuhhandel ab und schlägt vor, sie abzulehnen. Die Arbeiter melden sich zu Wort und werfen der Betriebsführung vor, sie schon seit langem betrogen zu haben. Orth hat es vorgezogen selbst nicht zu erscheinen. Alle Beschwichtigungsversuche scheitern. Der Betriebsrat und die Vertrauensleutekörperleitung beschließen eine Flugblattaktion, jede Woche eins bis zum 1.Mai. Erst sollen die Tatbestände der Entlassungen aufgegriffen werden, dann sollen Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Eine Demonstration und Streik werden als Mittel ins Auge gefaßt. Auf der VKL-Sitzung wird ein Antrag vorgetragen, der eine Demonstration am 1.Mai in Wilhelmshaven unter den Forderungen vorschlägt: Keine Entlassungen, Keine Abgruppierungen, Weg mit dem AWG-Vertrag, 7-Stunden-Tag, Verbot der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Die VKL ist für die Forderungen, aber eine Demonstration soll wenn, dann „spontan" nach der DGB-Kundgebung, stattfinden. Der Olympia-Vorstand hat die Massenentlassungen offensichtlich schon beim Arbeitsamt angemeldet, und wartet jetzt auf die Zustimmung des Betriebsrates. Der will aber nicht zustimmen, weil ihm die konkreten Informationen über die Entlassungen fehlen, um sich ein Bild zu machen. Der Vorstand hat es eilig, schon im November hätten 1200 Entlassungen durchgeführt werden sollen, heißt es im Hayeck-Bericht.

Die ÖTV unterstützt den Kampf für die nötigen Planstellen

b.mat. „Wir können nur noch das Nötigste tun – Essen verteilen und die dringendste Pflege erledigen. Persönliche Gespräche? Undenkbar!" „Die Arbeitsbelastung ist so enorm, daß hier keiner arbeiten will. Wenn es mehr Planstellen gäbe, wären auch die Schwestern da." Dies berichteten Ärzte und Schwestern aus dem AK Altona und AK St. Georg (Morgenpost, 19.3.). Briefe wurden in der Presse veröffentlicht, die, an Gesundheitssenatorin Elstner gerichtet, von Beschäftigten von Hamburger Krankenhäusern geschrieben werden und in denen die Abstellung solcher Zustände gefordert wird. Zuletzt vor vier Wochen wurde solch ein Brief an Elstner mit 650 Unterschriften vom Pflegepersonal mehrerer Krankenhäuser einem Notar übergeben. Als Hauptfront steht die Forderung nach mehr und ausreichenden Planstellen. Äußerungen der Gesundheitssenatorin und schon gar eine konkrete Antwort von ihr sind seitdem in der Presse nicht aufzuspüren. In der ihr eigenen Umgebung des Rathauses stellt sie sich hin und erklärt: „Wir können mit Fug und Recht sagen, daß wir in Hamburg ein vorbildliches Gesundheitswesen haben"(Bürgerschaftsdebatte vom 13.2.).

Die Gewerkschaft ÖTV hat u.a. von Ehrenberg und den Gesundheitssenatoren bzw. -ministern der Länder gefordert:„Die dringendsten Personalmängel in den Krankenhäusern müssen kurzfristig behoben werden". Die ÖTV lehnt die Anwendung der Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft für die Besetzung der Krankenhäuser mit Ärzten und Pflegekräften von 1969, die auf Beschluß der Gesundheitsministerkonferenz der Länder von 1978 heute noch als „Näherungswerte und Orientierungshilfen" dienen, als unzureichend ab.

Stattdessen fordert die ÖTV einen neuen Stellenschlüssel, der wachsender Vernutzung von Arbeitskraft des Personals und mangelhafter Versorgung der Patienten entgegenwirkt. Damit die Beschäftigten in Zusammenarbeit mit ihren Vertretungsorganen wie Personal- und Betriebsrat und Vertrauensleutekörper den für ihre Abteilungen notwendigen Personalbedarf ermitteln können, hat die ÖTV eine Arbeitshilfe zu diesem Zweck im Gesundheitsreport 1/80 und ÖTV-Magazin 2/80 veröffentlicht. Elf Punkte nennt die ÖTV als einzuhaltende Voraussetzungen, die grundlegend für eine ausreichende Personalbemessung sein müssen. z.B.: Auszubildende dürfen nicht auf den Stellenplan angerechnet und die 40-Stunden-Woche muß eingehalten werden, geteilter Dienst ist unzumutbar; Senkung der Verweildauer erfordert mehr Arbeitsaufwand; ambulante Patienten müssen mitgezählt werden; die Zunahme von technischem Gerät erfordert mehr und spezialisierteres Personal; *alle* Abwesenheiten vom Personal müssen zur Berechnung der Ausfallquote herangezogen werden.

War die Ausfallquote 1969 mit 15% auf den damals festgelegten Bettenschlüssel berechnet, hat sie sich 1979 auf über 20% in den Hamburger Krankenhäusern gesteigert. Bei einer Station mit 30 Betten bedeutet dies, daß die Arbeit von über zwei Schwestern von den anderen mitgeleistet werden muß. Die enorme Steigerung der Ausfallquote vor allem durch Krankheit, Urlaub und Mutterschutz wird somit seit elf Jahren unverändert in der Stellenplanberechnung belassen. 1979 blieben 150 Stellen in Hamburg für 7,5 Monate durch Mutterschaftsurlaub der Schwestern unbesetzt. Allein von 1976 auf 1977 stiegen die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten bei der Gesundheitsbehörde mit Krankenhäusern auf 1000 Versicherte von 75,4 auf 79,5.

Mitte Januar gab es 217 unbesetzte Stellen in den staatlichen Krankenhäusern, im UKE 140. Mitte Februar sind es noch insgesamt 124 unbesetzte Stellen, nachdem gerade examiniertes Personal eingestellt wurde. Von den berechtigten Forderungen nach mehr Planstellen versucht Elstners SPD-Kollege Hartmann abzuschrecken mit der Drohung: „Wenn also der Ruf nach mehr Personal laut wird, dann muß man gleichzeitig die Bereitschaft kundtun, einen demnächst kräftig steigenden Krankenkassenbeitrag kommentarlos, weil so gewünscht, zu bezahlen".

Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten – Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten ist die Antwort auf diese Spaltungsmanöver.

Landesarbeitsamt: Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen höhere Zahlungen an die Kapitalisten

b.hör. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen (1978 = 73200; 1979 = 64100) steigen 1979 die Ausgaben des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein-Hamburg um ein Viertel. Besonders stark waren die Steigerungen in den Bereichen Berufliche Umschulung (+29%), Unterhaltsgeld (+48,9%), Rehabilitation (+52,8%) und Schlechtwettergeld (+150,1%). Dies ist auf die verschärfte Anwendung des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 zurückzuführen, mit dessen Hilfe die letzten Reserven an Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt mobilisiert werden sollten, um durch ein größeres Angebot an Arbeitskräften den Lohn zu drücken.

Das Haushaltsstrukturgesetz von 1975 hatte bereits die Zumutbarkeitskriterien für die Annahme von Arbeit durch den Arbeitslosen verschärft. 1979 verfügte dann das Ehrenbergministerium, daß Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit anders sein können, als bei der bisherigen Beschäftigung. Wird nun ein Arbeiter aufgrund der Verhältnisse in der kapitalistischen Pofitproduktion arbeitslos z.B. durch Rationalisierung und ist er schwer in eine neue Stelle zu vermitteln, so zahlen nicht etwa die Kapitalisten für Umschulung und Unterhalt, sondern die Arbeitslosenversicherung.

Unter dem Posten Förderung der Arbeitsaufnahme und Arbeitsbeschaffung sind Gelder aufgeführt, die aus der Arbeitslosenversicherung direkt den Kapitalisten z.B. für Löhne in der Einarbeitungszeit oder für ABM-Stellen zugeschoben werden.

Hinter den enormen Steigerungsraten im Bereich Rehabilitation verbirgt sich die Tatsache, daß sogar Arbeiter, die durch Körperbehinderung oder Unfall in ihrer Erwerbstätigkeit erheblich eingeschränkt sind, im letzten Jahr verstärkt für die Profitproduktion herangezogen worden sind. Grundlage ist das Schwerbehindertengesetz, das die Einrichtung von Werkstätten für Behinderte regelt, wo „wirtschaftlich verwertbare Arbeitsleistung" erbracht werden soll. Die Kapitalisten können Aufträge an die Werkstätten vergeben und sich auf diese Weise von einer Ausgleichsabgabe befreien, die sie sonst in Höhe von 100 DM je Arbeitsplatz zahlen müssen, wenn sie nicht 4 bis 10% ihrer Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zur Verfügung stellen.

Haushalt des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein-Hamburg

	Mio.DM 1978	Mio.DM 1979	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an Gesamteinn.
Einnahmen insgesamt	1396,9	1529,1	+ 9,5%	100,0%
dar. Beitragsaufkommen	1380,9	1513,9	+ 9,6%	98,7%
Ausgaben insgesamt	1192,2	1485,0	+ 24,6%	97,5%
dar. Berufl. Ausbildung	28,8	32,9	+ 14,3%	2,1%
Berufl. Fortbildung	21,6	23,7	+ 9,9%	1,5%
Berufl. Umschulung	13,8	17,8	+ 29,0%	1,1%
Unterhaltsgeld	65,3	97,3	+ 48,9%	6,3%
Förderung der Arbeitsaufnahme	58,7	69,9	+ 19,1%	4,5%
Rehabilitation	42,8	65,5	+ 52,8%	4,2%
Schlechtwettergeld	68,0	170,1	+150,1%	11,1%
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	53,2	67,5	+ 26,7%	4,4%
Arbeitslosengeld	454,6	543,6	+ 19,6%	35,4%
Anschlußarbeitslosenhilfe	106,1	126,5	+ 19,3%	8,3%
Bund-Arbeitslosenhilfe	20,4	25,2	+ 24,2%	1,6%

Ausbau der ärztlichen Vorsorge, insbesondere des Herz-Kreislauf-Systems sowie mehr Heil- und Vorsorgekuren.

b.brr. **Der Empfehlung des Städteverbandes Schleswig-Holsteins zur Pflegevermittlung von Problemkindern hat die oberste Landesjugendbehörde im November 79 zugestimmt.** Ziel ist es, den als „Folgeerscheinung der Wohlstandsgesellschaft ... ständig steigenden Anteil der Problemkinder an der Zahl der außerhalb ihrer Familien unterzubringenden Minderjährigen" in Pflegefamilien unterzubringen. Dazu zwinge „angesichts der Entwicklung der Heimkosten auch die finanzielle Vernunft". Ein Dreiergremium des Jugendamtes entscheide darüber, ob ein Kind so schwierig ist, daß die Pflegeeltern zusätzlich zum Pflegegeld 400 DM „leistungsgerechtes Erzieherentgelt" bekommen oder nicht. Gleichzeitig entscheiden sie über die Anerkennung der Pflegestelle. Mit dem Jugendamt (JA) müssen die Sonderpflegeeltern einen Vertrag schließen, der dem Staat die Treuepflicht sichert. Eine fachlich pädagogische Ausbildung mindestens eines Pflegeelternteils ist erwünscht, beide müssen bereit sein, mit dem JA zusammenzuarbeiten. Konkret heißt das, daß vor allen wichtigen Entscheidungen die Erlaubnis des Jugendamtes eingeholt werden muß, z.B. welche Schule ein Kind besucht. Alle Auffälligkeiten müssen sofort gemeldet werden.

r.bab. **Auf dem Staatsgut Alt-Erfrade, das der Hamburger Justizbehörde untersteht, wurden Gefangene zur Arbeit mit tödlichen Chemikalien gezwungen.** Ohne Schutzhandschuhe und Atemschutzmasken mußten sie Saatgetreide mit hochgiftigen, quecksilberhaltigen Pflanzenschutzmitteln bearbeiten. Verätzungen der Haut und Krankheiten, deren Ausmaß noch nicht abzusehen ist, sind die Folgen. Klose & Co. preisen die Arbeitspflicht und die „ausreichenden und vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten" in den Anstalten als „beispielgebend". Unter den KZ-Bedingungen in den Gefängnissen können sie die Arbeitskraft der Gefangenen ungehemmt ausbeuten. Die Gefangenen brauchen gewerkschaftliche Rechte. Ihre Vertretungsorgane müssen das Recht haben, die Arbeitsbedingungen – z.B. die Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften – zu kontrollieren. Werden die Gefangenen gezwungen, außerhalb der Gefängnisse zu arbeiten, müssen sie durch den jeweiligen Betriebsrat vertreten sein.

Veranstaltungskalender

Seminarwoche zum Demokratischen Kampuchea 7. bis 11. April 1980

Themen:

1. Auch am Ende der zweiten Trockenperiode ist der Widerstand des kampucheanischen Volkes nicht gebrochen.

2. In seiner jahrhundertelangen Geschichte mußte das kampucheanische Volk immer wieder seine nationale Existenz und Würde verteidigen. Sein jetziger Kampf steht in einer großen Tadition.

3. Vietnam in den Fängen der Expansionspolitik Le Duans und Pham Van Dongs. Die Nutznießer sind die sowjetischen Sozialimperialisten.

4. ASEAN. Aus einer Bastion des Imperialismus ist ein Instrument der Unabhängigkeit geworden. Die Völker sind die Triebkraft.

5. Das Demokratische Kampuchea bildet einen Vorposten im Kampf der Völker gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr. Strategischer Zusammenhang der Kämpfe in Südostasien, Mittelosten, Naher Osten, Afrika und Balkan.

Husum, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte
Flensburg, 20 Uhr, Apenrader Hof
Rendsburg, 20 Uhr, Holsteneck, Schiffbrückenplatz
Kiel, 20 Uhr, Ellerbecker Kegelbahnen, Ostring
Neumünster, 20 Uhr, „Hotel Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße
Itzehoe, 20 Uhr, „Zur Kajüte", Liethberg
Eutin, 20 Uhr, „Gasthof am See", Elisabethstraße
Bad Oldesloe, 20 Uhr, Schützenhalle, Sehmsdorfer Straße
Stade, 20 Uhr, „Gaststätte Grafenklause", Udonenstraße
Lüneburg, 14.-18.4.*Hamburg: Harburg*, 20 Uhr, Mo. u. Di., „Löschdeich", Schwarzenbergerstr. 70. Mi. - Fr., „Zur Erholung", Winsenerstr. 42
Eimsbüttel, 19.30 Uhr, Mo. Eimsbüttler Krug. Di. bis Fr., Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6
Mitte/West, 19 Uhr 30, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstr. 26
Wandsbek/Nord, 19.30 Uhr, Mo., „Geibelburg", Geibelstraße; Di. bis Fr., Fränkelschule, Fränkelstraße

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 10.4.80, 10 Uhr, Landgericht Lüneburg, am Markt 7, Zi. 21

Prozeß wegen Widerstand bei einer Kundgebung gegen die US-Besatzer bei Garlstedt gegen Buttler, Oberkampf und Timmermann

Hamburg, 8.4.80, 12 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3, Raum 160

Bußgeldverfahren gegen Qualmann, v. Appen und Schöttler wegen Teilnahme an einer verbotenen Irandemonstration am 13.1.79

Kiel, 22.4.80, 9 Uhr, Amtsgericht Kiel, Zimmer 124

Auswirkungen der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit auf die Arbeitskraft. Seminar der Arbeitskreise metallverarbeitende Industrie und öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Sonntag 13.4.80 10 Uhr

Flensburg, Apenrader Hof
Kiel, Holstengaststätte, Waitzstraße
Hamburg, Eimsbüttler Krug, Osterstraße

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6.
Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark

1. Mai 1980: Die politischen Forderungen der Arbeiterklasse werden erhoben

b.clm. Der DGB ruft für den 1.Mai an zahlreichen Orten zu Kundgebung, Demonstration oder Saalveranstaltung auf. In Betrieben und Gewerkschaftsgruppen wird debattiert, welche Forderungen aufgestellt werden und welche Transparente angefertigt werden. Kern aller Auseinandersetzung ist, welche Kampfschritte gegen die absolute Verelendung der Arbeiterklasse gemacht werden müssen. Es wird erörtert, wie der wachsenden Steuerausplünderung ein Riegel vorgeschoben werden kann, aber auch, wie die Kämpfe der Jugend unterstützt werden müssen und welche Schritte gegen die wachsende Kriegsgefahr eingeschlagen werden sollen. Einige Beschlüsse sind bereits gefaßt worden:

Forderungen, die aufgestellt werden:

Kreisjugendausschuß des DGB Flensburg: u.a. Ohne Lehrvertrag kein flächendeckendes BGJ! - Zweimal 6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! *14 Kollegen der Fachgruppe Einzelhandel der HBV Kiel:* Für Tarifforderungen mit ausreichendem Festgeldanteil, Schluß mit den niedrigen Löhnen im Einzelhandel! - Sofortige Erhöhung des Steuerfreibetrags auf 25% des Durchschnittslohns! *HBV Ortsverwaltung Kiel:* u.a. Keine Lockerung der Ladenschlußzeiten! - Für eine gesetzliche Gewährleistung des Zugangs- und Inspektionsrechts der Gewerkschaften an den Berufsschulen! - Angleichung des Kindergeldes an die entsprechenden Zuschüsse im Öffentlichen Dienst! - Mindestrente 75% des Durchschnittslohns! *GEW Kreisverband Neumünster:* u.a. 40-Stunden-Woche und kleine Klassen, davon wollen wir nicht lassen! Sofortige Einstellung aller arbeitslosen Lehrer auf Planstellen! -Streikrecht auch für Lehrer! - Weg mit dem Extremistenbeschluß! *VK der HAW HH:* 9% mehr Lohn und Gehalt, Angleichung der Arbeiterlöhne an die der Angestellten! - Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! -Verbot der Nachtarbeit, Ausnahmen nur mit Genehmigung der Gewerkschaft und Betriebsräte! - Anhebung des Grundsteuerfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns - Anhebung der Renten auf 75% des letzten Lohnes! - Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges! *Umschülerkonferenz HH:* u.a. Mindestens 80% vom letzten effektiven Nettolohn als Unterhaltsgeld für Umschüler und Fortzubildende, 1200 DM Mindest-UHG! - Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Unternehmer! *DGB-Jugend HH:* u.a. 60% vom Ecklohn für Auszubildende, 35-Stunden-Woche! Keine Kurz- und Stufenausbildung! - Keine Auslese durch das BGJ *Bezirksamt Mitte, 15 Kollegen:* u.a. Festgeld im Lohnkampf! 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! - Anhebung des Steuergrundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns! - Einheitliches Kindergeld für alle in Höhe des eines Ministers!

Gewerkschaftliche Aktionen am 1. Mai

Kundgebungen: Flensburg, Husum, Rendsburg, Preetz, Neumünster, Hamburg, Stade (Platzkonzert), Bergedorf, Lüneburg, Uelzen. *Demonstrationen:* Flensburg (eventuell), Preetz, Neumünster, Lübeck, Hamburg, Bergedorf, Lüneburg. *Saalveranstaltungen:* Schleswig, Kiel, Eckernförde, Itzehoe, Lägerdorf, Kreis Pinneberg, Lauenburg, Stade, Harburg, Lüchow.

VK von HAW beschließt Forderungen zum 1. Mai

Nach ausführlicher Debatte wurde die Einheit hergestellt

b.hat. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung bei den Hamburger Aluminiumwerken wurde das Forderungsprogramm, daß am 1.Mai demonstriert werden soll, beschlossen (siehe Artikel S.6). Drei Forderungen wurden besonders ausführlich diskutiert: Zunächst die Forderung nach dem ,,Verbot der Nachtarbeit/Ausnahmen nur mit Genehmigung der Gewerkschaften und der Betriebsräte". Diese müßte als erster Schritt gegen die Kontischichtarbeit durchgesetzt werden.

Noch vor einem Jahr war man sich nicht einig, weil viele Arbeiter in der Kontischicht wollten, dies war aber ausschließlich dem niedrigen Lohn geschuldet. In der Begründung zu dieser Forderung hieß es: ,,Nachtarbeit belastet die Schichtarbeiter am meisten, kostet die Unternehmer fast gar nichts (bei 7 Nachtschichten gerade 100 DM) und spart ihnen den Einsatz von Kapital für weitere Maschinen und erhöht damit ihren Profit". An der Unfallstatistik von HAW war gerade belegt worden, daß die Nachtarbeit die Unfallhäufigkeit und Unfallschwere erhöht. Die Unfälle waren nachts um 4 Krankentage pro Unfall länger und damit schwerer als tags. Die Unfallhäufigkeit der Tagschichtbeschäftigten ist nur ca. halb so groß. Der Kampf gegen die Nachtschicht soll ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des VK und des Betriebsrates werden. Es dürfen nur noch Kontrollschichten während der Nacht laufen.

Der Forderung nach ,,Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ausschließlich durch die Versicherten" stand das Argument, die ,,Selbstverwaltung gibt es doch" gegenüber. Daß dies nicht stimmt, war schnell geklärt. In den Parlamenten der Sozialversicherungen haben die Kapitalisten 50% der Sitze. Aber hinzu kommt ein wesentlicher Punkt, daß die Sozialversicherungen unter Aufsicht des Staates stehen und die Erfahrungen der Geschichte haben gezeigt, gerade auch der letzten Jahre, daß per Gesetz die Leistungen gekürzt werden. Daß die Sozialkassen der Lohnabhängigen als Geldquellen der Kapitalisten dienen, das macht erfolgreiche Anträge z.B. auf Erwerbsunfähigkeit, wie es bei mehreren Arbeitern war, so schwer, berichtete der Betriebrat.

Die Forderung nach ,,Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs" wurde am eingehendsten diskutiert. In der Begründung der Forderung hieß es: ,,Das ist die Voraussetzung dafür, daß die beiden Militärblöcke ihre Truppen aus beiden deutschen Staaten abziehen". Daß es erheblichen Widerstand gegen diese Forderung geben würde, darüber war man sich schnell einig, es waren gerade die Amerikaner und die deutschen Kapitalisten, die dagegen waren, berichtete ein Arbeiter, und nur die Sowjetunion war damals dafür gewesen. Man müßte sogar das Grundgesetz dafür ändern. Aber was soll man anderes gegen die wachsende Kriegsgefahr tun? Deutschland ist das Aufmarschgebiet beider Supermächte. Die Arbeiterklasse muß eine selbständige Position gegen die Bundesregierung durchsetzen, um dem Ringen der Supermächte zu begegnen. Zum Schluß wurde festgelegt, daß diese Forderung auf jeden Fall auf ein Transparent und auf der Maidemonstration getragen werden müsse.

Das Hafenerweiterungsprogramm des Senats: Bewohner vertreiben, dann Schichtarbeit ausweiten

b.obj. Bei der Vertreibung der Bewohner von Altenwerder für die Hafenerweiterung ist der Hamburger Senat auf großen Widerstand gestoßen. Weder durch Bestechung noch durch Spaltung konnte er sich durchsetzen. Die Folge ist ein Zeitverlust von mehreren Jahren, weil erst Gerichtsentscheidungen abgewartet werden müssen. Deshalb wollte der Senat diesesmal geschickter vorgehen. Steinert, Senator für Wirtschaft und Verkehr, hat zu einer Versammlung in Moorburg eingeladen, um die Vorstellungen des Senats zu erläutern. Beschlossen sei noch nichts. Vorsichtshalber ist das ganze als geschlossene Veranstaltung durchgeführt worden mit Zuteilung der Eintrittskarten an die Haushalte in Moorburg. Vor der Veranstaltung versuchte ein NDR-Reporter frech den Widerstand so hinzustellen, als ob er nur gemacht wird, um die Grundstückspreise hochzutreiben. Er erhielt eine klare Antwort: ,,Hier geht es um andere Ziele ... Die wissen gar nicht, was eine Umlegung von einem Privathaus oder einem landwirtschaftlichen Betrieb ist." Auf der von 450 Moorburgern besuchten Versammlung rief einer dem Senator Steinert entgegen: ,,Was ist schon Geld? Wir leben in einer intakten Dorfgemeinschaft!" Der Moorburger Pastor drückte den Willen aller Moorburger aus, als er forderte: ,,Macht dem Kaputtmachen schnell ein Ende."

Steinert rief zum Opfergang auf: ,,Die Hafenerweiterung ist für die Konkurrenz und die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens, und damit für die Zukunft und Lebensfähigkeit dieser Stadt, unerläßlich." Und wer will seinen Vorteil im Auge haben und damit die Lebensfähigkeit einer Millionenstadt aufs Spiel setzen.

Aber wenn man sich die Entwicklung der Umschlagstätigkeit im Hamburger Hafen anschaut, so fällt auf, daß etwa 11000 im Umschlag tätige Hafenarbeiter innerhalb der letzten Jahre einen Tonnagezuwachs von 46,9 Mio. Tonnen 1970 auf 63,2 Mio. Tonnen im Jahre 1979 bewältigen mußten. Die Hafenerweiterung ist von der Sicht der Hafenkapitalisten insbesondere erforderlich für die schnelle Abfertigung der Containerschiffe. Sie kommen in Hamburg vorwiegend am Wochenende an, sollen dann in Schichten rund um die Uhr abgefertigt werden, damit sie zum frühest möglichen Zeitpunkt der. Hafen wieder verlassen können. Die Gesamtkapazität zum Beispiel der Containerbrücken reicht für einen gesteigerten Umschlag aus, wenn der sich nur gleichmäßig über die Woche verteilt. Das ist aber nicht der Fall, sondern an einem Tag kommen 5 bis 10 Containerschiffe und am anderen Tag überhaupt keines. Diese anarchische Organisierung der Transportarbeit ist ausschließlich dem Profitinteresse zu verdanken. Auch die Vertreibung der Moorburger aus ihrem Dorf.

Die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter im Hafen und in der Industrie gegen die Moorburger auszuspielen. ,,Wenn der Hafen nicht ausgebaut werden kann, sind Arbeitsplätze gefährdet." Diese Töne sind den Hafenarbeitern wohlbekannt. Wenn immer sich die Hafenarbeiter gegen die Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit auflehnen, kriegen sie dies zu hören. Trotzdem gibt es eine starke Bewegung, die das Ziel verfolgt, die Nachtschicht abzuschaffen. Deshalb können sich die Arbeiter gut mit den Moorburgern zusammenschließen.

Werden die Kapitalisten doch bei den geplanten Erweiterungen der Containeranlagen verstärkt die Einführung der Conti-Schicht im Auge haben. Vertreibung der Altenwerder, dann der Moorburger, vielleicht bald der Finkenwerder und Ruinierung der Arbeitskraft der Hafenarbeiter; dies ist das Hafenerweiterungsprogramm des Hamburger Senats. Er kann damit nicht durchkommen.



Angriff auf Senator Steinert am 2.4.80 in Moorburg

Die schleswig-holsteinischen Kutterfischer — fordern Anhebung der Erzeugerpreise

b.thc. Am 2.April fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des schleswig-holsteinischen Landesfischereiverbandes in Rendsburg statt. Otto Brandt, der Vorsitzende des Verbandes, griff die Bundes- und Landesregierung wegen ihrer Bestrebungen an, die Existenzgrundlage der Fischer, vor allem der Kutterfischer an der Nord- und Ostsee, zu vernichten. (,,Der Schrumpfungsprozeß *soll* offensichtlich anhalten"). Er forderte die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß entweder der Preis des Gasöls an die Erzeugerpreise oder die Erzeugerpreise an den Gasölpreis angeglichen wird. Zum anderen forderte er eine Änderung der Bestimmung, daß Fischer, die eine Abwrackprämie erhalten haben, 5 Jahre ihren Beruf nicht mehr ausüben dürfen. Außerdem sollen auch jene Fischer eine Abwrackprämie erhalten, die zwar ihre Fangkapazität einschränken, aber doch Fischer bleiben wollen. Die Zahl der Berufsfischer ist von 1224 1978 auf 1192 1979 gesunken.

Um von der Forderung nach Anhebung der Erzeugerpreise abzulenken, propagierte Professor Tiews (Institut für Küstenfischerei, Hamburg) ,,die Möglichkeiten der Aquakulturen im schleswig-holsteinischen Küstenbereich". Hierzu laufen bereits im Auftrage der Landesregierung zwei Pilotprojekte in der Eckernförder Bucht und der Kieler Förde, die demnächst soweit vergrößert werden sollen, daß sie wirtschaftlich nutzbar sind. Die Ziele der Landesregierung laufen darauf hinaus – ähnlich wie in der Landwirtschaft – die Fischerei zu kapitalisieren. Durch intensive Fischmast soll die Fischerei in straff organisierte Lohnunternehmen umgewandelt werden.

Größenverteilung der Ostseekutter

Länge bis...m	7-9	10	12	14	16	18	20	22	24	26	28	30
1979	45	26	12	19	40	48	15	4	1	25	3	1 = 239
1978	-	20	12	19	42	50	16	2	1	25	4	1 = 192

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft - Höhere Beiträge für niedrige Leistungen

b.erm. Schleswig-Holsteins Bauern haben Ende März die jährliche Rechnung für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, das ist ihre Unfallversicherung, zugeschickt bekommen. Drastisch sind die Beiträge gestiegen: um 23%. Hauptgrund ist der gesunkene Zuschuß an Bundesmitteln. Seit Jahren gibt die Bundesregierung einen Bundeszuschuß von 400 Mio. DM, den sie nicht erhöht. Die schleswig-holsteinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft bekam davon 15 Mio. DM und jetzt nur noch 11,5 Mio. DM ausgezahlt. 1981, so hat Ertl durchblicken lassen, sollen noch einmal 2,5 Mio. DM gestrichen werden.

Das liegt im Rahmen seiner Absichten, diejenigen Bundesmittel zu streichen und zu kürzen, die das laufende Portemonnaie der Bauern entlasten. Stattdessen gewährt er Zinsverbilligungen, die gezielt an wenige Bauern gegeben werden, um sie über Betriebsentwicklungspläne und Kredite in Abhängigkeit zu halten. Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft sind gestaffelt nach ha und Bewirtschaftungsart. Für Ackerland muß doppelt soviel entrichtet werden, weil dort die Unfallgefahr höher sein soll. Auf Betrieben einiger großer Getreideagrarkapitalisten, die in den letzten 10 bis 15 Jahren die Kühe verkauft haben, soll dieses Beitragsverhältnis zu ihren Gunsten geändert werden. Für 1981 rechnet der Bauernverband deshalb für rindviehhaltende Betriebe mit Beitragserhöhungen von 56%, d.h. für einen Bauern, der einen 50 ha-Gemischtbetrieb (50% Grünland, 50% Ackerland) bewirtschaftet, daß der Jahresbeitrag von 1980 1073 DM auf 1674 DM 1981 steigt.

Demgegenüber sind die Leistungen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft lächerlich gering und nicht gestiegen. Die Berufsunfähigkeitsrente beträgt zwei Drittel vom Ausgangsbetrag von 10800 DM. Das sind monatlich 594 DM. Das Übergangsgeld bei einer Arbeitsunfähigkeit durch Unfall beträgt 10800DM: 300 Tage 36 DM am Tag, so daß die Bauern eigentlich noch mehr Beitrag für eine freiwillige Höherversicherung aufwenden müßten. Die Anhebung der Berufsunfähigkeitsrente auf 75% des Facharbeiterlohns ist zwingend notwendig.

Neue Abwassergesetze sollen Zwangskanalisation durchsetzen

b.mee. Begleitet von Umweltschutzpropaganda hat die Landesregierung Schleswig-Holstein das Landeswassergesetz zum 1.1.1981 in Kraft gesetzt. Es bedeutet eine Steuer auf Abwässer, die ohne eine öffentliche Kläranlage durchflossen zu haben, in einen Vorfluter oder Fluß gelangen. Bezahlt werden soll die Abgabe von den Verursachern. Das sollen die Gemeinden sein, die ihren Einwohnern noch keine 2397 DM Anschlußgebühren wie in Erfde, Kreis Schleswig-Flensburg pro Kopf aufgebrummt haben, sowie die Bauern, die einfache Naturstoffe abführen. 74% der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ist bereits an öffentliche Kläranlagen angeschlossen. 86% sollen es aber laut Generalplan Abwässer-und Gewässerschutz werden. Das Tempo, dies zu erreichen, hat sich drastisch verlangsamt, weil gerade die größeren Landgemeinden sich weigern. Das neue Landeswassergesetz soll nachhelfen.

Denn die Kosten sind für die Bevölkerung immens. 1,9 Mio. DM soll die Ortsentwässerung in Karby, Kreis Schleswig-Flensburg, kosten, umgerechnet auf jeden Haushalt 7900 DM. Sind die einmal bezahlt, muß die Anlage über die laufenden Gebühren ständig noch mal bezahlt werden. Denn in die Gebühren wird die Abschreibung miteinberechnet, und zwar nicht auf den tatsächlichen ehemaligen Anschaffungswert, sondern auf den jeweiligen Wiederbeschaffungswert, der manchmal doppelt so hoch ist. In Treia, Kreis Schleswig-Flensburg, ist der m³ Abwasserpreis von 1,80 DM auf 2,80 DM Anfang 1980 gestiegen. Die Höhe der Abgabesteuer soll sich nach der Schadhaftigkeit des Abwassers richten. Eine Schadeinheit soll etwa dem ungereinigten Abwasser eines Einwohners pro Jahr entsprechen. Diese Formulierungen des Schleswiger Kreistiefbauamtsleiters Drews zeigt schon, daß Volksabwässer, die jahrhundertelang ohne größeren Schaden höchstens die Fische gefüttert haben, besteuert werden sollen und nicht die Industrieabwässer. 1981 soll die Abgabe 12 DM pro Schadeinheit betragen, ab dann kontinuierlich um 6 DM pro Jahr steigen bis auf 40 DM 1986. Diese Schadhaftigkeit soll durch jährlich mehr als 6000 Proben festgestellt werden. Die Landesregierung ist nicht zimperlich im Verwaltungsaufwand, wenn es um die Einführung einer neuen Steuer geht. Landwirtschaftsminister Flessner sträubte sich zwar anfangs, hat aber von vornherein klargestellt, daß er für den ordnungsmäßigen Vollzug ab 1. Januar 1981 sorgen werde. Neben der Schadhaftigkeit wird die Menge des Abwassers besteuert. Die wird festgestellt über das von der zentralen Wasserversorgung bezogene Wasser. Ein Grund mit, weshalb bis in den letzten Winkel die zentrale Wasserversorgung durchgesetzt werden soll. Das durch Abwässergebühren eingenommene Geld soll wieder für Abwässerreinigung aufgewendet werden. Die höchste Umweltbelastung geht im Moment, laut Minister Flessner, von der Elbe (Abwässer aus Hamburg) und von der Trave (Abwässer aus Lübeck) aus. Die Reinigung der Abwässer der dortigen Industriekapitalisten wird Minister Flessner demnach mit den von den Volksmassen eingenommenen Geldern vornehmen wollen.

Drohungen gegen „Nato-Schwachstelle" Dänemark

BRD-Imperialisten: „Kleine Völker haben ... einen Teil der Souveränität aufzugeben"

b.reh. „Die Ostseezugänge sind eine Schwachstelle der NATO-Verteidigung", ließ Apel Mitte März in Bonn verlauten und kündigte gleichzeitig an, das Heimatschutzkommando 13 werde deshalb mit besonderem Vorrang auf die neue Waffengeneration (M 48-Panzer) umgerüstet. Damit wären über 40000 mit schwerem Gerät ausgerüstete Heeressoldaten der Bundeswehr im Mobilisierungsfall in Schleswig-Holstein stationiert. Herhalten soll für diese Truppenkonzentration die angebliche Schwäche Dänemarks. Tatsächlich sind die Kernverbände, die 6.PzGren-Div., darauf bewaffnet und ausgerichtet, die „Vorwärtsverteidigung"als Panzerkeil Richtung Berlin zu führen. Die Territorialverbände sollen ihnen den Rücken und die Flanken decken. Das schließt Dänemark und die Ostseezugänge mit ein.

Das dänische Volk wehrt sich standhaft dagegen, in die Aufmarschpläne der NATO hineingezogen zu werden. Die Prinzipien: Keine fremden Truppen und: Keine Kernwaffen auf dänischem Boden, sind die Eckpfeiler der Verteidigung seiner Souveränität. Sie werden ergänzt durch die Regelung, daß dänische Truppen in Friedenszeiten erst auf fremdem Territorium eingesetzt werden dürfen, wenn eine 5/6-Mehrheit des Folketing dafür ist. Von Beginn des NATO-Bündnisses an ist Dänemark mit Norwegen von den größeren NATO-Staaten unter Druck gesetzt worden. Gegen das Bestreben, eine blockfreie „nordische Allianz" aufzubauen, zwangen die USA über Marschall-Plan-Kredite erst Norwegen, dann Dänemark in die NATO. Kaum waren die westdeutschen Imperialisten als NATO-Mitglied wiederbewaffnet, rückten sie dem kleineren Imperialisten Dänemark auf den Pelz. 1958 erhob Strauß die Forderung, Dänemark solle dem NATO-Bereich Europa-Mitte unterstellt werden. Europa-Mitte wird von einem westdeutschem General kommandiert. Das lehnte die dänische Regierung ab.

1959 folgte das Verlangen nach Bundeswehrdepots auf dänischem Boden

Kaum waren die westdeutschen Imperialisten als NATO-Mitglied wiederbewaffnet, rückten sie dem kleineren Imperialisten Dänemark auf den Pelz. 1958 erhob Strauß die Forderung, Dänemark solle dem NATO-Bereich Europa-Mitte unterstellt werden. Europa-Mitte wird von einem westdeutschem General kommandiert. Das lehnte die dänische Regierung ab.

1959 folgte das Verlangen nach Bundeswehrdepots auf dänischem Boden
– breite Ablehnung der dänischen Massen. Die Regierung machte später das Zugeständnis von Depots für leichte Ausrüstungen in begrenztem Umfang.

1961. Unter der Parole „Kleine Völker haben es nicht leicht zu begreifen, daß man, um das Wesentliche zu erhalten, mitunter einen Teil der so oft zäh verteidigten Souveränität aufgeben muß" (Industriekurier), folgte die Forderung nach einem gemeinsam deutsch-dänischen NATO-Kommando über die Ostseezugänge. Wenn auch gegen heftigen Widerstand und unter dem Vorbehalt eines dänischen Oberkommandos, erzwangen die BRD-Imperialisten dieses gemeinsame Kommando.

1965. Trotz jahrelanger Erklärungen der dänischen Regierung, keine Manöver mit Bundeswehreinheiten auf dänischem Boden zuzulassen, kann die Bundesregierung eine Übung Plöner Pioniere bei Randers durchsetzen. Der Militärkonvoi wurde von dänischen Demonstranten stark behindert (s. Bild), Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern fanden in mehreren Städten Dänemarks statt. Gewerkschaftsvertretungen forderten die Absetzung des Manövers, die Bauarbeiter verlangten von der Regierung eine Volksabstimmung über das weitere Verbleiben in der NATO.

1970. Bundesmarineeinheiten ziehen eine Landeübung an der Südküste Fünens bis in den 9. April hinein, dem Jahrestag der deutschen Besatzung 1940. Starke Proteste der Bevölkerung Fünens dagegen.

1974. Weil die BRD sich außer der Reihe einen Kommandeursposten unter den Nagel gerissen hatte, versuchte sie, daraus ein Gewohnheitsrecht zu machen. Die FAZ fordert „Leber (solle) seinen dänischen Kollegen ... am atlantischen Portepee fassen", den Dänen „muß gesagt werden, wo die Grenze des Erträglichen liegt." – Eine Änderung in der Kommandeursfolge wurde jedoch nicht erreicht.

1979. Der neue Kommandeur von LANDJUT, Kiessling, fordert von Dänemark mehr Depots, in denen auch schweres Gerät gelagert werden kann.

Die Ergebnisse der Auseinandersetzung kann man unter anderem auf untenstehender Karte sehen. Was auf dem Territorium Dänemarks nicht stationiert oder gelagert werden kann, ist im Landesteil Schleswig untergebracht. Auffällig, die in einer Tiefe von 1 bis 5 km unterhalb der dänischen Grenze liegenden Depots, die einerseits Resultat der dänischen Beschränkung sind. Andererseits für die westdeutschen und amerikanischen Truppen bestimmt sind, die im Kriegs- oder Mobilisierungsfall die Grenze überschreiten sollen. Leicht kann man sich ausrechnen, daß das auch die Bestimmung der bei Meyn gelagerten Atom-Sprengköpfe ist, ebenso die jetzt in Leck vorbereitete Stationierung von US-Einheiten.

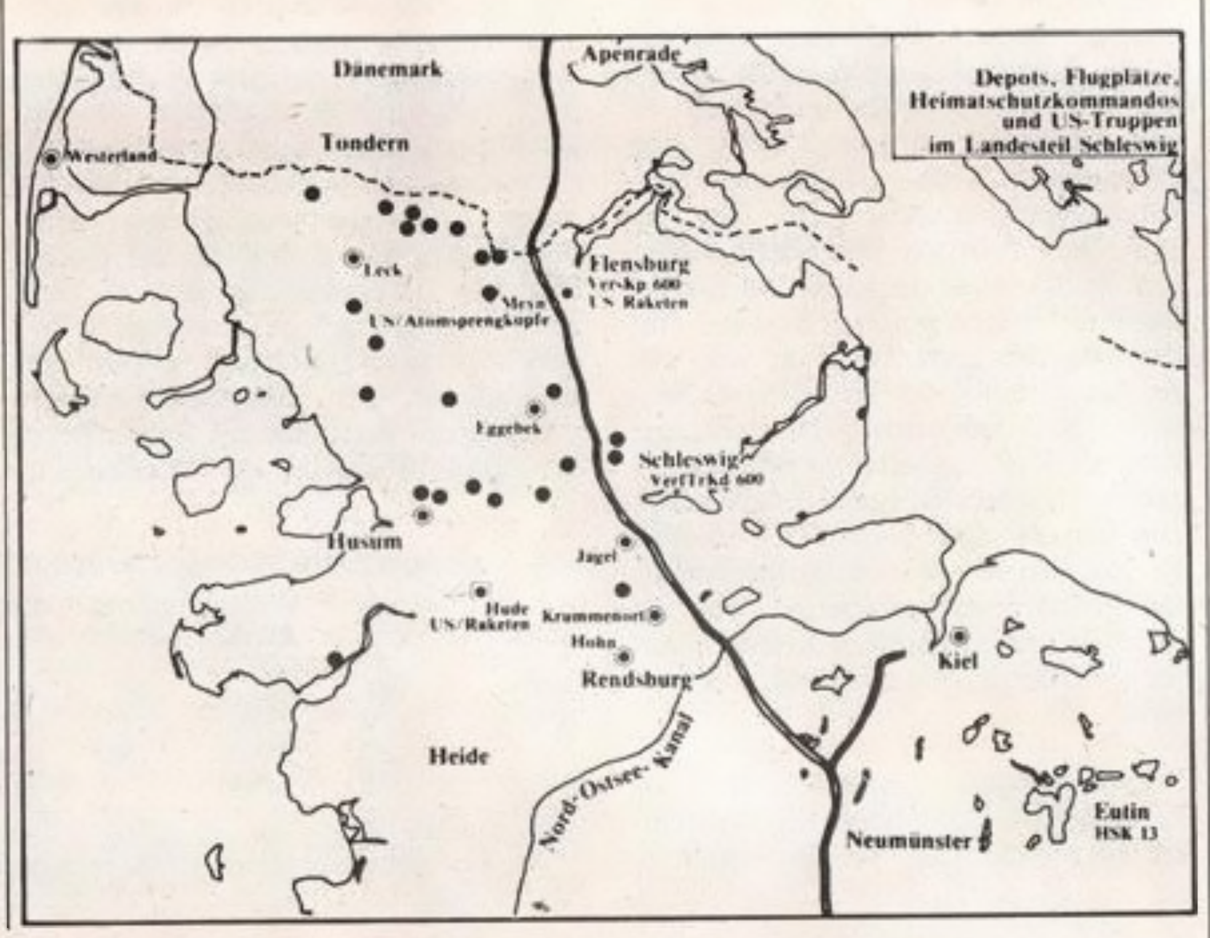
Die BRD-Imperialisten sind zwar nicht stark genug, bei einer Neuaufteilung der Welt die 1. Geige zu spielen. Sie versuchen aber innerhalb des NATO-Bündnisses einen kräftigen Happen abzubekommen und treten in diesen Bemühungen die Souveränität anderer Staaten mit Füßen. Raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages!, unter diesen Forderungen können gleichermaßen die Expansionsabsichten der westdeutschen Imperialisten bekämpft werden, wie sie die Möglichkeiten der beiden Supermächte, bei ihren Kriegsvorbereitungen West- und Ostdeutschland als Aufmarschgebiet zu nutzen, einschränken würden.



1965 wird in Randers Dänemark eine westdeutsche Kompanie gestoppt



1965 wird in Randers Dänemark eine westdeutsche Kompanie gestoppt



Die dänische Minderheit ist eine wichtige Kraft im Kampf gegen die Kriegsgefahr

b.how. Nach dem zweiten Weltkrieg zeigten sich neben der organisierten Arbeiterbewegung auch die nationalen Minderheiten als wesentliche Kraft gegen die imperialistischen Militärbündnisse. Schon 1940 hatte das Parlament der Färöer-Inseln sich gegen die Beteiligung an Militärbündnissen ausgesprochen und, daß sie sich nicht an Streitigkeiten zwischen Ländern beteiligen wollten; 1960 bekräftigten sie dies erneut und forderten die dänische Regierung auf, keine Erlaubnis für die Lagerung von Kriegsmaterial auf den Färöern zu erteilen.

Als 1965 das erste Mal nach dem Krieg wieder westdeutsche Truppen auf dänischem Boden ein Manöver abhalten, fordern dänische Gewerkschaftsvertretungen, keine westdeutschen Truppen nach Dänemark reinzulassen. – Seit 1951 weigert sich die dänische Regierung beharrlich, ausländische Truppen zu stationieren – und die dänischen Bauarbeiter fordern eine Volksabstimmung über den Verbleib Dänemarks in der NATO.

Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands wurde entgegen den feierlichen Versprechungen der Adenauer-Regierung anläßlich des Korea-Krieges zügig vorbereitet. Neben der KPD haben in Südschleswig die dänische Minderheit und ihre Organisationen von Anfang an diese Pläne bekämpft. Als 1950 bekannt wurde, daß die NATO die BRD aufnehmen will, entwickelt sich in Südschleswig, besonders unter der Jugend, eine starke Bewegung dagegen. Es werden Unterschriften unter eine Erklärung gesammelt, den geplanten Wehrdienst zu verweigern, „... weil wir Dänen und Demokraten das nicht in Übereinstimmung bringen können mit dem Gewissen, Dienst zu tun in einer Armee, deren Offiziere und Befehlshaber mit den Personen und Gruppen identisch sind, die willig die Hitlerarmee gegen Freiheit, Wahrheit und Recht führten." (eig. Übers.) Der jetzige Vertreter der dänischen Minderheit im Kieler Landtag, K.O. Meyer, hat 1952 Unterrichtsverbot als Lehrer erhalten, weil er sich öffentlich gegen die Wiederbewaffnung aussprach.

Nach der Gründung der Bundeswehr 1956 setzte sich der SSW als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheit u.a. dafür ein, daß Kriegsdienstverweigerer auch wegen Gewissenskonflikten auf Grund ihrer Stellung als nationaler Minderheit anerkannt werden; daß sie in den KDV-Kommissionen vertreten sind; für die wehrpflichtige Jugend das Recht, bei Meinungsverschiedenheiten mit Vorgesetzten ein Gericht anzurufen; das Recht, die dänische Sprache zu benutzen; nicht außerhalb des Heimatlandes zu dienen.

Bislang sind keine dieser gerechten Forderungen erfüllt. Sogar das Recht, als Besitzer einer Doppelstaatsbürgerschaft von der Wehrpflicht ausgenommen zu sein, wird durch „bürokratische Schwierigkeiten" eingeschränkt. (SSW Landessekretär P. Hertrampf) Anläßlich der öffentlichen Vereidigung in Flensburg konnte man feststellen, daß die sich entwickelnde Bewegung gegen die Kriegsgefahr und die dänische Minderheit sich gut zusammenschließen können.

Noch ehe die Rekruten in der Kaserne sind, werden sie unterdrückt

b.jok. Am letzten Dienstag ist das 2.Rekrutenquartal 1980 in die Kasernen verfrachtet worden. Nur mit Schikane und Unterdrückung von Anfang an konnte der Abtransport durchgeführt werden. Auf dem Bahnsteig in Hamburg-Altona werden die Rekruten empfangen:-„Sie wissen, Sie sind jetzt

ten wollten trotzdem eine Zeitung. In Neumünster haben acht Feldjäger vergeblich versucht, die Rekruten vom Annehmen abzuhalten.

An den Ankunftsbahnhöfen Lübeck und Neugraben sind die Rekruten abseits des Bahnhofs, bereits nach Einheiten sortiert, direkt von der Bahn in

Noch ehe die Rekruten in der Kaserne sind, werden sie unterdrückt

b.jok. Am letzten Dienstag ist das 2.Rekrutenquartal 1980 in die Kasernen verfrachtet worden. Nur mit Schikane und Unterdrückung von Anfang an konnte der Abtransport durchgeführt werden. Auf dem Bahnsteig in Hamburg-Altona werden die Rekruten empfangen:-„Sie wissen, Sie sind jetzt
Soldat. Keiner verläßt den Zug. Es herrscht absolutes Alkoholverbot; daß keiner im Zug eine Dose Bier aufmacht. In die ersten beiden Wagen einsteigen; immer zu zweit." Daß gleichzeitig die Rekrutenausgabe der KVZ verteilt wurde, konnte nicht verhindert werden. Die Hälfte hat eine eingesteckt. Vor dem Bahnhof wurde das Verteilen durch einen Informationsstand und eine Ansprache unterstützt.

An den Zielstandorten Flensburg, Lübeck, Neumünster, Kiel, Hamburg-Neugraben, Hamburg-Wandsbek und Lüneburg wurde organisiert, daß die Rekruten auch hier die Rekrutenausgabe bekommen konnten. Verschiedentlich haben Offiziere die Rekruten im Zug belehrt, der KBW würde auf dem Bahnhof stehen und Zeitungen verteilen. Es sei verboten, eine zu nehmen. 200 Soldaten für die Küstendienstschule Kiel wurden deshalb gruppenweise von Offizieren begleitet. Einige Rekru-

ten wollten trotzdem eine Zeitung. In Neumünster haben acht Feldjäger vergeblich versucht, die Rekruten vom Annehmen abzuhalten.

An den Ankunftsbahnhöfen Lübeck und Neugraben sind die Rekruten abseits des Bahnhofs, bereits nach Einheiten sortiert, direkt von der Bahn in
die Militärfahrzeuge verladen worden. Besonders schikaniert wurden dabei die Soldaten für das Panzergrenadierbataillon 72 in der Röttiger-Kaserne:-Bei strömendem Regen mußten sie auf offenen 7,5-Tonnern aufsitzen, um zur Kaserne gefahren zu werden.



Rekruteneinzug Hamburg-Altona

Aktionen 1946/47 in Schleswig-Holstein gegen die Besatzer und für einen Friedensvertrag

b.frn. 1946 konnte die von den britischen Besatzern angeordnete Sprengung der Hellinge der Germania-Werft/Kiel im Rahmen der Demontagen mit Streiks und Demonstrationen verhindert werden. In der Resolution der Betriebsräte und Vertrauensleute vom 12.6. hieß es: „... Die Versammlung ist sich darüber klar, daß der Weg zu einem neuen demokratischen Deutschland in der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse seine Grundlage hat. Die Versammlung erwartet von der britischen Militärregierung, daß auch sie alles tut, diese Beschlüsse in all ihren Teilen durchzuführen". Erneute Streiks gab es, als die Holmag-Werke (später MAK) demontiert werden sollten. Auf den vom DGB organisierten Betriebsversammlungen in Kiel wurde beschlossen: „Die am Mittwoch, dem 17.6.47 versammelten Arbeiter und Angestellten fordern von den für die Geschicke der Welt verantwortlichen Staatsmännern den Abschluß von Friedensverträgen mit Deutschland ... Wir erwarten, daß Deutschland durch die Friedensverträge zum gleichberechtigten Mitglied in der großen Völkerfamilie wird und seine freie demokratische Selbstverwaltung erhält". Am 1.Dezember 1947, dem „Tag der deutschen Einheit", fanden in allen Kreisstädten Schleswig-Holsteins Kundgebungen mit insgesamt 15000 Teilnehmern statt, um Druck auf die gerade tagende Außenministerkonferenz auszuüben. In den Entschließungen wurde eingetreten für einen Friedensvertrag und die von der SED ergriffene Initiative für einen gesamtdeutschen Volkskongreß, der sich für einen gerechten Frieden, Demokratie und Einheit einsetzen sollte. Auf zur gleichen Zeit stattfindenden Betriebsversammlungen wurden Beschlüsse für die Ziele des Kongresses gefaßt und Vertreter dorthin gesandt.



Einmarsch der britischen Besatzer in Kiel

Nächste Aufgaben der Aktionseinheit gegen die Öffentliche Vereidigung in Flensburg

b.clm. Warum hat der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen in Flensburg so schnell so viele Leute erfaßt? Die DKP hat in aller Eile ein Flugblatt herausgegeben, in dem den Leuten in Flensburg und Kiel angedroht wird, daß es ihnen leicht so ergehen könnte wie denen in Hiroshima. Viele ahnen, daß die Drohungen, welche die DKP ausstößt, durchaus real sind. In Glücksburg sitzt der Führungsstab der Marine, entlang der Grenze liegt Depot an Depot, in einigen lagern Atomsprengköpfe, Einheiten der US-Artillery-Groop sind in Flensburg stationiert. Bei jedem direkten Zusammenstoß zwischen den beiden Supermächten sind Dänemark und Schleswig-Holstein sofort Kriegsschauplatz. Sie sind von strategischer Bedeutung für die Beherrschung der Ostseeausgänge und damit der Atlantikverbindungen. Appelle an die „Vernunft" der Bundesregierung helfen da nicht weiter, denn die Kriegsvorbereitungen entspringen aus der vernünftigen Analyse der gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen. Nur Entfaltung der Volkssouveränität schränkt den Spielraum der beiden Supermächte und der westdeutschen Bourgeoisie ein. Aktionen gegen die Stationierung fremder Truppen, insbesondere gegen die US-Einheiten in Leck und in Flensburg können da Wirkung zeigen.

Die Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung hat jetzt mit einem offenen Brief auf das Verlangen Egon Bahrs nach einem vertraulichen Gespräch geantwortet: „Sehr geehrter Herr Bahr! Sie haben den Wunsch geäußert, die Ereignisse bei der öffentlichen Vereidigung in Flensburg mit Beteiligten aufzuarbeiten. Das begrüßen wir sehr. Sowohl an den Vereidigungsfeierlichkeiten und noch vielmehr an den Protesten dagegen haben eine ganze Reihe von Leuten teilgenommen. Mit Sicherheit werden an der von Ihnen gewünschten Aufarbeitung alle Beteiligten Interesse haben. Schon allein deswegen, weil viele den Frieden gefährdet sehen. Wir nehmen also Ihr Angebot an und laden Sie zu einer Podiumsdiskussion in der 1.Maiwoche in Flensburg ein. Thema sollte sein: ‚Was gefährdet den Frieden?...".

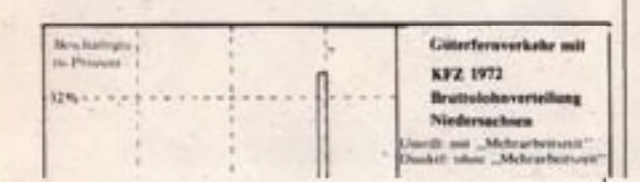




Zum dritten Mal seit der Einsaat im Herbst wälzen ausländische Truppen im Kreis Höxter Äcker mit Panzern um. Die Wut der Bauern ist groß. Die bürgerlichen Politiker sprechen sich für ,,günstigere Terminierung der Manöver für Landwirtschaft und Fremdenverkehr" aus. Doch auch Manöververlegung lehnten die britischen Besatzer letztes Jahr ab. Dazu die Kreisverwaltung: ,,Wir sind leider immer noch ein besetztes Land und können nichts machen". Dagegen der Kreislandwirtschaftsverband: ,,Wir werden das in Zukunft nicht mehr hinnehmen."

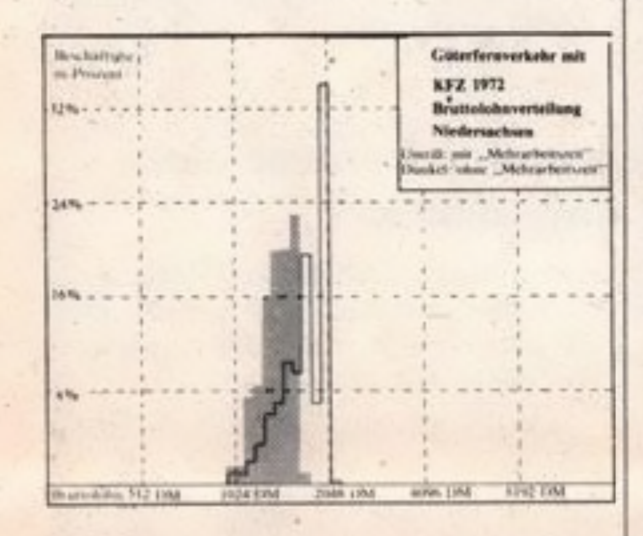
Privates Verkehrsgewerbe: ÖTV bricht Tarifverhandlungen ab

r.anh. Die Bezirksverwaltung Niedersachsen der ÖTV hat am 22. März die 4. Verhandlungsrunde mit den Kapitalisten im privaten Verkehrsgewerbe abgebrochen. Die ÖTV fordert vor allem eine Vorweganhebung der Lohnsätze um 1,85 DM, danach um 8,5%. Die Kapitalisten bieten bisher 6,3% und wollen auf keinen Fall die Vorweganhebung zugestehen.



in der Metallindustrie. Setzt die ÖTV die Vorweganhebung um 1,85 DM und die 8,5% durch, erhalten die Kraftfahrer 9,60 DM, was auf jeden Fall in Höhe des Ecklohns der Metallindustrie 1980 liegt. Setzen sich die Kapitalisten durch, erhielten die Fahrer 7,88 DM, was den elenden Grundlohn zementieren würde und nicht annehmbar ist.

Im Schaubild, das auf Zahlen von 1972 beruht (für später ist uns keine Statistik zugänglich), sieht man deutlich und eindrucksvoll den gewaltigen Anteil der Überstundenzuschläge am



Im Schaubild, das auf Zahlen von 1972 beruht (für später ist uns keine Statistik zugänglich), sieht man deutlich und eindrucksvoll den gewaltigen Anteil der Überstundenzuschläge am Bruttolohn. Nach Tarifvertrag erhalten Kraftfahrer, die zu zweit arbeiten, dabei überhaupt bloß Überstunden bezahlt ab der 54. Wochenarbeitsstunde. Die Ausdehnung der Arbeitszeit davor wird nicht bezahlt.

Die Kapitalisten haben die Entschlossenheit vor allem der Kraftfahrer, für die Anhebung des Stundenlohns und gegen die maßlose Überarbeit zu kämpfen, am letzten Verhandlungstag in Bad Nenndorf zu spüren bekommen. Vor dem Verhandlungslokal demonstrierten den ganzen Tag über Kraftfahrer.

Etwa 70% der Arbeiter im privaten Verkehrsgewerbe sind Kraftfahrer. Hinzu kommen vor allem Lager- und Transportarbeiter. Der Stundenlohn der Lohngruppe 1, in der die Kraftfahrer sind, beträgt 1979 7,42 DM (ab dem 6. Jahr 7,57 DM) und entspricht damit dem Lohn der Lohngruppe 3 in der Metallindustrie. Er liegt also um 1,29 DM unter dem Ecklohn der Metallindustrie (8,71). Die Forderung der ÖTV zielt deutlich auf die Angleichung des Kraftfahrertariflohns an den Ecklohn

2200 DM brutto erhalten die Fahrer bei durchgesetzter Forderung der ÖTV 1980 monatlich bei einer Arbeitszeit von wöchentlich 53 Std. Bei Normalarbeitszeit von 41 Std. (Tarifvertrag) erhalten sie 1700 DM brutto. Der Zwang zu Überstunden treibt die Fahrer zu extra billiger Schinderei für die Profite der Transportkapitalisten, die im Termingeschäft für immer schnellere Umschlageszeiten des Kapitals sorgen. Die unbezahlte Ausdehnung der Arbeitszeit über die tarifliche Arbeitszeit hinaus wird nicht beseitigt. Auch die Überarbeit über die 53 Std. hinaus wird durch die Durchsetzung der Forderung der ÖTV nicht beseitigt, wenngleich vor allem durch die geforderte Vorweganhebung der Löhne ein erster, wichtiger Schritt gemacht worden ist. Darum lohnt es sich auch unbedingt zu kämpfen. Vom 16. – 22.4. soll in den Tarifgebieten Niedersachsen und Weser-Ems eine Urabstimmung über Streikmaßnahmen durchgeführt werden, wenn die Kapitalisten bis zum 14.4. nichts Verhandlungswürdiges vorgelegt haben.

Territorialkommando Nord will 38000 neue ,,weibliche Mitarbeiter" für seine Lazarette

b.gro. Die Reservelazarette der Bundeswehr sind zwar materiell gut ausgestattet, aber personell fast am Ende: Es fehlen 38000 weibliche Mitarbeiter. Auf diese Situation machten hohe Militärs die Bundesgesundheitsministerin Antje Huber (SPD) anläßlich eines Informationsbesuches über das Sanitätswesen der Bundeswehr in Uedem/Niederrhein aufmerksam. Nach Meinung des Territorialkommandos Nord – zuständig für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen – fehlt ein Gesetz, das auch personell die notwendigen Vorbereitungen für Katastrophen, Spannungszeiten und den Verteidigungsfall ermöglicht. Hier hat Antje Huber gleich reagiert: Der neu zu wählende Bundestag werde ein Gesetz erlassen, das die Registrierung der in Heilberufen ausgebildeten Frauen ermöglicht. Die Bundeswehr, die sich nach eigener Einschätzung sehr wohl bewußt ist, daß sie zivile Hilfskräfte nur zu einem geringen Teil gewinnen kann, braucht entsprechende Gesetze, um Frauen in das Wehrdienstverhältnis und in die Strukturen von Befehl und Gehorsam zu zwingen. Als Beispiel führt sie die ausgebildeten Reservisten an, die im Mobilmachungsfall ,,hundertprozentig" zur Verfügung stehen. Deshalb schwebt ihr ein Gesetz vor, das vorsieht, daß die zivilen Kräfte erfaßt, geprüft, aus- und weitergebildet, eingewiesen und verpflichtet werden.

Die Einbeziehung der in Heilberufen ausgebildeten Frauen in die imperialistische Armee ist gezieltes Manöver der Bourgeoisie, um in der Kampange ,,Frauen in die Bundeswehr" voranzukommen. ,,Für die weitere Öffnung kämen Verwendungen in den Bereichen Sanitätswesen und Verwaltung zu allererst in Betracht. Erst wenn die

,,Frauen in die Bundeswehr" voranzukommen. ,,Für die weitere Öffnung kämen Verwendungen in den Bereichen Sanitätswesen und Verwaltung zu allererst in Betracht. Erst wenn die

Bundeswehr mehr Erfahrung mit Frauen ... gemacht hat, kann bei positiven Ergebnissen auch eine Öffnung weiterer Bereiche überdacht werden" (Europäische Wehrkunde 3/80).

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr soll in drei Räume untergliedert werden. Entlang der DDR-Grenze wird ein beweglicher Truppensanitätsdienst mit Hauptverbandsplätzen eingerichtet. In der sich anschließenden Zone entstehen 76 ortsfeste Lazarette mit je 200 Betten. Im Westteil der BRD werden 160 Reservelazarett-Gruppen mit je 1000 Betten eingerichtet (Weißbuch 1979).

Letzlich ist diese Ausweitung der Rekrutierung von Frauen nur ein Zeichen für die fieberhaften Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Aus dem neuesten britischen Weißbuch geht hervor, daß die Verteidigungsausgaben um 43,7 Mrd. DM erhöht werden sollen und Frauen künftig in begrenzten Maßen Dienst an der Waffe versehen sollen. Gegen die Manöver der Bourgeoisie muß die Forderung stehen: Kein Dienst von Frauen in der Bundeswehr.

,,Gesundheitssicherstellungsgesetz" in Vorbereitung

r.wal. 1972 erklärte der damalige Bundesinnenminister Genscher im ,,Weißbuch": ,,Im Hinblick darauf, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall sichergestellt werden soll, müssen die Maßnahmen zur baulichen Vorbereitung und Einrichtung von Hilfskrankenhäusern in verstärktem Umfang weiterbetrieben werden". Im September 1979 werden erstmalig zahlreiche Ärzte, Zahnärzte und Apotheker im Rahmen der Großübung des Heeres ,,Harte Faust" zum territorialen Sanitätsdienst der Bundeswehr einberufen, in der der Einsatz der Reservelazarettorganisation geprobt wurde. Obwohl im großen und ganzen zufrieden, führt Oberstarzt Gurn als Hauptmangel der Übung an, daß zwar Ärzte, nicht aber die Schwestern zu Militärübungen einberufen werden können: ,,Zwar werden in den Hilfsorganisationen" (z.B. Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz usw.) ,,Schwesternhelferinnen auch für die ortsfesten Lazarette der Bundeswehr ausgebildet, aber die derzeitige Rechtsprechung erlaubt

Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz usw.) ,,Schwesternhelferinnen auch für die ortsfesten Lazarette der Bundeswehr ausgebildet, aber die derzeitige Rechtsprechung erlaubt

keine Einberufung für Übungen, nicht einmal auf freiwilliger Basis." Konsequenz: ,,Ein Gesundheitssicherstellungsgesetz ist unabdingbar. Die Aufgaben des Sanitätsdienstes sind im Rahmen der militärischen und zivilen Verteidigung nur dann zu lösen, wenn das planstellenmäßig vorgesehene medizinische Assistenzpersonal auch an solchen Übungen teilnehmen kann." (Nieders. Ärzteblatt, 20.12.79).

Drei Monate später meldet das gleiche Blatt: ,,Ein Lichtblick in diesem düsteren Kapitel ist die Initiative des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, die gegenwärtig den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der ärztlichen Versorgung im Katastrophen- bzw. Verteidigungsfall vorbereitet. Darin sollen die Aufgaben und Befugnisse der Gesundheitsbehörden bei der Planung und Durchführung von Vorsorgemaßnahmen, der Ärzte, Apotheken, Tierärzte und Zahnärzte sowie die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen des Gesundheitswesens geregelt werden."

nahmen, der Ärzte, Apotheken, Tierärzte und Zahnärzte sowie die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen des Gesundheitswesens geregelt werden."

Kirchliche Krankenhäuser – Von Interesse für die Landesregierung

r.gec. Ein gutes Drittel aller niedersächsischen Krankenhausbetten sowie 31,2% aller Krankenhausbetten gehörten 1978 kirchlichen und weltlichen Vereinigungen. Darunter sind die Krankenhäuser der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche sowie des Roten Kreuz zusammengefaßt. Nur etwa 37% aller Krankenhäuser, mit einem Bettenanteil von 55,7%, sind Kommunale, Kreis-, Landes- oder Universitätskrankenhäuser. Der Rest besteht aus privaten und Bettenbelegkrankenhäusern, die von den niedergelassenen Ärzten geführt werden. Aus der abgedruckten Statistik, die den Zeitraum von 1975 bis 1978 umfaßt, ergibt sich folgendes: Die absolute Zahl der Krankenbetten in Niedersachsen sank erheblich (um 1010 Betten). Die Bettenanzahl in den öffentlichen Krankenhäusern wurde darüber hinaus überproportional gesenkt, so daß die privaten und kirchlichen Krankenhäuser ihre Bettenzahl aufstocken konnten.

Zwei Gründe veranlassen die Landesregierung, kirchliche Krankenhäuser auszubauen und die Bettenzahl in den öffentlichen Krankenhäusern zu reduzieren. Zum einen die besondere ideologische Lage. Mit der ganzen Ideologie der christlichen Nächstenliebe wird der Kampf der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften für eine Gesundheitsversorgung, wie sie zu fordern, erheblich erschwert. Zum andern, weil die Beschäftigten in kirchlichen Krankenhäusern keine tarifvertraglichen Regelung ihrer Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen nicht unterliegen. Mit Ausnahme der Nordelbischen Landeskirche gibt es nirgends tarifvertragliche, sondern nur innerkirchliche Regelungen. Sowohl die Übernahme der Manteltarifbestimmungen des BAT wie die Übernahme des Lohnabschlusses des Öffentlichen Dienstes sind nicht zwingend.

Mit dem ,,Dritten Weg", für den sich die Konföderation der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen entschieden hat, sollen zwar kollektive Vereinbarungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen festgelegt werden, aber ohne die ÖTV. In der zu diesem Zweck errichteten arbeits- und dienstrechtlichen Kommission sollte die ÖTV nur einen von drei geforderten Sitzen erhalten, worauf sie zurecht ihre Mitarbeit versagte. Dem ÖTV-Gewerkschaftstag wird die Forderung nach Tarifverträgen für die in den Kirchen Beschäftigten als Beschlußantrag vorliegen, sowie die Aufforderung, eine besondere Werbe- und Ausbildungskampagne durchzuführen.

Verteilung Krankenhäuser / Betten auf die jeweiligen Träger in Niedersachsen

Jahr	gesamt Krh.	gesamt Betten	öffentl. Krh.	öffentl. Betten	gemeinn. Krh.	gemeinn. Betten	private Krh.	private Betten
1975*	370	75119	137	42742	123	23064	110	9313
1976*	372	75860	137	42782	121	23085	114	9993
1977*	367	75300	136	42164	121	23318	110	9818
1978**	365	74850		41714	121	23318		

* Angaben: Statistisches Jahrbuch der RD für 1979
** Angaben: Statistische Monatshefte Niedersachsen 3/79

r.kar. **Für die rund eine halbe Million Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen ist der Tarifabschluß für den Öffentlichen Dienst noch keine beschlossene Sache.** Für die Arbeiter und Angestellten des Diakonischen Werkes, das sind im Kreis Hannover 15000, gibt der Vorstand des Diakonischen Werkes eine Empfehlung heraus bezüglich der Übernahme des ÖTV-Abschlusses. In den einzelnen Einrichtungen des Diakonischen Werkes wird über diese Empfehlung beraten und der ÖTV-Abschluß übernommen oder nicht. Bislang sind die ÖTV-Abschlüsse von der Kirche für ihre Mitarbeiter übernommen worden. Im Jahre 1975 hatte das Diakonische Werk vor, nur ⅓ des Weihnachtsgeldes zu zahlen. Aufgrund des Kampfes der Fachgruppen Kirchliche Mitarbeiter der ÖTV sowie der ÖTV-Betriebsgruppen wurde die Kirche gezwungen, den Weihnachtsbetrag voll zu zahlen. Die Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen haben aufgrund des fehlenden Tarifvertrages kein Recht auf Übernahme des ÖTV-Abschlusses; das liegt ganz im Belieben der Kirche.

r.chs. **Noch steht eine Erklärung zur Übernahme des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes von den Vertretern der Kirche aus.** Die Kirchen zahlen Löhne an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes angepaßt, ohne jedoch mit der Gewerkschaft direkt Lohnverhandlungen zu führen. Mit den Tarifverträgen sei das nicht so eilig, weil der diesjährige Tarifabschluß im öffentlichen Dienst sowieso übernommen würde, das äußerten die Verwaltungsleiter der evangelischen Krankenhäuser Westberlins Anfang Januar auf die Forderung nach ordentlichen Tarifverträgen für die Beschäftigten. 1978 hatte die evangelische Landeskirche in Berlin-Brandenburg die Tariferhöhung 3 Monate später ausgezahlt und das 13. Monatsgehalt auf einen Pauschalbetrag von 1000,- DM gekürzt. 1979 hat sie sich derartige Vorstöße nicht mehr getraut. Mit Flugblattaktionen, Straßenständen und Kundgebungen forderten die Beschäftigten Tarifverträge mit der ÖTV. Die Evangelische Landeskirche in Westberlin mußte sich auf der letzten Herbstsynode prinzipiell für den Abschluß von Tarifverträgen aussprechen. Doch sie denken an Vereinbarungen ohne Streikrecht und Schlichtungszwang. Die Beschäftigten der Kirchen sind nicht bereit, sich von den Tarifauseinandersetzungen des öffentlichen Dienstes abkoppeln zu lassen. Mit Briefen und Flugblattaktionen unterstützen z.B. ÖTV-Betriebsgruppen an dem Westberliner St. Joseph-Krankenhaus und St. Gertrauden-Krankenhaus die Tarifforderungen der ÖTV. Wird der Abschluß also übernommen, ist dies Ergebnis des Kampfes der Beschäftigten und keinesfalls christliche Nächstenliebe.

r.dem. **Die kirchlichen Träger der evangelischen Diakonissenanstalt in Bremen und des Diakonie-Krankenhauses in Rotenburg machen keine Anstalten den öffentlichen Dienst-Abschluß zu übernehmen.** Nachfragen des Mitarbeitergremiums an der Diakonissenanstalt, wann denn nun der Abschluß übernommen wird, werden ausweichend beantwortet. Die Leitung des Krankenhauses verfolgt dabei die Linie glauben zu machen, daß der Abschluß wie im letzten Jahr automatisch übernommen wird. Aufgrund der Erfahrungen des Pflegepersonals mit der Politik der Lohnsenkung und der Steigerung der Arbeitsintensität der Krankenhausleitung soll ausgehend von einer Station am Diako Bremen die Krankenhausleitung aufgefordert werden, den Abschluß ohne Abstriche unverzüglich zu übernehmen. In der Altenpflege Friedehorst und im Diako Bremen und Rotenburg wird nach BAT bezahlt. Überstunden müssen abgefeiert werden. Nichtbesetzung von Stellen haben im Friedehorst dazu geführt, daß das Pflegepersonal bis zu 100 Überstunden stehen hat. Nachts müssen 2 Schwestern 5 Stationen betreuen. Die Altenpflegeschüler werden in ihrem ersten Jahr aus der Arbeitslosenkasse vom Arbeitsamt bezahlt. Erst ab dem 2. Jahr zahlt die kirchliche Leitung. Bei Nachtwachen erhalten die Altenpflegeschüler keine Zulagen. Ebenso erhalten sie kein Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Fehlt durch Krankheit Personal in der Küche, müssen die Schwestern in die Küche, um die Versorgung der alten Leute zu gewährleisten. Zunehmend stellt die Krankenhausleitung am Diako Bremen Schwesternhelferinnen mit 6 Wochen-Ausbildung ein, bezahlt wird nach KRI.

r.kym. **Übernahme des ÖTV-Abschlusses für den Öffentlichen Dienst bei kirchlichen Trägern nicht gesichert.** Das katholische Maria-Hilf-Krankenhaus in Harburg bezahlt wie im Ö.D., also nach KR, bzw BAT. Das evangelische Krankenhaus Alsterdorfer Anstalten bezahlt nur nach BAT, da es sich nur um fürsorgerische Tätigkeiten bei Behinderten handele. In den evangelischen und katholischen Kinderheimen und Kindergärten wird ebenfalls nach BAT gezahlt. In der evangelischen Familienbildungsstätte (Fortbildungseinrichtung) wird ,,in Anlehnung" an BAT gezahlt. Dies war bei einer Umfrage bei Verwaltungen und Personalabteilungen in Hamburg zu erfahren. Unklar ist allerdings, ob die Sondervereinbarung über einmalige Ausgleichszahlung und Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen für Kollegen, die unter 1900 DM brutto verdienen, auch gezahlt wird. Offensichtlich wird darüber noch verhandelt. Bei der ÖTV in Hamburg war zu erfahren, daß der Gewerkschaftsvertreter für den kirchlichen Bereich sich bei Verhandlungen befände. In Schleswig-Holstein hat die schleswig-holsteinische Landeskirche einen Tarifvertrag für kirchliche Mitarbeiter abgeschlossen. Danach werden alle bei der Kirche beschäftigten Mitarbeiter die gleiche Erhöhung erhalten, wie im Öffentlichen Dienst und auch den gleichen Urlaub. Dies betrifft die Bereiche Gesundheitswesen, Kindergärten, Verwaltung und Friedhof bei der Kirche. Der staatliche Dienstherr will die Lohnerhöhung im Mai auszahlen. Die bei der Kirche Beschäftigten erhalten die Auszahlung frühestens im Juni.

ZK der KPdSU: Futtermittelproduktion im Akkordtakt

US-Getreideembargo zwingt Sozialimperialisten, Anbaustruktur rasch zu ändern / Niedriger Fleischkonsum

z.krk. Zuerst tagte die Akademie der Agrarwissenschaften, dann versammelten sich die Unionsvertreter der Kolchosräte, und dann folgte ein ZK-Beschluß am 29.3. – alles in Fragen Futtermittelproduktion und Viehwirtschaft. In einem Brief an die Kolchosräte forderte Breschnew besondere Aufmerksamkeit für die Viehwirtschaft: ,,Die erfolgreiche Entwicklung dieses Zweiges ist gegenwärtig das erste Anliegen der Kolchosen und Sowchosen des Landes." Der ZK-Beschluß befaßte sich mit der Frage der Futtermittelproduktion, da deren niedriges Niveau die Hauptursache für die niedrige Produktivität der Viehwirtschaft sei, und man sich nicht weiter leisten könne, Getreide in gewohnten Mengen an das Vieh zu verfüttern.

Dies wiederum hat seine unmittelbare Ursache im Ausfall der US-Getreidelieferungen, die hauptsächlich aus Futtergetreide bestanden. In einem Kommentar erklärte Radio Moskau am 18.2., weshalb das Embargo die sowjetische Wirtschaft nicht treffen könne: ,,Unser Land produziert ... doppelt soviel Getreide wie die USA ... Das einzige, wovon man in diesem Fall vielleicht noch sprechen kann, ist die Notwendigkeit, gewisse Änderungen an unserem Programm für die Entwicklung der Viehzucht vorzunehmen, da der größte Teil des Importgetreides hauptsächlich dem Nutzvieh verfüttert wird. Daher müssen wir uns darauf konzentrieren, die eigene Futterbasis auszubauen und die Saatstruktur zugunsten der Futterkulturen zu ändern."

Die Probleme der sowjetischen Vieh- und Futterwirtschaft hängen eng miteinander zusammen. Großer Futteraufwand auf jedes Kilogramm Gewichtszunahme kennzeichnet die Tierhaltung. Wichtigste Ursache für den hohen Futterverbrauch ist die physiologisch unausgeglichene Zusammensetzung der Rationen, in denen es zumeist an verdaulichem Eiweiß, Mineralstoffen, Spurenelementen und anderen Zusatzstoffen fehlt. Die hohen Verluste an Vitaminen und Nährstoffen entstehen durch unsachgemäße Ernte, falsche oder zu lange Lagerung und Transport. Breschnew schätzte auf dem ZK-Plenum im Juli 1978 die so entstehenden Verluste auf 20 bis 30%.

Aber auch mengenmäßig stellt die sowjetische Landwirtschaft nicht in ausreichendem Maße Futtermittel her. Während die Getreideerträge in den letzten 20 Jahren um ca. 50% gestiegen sind, blieben die Erträge von Wiesenheu z.B. mit 6 dt/ha fast unverändert. Weidefutter soll 1980 in der Größenordnung von 750 Mio. t erzeugt werden. Diese Menge war schon für 1977 vorgesehen, tatsächlich sind 400 Mio. t produziert worden. Wegen zu geringer Menge *und* schlechter Qualität erhält das Vieh weniger Eiweiß als notwendig: eine ausgewogene Ration müßte pro Futtereinheit 105 – 110 g Eiweiß enthalten, in der SU werden gegenwärtig nur 85 g verfüttert. Das wirkt sich negativ auf Wachstum und Leistung der Tiere aus: so ist z.B. in den letzten 10 Jahren die Milchleistung der Kühe fast überhaupt nicht gestiegen.

Der nun herausgegebene ZK-Beschluß sieht vor, die bewässerte Futteranbaufläche auf 1 Mio. ha 1980 zu vergrößern. Die Kosten dafür müssen von den Kolchosen aus Eigenmitteln aufgebracht werden; wenn sie es nicht können, müssen sie bei der Staatsbank einen Kredit aufnehmen, womit ihre eh schon beachtliche Verschuldung an den Staat weiter ansteigen wird. Die Eisenbahn soll die Tarife für die Lieferung von Futtermitteln um 50% senken und von Konventionalstrafen im Falle von unausgenutzten Kapazitäten absehen.

Den größten Teil des Beschlusses machen jedoch Pläne zur stärkeren Antreibung der Bauern aus. Prämien gibt es nur noch im Falle von mengen- und qualitätsmäßiger *Über*erfüllung der Pläne; dann können 30% des Überschusses als Prämie verteilt werden. Sie sollen 2% des Jahreslohns ausmachen, aber dürfen nicht 2 Monatslöhne übersteigen. Akkordlöhne sollen verstärkt zur Anwendung kommen, die Löhne sollen insgesamt stärker nach dem Endergebnis differenziert werden. Den Leitern der zuständigen Staats- und Parteiorganisationen soll gar nichts anderes übrigbleiben, als auf die Bauern loszugehen: sie bekommen bis zu 50% ihrer Prämien gestrichen, wenn die Pläne nicht erfüllt werden. Sogar der Mangel an Konsumgütern soll ausgenutzt werden: die Bestarbeiter werden bei der Zuteilung von Pkws schneller berücksichtigt.

Arbeiter und Teilnehmer an der Ernte können bis zu 10% des aufbereiteten Heus und der Silage, bis zu 20% des Strohs umsonst für die private Viehhaltung zugewiesen bekommen. Diese Maßnahme soll zur Steigerung der privaten Viehhaltung beitragen, ohne die die Fleischversorgung tatsächlich nicht aufrechtzuerhalten wäre: die Privatparzellen liefern 30% der Produktion.

Einen weiteren Einbruch in der Fleischversorgung kann sich die sowjetische Führung kaum noch leisten. In öffentlichen Organen häufen sich die Proteste wegen schlechter Versorgung. Für 1980 hatte sie einen Verbrauch von 63 – 65 kg versprochen. Er lag 1978 erst bei 56 kg. (Zum Vergleich: in Ungarn lag er bei 74,5 kg)

Jährlich über 12000 Schlepperunfälle Jeder 9. Schlepper ist älter als 20 Jahre





z.gih. 1979 gab es 12603 Schlepperunfälle in der Landwirtschaft, das sind 6,2% der Gesamtbetriebsunfälle. Die Zahl der Getöteten liegt sogar bei 13,8%. Im Unfallbericht der Bundesregierung heißt es dazu: ,,Die Zahlen zeigen, daß die Landwirtschaft einen höheren Anteil an der Gesamtzahl der tödlichen Unfälle hat als bei den angezeigten Unfällen ... Personen in der Altersgruppe der über 65jährigen üben häufig noch eine versicherungspflichtige Tätigkeit aus". Die kleinen und mittleren Bauern müssen bis weit über die Grenze des gesetzlichen Rentenalters hinaus arbeiten. Die Arbeitsgeräte können nicht erneuert werden. Der durchschnittliche Schlepper ist jetzt 12 und 13 Jahre alt. Mehr als die Hälfte ist älter als 10 Jahre, jeder neunte Schlepper sogar älter als 20 Jahre.

da der größte Teil des Importgetreides hauptsächlich dem Nutzvieh verfüttert wird. Daher müssen wir uns darauf konzentrieren, die eigene Futterbasis auszubauen und die Saatstruktur zugunsten der Futterkulturen zu ändern."

Die Probleme der sowjetischen Vieh- und Futterwirtschaft hängen eng miteinander zusammen. Großer Futteraufwand auf jedes Kilogramm Gewichtszunahme kennzeichnet die Tierhaltung. Wichtigste Ursache für den hohen Futterverbrauch ist die physiologisch unausgeglichene Zusammensetzung der Rationen, in denen es zumeist an verdaulichem Eiweiß, Mineralstoffen, Spurenelementen und anderen Zusatzstoffen fehlt. Die hohen Verluste an Vitaminen und Nährstoffen entstehen durch unsachgemäße Ernte, fal-

nen Kredit aufnehmen, womit ihre eh schon beachtliche Verschuldung an den Staat weiter ansteigen wird. Die Eisenbahn soll die Tarife für die Lieferung von Futtermitteln um 50% senken und von Konventionalstrafen im Falle von unausgenutzten Kapazitäten absehen.

Den größten Teil des Beschlusses machen jedoch Pläne zur stärkeren Antreibung der Bauern aus. Prämien gibt es nur noch im Falle von mengen- und qualitätsmäßiger *Über*erfüllung der Pläne; dann können 30% des Überschusses als Prämie verteilt werden. Sie sollen 2% des Jahreslohns ausmachen, aber dürfen nicht 2 Monatslöhne übersteigen. Akkordlöhne sollen verstärkt zur Anwendung kommen, die Löhne sollen insgesamt stär-





z.gih. 1979 gab es 12603 Schlepperunfälle in der Landwirtschaft, das sind 6,2% der Gesamtbetriebsunfälle. Die Zahl der Getöteten liegt sogar bei 13,8%. Im Unfallbericht der Bundesregierung heißt es dazu: ,,Die Zahlen zeigen, daß die Landwirtschaft einen höheren Anteil an der Gesamtzahl der tödlichen Unfälle hat als bei den angezeigten Unfällen ... Personen in der Altersgruppe der über 65jährigen üben häufig noch eine versicherungspflichtige Tätigkeit aus". Die kleinen und mittleren Bauern müssen bis weit über die Grenze des gesetzlichen Rentenalters hinaus arbeiten. Die Arbeitsgeräte können nicht erneuert werden. Der durchschnittliche Schlepper ist jetzt 12 und 13 Jahre alt. Mehr als die Hälfte ist älter als 10 Jahre, jeder neunte Schlepper sogar älter als 20 Jahre.

Empfehlungsvereinbarung für Landarbeiter abgeschlossen

z.dim. Am 31.3. sind die Tarifverhandlungen für die rund 31000 Landarbeiter in Frankfurt mit einer Empfehlungsvereinbarung abgeschlossen worden, nachdem die GGLF Anfang März Aktionen der Landarbeiter gegen die niedrige Bezahlung ankündigte. Auf einer Tagung der GGLF im Kreis Lauenburg (Schleswig-Holstein) hieß es: ,,Mit Demonstrationen sollen die Landarbeiter über ihre tarifliche Lage und das Verhalten des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes als Vertreter der Lohnarbeitsbetriebe aufklären". In der jetzigen Empfehlung, die noch auf Landesebene durchgesetzt werden muß, ist festgelegt: – Der Ecklohn (Schleswig-Holstein 8,31 DM) wird mit Wirkung zum 1.3. um 63 Pfennig oder ca. 7,4% erhöht. Das wären in Schleswig-Holstein für die niedrigste Lohngruppe ca. 38 Pfennig, für die höchste 72 Pfennig. Der Vertrag läuft 12 Monate, für Januar und Februar wird kein Lohn nachgezahlt. – Der Grundurlaub erhöht sich von 20 auf 22 Tage. – Über die Frage der Lohngruppenrelationen, Ausbildungs- und Praktikantenvergütungen soll auf Landesebene verhandelt werden. Die Empfehlung, die von der Höhe her geht, verliert durch den prozentigen Abschluß und durch die Nichtnachzahlung von 2 Monaten völlig ihre Wirkung. Auf Landesebene sollte wenigstens noch die Nachzahlung durchgesetzt werden.

GGLF: 12,3% mehr Lohn und 40-Stundenwoche

z.wig. Die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten und den Garten- und Landschaftsbaukapitalisten ist zum zweiten Mal vertagt worden. Die Gewerkschaft fordert für die Arbeiter und Angestellten im Gartenbau, Landschafts- und Sportplatzbau eine Erhöhung des tariflichen Ecklohns um 12,3% auf 11,40 DM. Aus dem Bundesrahmentarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer soll der Absatz ,,Nach betrieblicher Vereinbarung kann die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit an 26 Wochen im Kalenderjahr im Durchschnitt auf 42 Stunden ohne Mehrarbeitszuschlag verlängert

GGLF: 12,3% mehr Lohn und 40-Stundenwoche

z.wig. Die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten und den Garten- und Landschaftsbaukapitalisten ist zum zweiten Mal vertagt worden. Die Gewerkschaft fordert für die Arbeiter und Angestellten im Gartenbau, Landschafts- und Sportplatzbau eine Erhöhung des tariflichen Ecklohns um 12,3% auf 11,40 DM. Aus dem Bundesrahmentarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer soll der Absatz ,,Nach betrieblicher Vereinbarung kann die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit an 26 Wochen im Kalenderjahr im Durchschnitt auf 42 Stunden ohne Mehrarbeitszuschlag verlängert
werden" gestrichen werden. Die Kapitalisten hatten bei den Verhandlungen 5,4% angeboten. Auf alle anderen Forderungen der Gewerkschaft, Einführung der 40-Stundenwoche, Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 15 DM pro Tag und der vermögenswirksamen Leistungen auf 39 DM und die Einführung einer tariflichen 13. Zahlung von 400 DM, gingen die Kapitalisten nicht ein. Sie erklärten, lediglich zu einer Lohnerhöhung bereit zu sein, auf keinen Fall aber die übrigen Forderungen zu erfüllen. Die GGLF hat die Lohnforderung unter anderem mit dem Abstand zu den vergleichbaren Löhnen im Baugewerbe begründet. ,,Es bedarf daher einer weiteren Anpassung, um den Abstand zu verringern." Der Gesamtstundenlohn Bau betrug vor dem Abschluß 11,44 DM.

Olivenöl: Ein Exempel in EG-Mittelmeerpolitik

Hauptproduzenten sind italienische Kleinbauern / Erneute Preissenkung geplant

z.ans.Rom. Vom Olivenanbau leben in Italien über 700000 Bauern. Ein gutes Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe haben Olivenhaine. Die EG-Agrarpolitik zielt darauf, die Olivenbauern zu einer massiven Preissenkung zu zwingen, um schließlich den Olivenanbau merklich einzuschränken und Bauern und Land dem Kapital zu unterwerfen. In den EG-,,Leitlinien zur Entwicklung der Mittelmeergebiete" von 1978 heißt es, ,,strukturelle Maßnahmen" seien ,,notwendig, um den Olivenanbau durch eine Konzentration der Erzeugung in Gebieten, die für den Olivenanbau geeignet sind, zu rationalisieren und, wo dies möglich ist, eine Umstellung auf andere Kulturen wie auch eine Sortenumstellung vorzunehmen."

Der Olivenanbau, in Süditalien konzentriert, ist kaum dem Kapital unterworfen. Das trockene Hügelland, auf dem die Olivenhaine angelegt wurden, erschwert die Mechanisierung der Bearbeitung und läßt oft keine andere Nutzung des Bodens zu. Deswegen liegt der Olivenanbau noch zu gut drei Vierteln in den Händen von Kleinbauern mit bis zu 5 ha Landbesitz. Mit ihren Familien bearbeiten sie das Land nach den traditionellen Methoden. Nach vier bis acht Jahren trägt der Olivenbaum die ersten Früchte, erst nach 15 bis 20 Jahren kann eine volle Ernte eingebracht werden. Zur Ernte beschlagen die Bauern die Bäume mit Stöcken, um die Früchte herabzuschütteln. Die Oliven werden dann mit der Hand einzeln aufgelesen. In einigen Gegenden wird die Handlese durch das Ausspannen von Netzen ersetzt. Das Auspressen der Oliven in den Ölmühlen hat zum größten Teil die Dorfbourgeoisie in der Hand. In den Mühlen wird zunächst das erstklassige Jungfernöl aus den besten Früchten gepreßt. Die weiteren Auspressungen ergeben minderwertige Öle, die hauptsächlich in den großen, monopolisierten Raffinierfabriken – wie ,,Dante" – in Norditalien weiterverarbeitet werden.

Die EG fördert im Interesse der großen Nahrungsmittelkonzerne die Produktion und Verarbeitung von Saatenölen, die ohne Schwierigkeiten durchkapitalisiert werden kann und auch ist. Über die Gewährung von Beihilfen, wodurch der Preis künstlich niedrig gehalten wird, soll der Absatz forciert werden. Die in Italien traditionelle Verwendung von Olivenöl, das wegen seines hohen Proteingehalts gesundheitlich weit höherwertig ist, hat bereits bestimmte Einbrüche erfahren. Während der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Olivenöl von 1961 bis 1977 nur von 9,6 kg auf 10,9 kg gestiegen ist, ist der von Saatenöl, das größtenteils eingeführt werden muß, in derselben Zeit von 4,9 auf 10,1 kg gestiegen.

EG-Agrarpreise für Olivenöl

	1972/73	1977/78	1979/80
Erzeugerrichtpreis			
LRE	1247,00	1877,80	1944,16
Lire (78)	2192386	1922836	1810347
Interventionspreis			
LRE	723,50	1346,20	1432,56
Lire (78)	1272008	1378486	1333968
Beihilfe			
LRE	451,00	421,70	437,57
Lire (78)	792919	431814	407452

Der Hebel, den die EG gegen die Olivenbauern einsetzt, ist die Agrarpreispolitik. Sie legt mit dem Interventionspreis eine Untergrenze für den Marktpreis fest. Zu dem, was der Bauer auf dem Markt erhält, bekommt er von der EG eine Beihilfe, wodurch ihm ein Erzeugerrichtpreis garantiert sein soll. Allerdings wird die Beihilfe nur für die Produktion von Ölbäumen gewährt, die schon vor 1978 standen. Die Tabelle zeigt: Die Erzeugerrichtpreise und Interventionspreise sind – ausgedrückt in Landwirtschaftlichen Rechnungseinheiten (LRE) – gestiegen. Wir haben die Zahlen in Lire zum Preisniveau von 1978 umgerechnet, und die Absichten der EG-Mittelmeerpolitik treten offen zu Tage: Zunächst sind die Beihilfen für die italienischen Olivenbauern seit 1972/73 massiv gesenkt worden. Sodann wurden ab 1977/78 – wie für alle Agrarprodukte, so auch für Olivenöl – die Interventionspreise gedrückt. Die italienischen Bauern trifft das besonders hart, weil die Abwertung der ,,grünen Lira", nach der die EG-Agrarpreise in nationale Währung umgerechnet werden, nicht entfernt mit der Teuerung in Italien schrittgehalten hat. Das Ergebnis: In konstanten Preisen ausgedrückt, erhalten die Bauern heute beträchtlich weniger für ihr Öl als vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957. Damit nicht genug: Die EG-Kommission will im Wirtschaftsjahr 1980/81 ,,für eine größere Beweglichkeit des Olivenmarktes sorgen". Das Mittel: Der Interventionspreis für Olivenöl soll nur halb so stark angehoben werden wie für die anderen Produkte.

Durch die Senkung der Erzeugerpreise wurden die Olivenbauern, wollten sie überleben, zu enormer Überarbeit gezwungen. Nur das erklärt die Zunahme der Produktion bei fast konstanter Anbaufläche von 1956 bis 1977 um 79%. Die EG-Kommission behauptet, es läge Überproduktion vor. Tatsächlich reicht die Olivenölproduktion Italiens, auf das 99,5% der Produktion der Gemeinschaft entfällt, nicht aus, um den eigenen Bedarf zu decken. Von 1959 bis 1977 stiegen die Olivenölimporte um 122,4%, die Exporte fielen um 67%. Nach den Römischen Verträgen ist es Italien verboten, selbständig Handelsabkommen mit Ländern der Dritten Welt über die Einfuhr von Olivenöl abzuschließen.

Seit 1967 sind 191276 Olivenbauern, vorwiegend Kleinbauern, zur Aufgabe des Hofes gezwungen worden. In letzter Konsequenz läuft die EG-Politik auf das Abholzen eines Teils der Olivenhaine hinaus, was katastrophale Folgen für den Wasserhaushalt des Landes hätte. An den italienischen Olivenbauern wird vorexerziert, was die Bauern Spaniens, Griechenlands und Portugals – alle drei olivenproduzierende Länder – nach dem EG-Beitritt erwartet.



Olivenernte in einer italienischen Kooperative

Schreinerhandwerk: Viele Überstunden der Auszubildenden

z.grk. 60% aller Auszubildenden im Schreinerhandwerk müssen Überstunden machen. Das geht aus einer Umfrage hervor, die die Jugendgruppe der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in Mannheim und Schwetzingen unter den Berufsschülern durchgeführt hat. Zwei Drittel aller Auszubildenden sind danach über 18 Jahre und fallen nicht mehr unter das Jugendarbeitsschutzgesetz. Damit gilt für sie das generelle Verbot von Überstunden nach §8 des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht mehr. Die Kapitalisten nutzen die billige Arbeitskraft aus und zwingen 25% der Auszubildenden sogar zu mehr als 16 Überstunden im Monat, etwa eine ¾ Stunde durchschnittlich pro Arbeitstag. Dabei geht es den Kapitalisten nicht alleine um die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern um die Einsetzbarkeit entsprechend der Aufträge. So zahlen fast zwei Drittel der Betriebe die Überstunden nicht aus, sondern lassen sie zu einem anderen Zeitpunkt abfeiern. Für die Lehrlinge bringen sie, falls überhaupt bezahlt, höchstens eine karge Aufbesserung ihres Lehrlingsgeldes: 3,50 DM pro Stunde. Zusätzlich wird die Arbeitszeit auf Grund der besonderen Situation ausgedehnt: 3/5 aller Auszubildenden, so ergab die Umfrage, müssen ihr Berichtsheft zu Hause führen, obwohl dies laut Ausbildungsordnung im Betrieb geschehen soll.

BRD-Maschinenbaukapitalisten hoffen auf Investitionsboom / Übersicht

z.wom. ,,Der Auftragsbestand des deutschen Maschinenbaus reicht gegenwärtig für eine Produktion von durchschnittlich 8,6 Monaten. Die Exportquote ist mit 63% gegenüber 1979 kaum verändert ... Dieser in seiner Größenordnung für die Branche normale Auftragsbestand zeige, daß es zur Auslastung in diesem Jahr keine großen Fragen gebe, 1980 nach den Bestellungen praktisch gelaufen sei ...'' (,,Blick durch die Wirtschaft'', 19.1.1980).

Neuer Investitionsboom?

,,In der Bundesrepublik war die Investitionstätigkeit in den sechziger Jahren sehr rege. Das brachte es mit sich, daß ein großer Teil der steigenden Produktion mit neuen, auf dem jüngsten Stand der Technik befindlichen Maschinen erstellt wurde; ... Der hohe Anteil neuer Produktionskapazitäten begünstigte daher den Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dieser Effekt war in den letzten Jahren weniger ausgeprägt, denn es wurde weniger investiert. Nimmt der Umfang der neu in Betrieb genommenen Produktionsanlagen weiterhin so kräftig zu, wie es 1979 der Fall war, so könnte der Produktivitätsanstieg insoweit auch künftig wieder ähnlich hoch sein wie früher'' (Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates).

Rationalisierung im Maschinenbau

,,Es ist deutlich geworden, daß Chancen für den Maschinenbau in den achtziger Jahren gegeben sind, und zwar mehr als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Sie kommen vom Inlandsmarkt und der Technologie. Zwar verlangsamt sich das Wachstum. Der Strukturwandel begünstigt aber wieder mehr den sekundären Sektor, den Hauptabnehmer des Maschinenbaus. Die Technologie ermöglicht eine verstärkte Automatisierung. Die eigentliche Automatisierungswelle steht dem Maschinenbau noch bevor. Gleichzeitig dürfte durch die Mikroelektronik ein neues Zeitalter in der Verbindung von Elektronik und Fertigungstechnik eingeleitet werden ...'' (,,ifo-Schnelldienst'' 6/80)

Exportoffensive

,,Der Maschinenbau hat sein im langfristigen Durchschnitt gesehen leicht überdurchschnittliches Produktionswachstum in der Vergangenheit nur durch steigende Exportintensität erreichen können. Er hat es sogar vermocht, die USA von der ersten Stelle als Maschinenbauexporteur zu verdrängen. 24% des Welthandels an Maschinen werden von der Bundesrepublik bestritten ... Das Maschinengeschäft mit dem Ostblock, insbesondere mit der SU, hat sich in den siebziger Jahren erheblich ausgeweitet ...''

USA: ,,Zweite Generation'' von NC-Maschinen

,,Amerikas Werkzeugmaschinenfabrikanten erwarten Boom ... Von jeher nimmt die Werkzeugmaschinenindustrie eine wichtige Schlüsselstellung ein. Als Hauptkunden dieser Branche gelten die Maschinenindustrie, die Automobilbranche sowie die Weltraum- und Luftfahrtindustrie. Vom technischen Standpunkt kann deutlich erkannt werden, daß die zumeist veralteten Typen der ,ersten Generation' numerisch gesteuerter Maschinen (NC) jetzt von der ,zweiten Generation' – den Computer-gelenkten und numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen (CNC) – abgelöst werden.'' (,,Blick durch die Wirtschaft'', 17.9.79)

Japanische Konkurrenz

,,Günstige Auftragslage für japanische Werkzeugmaschinenhersteller ... Der Export von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen verdoppelte sich beinahe in jedem Jahr ... Die Anstrengungen der Branche richten sich
,,Günstige Auftragslage für japanische Werkzeugmaschinenhersteller ... Der Export von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen verdoppelte sich beinahe in jedem Jahr ... Die Anstrengungen der Branche richten sich
zur Zeit auf die Entwicklung von Mehrzweckmaschinen und multifunktionalen Maschinen. Durch den raschen Fortschritt im Bereich der Elektronik ist es nun einfach geworden, einen elektronischen Computer in eine Maschine einzubauen. Die Entwicklung der programmierbaren Steuerung machte es möglich, eine Einzweckmaschine für verschiedene Arbeitsvorgänge einzusetzen oder deren Reihenfolge zu ändern. Beispielsweise ... sind Werkzeugmaschinen mit Modulstruktur, wie sie in Japan entwickelt wurden. Auch wurden Werkzeugmaschinen geschaffen, die selbsttätig Temperaturveränderungen am Maschinenkörper anzeigen, Verzerrungen an der Hauptspindel korrigieren und so die Präzision gewährleisten ...'' (BdW, 5.12.79)

Exporte des BRD-Maschinenbaus nach Absatzregionen

Absatzregionen	1970 Mill. DM	1978 Mill. DM	1978 %
Exporte insgesamt	**24790**	**50939**	**100,0**
davon in			
EG-Länder*	10313	16504	32,4
Ostblockländer**	1438	5909	11,6
sonst. eur. Länder	5652	10086	19,8
Überseeische Länder	7387	18440	36,2
davon:			
USA	1785	3515	6,9
Japan	719	764	1,5
OPEC-Länder	818	6571	12,9
Sonst. Länder	4065	7590	14,9

* Nach dem Stand vom 31.12.1978 – ** Einschließlich der Lieferungen in die DDR – Quelle: VDMA-Statistik

Beschäftigte und Umsatz des Maschinenbaus 1977

Fachzweig Beschäftigte Ende 1977 Umsatz 1000 DM

Beschäftigte und Umsatz des Maschinenbaus 1977

Fachzweig	Beschäftigte Ende 1977	Umsatz 1000 DM
Landmaschinen und Ackerschlepper	58293	7114980
Werkzeugmaschinen u. Präzisionswerkzeuge	138870	9890125
Textil- u. Nähmasch.	52975	4039633
Masch. f. d. Nahrungs- / Genußmittelind. u. f. d. chem. u. verw. Ind.	109684	10148689
Hütten- u. Walzwerkseinrichtungen, Gießerei- u. Bergwerksmasch., Hebezeuge u. Fördermittel	106812	10976437
Bau- u. Baustoffmasch.	51867	6244001
Antriebstechnik	85359	6179759
Geräte u. Einrichtungen f. d. autom. Datenverarbeitung	38827	5569054
Holzbe- u. verarbeitungsmasch., Druck- und Papiermasch. u.a.	68400	6260541
Sonst. Maschinenbau	322923	31591969
Maschinenbau insg.	1034010	98015188

Monopole wettern gegen IG-Chemie-Lohnforderung

Hoechst-, Bayer-, BASF-Lohnsysteme / Betriebslohnvereinbarungen zur Effektivlohnerhöhung

z.wig. Am 30.4. laufen in der Chemieindustrie im Bezirk Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz die Lohn- und Gehaltstarife aus. Die zuständigen Tarifkommissionen der IG Chemie haben in den letzten beiden Wochen die Forderungen für den Tarifkampf beschlossen. Nordrhein: 8,2%, Hessen 8,5% und Rheinland-Pfalz 9% auf die Technikergehaltsgruppe, Erhöhung der entsprechenden kaufmännischen Gehaltsgruppe und der Handwerkerlohngruppe um den sich daraus ergebenden Festgeldbetrag. Erhöhung der übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen entsprechend dem jetzt bestehenden rechnerischen Verhältnis. Für die unterste Lohngruppe bedeutet diese Forderung eine Erhöhung von 10,2% (Nordrhein), 10,3% (Hessen) und 11,1% (Rheinland-Pfalz).

In den drei Tarifbezirken, in denen die Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie als erste anstehen, haben die drei großen Chemiemonopole jeweils ihren Hauptsitz. Der Ausgang des Tarifkampfes in der chemischen Industrie wird also zu einem erheblichen Teil von diesen drei Monopolen und den dort beschäftigten Arbeitern und Angestellten bestimmt, die insgesamt 37% der Gesamtbelegschaften in der chemischen Industrie bilden.

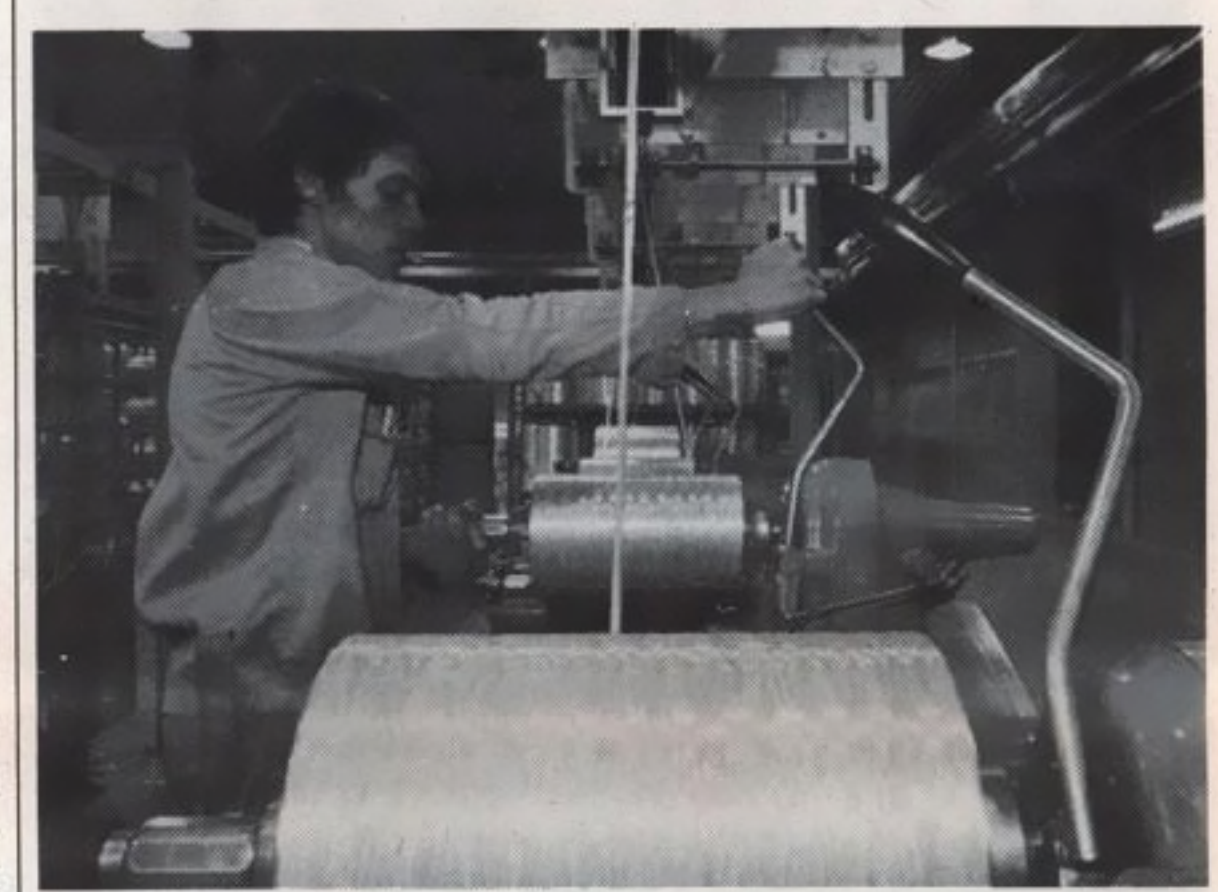
In den Werken der drei großen Monopole sind durch Betriebsvereinbarungen jeweils besondere Lohnsysteme eingeführt worden. Bei BASF sind innerbetrieblich neben den fünf Tariflohngruppen 4 weitere Lohngruppen vereinbart und die Schicht-, Akkord- und Betriebsprämien sind an den Tariflohn gekoppelt. Der Effektivlohn beträgt durchschnittlich 147% vom Tariflohn, wobei 14% für Schichtzulagen und 33% für Prämien gezahlt werden. Durch die Anbindung der Zulagen an die Tariflöhne steigen die Effektivlöhne entsprechend der Tariflohnerhöhung mit.

Bei Hoechst und Bayer ist seit 1973 bzw. seit 1974 bei den gewerblichen Arbeitern der Monatslohn eingeführt worden. Bei Bayer gilt er nur für die Arbeiter im Zeitlohn, wobei der Anteil der Akkordarbeiter gering ist. Grundlage für die Errechnung des Monatslohns ist in beiden Werken die analytische Arbeitsplatzbewertung. Bei Bayer
worden. Bei Bayer gilt er nur für die Arbeiter im Zeitlohn, wobei der Anteil der Akkordarbeiter gering ist. Grundlage für die Errechnung des Monatslohns ist in beiden Werken die analytische Arbeitsplatzbewertung. Bei Bayer
werden die übertariflichen Bestandteile des Monatslohns nach analytischer Arbeitsplatzbewertung berechnet. Der tarifliche Teil des Monatslohns besteht aus dem Tariflohn und den tariflich sicheren Zulagen (Schicht-, Lästigkeits- und Badezulage). Der überbetriebliche Teil des Lohns soll nach den ,,arbeitsbezogenen Eigenschaften der Mitarbeiter entsprechend ihrem betrieblichen Verhalten'' erfaßt werden. ,,Es soll dabei die unterschiedliche Erfüllung der Anforderungen, die ein Arbeitsplatz an die Mitarbeiter stellt, beurteilt werden.'' Ca. die Hälfte der übertariflichen Zulagen wird nach der persönlichen Beurteilung durch den Vorgesetzten berechnet, die andere Hälfte durch die Bewertung des Arbeitsplatzes. Die übertariflichen Zulagen sind nicht an den Tariflohn gebunden. Eine Anrechnung des Tarifabschlusses auf die Effektivlöhne erfolgt deshalb aus dieser Erhöhung nicht. In einer Betriebsvereinbarung über die Jahresprämie hat der Betriebsrat von Bayer aber bereits eine Umwälzung der künftigen Tariflohnerhöhung für 1980/81 auf die Effektivlöhne durchgesetzt.

Bei Hoechst gilt der Monatslohn für alle Arbeiter. Der Tariflohn ist die Grundlage des Monatslohns. Die Arbeiter werden nach Tariflohngruppen eingestuft. Zu jeder Tariflohngruppe gehören mehrere Lohnstufen, die entsprechend analytischer Arbeitsplatzbewertung festgelegt werden (Arbeitswertlohn). Der Arbeitswertlohn ist tarifabhängig, d.h. die Tariflohnerhöhung wird auf den Arbeitswertlohn umgerechnet. Neben dem Arbeitswertlohn enthält der Monatslohn bei Hoechst eine persönliche Zulage, die nach persönlicher Beurteilung durch den Vorgesetzten festgesetzt wird. Durchschnitts- und Höchstbetrag der persönlichen Zulage hängen vom Arbeitswertlohn ab. Die Zahlung der persönlichen Zulage ist nicht gesichert, die Höhe einer für ein Jahr festgesetzten Zulage steigt aber nach einer Tariflohnerhöhung analog dem Prozentsatz der Erhöhung. Auch bei Hoechst steht also bereits jetzt fest, daß die kommende Tariflohnerhöhung auf die Effektivlöhne umgewälzt wird.

Obwohl die Hoechst-Kapitalisten, wie alle anderen Kapitalisten, die entsprechende Monatslohnverträge mit den Betriebsräten vereinbart haben, durch die Zahlung von Monatslöhnen zweimal kreditiert werden (die Pauschale wird erst nach einem Monat Arbeit ausgezahlt; die Abrechnung des Restbetrages erfolgt einen weiteren Monat später), treten sie bereits wieder für die Einführung der alten Prämien und Zulagenregelungen ein, weil sie ihnen ermöglicht hatten, die Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn zu Lohnsenkungen zu nutzen.

Effektiv bedeutet die jeweils beschlossene Forderung für die untere Lohngruppe eine Erhöhung von 210 DM bei Hoechst, 256 DM bei BASF und 217 DM bei Bayer. Tariflich sind es 173 DM, 174 DM und 161 DM. Die drei großen Chemiemonopole haben über die Kapitalistenverbände erklärt, die Forderung sei nicht verhandlungsfähig. Sie haben ein erhebliches Interesse daran, die Forderung zu kippen, weil sie für die unteren Lohngruppen doch erheblich was zahlen müßten und sich die Lohnstruktur zugunsten der Arbeiter und K-Angestellten verändern würde. Man muß also sich also auf allerhand gefaßt machen bei den ersten Verhandlungen.







37% aller Beschäftigten in der Chemieindustrie in Westdeutschland und über 100000 im Ausland werden von Bayer, BASF und Hoechst ausgebeutet. Mit Auslandsinvestitionen 1980 von über 1 Mrd. bei Hoechst, 1,5 Mrd. Bayer und 1,85 Mrd. DM BASF soll die Stellung auf dem Weltmarkt ausgebaut werden.



z.hot. **Die Forderungen der japanischen Gewerkschaften in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen betragen im Durchschnitt 8% mehr Lohn.** Wie schon in den vergangenen Jahren gibt es zwischen den einzelnen Forderungen starke Differenzen. In der Elektroindustrie liegen die Forderungen mit 8,4%, bei den Eisenbahnern mit 12,5% höher. Im letzten Jahr lagen die Abschlüsse bei durchschnittlich 6%. In der Stahlindustrie konnten die Kapitalisten 5%, in der Schwer- und Schiffbauindustrie sogar nur 3–4% durchsetzen, während in der Automobilindustrie 6,8% gezahlt werden mußten. Der japanische Kapitalistenverband hat erklärt, er wolle in diesem Jahr nicht über 6% abschließen. Die Regierung hat inoffiziell verlauten lassen, 7,2% erschienen ihr angemessen. Die Teuerungsrate für Güter des täglichen Bedarfs beträgt 10%. Der Vorsitzende des Japanischen Gewerkschaftsdachverbandes, Tatsushiro Uchijama, hat erklärt, man brauche die 8% wegen der steigenden Lebenshaltungskosten, wolle aber auch nicht mehr fordern, da man sonst für Inflation und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werde. – Für den öffentlichen Dienst hat die Regierung ein Einsparungs- und Rationalisierungsprogramm von 200 Mrd. Yen (2,4 Mrd. DM) beschlossen. Bei den Eisenbahnern wie im übrigen Transportgewerbe war es in den vergangenen Jahren öfter zu Streiks gegen solche Vorhaben der Regierung und der Kapitalisten gekommen.

z.cht.Sydney. **Die Nationale Lohnkommission hat über die zukünftige Handhabung des Systems der Lohnindexierung, d.h. der Lohnanpassung an die Inflation, beraten.** Vor fünf Jahren von der Labour-Regierung als Mittel gegen den Lohnkampf wieder eingeführt, hatte es sich nur in den ersten Jahren bewährt. Nachdem die vierteljährliche Anpassung seit 1978 durch die halbjährliche abgelöst wurde und Erhöhungen der staatlichen Gebühren unberücksichtigt geblieben waren, hatte die Arbeiterklasse im letzten Jahr die Rechnung vorgelegt. In heftigen Streiks hatten einzelne Gewerkschaften Lohnerhöhungen erkämpft, u.a. Metall, Bahn und Post, Kohlebergbau, öffentlicher Dienst und zuletzt die Wollagerarbeiter. Die Bourgeoisie mußte feststellen, daß die 1978/79 durch Streiks verlorenen Arbeitstage (2729000) wieder das Niveau des Jahres vor Einführung der Indexierung erreicht haben. Die Lohnkommission, die unter dem Druck der Streiks diesen Lohnerhöhungen letztlich zugestimmt hatte, hat sich nun neu ausgerichtet. Die sechsmonatige Anpassung soll bestehen bleiben, Lohnerhöhungen sollen nur noch gewährt werden, wenn Zuwachs im ,,Wert der Arbeit'' nachgewiesen werden kann. Der Nachweis muß für jede Berufsgruppe einzeln geführt werden.

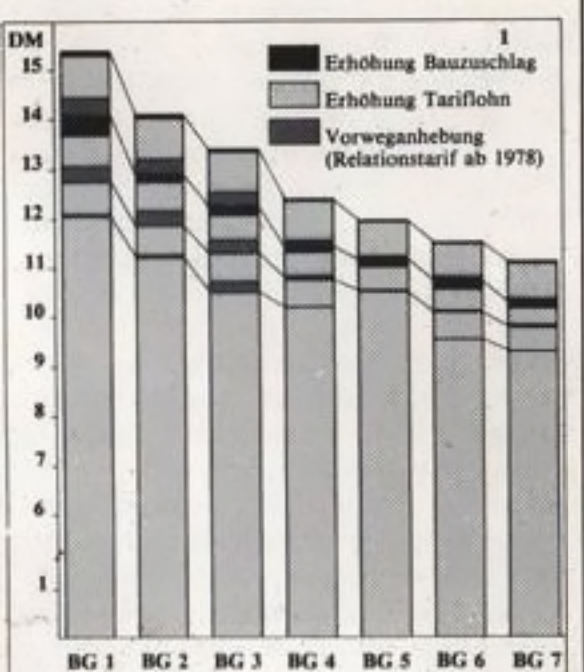
z.scc. **Die Antwort der US-Regierung auf den Tarifvertrag, dem als erster der Ölkonzern Gulf Oil nach zehnwöchigem Streik der Ölarbeiter zustimmen mußte, ließ nicht lange auf sich warten.** Gerad erst hatte Carter die Lohnsenkungsmarke für 1980 gesetzt, mit einer Lohnleitlinie von 7,5–9,5% bei einer erwarteten Inflation von 20%. Der Tarifvertrag mit Gulf Oil, den weitere Ölkonzerne inzwischen übernommen haben, sieht demgegenüber u.a. zusätzlich zu den 5% aus dem Vorjahresvertrag eine Lohnerhöhung von 52 Cts. für 1980 vor (s. KVZ 14/80). ,,Unakzeptabel'', tönt es aus dem Weißen Haus. ,,Unakzeptabel'' sei auch der am 1.10.79 in Kraft getretene Tarifvertrag zwischen Ford und der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, da er die damalige Lohnleitlinie von 7% (kaum!) überschreite. Direkte Auswirkungen auf diese Verträge haben die Carterschen Drohungen nicht; Ford und Gulf Oil werden eventuelle Regierungsaufträge gestrichen. Hauptsächlich zielen die Drohungen darauf, die Front der Kapitalisten in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen zusammenzuschweißen.

z.rül. **Die irische Regierung hat einen für letzten Montag beschlossenen Streik von 6000 Krankenschwestern einen Tag vor Streikbeginn mit einem höheren Lohnangebot abgewendet.** Seit 1972 sind die Löhne der 28000 Krankenschwestern in der Republik lediglich um den offiziellen Lebenshaltungskostenanstieg erhöht worden, also faktisch gesunken. Bereits letztes Jahr hatten die Krankenschwestern deswegen eine zusätzliche Lohnerhöhung von 50% gefordert (siehe KVZ 44/79). Die Regierung aber bot lediglich 16% an. Einen Tag, bevor die 6000 Krankenschwestern in den psychiatrischen Krankenhäusern in den Streik treten wollten, erhöhte sie jetzt ihr Angebot. Danach sollen die Löhne von Krankenschwestern im 1. Berufsjahr um 16% steigen, im 2. Jahr um 17% und im dritten um 18%, für Oberschwestern um 25%. Außerdem will sie die Zulagen für Wochenendarbeit erhöhen. Die Gewerkschaften hoben daraufhin den Streikbeschluß auf. Jetzt führen sie eine Urabstimmung durch.

z.hef. **Zwei Wochen lang bestreikten 560000 Gemeindeangestellte alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Grundsteuererhebung (siehe KVZ 13, S. 11).** Jetzt stimmen die Dienstherrn den Forderungen der Gewerkschaft NALGO weitgehend zu. In einer im Sommer 1979 geschlossenen Lohnvereinbarung hatten die Gemeinden zugesagt, zusätzlich zu der im Juli 1979 fälligen Lohnerhöhung von 9,4% ab Januar dieses Jahres die Ergebnisse einer

Tarifabschluß Baugewerbe

z.brp. Ab 1. Mai gelten die vor knapp zwei Wochen abgeschlossenen neuen Tariflöhne: Vorweganhebung aus dem Relationstarifvertrag zwischen 1 – 33 Pfg. und 6,6% Erhöhung. Die Auszubildenden erhalten 7,3% mehr; für die Angestellten beginnen die Verhandlungen am 16. April. Vom Volumen her beträgt das Ergebnis für die Berufsgruppen I – III 9,2 – 9,1%, hier sind rund 60% der Bauarbeiter eingestuft, für die Berufsgruppen IV – VI zwischen 7,3 – 7,1% und für die Bauwerker 6,8%. Die Baukapitalisten äußerten, daß der Abschluß dem Facharbeitermangel in der Baubranche gerecht wird, nicht aber der sich bereits abzeichnenden einbrechenden Baukonjunktur. Sie rechnen, daß die Lohnerhöhung mit 8,3% bei den Baupreisen zu Buche schlägt. Sie sind bestrebt, die Arbeit auf dem Bau weiter zu intensivieren, und für die verausgabte Arbeitskraft wollten sie weniger zahlen. Dem konnte die IG Bau Steine Erde gewisse Schranken mit diesem Abschluß ziehen: Im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren wurde diesmal der Lohnanteil für den Relationstarifvertrag von 1,5% auf 1,7% der Tariflohnsumme erhöht, so daß auch die unterhalb von Berufsgruppe III eingruppierten Arbeiter eine Vorweganhebung erhielten. Nicht erreicht wurde dadurch, die Lohnspreizung zwischen der obersten und der untersten Lohngruppe einzuschränken. Im Gegenteil, sie beträgt jetzt 60 Pfennig mehr als 1979, also 4,31 DM. Auch wenn gegenwärtig – wegen dem relativ leeren Arbeitsmarkt für Bauarbeiter, insbesondere für Facharbeiter – die Bauwerker oft schon nach einem Monat den Lohn eines Baufachwerkers erhalten, so ist das Problem mit den unteren Lohngruppen nicht beseitigt. Und die innerbetrieblichen Höherstufungen der unteren Lohngruppen, die verschiedentlich um ca. 2% durchgeführt wurden, können dann eine Schranke gegen die Lohnsenkungen setzen, wenn sie auch tarifvertraglich vereinbart werden. Offen bleibt die Aufgabe, den Effektivlohn in der Schlechtwetterzeit zu sichern. Mit der Laufzeitverkürzung auf 11 Monate, d.h. bis Ende der Förderungszeit für das Wintergeld, schafft sich die IG BSE bessere Möglichkeiten dafür.



Kluncker: „Nächste sich bietende Gelegenheit" ergreifen

z.jük. Die Deutsche Postgewerkschaft hat das Ergebnis im öffentlichen Dienst übernommen. Ebenso bei den Beamten, erklärte die ÖTV. Das Bundeskabinett hat's auch empfohlen, der Bundestag wird entscheiden. Krause vom Deutschen Beamtenbund lehnte weiterhin eine Übernahme ab und fordert 7,5%. Nach kurzem Aufschrei ist die Kapitalistenpresse zum Tarifergebnis im öffentlichen Dienst etwas verhaltener geworden. Hatten Kapitalistenpresse und staatlicher Dienstherr mit Baum an der Spitze nach dem Ergebnis Metall zigmal erklärt, daß der öffentliche Dienst ordentlich darunter liegen müsse – Kirchner von Gesamtmetall sprach im „Handelsblatt" davon, daß die Bundesregierung für ein „Lohndatum sorgen müsse, das unter ihrem genannten Durchschnitt liegt, damit der zu hohe Abschluß Metall durch eine niedrigere Zahl kompensiert wird" –, sieht die Sache jetzt leicht anders aus. Das Ergebnis liegt für die unteren Lohngruppen leicht über Metall. Diese Tatsache schätzt das „Handelsblatt" mittlerweile als das „kleinere Übel" ein, der staatliche Dienstherr und Baum sollten sich damit trösten, „Schlimmeres verhindert zu haben". Die Streiks sitzen ihnen in den Knochen. Es waren Streiks für den Mindestbetrag. Der ist nicht durchgekommen, aber die Bewegung im öffentlichen Dienst wird an der Frage nicht locker lassen. Absehbar ist, daß dieses Tarifergebnis angesichts der Inflation und Verengung der Reproduktionsbasis für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht lange vorhalten wird und man schon mit Kluncker übereinstimmen kann, daß man die „nächste sich bietende Gelegenheit" ergreifen wird. Zuerst einmal wird es darum gehen, auf eine rasche Auszahlung der Einmalzahlung zu drängen. Auch versuchen die „Kommunalen Arbeitgeber" Hiebe auszuteilen. Sie empfehlen, für die Teilnehmer der Streiks Lohn- und Gehaltskürzungen durchzuführen. Daß keine Anti-Maßregelklausel vereinbart worden ist, ist ärgerlich. In Frankfurt sollen alle Streikenden in der Personalakte einen Vermerk bekommen. Die ÖTV will dagegen angehen. Baum wird mit Rationalisierungen kommen. Er vertritt die Interessen des Kapitals. Die Kampagne der ÖTV gegen die Nacht- und Schichtarbeit kann die Einheit der Belegschaften herstellen. Die Tatsache, daß „über die Arbeitsbedingungen im Wechselschichtdienst und im entsprechend zu bewertenden Schichtdienst" (ÖTV Eilnachricht) verhandelt werden soll, wird vorbereitet werden müssen von den Belegschaften. Ebenso laufen die Manteltarifverhandlungen für die Auszubildenden, die Unterstützung brauchen. Politische Forderungen gegen die Kostendämpfungspolitik des Ehrenbergministeriums, gegen die Renten- und Steuerpolitik der Bundesregierung stehen unvermeidlich auf der Tagesordnung.

Streik der New Yorker Transportarbeiter

Kein Streikrecht im öffentlichen Dienst / Kampf gegen Lohnsenkung und Rationalisierung

z.mif. Die Metropolitanische Transport-Behörde, die städtischen Verkehrsbetriebe von New York, haben den Beschäftigten ein Angebot von 12% Lohnerhöhung über 2 Jahre gemacht; ein Vermittlungsausschuß hat auf 16% erhöht. Die Transportarbeitergewerkschaft TWU und die Vereinigte Transportgewerkschaft ATU, in denen 35000 Arbeiter und Angestellte der New Yorker Verkehrsbetriebe organisiert sind, lehnen dieses Angebot ab. Ihre Forderung ist 30% mehr Lohn über 21 Monate. Seit 1. April stehen sie im Streik. Gleichzeitig sind die Beschäftigten der Long-Island-Eisenbahn, organisiert in der Teamster-Gewerkschaft, in den Streik getreten. Die Finanzmetropole der US-Supermacht ist in ihrer Funktion wesentlich geschwächt. Der Staat New York hat, nachdem die Gewerkschaften einem Gerichtsurteil auf Streikverbot nicht Folge leisteten, die Gewerkschaften nach dem Taylor-Gesetz verklagt – Streik im öffentlichen Dienst ist danach verboten. Der Staat droht den Gewerkschaftsführern mit bis zu 30 Tagen Haft und jedem Streikenden mit 2 Tagen Lohnraub je Streiktag.

Ist das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Streik in den USA ohnehin durch eine Serie von Bundesgesetzen eingeschränkt und kastriert, so erst recht in den öffentlichen Diensten. Im Wagner-Gesetz von 1935 wurde das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung von Belegschaften von der Hinnahme staatlicher Überwachung der Gewerkschaften abhängig gemacht. Gleichzeitig verabschiedete der Kongreß das Fair Labor Standards Act (Gesetz über gerechte Arbeitsbedingungen), wonach ein Mindestlohn gezahlt werden muß und Überstunden zusätzlich gezahlt werden müssen.

1976 hat der Oberste Gerichtshof in einer Grundsatzentscheidung festgestellt, daß dies für den öffentlichen Dienst nicht gilt. Nach der Verfassung habe der Bund kein Recht, sich in die Beziehungen zwischen Einzelstaaten und Gemeinden einerseits und den dort Beschäftigten andererseits einzumischen. Folglich würden weder Mindestlohn noch Überstundenbezahlung für diese gelten. Angesichts des Kampfes der Arbeiter und Angestellten hiergegen gab das Arbeitsministerium am 21. Dezember einen Erlaß heraus, wonach nur „traditionelle" Bereiche der öffentlichen Dienste von dieser Entscheidung des Gerichtshofes erfaßt seien, während für alle „nichttraditionellen" Bereiche die gesetzlichen Regelungen für Mindestlohn und Überstundenbezahlung gelten sollten. Zu diesen nichttraditionellen Bereichen zählt das Ministerium: Verkehrsbetriebe, staatliche Alkoholläden, Wettbüros und Elektrizitätswerke, ferner Telefonnetz, Produktion und Verkauf organischen Düngers sowie Wartung von Schiffen. Dagegen sollen Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr, Polizei, Müllabfuhr, Gesundheitswesen und Gartenbau zum „traditionellen" Bereich gehören.

Damit ist die Verweigerung des Rechts auf Tarifvertrag verbunden. Eben haben in Kansas City die Feuerwehrleute einen 6tägigen Streik beenden müssen, ohne einen Tarifvertrag erzwungen zu haben; seit Mai ist tarifloser Zustand. Der Streik der Feuerwehrleute von Chicago (KVZ 9/80) ging ebenfalls um Tarif- und Streikrecht. Seit Beginn der 60er Jahre entwickelt sich die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst äußerst lebhaft.

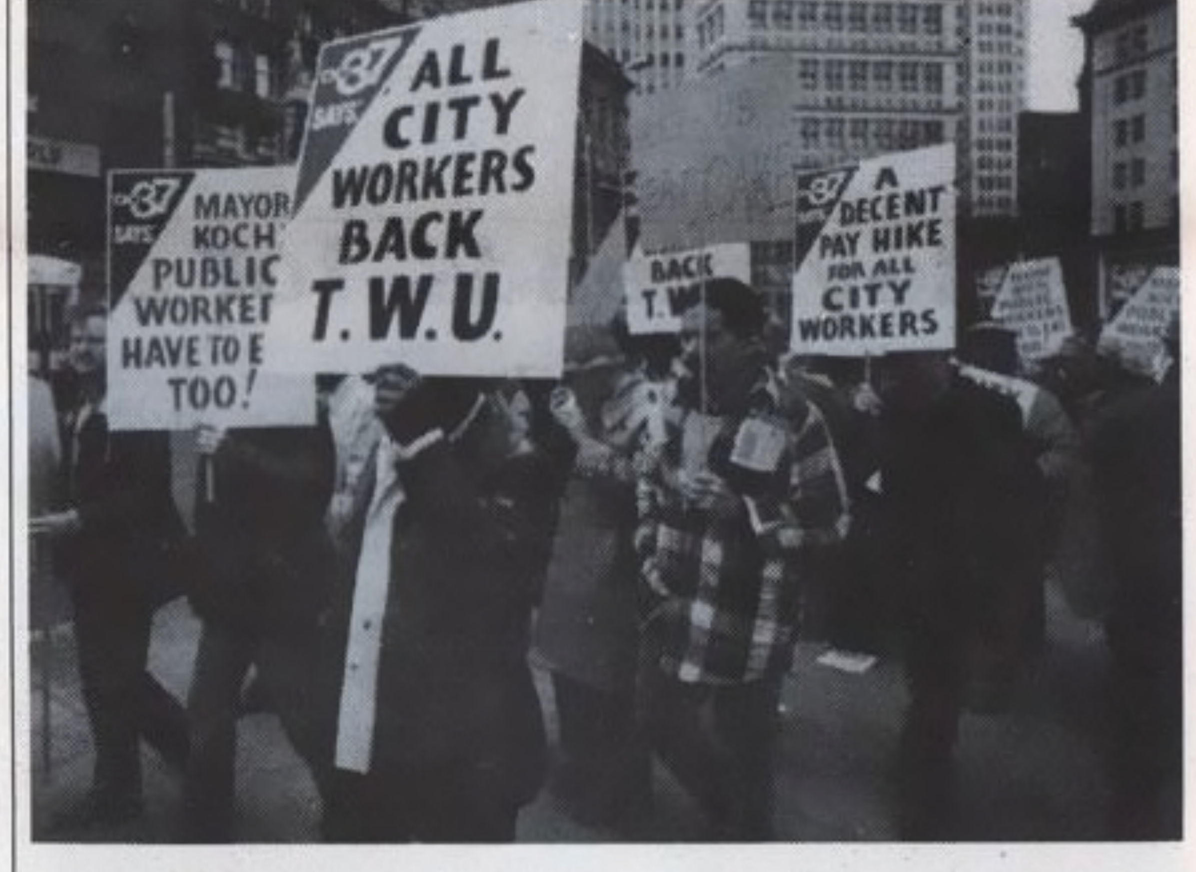
	Zahl der Streiks	Beteiligte Arbeiter in 1000	Streiktage in 1000
1956 gesamt	3825	1900,0	33100,0
davon Regierung	27	3,4	11,1
1976 gesamt	5648	2420,0	37858,9
davon Regierung	378	180,7	1690,7
Bund	1	–	–
Staaten	25	33,8	148,2
Kreise	59	27,2	305,5
Städte	117	82,6	712,9
Sonderbezirke*	116	37,0	524,2

*) einschließlich Streiks, die mehrere staatliche Bereiche erfaßten. Quelle: Handbook of Labor Statistics 1978

Entsprechend schwungvoll die gewerkschaftliche Organisierung – sie liegt im öffentlichen Dienst 1976 bei 37% (Industrie 25%). Die beiden größten Gewerkschaften sind die AFSCME, Gewerkschaft der Staats-, Kreis- und Gemeindebeschäftigten, mit über 1 Mio. Mitgliedern, und die NEA, Vereinigung der Erzieher. Die Transportarbeitergewerkschaft TWU und die ATU haben je 150000 Mitglieder.

Die Bourgeoisie gibt zu, daß die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst erheblich ist. Ganz ohne Polemik notiert die „Business Week" (31.3.): „Nach von der Gewerkschaft TWU zusammengestellten Zahlen ist die reale Kaufkraft des Stundenlohns eines U-Bahnfahrers – ohne Überstunden – zwischen Juli 1975 und Juli 1978 um 3% gesunken. Das waren die ersten drei Jahre der Finanzkrise der Stadt. In den letzten 20 Monaten sind die realen Durchschnittslöhne der Fahrer um mehr als den dreifachen Betrag abgestürzt. Heute wäre eine Lohnerhöhung von mehr als 11% erforderlich, um mit dem Reallohn von Mitte 1978 gleichzuziehen." Aber das sei nicht finanzierbar, für Lohnerhöhungen über 9% müßten entsprechende Entlassungen in Kauf genommen werden. Auf das Argument der „Finanzkrise" haben sich die Gewerkschaften in New York in den letzten Jahren ziemlich weit eingelassen; die AFCSME hat sogar ihre Pensionsfonds in städtischen Schuldscheinen angelegt. 1978 gab es bei der Abstimmung über den Abschluß der Gewerkschaft TWU (9% über 2 Jahre) nur eine hauchdünne Mehrheit. Der Durchschnittslohn für Transportarbeiter im Stadt- und Vorortverkehr in den USA lag im Oktober 1978 bei 6,98 $, im Oktober 1979 bei 6,90 $ – was gleichzeitig die Umwälzung der Belegschaften und Auffüllung der unteren Lohngruppen anzeigt.

Gegen die Rationalisierungen haben die Gewerkschaften der Transport- und der Eisenbahnarbeiter in New York im Februar Klage erhoben „gegen die ‚Leute verreckt'-Streichungen bei den Wartungsarbeiten der Conrail-Gesellschaft" – ein größeres Unglück sei sonst gesetzmäßig zu erwarten. Für den 12. April hat die Gewerkschaft der Eisenbahnwagen-Arbeiter in New York Streik angekündigt, wenn bis dahin ihre Forderung nach 12,1% Lohnerhöhung plus Inflationsausgleich rückwirkend ab 8.12.1978 nicht erfüllt ist.



Das Bild zeigt eine Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der New Yorker Transportarbeiter von Ende März. – Die *Stahlarbeitergewerkschaft* verhandelt derzeit; Streitpunkt ist nach Presseberichten die Frage der Bindung der Löhne an die Produktivität. Alle bis 15. April noch offenen Fragen werden der Schlichtung unterworfen. Der Tarifvertrag läuft Ende Juli aus. – Am 19. März demonstrierten in der Hauptstadt des US-Bundesstaates Kentucky 10 – 12000 Gewerkschafter gegen einen Gesetzentwurf, durch den Zahlungen, auf die die Arbeiter nach dem Arbeitsentgeltgesetz Anspruch haben, gekürzt werden sollen. Zu der Demonstration hatten mehrere Gewerkschaften aufgerufen.

„Vergleichbarkeitsstudie" zwischen Angestellten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes zu zahlen. Das Ergebnis der Studie sah Erhöhungen der Gehälter zwischen 10% und 22% vor. Aber die Gemeinden wollten nur zwischen 6% und 12% zugestehen. Jetzt müssen sie zwischen 9,5% für die niedrigste und 18% für die höchste Lohngruppe zahlen. – Die nichtärztlichen Angestellten der Krankenhäuser bereiten Warnstreiks vor, weil auf Grund einer ähnlichen Studie ihre Arbeitsverträge verbessert werden soll.

z.ulg.Rom. **Im Tarifkampf der 650000 Beschäftigten der italienischen Lokalverwaltungen haben sich Gewerkschaften und Regierung in der Lohnfrage auf ein Verhandlungsergebnis geeinigt.** Die Lohnerhöhung soll danach in mehreren, über die Laufzeit verteilten Schritten ausgezahlt werden. Erst im letzten Halbjahr würden 85000 Lire (187 DM) durchschnittlich, die ursprüngliche Forderung, erreicht. Auf die gesamte Laufzeit berechnet, ergibt sich ein Volumen von 45000 Lire, für die unteren Lohngruppen noch erheblich weniger. Bei der rasenden Teuerung bedeutet das weitere Lohnsenkung, und für die anderen Tarife im öffentlichen Dienst ist ein „Datum" gesetzt. Der Abschluß ist noch nicht unterschrieben, da die Verhandlungen über die anderen Teile des Tarifs andauern.

z.anb. **Ende März ist zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverband ein auf drei Jahre befristeter neuer Gesamtarbeitsvertrag für das Graphische Gewerbe abgeschlossen worden.** In den wesentlichen Bestimmungen enthält dieser Vertrag die tarifliche Absicherung des 13. Monatslohns; die allgemeine Durchsetzung von vier Wochen Urlaub für alle Arbeiter und Angestellten, für die über 50 fünf Wochen; Schwangerschaftsurlaub von 10 statt 8 Wochen; und Schranken gegen die mit der Einführung der neuen Satztechnik von den Kapitalisten geplanten Rationalisierungen, etwa die Verpflichtung für die Kapitalisten, die Besetzungspläne für die Maschinen dem Betriebsrat und Vertrauensleuten vorzulegen. Erstmalig gilt der GAV für alle im graphischen Gewerbe Beschäftigten (42560), einschließlich der bislang davon ausgenommenen ungelernten Arbeiter des technischen Bereichs, über die der Hauptdruck auf den Facharbeiterlohn organisiert wird. Maßgebliche Bedingung dafür, daß in diesem GAV der Anschluß an erkämpfte Positionen wichtiger Gewerke wie der Metall- und Maschinenindustrie durchgesetzt werden konnte, war die vor zwei Monaten erfolgte Gründung der Gewerkschaft Druck und Papier (siehe KVZ 5/80) mit 18300 Mitgliedern.

z.inl.Paris. **Seit vier Wochen streiken die Verkäuferinnen und Kassiererinnen des Kaufhauses Parunis im Pariser Vorort Montreuil für höheren Lohn.** Seit Monaten hatten sie 10% mehr gefordert; als die Kapitalisten der Kaufhauskette dann am 5.3. erklärten, entweder 6,5% oder gar nichts zu zahlen, wurde der Laden dicht gemacht; 90% der 120 Beschäftigten sind seither im Streik. Ganze 2375 FF brutto (998 DM) verdient eine gelernte Verkäuferin nach zehn Jahren Berufstätigkeit, die in Frankreich üblichen Lohnzuschläge für Betriebszugehörigkeit, hier für zehn Jahre Schinderei bei Parunis, schon eingerechnet. 2375 FF, das sind gerade ein paar Francs mehr als der gesetzlich festgelegte Mindestlohn. Mitte 1978 betrug die Zahl der Beschäftigten noch 168, heute sind es 48 weniger. Was zunimmt, sind die Arbeitshetze und die gehässige Schikane bis hin zur Klokontrolle. Die meisten Frauen sind 30 – 40 Jahre und haben Kinder. Um den überlangen Arbeitstag durchzustehen, nehmen sie tags Aufputschmittel und nachts dann Schlafmittel; 30 Frauen fehlen im Durchschnitt täglich wegen Krankheit. Ruinierung für einen Hungerlohn, weil der Lohn des Mannes nicht reicht. – Während des Streiks wurde die Forderung ergänzt: 2% Nachschlag für 79 und Urlaubsprämie.

z.elb.Brüssel. **Nach acht Wochen endete der Streik im petrochemischen Werk Polysar in Antwerpen für 5 bfr/Stunde mehr Lohn, 37-Stundenwoche und vor allem einjährige Laufzeit mit einer Niederlage.** Die Kapitalisten konnten 7 bfr auf *zwei* Jahre, zahlbar in *zwei* Phasen, sowie eine Lohnkürzungsregelung durchsetzen: Die erkämpfte 38-Stundenwoche wird in Form von freien Tagen durchgeführt; ist ein Arbeiter länger als 21 Tage krank, wird ihm einer dieser Tage gestrichen. Die Kapitalisten wurden durch den Streik zu zwei einmaligen Prämien von je 6000 bfr (369 DM) gezwungen. Hauptgrund für die Niederlage im Streik waren die in der gesamten Petrochemie Antwerpens auf *betrieblicher* Ebene durchgeführten Lohnverhandlungen. 55% der Arbeiter lehnten diesen Vertrag ab. – Für die Angestellten 14 petrochemischer Werke Antwerpens wurden 1220 bfr/-Monat (75 DM) für zwei Jahre abgeschlossen.

z.bag.Aarhus. **Vor gut einer Woche kaufte die westdeutsche MAN die Abteilung Diesel des größten Maschinen- und Werftkonzerns Dänemarks, B&W, nachdem sie bereits Ende letzten Jahres 49% der Aktien übernommen hatte.** Die MAN bekommt dadurch das Weltmonopol zur Herstellung großer, langsamlaufender Schiffs-Dieselmotoren, die wenig Brennstoff brauchen und auch Brennstoff schlechter Qualität verdauen können. Die Herstellung durch dänische Arbeitskraft ist für die MAN billig, weil in Dänemark den Kapitalisten bis auf die Unfallversicherung im wesentlichen alle Sozialausgaben durch das Steuersystem abgenommen werden. Als der Verkauf bekannt wurde, traten 1600 Arbeiter und Angestellte von B&W in einen eintägigen Proteststreik. Konservative und Sozialdemokraten versuchten, ihn gegen „die Deutschen" zu drehen, er richtete sich aber gegen den Direktor von B&W, der bereits früher mit Transaktionen Rationalisierungen durchgesetzt hatte. Otto Voisard von der MAN ließ im dänischen Fernsehen ähnliche Pläne anklingen.

Verschärfte Konkurrenz, strenge Auslese: Pais will Zwei-Phasen-Studium durchsetzen

z.scc. Am 26. März legte Unterrichtsminister Pais dem niederländischen Parlament seinen schließlichen Gesetzentwurf zur Einführung des Zwei-Phasen-Studiums vor. Seit fast zwei Jahren müht sich der Herr Minister, die Neuorientierung des Studiums durchzusetzen; ebensolang hat der Widerstand der Studenten dies verhindert. Auch dem jetzigen Gesetzentwurf war keine ruhige Geburtsstunde beschieden. Seit dem 5. März hielten einige hundert Studenten die Landwirtschaftshochschule Wageningen besetzt. Noch am Tag der Vorlage reagierten Tausende von Studenten an mehreren Hochschulorten mit Demonstrationen und kurzen Universitätsbesetzungen.

Unmöglich dürfe, begründet Pais das angestrebte Zwei-Phasen-Studium, die Studienzeit in den Niederlanden die längste in Europa bleiben. Über sechs Jahre dauert durchschnittlich das Studium bis zum ,,doktoralen Examen'', das ungefähr dem Staatsexamen entspricht – unter dem Gesichtspunkt der Ausbildung willfähriger Kader die nackte Verschwendung. Mit der Neuorganisation wird es auf vier Jahre beschränkt. Einer auserlesenen Studentenzahl wird danach die Möglichkeit zu zwei weiteren Studienjahren und die Aussicht auf Schulrat-, Chefarzt- oder Professorenlaufbahn eröffnet. ,,Wir rechnen darauf, daß die Studenten hart und zielstrebig arbeiten werden'', so Pais scheinheilig. Wer überhaupt das Examen erreichen will, der muß, und dennoch werden viele das Examen niemals erreichen: Bereits nach dem ersten, ,,propädeutischen'' Jahr wird mittels neuer Vorprüfung ein größerer Prozentsatz Studenten herausgefiltert und auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Ausbildungsgänge werden neu ausgerichtet, von ,,unnötigem Ballast'' befreit, die Anforderungen stark erhöht. Wer da bis zum doktoralen Examen mithält, wird feststellen, daß es, im Hinblick auf den zukünftigen Lohn, soviel auch nicht wert ist. So die Pläne.



Belgien: Demonstration gegen Auslese der ausländischen Studenten und ,,Rahmengesetz''

z.elb.Brüssel. ,,Gegen die finanzielle Auslese der ausländischen Studenten!'',,Nein zum Plan Eyskens!'' ,,Nein zum Rahmengesetz!'' Unter diesen Forderungen demonstrierten am 27. März etwa 2500 Studenten der französischsprachigen belgischen Universitäten, zu einem großen Teil ausländische Studenten, in Brüssel. Unter der Führung der ,,Front der francophonen Studenten'' schlossen sich zehn studentische Organisationen zu einer Aktionseinheit zusammen, – mit der Demonstration als erstem Schritt – den ,,Plan Eyskens'' zu Fall zu bringen.

Eyskens, Minister für Entwicklungshilfe, legte am 7. März dem Ministerrat ein Programm zur Senkung der Zahl der ausländischen Studenten vor; der Ministerrat stimmte eilig zu. Der Plan umfaßt drei Maßnahmen.

1. Die Anzahl der Studenten aus Ländern der Dritten Welt wird auf 65% des Durchschnitts der in den Jahren 1976 bis 1979 eingeschriebenen Studenten dieser Länder beschränkt. Von der Berechnung ausdrücklich ausgenommen ist das laufende Studienjahr, in dem es einen regelrechten Zustrom ausländischer Studenten gab, vor allem aus den Maghrebstaaten. Die Liste der ,,besonders förderungswürdigen'' Studenten aus 70 der am wenigsten entwickelten Länder wird auf 41 Staaten zusammengestrichen.

2. Die Universitäten sind aufgefordert, solche Studenten abzuweisen, die ein gleichartiges Studium in ihren Heimatländern aufnehmen können. Diese beiden ersten Maßnahmen gelten nur für die französischsprachigen Universitäten, denn an ihnen studieren 90% der 10396 (1977) ausländischen Studenten. Die Gesamtzahl der eingeschriebenen Studenten betrug im gleichen Jahr 86782.

3. Die Subventionen, die die Universitäten für die Ausbildung der ausländischen Studenten aus dem Staatshaushalt erhalten, werden für 1980 von ursprünglich 965 Mio. bfr auf 800 Mio. bfr (ca. 49 Mio. DM) reduziert; ein Bestandteil des ,,Rahmengesetzes'', eines umfassend angelegten Plünderungs-, Lohn- und Rentensenkungs- und Kostendämpfungsprogramms im Gesundheitswesen, gegen das die belgische Arbeiterklasse Anfang Dezember letzten Jahres einen 24-Stundenstreik durchführte. Ende Dezember beschloß die Regierung die ersten Maßnahmen zur Kostendämpfung; weitere werden zur Zeit vom Parlament beraten. Die Studenten werden starker Unterstützung durch die Gewerkschaften bedürfen, um den ,,Plan Eyskens'' und damit einen Teil des ,,Rahmengesetzes'' scheitern zu lassen.

Streiks an den französischen Hochschulen gegen Schikanierung ausländischer Studenten

z.inl,Paris. ,,Wir, iranische Studenten in Frankreich (Paris), haben den Prüfungssaal verlassen: Wir haben die französische Sprachprüfung boykottiert, die der Erziehungsminister organisiert hat als eine der Aufnahmebedingungen für die Universität.'' Einheitlich im ganzen Land waren für den 24.3. diese Prüfungen für die ausländischen Studenten angesetzt, fast einmütig sind sie boykottiert worden.

Ende vergangenen Jahres hatte sich der Premierminister Barre selbst des Problems der Auslese der Studenten aus der Dritten Welt zum Nutzen der Imperialisten angenommen. Heraus kam eine zentrale Schnüffelkommission verschiedenster Ministerien und das Dekret Imbert über die obligatorische Sprachprüfung (s. KVZ 3/80). Darin ist festgelegt, daß ,,die französischen Kultureinrichtungen im Ausland'' diese Prüfungen abzunehmen haben, damit der Widerstand gegen diese Schikane sich gar nicht erst organisiert entfalten kann. Für das Studienjahr 80/81 gelten ,,Übergangsregelungen'' wie am 24.3., die Studenten bekämpfen in einer Massenbewegung die Durchsetzung der reaktionären Maßnahmen.

In Arcueil boykottierten 1500 die Prüfung; an den Pariser Fakultäten Jussieu, Censier und Tolbiac (s. Bild) wird gestreikt. Ebenso in Angers, Nantes, Brest und Rennes.

In Grenoble haben von den 218 zur Prüfung aufgeforderten Studenten nur 18 daran teilgenommen; die Univerwaltung wurde besetzt. 10000 demonstrierten am 26.3., 8000 am 1.4. für freie Einschreibung der ausländischen Studenten und gegen die Verschärfung der Ausländergesetze. Die Bourgeoisie machte einen Rückzieher: keine Sanktionen wegen Boykottbeteiligung. Aber noch muß die Einschreibung erkämpft werden.



Verstärkte Einmischung in die Familien

Kontrolle der Jugendlichen noch nicht ausreichend / Fünfter Jugendbericht vorgelegt

z.gkr. Vor drei Wochen hat die Bundesregierung den ,,Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe – fünfter Jugendbericht –'' an Bundesrat und Bundestag weitergeleitet, nachdem sie selbst ein Jahr darüber gebrütet hatte. Das gestellte Problem ist schwer zu lösen für die Bourgeois, und die Kommission, die den Bericht im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet hat, war auch drei Jahre damit beschäftigt. Das Problem: Unterwerfung einer rebellischen Jugend, die trotz aller Versuche nicht zum Schweigen gebracht werden konnte. Erst vor zwei Wochen haben in Hannover 7000 und in Wolfsburg 3000 Schüler gegen das niedersächsische Schulgesetz demonstriert und sind von der Schülerratssitzung der berufsbildenden Schulen in Braunschweig durch eine Grußadresse unterstützt worden. Die IG Metall hat die generelle Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in NRW kritisiert, weil ,,die Fragen in der Berufsbildung ,Wer zahlt?' und ,Wer kontrolliert' eindeutig gegen uns entschieden'' sind, und sind auch Beweise, daß die Arbeiterjugend im Kampf der Jugend gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat, gegen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse, die Führung übernimmt. Im Jugendbericht spiegelt sich all dies nur in verquerer Betrachtungsweise wider unter den Stichworten ,,Jugendarbeitslosigkeit, Schulstreß'' und ,,Schulversagen'', die dann zu ,,abweichendem Verhalten'' führen wie Weglaufen, Drogen- und Alkoholkonsum, Selbstmord und -versuche, zunehmende Kriminalität Jugendlicher. Verquere Betrachtungsweise, weil die Kämpfe, auf die es Antworten zu finden gilt, nicht in dem Bericht erscheinen.

Ohne Zweifel spiegelt die Bestandsaufnahme, die der Jugendbericht enthält, nicht Erfolge, sondern in erster Linie Mißerfolge der bisherigen Jugendhilfepolitik wider. ,,Die Befunde dieses Jugendberichts in den Arbeitsbereichen Jugendarbeit und Kindergarten, die in den vergangenen Jahren mit Priorität ausgebaut worden sind, machen eindringlich deutlich, daß durch mehr Einrichtungen und Personal die in diesen Bereichen gesteckten Ziele wie Abbau von Chancenungleichheit, pädagogische Förderung für alle Kinder bzw. Verbesserung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten und Interessenartikulation, selbständige Bewältigung von Alltagsanforderungen trotz erheblichen Aufwands nicht erreicht worden sind.'' Statt sich mit der Jugendpolitik eine Möglichkeit zu schaffen, die Jugendlichen zur Unterwerfung zu zwingen, ist diese noch nicht einmal in der Lage, die sich täglich alleine an der Schule ergebenden Widersprüche auch nur notdürftig zu kitten. Wen wundert's da, daß sie schnell verschlissen ist und nun gegenüber der Jugend nicht mehr taugt?

Der Bericht kommt denn auch zu dem Schluß: ,,Wie aus vielen Teilen des Berichts ersichtlich ist ... befindet sich die Jugendhilfe an vielen Stellen an einem historischen Punkt, an dem sich die einfache Fortschreibung vorhandener Institutionen und Abläufe verbietet.'' Wo der direkte Zugriff auf die Jugend nicht mehr ausreicht, muß der indirekte über die Familien hinzukommen, vielleicht gelingt es dann? Einsichtig wäre das nicht und eher unwahrscheinlich, muß die Bourgeoisie doch in den Arbeiterfamilien gegen deren Kinder herumschnüffeln. Begründung des Herrn Professors von der Bundeswehrhochschule und der anderen 6 Kommissionsmitglieder: Am Schulversagen sei in erster Linie die schlechte materielle Lage der Familien einerseits, das zu hohe Anspruchsdenken andererseits schuld. Die Familien aber sind überfordert: ,,Gesamtgesellschaftliche Veränderungen sind ebenfalls mit ursächlich für das von der Familienforschung festgestellte Ausmaß innerfamiliärer Spannungs- und Konfliktsituationen. Die Erkenntnisse der Sozialisationsforschung über die Voraussetzungen einer gedeihlichen Sozialisation und dabei insbesondere über die entscheidende Bedeutung der frühkindlichen Sozialisation lassen deutlich werden, daß die gegenwärtige Familie auch und gerade unter durchschnittlichen Bedingungen in einschneidenden Punkten nur sehr schwer und kaum aus eigener Kraft den notwendigen Entfaltungs-, Lern- und Erfahrungsraum für eine günstige Sozialisation bereitstellen kann.''

Das Stichwort ist der Bundesregierung gegeben, die Sachverständigen haben ihren Auftrag zur vollsten Zufriedenheit der herrschenden Bourgeois erfüllt. Die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme: ,,Die Bundesregierung stellt fest, daß der durch den Regierungsentwurf eines Jugendhilferechts angestrebte Ausbau der Jugendhilfe sich auf die Bereiche konzentriert, für die Kommission besonders einschneidende Entwicklungsrückstände feststellt, nämlich auf die Jugendarbeit, die Familienarbeit (besonders durch die sozialen Dienste).'' ,,... So wird deutlich, wie wichtig der Ausbau erzieherischer und sozialpflegerischer Hilfen für Familien mit mehreren Kindern in ungünstigen Lebensverhältnissen für die Stabilisierung dieser Familien sein könnte, zugleich auch, in welchem Ausmaß dies zu einem Rückgang der Heimerziehung führen kann. Von zentraler Bedeutung für diese Aufgabe ist die Leistungsfähigkeit der ambulanten sozialen Dienste ... Der Ausbau der ambulanten sozialen Dienste der Jugendämter und der freien Träger der Jugendhilfe ist der wichtigste Kostenschwerpunkt dieses Gesetzes.'' (Begründung des Jugendhilfegesetzes) Am 14.2.79 eingebracht in den Bundestag, soll dieses Gesetz in der nächsten Legislaturperiode endgültig beraten werden.



Mai-Demonstration des DGB 1976 in Hamburg. Die Forderungen zur Jugend nehmen überall breiten Raum ein.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Köln, Neusser Str. 27 – 29
Zelle Mettmann

Mettmann
Tel. 72 08 76, 17.3.80
12f10300n

Schulschließungspolitik der Landesregierung am Beispiel des Kreises Mettmann

Am Beispiel des Kreises Mettmann haben wir die Schulpolitik von 1954 bis 1977 untersucht. Von 1954 bis 1956 und von 1958 bis 1966 war die CDU die regierende Partei in NRW, zwischen 1956 und 1958 und nach 1966 die SPD in Koalition mit der FDP. Während dieser Jahre kann man eine gleichmäßige Politik der Schließung von Grund- und Hauptschulen im Kreis Mettmann feststellen.

Von 108 Schulen sind 14 Schulen geschlossen worden. 5 Schulen sind neu hinzugekommen. Die Schließungen gehen auf Kosten der ländlichen Gebiete, die neuen Schulen sind in den Städten aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahlen gebaut worden. Um 16% ist die Einwohnerzahl im Kreis Mettmann in dem Zeitraum von 1954 bis 1977 gestiegen. Die Zahl der Einwohner pro Grund- und Hauptschule ist von 1 : 2305 auf 1 : 3933 gestiegen. In den drei größten Städten des Kreises sind die Quoten Einwohner pro Schule durch Zentralisierung der Schulen in diesen Städten und Schließungen auf dem Land 1977 fast doppelt so hoch wie 1954. (Mettmann 4118, Velbert 4296, Ratingen 4449). Die gravierendste Auswirkung durch die Schulpolitik ist die Verlängerung der Schulwege.

Im Mai sind Landtagswahlen. Was schreiben die bürgerlichen Parteien dazu, wie sie sich in Zukunft die Schulpolitik vorstellen? Die CDU schreibt in ihrer ,,Wahlaussage 1980'', ,,Kleinere Schulen werden wir nicht schließen''. Im Kreis Mettmann wird es ihr nicht schwer fallen, dieses Versprechen zu halten, die kleinen Schulen sind längst geschlossen. Unter die Nase halten muß man der CDU, was sie in den Jahren verbrochen hat, als sie in NRW an der Regierung war, daß sie in diesen Jahren schon ausreichend zur Schulschließungspolitik beigetragen hat. Ansonsten versucht die CDU in ihrem Programm bürgerliche Rechte in dem 3gliedrigen Schulsystem zu festigen. Es entspreche der Vielfalt der Begabungen, Interessen und Leistungsmöglichkeiten junger Menschen verbunden mit einem gewissen Maß an Elternrechten. Das Ergebnis solcher Politik konnte man Anfang der 50er Jahre mit der Wiederherstellung des traditionellen Schulsystems mit Volks-, Mittel- und höherer Schule sehen, die große Masse der Jugend landete so mit 14 in der Fabrik, ein kleiner Teil wurde ausgebildet, die höhere Schule diente ausschließlich der Ausbildung der Bourgeoissöhne und -töchter. Das angepriesene Elternrecht beschränkt sich auf das Recht, Kosten der Ausbildung der Kinder durch die Familien zu zahlen.

Im ,,Sozialpolitischen Programm'' der FDP heißt es: ,,Liberaler Grundsatz ist es, in zumutbarer Entfernung die gewünschte Schulform zur Verfügung zu stellen.'' Was man unter zumutbarer Entfernung zu verstehen hat, sind Fußwege von bis zu 3 km, die ohne einen Pfennig Erstattung zurückgelegt werden sollen. Die SPD schweigt sich in ihrem ,,Programm für die 80er Jahre'' aus. Sie bastelt lediglich noch an einer Begründung, die Gesamtschule schmackhaft zu machen. Die Gesamtschule soll ausgebaut werden ,,als gleichberechtigte Angebotsschule neben den bestehenden Schulformen'' zu dem Zweck ,,Fördern statt Auslese''. Daß mit den Gesamtschulen das Schulwesen zentralisiert wird und der Druck durch Kurse, Punkte und Notengebung verschärft wird, steht außer Zweifel und es gibt auch keine Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen für den Bau von Gesamtschulen, die sich die SPD so sehr wünscht. Ein Teil der Schulpolitik der bürgerlichen Parteien sind Schulschließungen und Zentralisierung des Schulwesens, um die Jugend besser unter Kontrolle zu halten. Dies weiterzuführen, versprechen die Parteien in ihren Programmen für die Landtagswahl. Der KBW fordert die völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit und Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr sowie Inspektions- und Kontrollrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte.



Eine Konferenz für militärseelsorgerische Konfliktstrategien in Bonn



z.hev. Zum erstenmal seit 1975 hat sich der Bundesminister für Verteidigung mit dem Evangelischen Militärbischof Dr. Sigo Lehming und dem Katholischen Militärbischof und Erzbischof von Bamberg Dr. Elmar Maria Kredel zu einer gemeinsamen Konferenz am 18. März in Bonn getroffen. Es ging vor allem darum, „was gegenwärtig bei der Menschenführung in der Bundeswehr besonders beachtet werden müsse, um der Mentalität junger Menschen gerecht zu werden", um die „menschliche Situation von Berufssoldaten angesichts des Verwendungs- und Beförderungsstaus", um „Konflikte zwischen Ausbildungs- und Verwendungsnotwendigkeiten und den berechtigten Ansprüchen der Familienangehörigen der Berufs- und Zeitsoldaten". Die Pressemitteilungen des Verteidigungsministeriums hüten sich aber, die eigentlich interessanten Einzelheiten zu nennen.

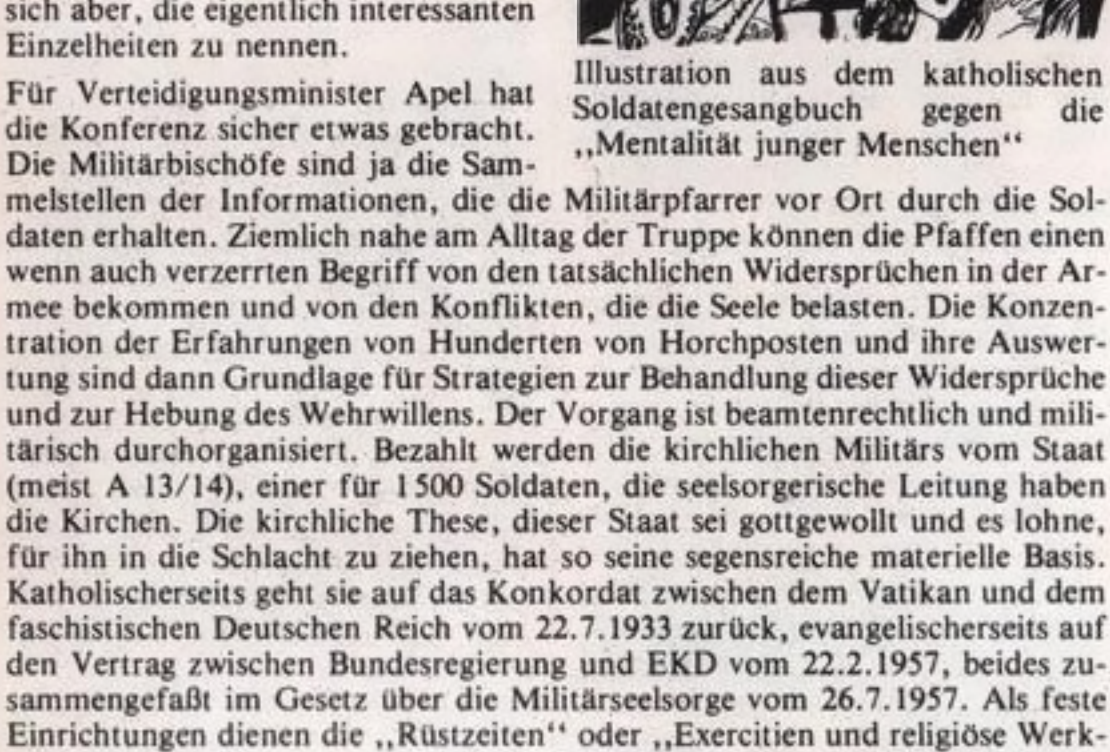


Illustration aus dem katholischen Soldatengesangbuch gegen die „Mentalität junger Menschen"

Für Verteidigungsminister Apel hat die Konferenz sicher etwas gebracht. Die Militärbischöfe sind ja die Sammelstellen der Informationen, die die Militärpfarrer vor Ort durch die Soldaten erhalten. Ziemlich nahe am Alltag der Truppe können die Pfaffen einen wenn auch verzerrten Begriff von den tatsächlichen Widersprüchen in der Armee bekommen und von den Konflikten, die die Seele belasten. Die Konzentration der Erfahrungen von Hunderten von Horchposten und ihre Auswertung sind dann Grundlage für Strategien zur Behandlung dieser Widersprüche und zur Hebung des Wehrwillens. Der Vorgang ist beamtenrechtlich und militärisch durchorganisiert. Bezahlt werden die kirchlichen Militärs vom Staat (meist A 13/14), einer für 1500 Soldaten, die seelsorgerische Leitung haben die Kirchen. Die kirchliche These, dieser Staat sei gottgewollt und es lohne, für ihn in die Schlacht zu ziehen, hat so seine segensreiche materielle Basis. Katholischerseits geht sie auf das Konkordat zwischen dem Vatikan und dem faschistischen Deutschen Reich vom 22.7.1933 zurück, evangelischerseits auf den Vertrag zwischen Bundesregierung und EKD vom 22.2.1957, beides zusammengefaßt im Gesetz über die Militärseelsorge vom 26.7.1957. Als feste Einrichtungen dienen die „Rüstzeiten" oder „Exercitien und religiöse Werkwochen" und die sog. „freiwilligen Gottesdienste". Rund 73000 Soldaten und ihre Angehörigen haben im letzten Jahr an evangelischen Rüstzeiten und katholischen Exercitien teilgenommen. Man sollte die Möglichkeiten der Militärseelsorge also nicht unterschätzen.

Die Militärgeistlichen können, mit der jahrhundertelangen Erfahrung der Kirchen in der ideologischen Bearbeitung von Volksbewegungen und Aufständen gegen Adel und Kapital im Kreuz, gut und mit inquisitorischem Feingefühl jede Unbotmäßigkeit gegen die gottgewollte Ordnung in der „Mentalität junger Menschen" wittern. Sie haben ein offenes Ohr für die Klagen der Kapitalisten über das die Arbeitsmoral zersetzende Anspruchsdenken der Lohnabhängigen, weil das christlicher Demut widerspricht, und sie erkennen in den gegenwärtigen Forderungen der Soldaten nach Solderhöhung, Freizeitausgleich für Überstunden, Bezahlung von Familienheimfahrten und nach freien Wochenenden denselben unchristlichen Anspruch. Im katholischen Gesang- und Gebetbuch für Soldaten z.B. heißt es sinngemäß, daß, weil Gottes Schöpfung Qualitätsarbeit sei, „auch deine Arbeit wie die seine vollkommen sei". Kein „blauer Montag", keine „halbe Arbeit infolge Faulheit oder Übermüdung vom Vergnügen her". Schlechte Leistungen durch „verdoppelte Anstrengungen" wiedergutmachen, Vorbild sein und die Vorgesetzten zufriedenstellen. „Kritisierst und schimpfst du zuviel auf die Regierung und den Staat? Hast du auch Verständnis für ihre Schwierigkeiten? Ist der Staat für dich nur eine Wunderkuh, die man melkt, aber nicht füttert?" So der Vorschlag für einen „Gewissensspiegel", den der Soldat sich schon vor der Beichte vorhalten soll, damit er während der Beichte die richtige Feinbehandlung erfahren kann. In größerem Umfang dient dazu auch der lebenskundliche Unterricht, für den es alljährlich zentral festgelegte Themen im Monatsrhythmus gibt.

Zwischenbericht des Westberliner Senats zur Polizeireform

r.din. „Berlin wird mit der Verwirklichung der Reform im Sinne des Sicherheitsprogramms der Bundesrepublik an der Spitze liegen" (Senator Neubauer, 1973). Der Westberliner Senator für Inneres hat einen Zwischenbericht zur Polizeireform, 1974 vom damaligen Innensenator Neubauer als „Reformwerk des Jahrhunderts" gepriesen, vorgelegt. Der letzte Zwischenbericht datiert vom 22.3.78. Nach der damals bereits vollzogenen Konzentration der Polizeivollzugstätigkeit aus 112 Polizeirevieren in fünf Polizeidirektionen mit insgesamt 31 örtlichen Abschnitten, nach der Einführung von 760 Kontaktbereichsbeamten und der Freisetzung von rund 1500 Beamten aus der Verwaltung für den Vollzugsdienst, hat der Senat weitere Umstrukturierungen und Investitionen getätigt, um dem Kernziel der Reform, „die Polizei auf den Straßen sichtbar oder verdeckt verstärkt präsent zu machen", Geltung zu verschaffen. Folgende Änderungen sind seit 1978 vorgenommen worden: *1.* Die „Sondereinheit für die Bekämpfung des Terrorismus und schwerste Gewaltkriminalität" wurde in die Direktion „Spezialaufgaben der Verbrechensbekämpfung" eingegliedert. *2.* Die „Sicherung des Flughafens Tegel" und die dortige Paßkontrolle wurde aufgrund einer allgemeinen Anordnung der französischen Besatzungsmacht neugeordnet. Die Polizeipräsenz wurde um 178 auf 351 erhöht. *3.* Die bisherige Inspektion „Rauschgiftkriminalität" wurde zu einem Referat mit den Inspektionen „Schmuggel, Handel, Kleinsthandel und Konsum" erweitert. Der früheren Inspektion gehörten 41 Polizisten an, eine Erhöhung auf 72 ist geplant.

Die vollzogenen Veränderungen tragen die Handschrift der Rationalisierungsfachleute der „Unternehmensberatungsfirma Knight-Wegenstein", die im Auftrag des Senats das Modell für die Westberliner Polizeireform ausgearbeitet hat. Die Zusammenziehung der Dienststellen ermöglicht eine Vereinfachung der Befehlswege bei gleichzeitiger Zentralisierung der Kompetenzen. In Verbindung mit der Methode der Freisetzung von Polizeibeamten durch die Einstellung von Verwaltungskräften – im Zwischenbericht 1978 wird festgestellt, daß das Arbeitspensum eines Beamten „mit einem anderen zusammengelegt werden kann" – soll so das Ziel der Erhöhung der Schlagkraft des Polizeiapparates bei möglichst niedrigem Kostenaufwand erreicht werden.

Unter diesem Gesichtspunkt sieht der Senat die 900 Millionen DM, die im Haushalt 1980 für die Finanzierung des Polizeiapparates veranschlagt sind, als nutzbringend angelegt an. Unter den Polizeibeamten wächst hingegen der Unmut. Nachdem es der Polizeigewerkschaft 1973 nicht gelungen ist, trotz einer Urabstimmung in der sich von 14000 (73%) der Polizeibediensteten 85% gegen die Polizeireform aussprachen, das Modell zu Fall zu bringen, nehmen die Proteste und Aktionen der Gewerkschaft der Polizei gegen die Auspressung von Mehrarbeit, Nacht- und Schichtdienst und die niedrige Bezahlung im Vollzugsdienst einen neuen Aufschwung. Die Entwicklung des Organisationsgrades der Westberliner Polizeibeamten zeigt, daß die Gewerkschaft der Polizei sich dabei auf eine wachsende Anzahl von Mitgliedern stützen kann.

Mitgliederentwicklung:
Polizei/ Deutscher Beamtenbund (DBB) und GdP Berlin:

	DBB	GdP
1966	4906	12630
1968	4908	15490
1970	4764	15254
1972	4501	15370
1974	4711	15264
1976	3713	15614
1978	3496	15709

Quelle: Statist. Jahrbuch für Berlin

ÖTV, IGM und NGG kündigen Manteltarif für die Beschäftigten bei den Besatzern

z.ger. Die Gewerkschaften ÖTV, IGM und NGG haben die Mantelbestimmungen für die Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften (TV AL II) gekündigt und Ende Januar Verhandlungen über ihre Forderungen mit dem Bundesfinanzminister geführt. Von dem Manteltarif sind über 40000 Beschäftigte in ganz Westdeutschland betroffen.

Bisher ist der Urlaub gestaffelt nach Lebensalter und nach Betriebszugehörigkeit (zwischen 21 und 28 Tagen). Gefordert werden 30 Tage Urlaub für alle, die Bedingungen sind insofern günstig, als diese Forderung bereits Bestandteil der Lohntarifverhandlungen (Beginn 16.4.) ist und dafür sowie für die Lohnforderung z.B. im US-Depot in Germersheim 291 Lohnabhängige unterschrieben haben.

Für Fernfahrer gilt die 60-Stunden-Woche, für Kraftfahrer die 51-Stunden-Woche und die 57-Stunden-Woche, sofern sie teilweise als Beifahrer mitfahren, gefordert wird die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Ebenso fordern die Gewerkschaften Angleichung der Kündigungsfristen und der Lohnfortzahlung bei Krankheit für Arbeiter an die für Angestellte, die nach einjähriger Beschäftigung 12 Wochen pro Jahr beträgt.

Gegenüber der jetzigen km-Pauschale von 25 Pfg. für Dienstfahrten mit dem eigenen Auto wird eine Erhöhung auf 36 Pfg. gefordert.

Z. Zt. zahlt das Amt für Verteidigungslasten 26 DM vermögenswirksame Leistungen, die Gewerkschaften fordern 52 DM.

Ebenso laufen Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und den Besatzungsstaaten um das Personalvertretungsrecht der Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften. Auf Initiative der ÖTV soll erreicht werden, daß wenigstens das Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974 voll angewendet wird, d.h. mehr Mitbestimmungsrechte des Personalrats gegenüber dem jetzt angewandten BPersVG von 1955. Die Abteilung Betriebe und Verwaltungen der alliierten Schutzmächte in Berlin hat einen Beschlußantrag an den Gewerkschaftstag 1980 der ÖTV gerichtet: „Volles deutsches Arbeits- und Personalvertretungsrecht für die Arbeitnehmer bei den Besatzungsmächten in Berlin."



Werkstatt der US-Besatzer in Kaiserslautern: Es fehlen wirkungsvolle Abgasleitungen, deutsche Arbeitsschutzbestimmungen gelten nicht.

Sozialimperialisten bauen ihr Bündnissystem zielstrebig aus

Ergänzendes Vertragsnetz der DDR / Regionale „Freundschaftsverträge" in Indochina und am Horn von Afrika

z.hku. Der Kern des sozialimperialistischen Bündnissystems liegt in Europa. Die revolutionäre Sowjetmacht hatte mit den Volksdemokratien Osteuropas ein Wiedererstarken des Faschismus und später gegen den US-Imperialismus geschlossen, wie auch mit den Volksrepubliken China, Mongolei, Korea. Nachdem die Sowjetunion sich in eine imperialistische Macht verwandelt und den Widerstand der osteuropäischen Staaten gegen Bevormundung und Ausplünderung zu spüren bekommen hatte, ersetzte sie ab 1965 diese alten Abkommen in rascher Folge durch „Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand". Die neuen Verträge enthalten kaum verhüllt die Breschnew-Doktrin der „eingeschränkten Souveränität" und verpflichten auf „Sozialistische Arbeitsteilung" und „Internationalismus". Ihre erste Anwendung haben sie 1968 bei der sowjetischen Intervention in der CSSR gefunden.

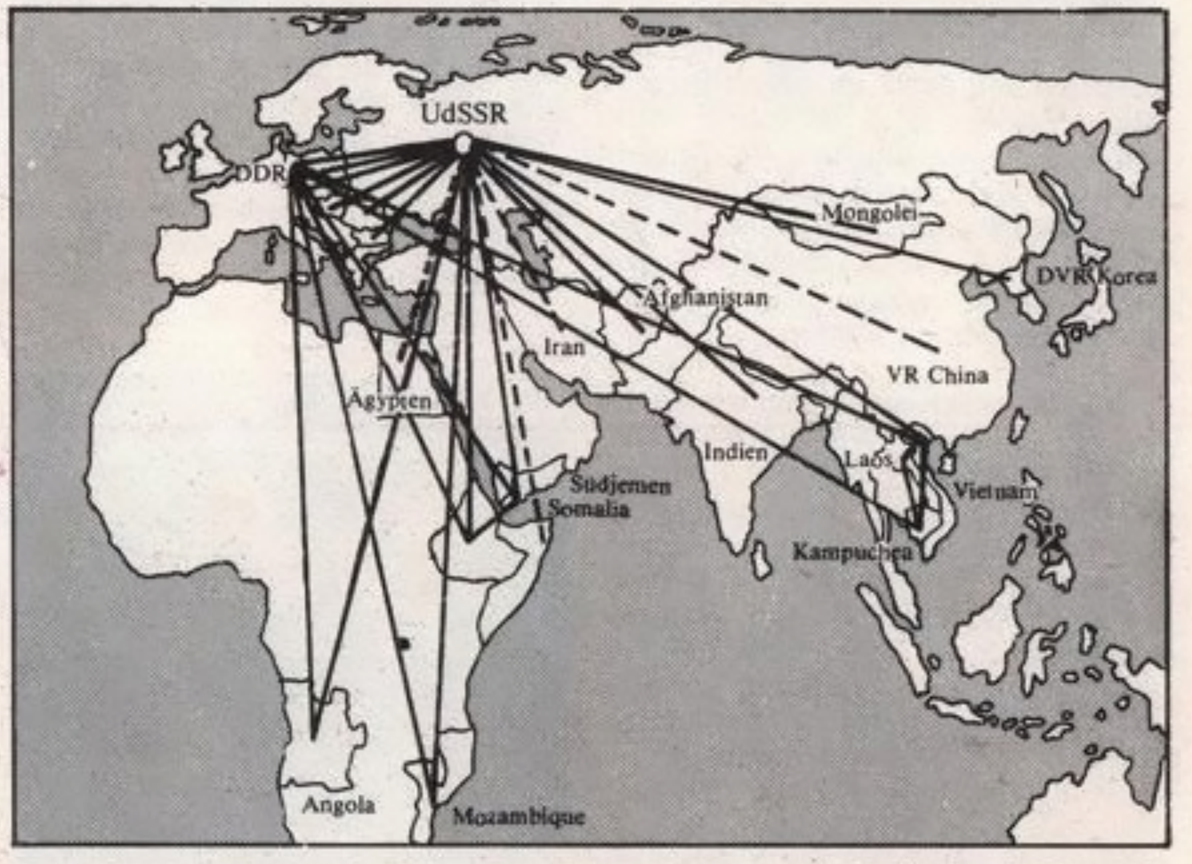
Der Absicherung der sozialimperialistischen Vorherrschaft in Osteuropa dient auch das Netz von „Freundschaftverträgen", das in der Folge die übrigen RGW-Staaten untereinander verband (auf der Karte unten aus Platzgründen nicht eingezeichnet). Dabei hat die DDR diese Verträge 1977 sämtlich erneuert; der Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland wird gegenüber 1965 nicht mehr erwähnt, stattdessen werden die Vertragspartner ausdrücklich auf die Verteidigung und Sicherung der DDR als „Frontstaat" gegenüber der BRD verpflichtet.

Während die Sozialimperialisten mit diesen Verträgen noch dabei waren, in begrenzter Kollaboration mit den USA ihren Einflußbereich in Europa abzustecken, gingen sie weltweit daran, in die wuchtigen Bewegungen der Völker der Dritten Welt gegen den US-Imperialismus zu infiltrieren, sich als wirtschaftlicher und militärisch-politischer Verbündeter anzubieten, mit Vorliebe dort, wo es Spannungen und Differenzen in und zwischen Ländern der Dritten Welt gab. Der Sicherung des so erzielten Einflusses dienen dann regelmäßig die „Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit", die zu gegenseitigen Konsultationen und Unterstützung in allen „beide Länder betreffenden Fragen" verpflichten. Solche Verträge wurden geschlossen: mit Indien 1971 (Unterstützung der Aggression gegen Pakistan), Ägypten 1971, Somalia 1974, Angola 1977. Ägypten und Somalia haben diese Verträge inzwischen wegen einschlägiger Erfahrungen wieder gekündigt. Dabei fällt auf, daß mit Kuba kein „Freundschaftsvertrag" geschlossen wurde; den USA gezeichnet wurde; im übrigen wäre es der Rolle Kubas in der 3. Welt auch abträglich.

Ende 1978 schließen die Sozialimperialisten drei Verträge ab; mit Vietnam, Äthiopien und der DVR Jemen „Vertrag über Freundschaft, gutnachbarliche Beziehungen und gegenseitigen Beistand" mit Afghanistan. Sie dienten der Absicherung und Förderung offener militärischer Aggression gegen das Demokratische Kampuchea durch Vietnam, der äthiopischen Feldzüge gegen die Befreiungsbewegungen am Horn von Afrika, wie schließlich der direkten Intervention in Afghanistan, für die der „Freundschaftsvertrag" sozusagen die Rechtsgrundlage bildet.

In den vergangenen 15 Monaten sind nicht weniger als 11 dieser inzwischen weltweit berüchtigten Verträge geschlossen worden. Die Sozialimperialisten haben ihren durch Putsch verschafften Einfluß in der DVR Jemen durch Vertrag bestätigen können. Im übrigen ist es ihnen darum gegangen, ihr Vertragsnetz durch Einbeziehung ausgesuchter RGW-Länder und durch regionale Verbindungen abzusichern. Eine besondere Rolle spielt dabei die DDR, die 1979 Verträge mit Angola, Mocambique, Äthiopien und der DVR Jemen schloß, außerdem am 18.3.80 mit dem Marionettenregime Heng mit dem Marionettenregime Heng Samrin. Im Februar war Husak unterwegs, um den sowjetischen Einfluß in Laos und Vietnam zu festigen und die CSSR ihrerseits in diese imperialistischen Abenteuer hineinzuziehen. Vietnam hat sich im Februar 1979 in einem „Vertrag über Frieden und Freundschaft" mit Heng Samrin die „besonderen Beziehungen" zwischen den „Brudervölkern" einschließlich des Rechts auf Besatzung schriftlich geben lassen. Und der kürzlich abgeschlossene Vertrag zwischen Äthiopien und der DVR Jemen ist von den Sozialimperialisten, die Äthiopien im Griff haben, dazu gedacht, über die vereinbarte militärische Zusammenarbeit die Kontrolle über das Rote Meer zu erhöhen.

Natürlich sind nicht alle Staaten, die die Sozialimperialisten in ihr Netz von „Freundschaftsverträgen" hineingezogen haben, damit schon ihre zuverlässigen Bündnisgesellen oder gar wehrlose Opfer. Das zeigt schon ein Blick auf die Karte. Aber in jedem Fall können diese Verträge dem Sozialimperialismus Einmischung und Intervention erleichtern, finden sie irgendwelche Kreaturen, die sie „zu Hilfe" rufen. Nur allzu verständlich, wenn sich zuletzt die VR China und der Iran dieser Schlinge um den Hals entledigt haben.



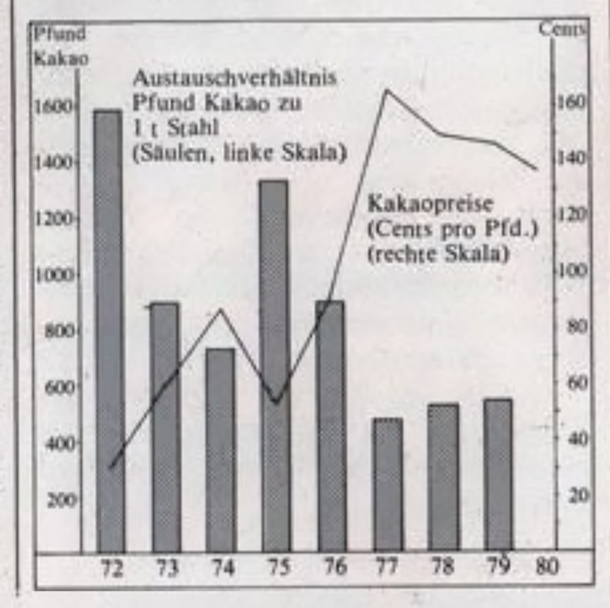
Hauptelemente des sowjetischen Bündnissystems. Gestrichelt die inzwischen gekündigten Verträge: Ägypten (1976), Somalia (1977), VR China und Iran (1979).

Imperialisten lassen Kakaoabkommen platzen – Dritte Welt beschließt einseitig Mindestpreise

z.pel. Ende März sind die einjährigen Verhandlungen zwischen den kakaoproduzierenden Staaten der Dritten Welt und den imperialistischen Abnehmerländern über ein neues Mindestpreisabkommen sowie den Ausbau des Preisstützungsfonds endgültig gescheitert. Fonds und Internationaler Kakaorat – das gemeinsame Lenkungsgremium – wurden aufgelöst. Die Imperialisten dachten, den Produzentenländern auf Grundlage der guten Jahresernte 1979 von 1,6 Mio. t über Auflösung der eigenen Vorratslager und Einschränkung ihrer Importe Daumenschrauben anlegen und den seit 1978 fallenden Kakaopreis weiter drücken zu können. Basis dieses Kalküls: die geringe Lagerfähigkeit der Kakaobohnen und das imperialistische Monopol der Weiterverarbeitung zu Kakaobutter bzw. -pulver. Vor der Alternative, die Bohnen verfaulen zu lassen oder billig zu verschleudern, würden diese dann schon verkaufen.

1975 hatten die imperialistischen Staaten der Dritten Welt noch ein Abkommen diktieren können, das den Preisstützungsfonds erst bei Preisen unter 61 Cents/Pfund zu Interventionskäufen verpflichtete. Politischer Zusammenschluß der Produzenten, Lagerbildung in einigen Ländern und Reduzierung der Produktion hatten den Preis in den folgenden Jahren hochschnellen lassen. 1977 zahlten die Kakaoproduzenten z.B. der BRD 472 Pfund Kakao für eine Tonne Stahl, gegenüber 1342 Pfund 1975.

Seitdem ist der Preis unter dem Druck der imperialistischen Gegenstrategie wieder gefallen. Die Produzenten forderten 1979 noch 160 Cents, zuletzt noch 120 Cents als Interventionspreis. Die Ablehnung kann die Imperialisten kosten. Am 31.3. beschlossen die Produzentenländer auf einer Gipfelkonferenz: keine Verkäufe unter 137 Cents, eigener Preisstützungsfonds von 200 Mio. $, Ausgleichslager von einem Fünftel der Weltproduktion. Der Londoner Terminmarkt reagierte mit Preissteigerungen.



Jamaica: Abbruch der Verhandlungen mit dem IWF – Aber was weiter?

z.gek. Ministerpräsident Manley hat erneut die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds abgebrochen, da der IWF sich weigert, Jamaica neue Kredite zur Tilgung der laufenden Schuldzahlungen zu geben; 150 Mio. $ sind für dies Jahr noch ungedeckt. Der IWF fordert, weitere 50 Mio. $ im Staatshaushalt einzusparen, was hieße, erneut mehrere Tausend aus staatlichen Betrieben und Diensten zu entlassen. Mit Recht müßte Manley eine Fortsetzung der Hungerrevolten des letzten Jahres fürchten. An den Häuserwänden von Kingston steht allenthalben: „The poor can't take no more" – „*Mehr* werden die Armen nicht einstecken!"

more" – „Mehr werden die Armen nicht einstecken!"

Manley will noch in diesem Jahr Neuwahlen. Er ist selbst nach Kuba gefahren und hat eine Delegation nach Moskau geschickt, um den westlichen Gläubigern zu verstehen zu geben, daß seine Regierung – seit zwei Jahren dem RGW assoziiert – notfalls beim andern Block um Hilfe ersuchen wird.

Seit Manley und die „People's National Party" 1972 nach einer Kette von Klassenzusammenstößen die Regierung übernahmen, haben sie den Kurs verfolgt, durch Druck auf die US-Aluminiummonopole, die auf Riesenarealen das wertvolle jamaicanische Bauxit im Tagebau gewinnen, höhere Exportabgaben zu erzwingen – diese Einnahmen aber nur als Sicherheiten zu nutzen, um in weit größerem Umfang ausländische Bankkredite aufzunehmen und der nationalen Wirtschaft zuzuführen. Die „nationale Wirtschaft" allerdings sind im wesentlichen dieselben zur Zeit des britischen Kolonialismus im Handel mit Plantagenzucker reichgewordenen „21 Familien". Diese haben sich auf diverse Aktivitäten im Bau-, Tourismus- und Dienstleistungssektor vor allem geworfen, ohne sich vom imperialistischen Kapital lösen zu können, welches die Wirtschaft Jamaicas nach wie vor do-

Wirtschaft Jamaicas nach wie vor do-
miniert. Im Endresultat sind noch größere Massen der afro-amerikanischen Bauern ruiniert und füllen die Reihen des beschäftigungslosen Proletariats in den Städten. Manleys Regierung war bisher von führenden Familien der Oligarchie unterstützt und direkt besetzt worden, genau wie die Opposition, die „Jamaican Labour Party". Jetzt scheint man Manley fallen lassen zu wollen. Ob sein Versuch, an die Volksmassen zu apellieren, gelingt, ist fraglich, solange er sich auf kein klares nationaldemokratisches Programm festlegt und stattdessen nach dem „natürlichen Verbündeten" schielt.

Kuba: Die „Schlacht um den Zucker" ist dies Jahr schon wieder verloren

z.gek. Die „Tragödie Kubas", hat Castro in einer seiner zahlreichen Brandreden zu Beginn dieses Jahres gegen Disziplinlosigkeit, Schlendrian, Bürokratismus, unentschuldigtes Fehlen, etc. der Volksmassen gesagt – die „Tragödie Kubas" sei, daß es so nie zu harten Devisen komme. Der Mann hat seinen eigenen Humor.

Wahr ist: der Handel mit der Sowjetunion geht in bloßen Verrechnungsrubeln ab und sieht Kuba immer tiefer in Schulden. Es muß mehr oder minder *alle* Güter des täglichen Konsums und industriellen Gebrauchs importieren und dafür im wesentlichen 4 Mio. t Zucker, rasch wachsende Mengen Nickel sowie Soldaten für die afrikanischen Feldzüge liefern. Die letzteren nominell gratis; dafür bezahlt die UdSSR den Zucker zu 0,44 $/lb gegen 0,30 $/lb, die gegenwärtig auf dem Weltmarkt gezahlt werden.

Nun hat sich Kuba in dem vor 2 Jahren geschlossenen Weltzuckerabkommen verpflichtet, jährlich 2,5 Mio. t auf dem Weltmarkt frei anzubieten. Mit den knapp 4 Mio. t an die SU und anderweitig gebundenen Kontingenten müßte Kuba jährlich 8,5 Mio. t ernten. Martialischer als je hat Castro letztes Jahr zur „Gran Zafra", zur Schlacht um den Zucker geblasen. Es wurden glücklich 7,9 Mio. t eingebracht – aber um den Preis, daß statt bis zum 31. April, dem traditionellen Schlußtermin, bis Ende Juni die Belegschaften ganzer Betriebe auf den Feldern waren. Abgesehen von den Verlusten in der Industrie hat das die Neuanpflanzung, die Schädlingsbekämpfung, überhaupt alle Vorbereitungen für die Ernte dieses Jahres schwer beeinträchtigt. Das bis jetzt absehbare Resultat ist: eine Zuckerernte von weniger als 7 Mio. t, teils wegen Rostbefalls, teils wegen Mangel an Arbeitsinstrumenten und Arbeitskräften (die „Abwesenheitsrate" liegt über 20% täglich); die Tabakernte zu 90% von Seuchen vernichtet; dazu noch der Ausbruch einer Schweinepest. Seuchen mögen unvermeidbar sein; daß sie derart katastrophal wirken, hängt mit dem System der Monokultur und dem Menschenexport zusammen, dem die Volksmassen Kubas in moderner Form unterworfen geblieben sind. Castros Devisenmangel wird ihn eher noch unternehmender machen, speziell in der Region selbst.



Korea: Kampf um Wiedervereinigung hat im Süden große Reserven

z.anb. Am 26. März bewilligten die USA Südkorea einen 500-Mio.-Dollar-Kredit zur Finanzierung des für 1980 mit 5,5 Mrd. Dollar veranschlagten Defizits der Handelsbilanz. Diese 500 Mio. sind ein Tropfen auf den heißen Stein, trotzdem hat Präsident Choi Kyu Hah, Nachfolger des im Oktober 1979 beseitigten Park Chung Hee, dafür dem Hauptgläubiger, der Kolonialmacht USA, Referenzen vorweisen müssen. Im Januar erließ er eine 16,5%ige Abwertung der Landeswährung, für einen Dollar muß man seither statt 484 Won 580 hinlegen, die USA kassieren so 430 Mio. Dollar mehr an Schuldendienst.

Prognosen von US-Bankiers über die Zukunft Südkoreas enthüllen – angesichts einer Staatsschuld von 19 Mrd. Dollar, einer Neuverschuldung für 1980 von 6,6 Mrd., und dies bei abnehmendem Export der traditionellen Niedriglohnprodukte der Textil- und Elektroindustrie – gewisse Zurückhaltung: „Einige Bankiers machen sich Sorgen, wie einer von ihnen sich ausdrückte, ‚daß die politischen Überraschungen noch nicht zuende sein könnten.' " (The Asia Wall Street Journal, Januar 1980)

Die für den US-Lakaien Park Chung Hee ausgewechselte Figur Choi Kyu Hah hat eine Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform eingesetzt. Mit Akribie versucht die Kompradorenbourgeoisie, das morsche Gebälk des kolonialen Unterdrückungsapparats abzustützen, um die alle Klassen des Volkes – einschließlich der vom US-Kapital ruinierten nationalen Bourgeoisie – erfassende Bewegung gegen die US-Vorherrschaft mit der „Liberalisierung" der Staatsmaschine von ihrem Ziel abzulenken. Es ist seit Ende des zweiten Weltkrieges das dritte Mal, daß die Kolonialmacht USA nach Verlust einer ihrer verhaßten Marionetten durch solche Manöver ihre Hegemonie zu retten sucht.

Errichtet wurde diese in direkter Beerbung des japanischen Imperialismus unmittelbar nach Ende des zweiten Weltkriegs, mit der Einnistung des US-Kapitals über die „New Korea

ten Weltkriegs, mit der Einnistung des US-Kapitals über die „New Korea
Company", der ehemals japanischen Kolonialgesellschaft, die über 13,4% des gesamten Ackerlandes im Süden verfügte – und damit 27% (554000) aller Bauernfamilien in ihre direkten Lohnsklaven verwandelte.

Den Aufbau eines abhängigen Kapitalismus im Süden als Aggressionsbasis für die Weltmarktschlacht wie auch konkret gegen den Aufbau des Sozialismus im Norden verfolgten die USA ab 1950 – nachdem sie den Bluthund Syngman Rhee an die Macht geputscht hatten – mit einer „Agrarreform"; deren Zweck war zunächst die Beseitigung der elementaren Grundlage jeder unabhängigen Volkswirtschaft, der Nahrungsmittelversorgung. Das bedeutet aber im Kern die Trennung der landwirtschaftlichen Produzenten von ihrem Produktionsmittel, dem Boden. Die „Verteilung" von 28,7% der insgesamt 2,2 Mio. ha genutztem Ackerland an 1,64 Mio. Bauernfamilien erfolgte nicht nur unter Ausnahme aller Weide- und Waldländereien, aller Viehfarmen und Obstplantagen der Grundherren und Kompradoren, letzteren wurde jeder Flecken, der in das staatliche Verteilungsprogramm einbezogen wurde, doppelt und dreifach zurückgegeben: in vier Jahren mußten 25% der Bauern das an sie „verteilte" Land wieder verkaufen, in einem Jahr (1954) waren es allein 13600. Zwischen 50 und 80% der Ernte wurden als „Wiedergutmachung" den Bauern abgepreßt, 40 verschiedene Steuern fraßen weitere 15–20% der Ernte, Zwangsabgaben an den Staat aufgrund des „Getreidebeschaffungsgesetzes" über das zum nicht geringen Teil die Verpflegung der US-Besatzer requiriert wurde, schluckten den Rest. 1958 waren 90% der Bauern verschuldet, mit insgesamt 177 Mio. Dollar, dazu 145 Mio. Steuerlast. 356 Mio. Dollar blieben für Lebensunterhalt, das machte 178 Dollar pro Jahr und Familie von 6,2 Personen im Durchschnitt. (Bis heute hat sich die durchschnittliche Größe der Kleinbauernhöfe von 0,8 ha nicht geändert, es sind nur immer weniger geworden, die auf dem Land noch überleben, derzeit 9 Mio.)

Im selben Jahr, 1958, verkauften die USA Kohle an Südkorea für 36 Dollar pro Tonne, den doppelten Weltmarktpreis, Rohzucker für 160 Dollar gegenüber 105 Dollar Weltmarktpreis. 80% der insgesamt 2,2 Mrd. Dollar an US-Exporten zwischen 1945 und 1958 bestanden aus Gütern für die unmittelbare Reproduktion der Massen.

Heute umfaßt die Stadtbevölkerung im Süden 55%, allein zwei Drittel davon sind um die beiden Zentren Seoul (8 Mio. Einwohner) und Pusan (4 Mio.) zusammengeballt. Die so organisierte Anfüllung des Arbeitsmarktes spielt für die neokoloniale Strategie der US-Monopolbourgeoisie eine entscheidende Rolle. Die geplante Forcierung der Schwerindustrie, des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung – auf der Basis des Niedriglohnstandards in den traditionellen Zweigen der durch Kapitalexport aufgebauten Leichtindustrie – zielt auf die Eroberung neuer Konkurrenzvorteile durch Verlagerung der Produktion aus den USA. Produkte wie Stahl, elektronische Geräte, Autos und Präzisionsmaschinen repräsentierten 1979 bereits 40% des Exports von Südkorea.

Zugleich hat sich das US-Kapital tausendfach neue Feinde geschaffen. Die Jugend, die Kinder der kleinen Bauern, die an den Schulen und Universitäten der Marionetten der USA auf die Geschäfte kolonialer Staatsbeamter hin abgerichtet werden sollen, verweigern seit Jahren und in ständig wachsendem Umfang die Gefolgschaft. Ihre soziale Herkunft und Lage ist die Triebkraft für die erbitterten Kämpfe der Studentenmassen für Demokratie und Abzug der US-Besatzer.

Die Revolutionäre Partei für die Wiedervereinigung, der Kern der um die Führung der nationalen Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse, hat den Kampf gegen den US-Imperialismus zum entscheidenden Kettenglied auf dem Weg zur Wiedervereinigung erklärt. Und für die Masse der Arbeiter und Bauern ist es eine historische Erfahrung, daß Reformen an der Hülle des Kolonialstaats nicht die Befreiung von der US-Vorherrschaft bringen können. Wenn bürgerliche Kräfte, wie etwa der Führer der oppositionellen NDP (Neue Demokratische Partei), Kim Young Sam, auf die Revision der Verfassung setzen, die Massen, vor allem die Jugend zu Mäßigung aufrufen, „um die wirtschaftliche Unruhe nicht zu verschärfen", suchen diese ihre Bündnispartner unter der zahlenmäßig kleinen nationalen Bourgeoisie. Aber auch die hat Tatsachen vor Augen, die ein Kalkül auf die US-Monopolbourgeoisie nicht mehr zulassen. Die Forderung nach Demokratie und Unabhängigkeit und die von der revolutionären DVR Korea verfolgte Wiedervereinigungspolitik mit dem Vorschlag rascher Entfaltung wirtschaftlicher Austauschbeziehungen weisen eine reale Perspektive und üben entsprechend starke Anziehungskraft aus.



Im Kampf gegen die Abrichtung zu Kolonialagenten sind viele Studenten – zur Hälfte aus Bauernfamilien – entschlossene Gegner der USA geworden.

Bürgerkrieg im Tschad – Folge imperialistischer Einmischung

z.pel.Paris. „Zwanzig Jahre nach der Wende zur Unabhängigkeit muß man feststellen, daß Afrika einen wachsenden Anteil seiner Reichtümer und Energien auf Bruderkämpfe verwendet." „In dieser dramatischen Situation verfolgt Frankreich die Anstrengungen, die es im Tschad immer verfolgt hat, die des Friedens und der Versöhnung." Stellungnahmen des französischen Außenministers Poncet, Versuche, die Früchte der imperialistischen Aggression den Überfallenen anzulasten und erneut die eigene Hegemonie zu errichten. Tatsächlich kämpfen die Streitkräfte des Präsidenten Oueddei gegen die des Verteidigungsministers Habré. Die 1100 Fallschirmjäger Giscards sind nicht an den Kämpfen beteiligt; zum ersten Mal seit 15 Jahren. – 1966 begann die Frolinat die Organisierung der Bauernkämpfe gegen die Steuereintreiber der Regierung Tombalbaye. Ihr ›Hauptgegner sind bald französische Interventionstruppen. Die verhelfen 1975 Malloum zur Macht, bevor die Frolinat militärisch siegen kann. Sie intervenieren 1978 zugunsten Habrés gegen Malloum und propagieren eine „Koalition" unter ihrem Schutz. Im August 79 legt das Abkommen von Lagos den Abzug der französischen Truppen fest, das tschadische Volk erkämpft eine Regierung der Nationalen Einheit. Habré wehrt sich gegen die vereinbarte Demilitarisierung der Hauptstadt und baut mit Hilfe der Franzosen seine Stellung aus. Deren Truppen bleiben. Die Verletzung des Lagos-Abkommens löst die Kämpfe aus. Und Poncet bereitet die nächste „Vermittlung" vor.

Algerien stellt Gasexporte nach USA und Frankreich ein

z.pel.Paris. „Es gibt keinen Grund, daß Algerien weiterhin wichtige finanzielle Mittel und Arbeitskraft für Exportprogramme opfert, oder anders gesagt, um sie Verbrauchern in Washington, Atlanta, Le Havre oder Rouen zur Verfügung zu stellen." Mit diesen Worten unterstrich das Staatsmonopol Sonatrach am 1.4. die algerische Entschlossenheit, Lieferbedingungen und Preise für Naturgas zu revidieren. Gas de France und die US-amerikanische Gesellschaft El Paso, die mit 3,2 Mrd. bzw. 10 Mrd. m^3 gegenwärtig 65% der algerischen Gasexporte weit unter Weltmarktpreis erhalten (siehe KVZ 13), weigern sich weiterhin, die von Sonatrach geforderten, an die Ölpreise angepaßten 6 $ pro 1000 Kubikfuß (30 m^3) zu zahlen. Daraufhin hat Algerien jetzt die Lieferungen vorläufig eingestellt.

Deklaration zur wirtschaftlichen Befreiung des südlichen Afrika

z.rua. Am 1.4. wurde in Lusaka (Sambia) eine Konferenz der Staaten des südlichen Afrika eröffnet. An ihr nehmen die Außen- und Finanzminister der Frontstaaten Mozambique, Tansania, Sambia, Botswana und Angola sowie von Zimbabwe, Malawi, Swaziland und Lesotho teil. Beraten wird die Kooperation vor allem im Straßen- und Transportwesen, um die Unabhängigkeit von Südafrika zu verringern. Eine Deklaration zur wirtschaftlichen Befreiung des südlichen Afrika wird verabschiedet. Im Krieg gegen das Volk von Zimbabwe hatten die Imperialisten über das rhodesische und südafrikanische Kolonialregime die Transportverbindungen zwischen Sambia,

Thatcher besteuert in Zukunft Arbeitslosengeld

Neuer Haushalt / Höhere Steuern vor allem für Niedriglohngruppen / Banken zufrieden

z.hef.London. Einmal wöchentlich trifft der Gouverneur der Bank von England mit den Chefs der vier großen Banken zusammen. Die Bank von England gibt u.a. Banknoten aus und hält Devisenreserven, aber ihre Hauptaufgabe ist Aufnahme und Zahlung der Staatsschulden im Auftrag der Regierung. Die Herren von Barclay's Bank, Lloyd's Bank, National Westminster und Midlands kennen den Gouverneur gut: Bis zu seiner Ernennung war er einer von ihnen. „Traditionell" ernennt die Regierung einen Vertreter der großen Banken zum Gouverneur, wie auch die Mehrzahl der 16 Direktoren direkte Repräsentanten der Großbanken und Industriemonopole sind.

Mindestens einmal pro Woche konferiert der Gouverneur seinerseits mit dem Schatzkanzler oder der Premierministerin selbst. Das ist einer der wichtigsten Kanäle, über den das britische Finanzkapital seine Regierung dirigiert. Zweimal in den letzten fünf Jahren, 1976 und 1978, hat eine Regierung nicht sofort gespurt – und die Banken kauften keine Staatsanleihen mehr und sperrten Kredite für den Kauf von Staatsanleihen, und damit wurden zwei zögernde Labour-Regierungen binnen weniger Tage auf Kurs gebracht.

Am 26. März legte der Schatzkanzler im Unterhaus seinen Haushalt, das Budget, vor. Am 19. März, eine Woche vorher, hatte die Bank von England ihr neuestes Bulletin veröffentlicht. Sie fordert darin „fortgesetzten restriktiven Druck, damit die Inflation gesenkt werden kann und damit die Basis für wirtschaftliche Expansion in späteren Jahren gelegt werden kann." Die gegenwärtige Lohnrunde drohe jedoch, ein „enttäuschendes Ergebnis" zu haben, weil „inflationäre Gewohnheiten" noch vorherrschten. „In den letzten Jahren hat es unsere Industrie, im großen und ganzen, nicht vermocht, auf Bedarf zu reagieren, der dann durch Importe befriedigt wurde", erklärt der Gouverneur der Bank von England. „Hohe Arbeitskosten und niedrige Profite haben zu reduzierter Konkurrenzfähigkeit und niedrigeren Investitionen geführt, und Widerstände gegen Veränderungen verstärkten den Inflationsdruck."

Der Haushalt der Regierung Thatcher ist ein Mittel zur Brechung dieser Widerstände der Arbeiterklasse. Geschickt wird der Schlag in einzelnen, scheinbar unzusammenhängenden Maßnahmen über einen längeren Zeitraum geführt:

– Die niedrigste Lohnsteuerstufe von 25% für die ersten 750 Pfund versteuerbares Jahreseinkommen wird abgeschafft. Der Eingangssatz beträgt jetzt 30%. Obwohl gleichzeitig die Grundfreibeträge erhöht wurden, bedeutet das für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine deutliche Steuererhöhung, wenn die Löhne auch nur um 10% steigen. Gegenüber den höheren Löhnen, etwa bei den Facharbeitern, gibt die Regierung etwas nach. Hier bleibt durch die Änderung der Freibeträge und der Steuerbandgrenzen auch nach einer Lohnerhöhung die Steuerlast fast gleich.

– Die indirekten Steuern auf Benzin wurden erhöht (um 2 Pence, ungefähr 8 Pfennig pro Liter), ebenso auf Zigaretten und Tabak (5 Pence mehr für die 20er-Schachtel) und auf Alkohol (2 Pence mehr für den halben Liter Bier). Die Regierung rechnet mit Mehreinnahmen allein durch die Erhöhung der indirekten Steuern von 1,065 Milliarden Pfund, das sind mehr als vier Milliarden DM. Die Automobilsteuer wird von 50 Pfund auf 60 Pfund im Jahr erhöht. Insgesamt kassiert das Finanzkapital nach Abzug der Inflationsrate mehr als eine Milliarde Pfund mehr von den Volksmassen.

– Rezeptgebühren, die jetzt noch 45 Pence betragen, werden ab Dezember auf ein Pfund erhöht. Vor einem Jahr kostete ein Rezept noch 20 Pence. Jugendliche zahlen in Zukunft ebenso für Zahnbehandlungen wie Erwachsene, die Augentests kosten jetzt 2 Pfund.

– Streikende Arbeiter, die Sozialhilfe für ihre Familien beantragen, bekommen weniger oder nichts – bei der Berechnung wird grundsätzlich angenommen, daß die Gewerkschaft ein Streikgeld von 12 Pfund zahlt, ob der Arbeiter die erhält oder nicht.

– Sozialhilfezahlungen wie z.B. das Krankengeld aus dem Gesundheitsdienst sollen um 5% weniger als die Inflation steigen, de facto also sinken. Ab April 1982 werden Krankengeld, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe besteuert. Renten werden schon jetzt besteuert. Die Regierung beschloß, das Arbeitslosengeld auf den einheitlichen Festsatz zu beschränken. Die bisherige einkommensbezogene Zulage wird abgeschafft. Der Festsatz beträgt zur Zeit 20,65 Pfund pro Woche, 12,75 Pfund für Ehefrauen.

– Kindergeld, Renten und andere Zahlungen werden um weniger als die Inflationsrate erhöht, die Renten z.B. um 16,5% auf 27,15 Pfund die Woche für Ledige (ca. 450 DM im Monat) und 43,45 Pfund für Ehepaare (ca. 750 DM im Monat), das Kindergeld um 11% auf 4,75 Pfund pro Woche pro Kind.

„Es gibt Leute, deren Einkommen als Arbeitslose das Einkommen übersteigt, das sie vernünftigerweise bei Arbeit erwarten könnten", sagte Schatzkanzler Howe in der Budgetrede. „Das ist ein kompliziertes Problem, das nicht leicht gelöst werden kann, aber die Regierung ist entschlossen, es anzupacken." Neben dem Eingeständnis, daß viele Löhne noch unter den niedrigen Arbeitslosen- und Sozialhilfesätzen liegen, enthält diese Äußerung auch die Hauptabsicht der Regierung mit dem Budget. Das Ziel ist die schnellere Verelendung größerer Teile der Arbeiterklasse, die Senkung der Arbeitslosen- und Sozialhilfegelder so tief, daß der Arbeiter zu jedem Lohn arbeiten muß. Und das bei rapide steigenden Arbeitslosenzahlen.

Schon jetzt verfügt die britische Bourgeoisie über ein verhältnismäßig weiter auseinandergespaltenes Arbeiterheer als die Hauptkonkurrenten in Westeuropa. Keiner ihrer Rivalen hat so viele Arbeiter mit relativ niedrigen Löhnen (siehe KVZ 2/88, S. 18/19). Dieses strategische Plus noch vor der erwarteten Krise auszubauen, die Wirkung des Elends auf die Löhne der Kerngruppen der Arbeiterklasse zu verstärken, ist die erklärte Absicht der Bourgeoisie.

„Nicht zurück in die dreißiger, sondern vorwärts in die achtziger Jahre" war die Losung, unter der der Gewerkschaftsbund TUC zu einer Demonstration gegen die Regierungspolitik aufrief. Mehr als Hunderttausend nahmen teil. Richtig an dieser Losung ist nur, daß sie an Erfahrungen der Arbeiterklasse mit dieser Politik in den dreißiger Jahren anknüpft, an die Hungermärsche und Elendsmassenquartiere. Tatsächlich laufen die Regierungsbeschlüsse auf eine ähnliche Lage für Millionen hinaus.

Flankierend dazu sind die „Sparmaßnahmen". Die Hauptsparmaßnahme ist die Kürzung von 443 Millionen Pfund von Zuschüssen an die Gemeinden für Wohnungsbau und Instandsetzung. Die britischen Gemeinden besitzen mehr als 7 Millionen Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser, das sind 30% (50% gehören den Bewohnern, meistens auf Hypothek, 20% sind von Privatkapitalisten vermietet). Die Folge dieser Kürzungen wird einerseits die Verstärkung der Überfüllung von Wohnungen sein, andererseits sind viele Arbeiter gezwungen, sich mit Hypotheken zu verschulden, deren Zinsen sie sich nicht leisten können.

Die „Financial Times" lobt das Budget, auch wegen der Steuererleichterungen für die Kapitalisten, aber vor allem wegen der „allgemeinen Richtung." Sie nennt das Budget „ein historisches Ereignis, wenn die Regierung an der dargelegten Strategie festhalten kann." Leise Zweifel scheinen durch.

Ursache dieser Zweifel ist die Kampftätigkeit der Arbeiterklasse in den letzten Monaten. Nach Regierungsstatistiken stiegen die Löhne durchschnittlich um 20%, das ist etwa auf der Höhe der Inflationsrate. Das Bild ist verzerrt: In fast allen Branchen wurde für die unteren Lohngruppen niedriger abgeschlossen als für die höheren. Das ist eines der großen Probleme der Arbeiterbewegung. Nicht umsonst setzt die Regierung da an. Und es ist sehr schwer für die Arbeiter, gegen die Steuer- und Verelendungsmaßnahmen der Regierung Thatcher anzugehen, solange die sozialdemokratischen Losungen nach „mehr Staatsausgaben" und „keine Kürzungen" die einzigen politischen Forderungen in diesen Kämpfen bleiben.







Thatcher sieht sich zunehmenden Kämpfen gegenüber. Mitte: Jugendliche in Bristol, vor allem junge Schwarze, vertrieben am Mittwoch die verhaßte Polizei aus ihrem Viertel. Rechts: Demonstration der Stahlarbeiter.

Britische Stahlarbeiter beenden Streik nach mehr als 13 Wochen



Ein vor dem Gewerkschaftshaus in London festgenommener Arbeiter.

z.hef.London. Die Arbeiter und Angestellten des britischen Stahlmonopols BSC beendeten am Donnerstag nach drei Monaten ihren Streik. Gewerkschaften und Kapitalisten hatten einem Schlichtungsspruch der von ihnen eingesetzten Kommission zugestimmt. BSC zahlt 11% Erhöhung der Grundlöhne. Dafür mußten die Gewerkschaften einem gemeinsamen Dokument zustimmen, das u.a. veränderte Arbeitsplatzbewertungen, Zustimmung zu Versetzungen innerhalb eines Betriebes und Zustimmung zum Abschluß örtlicher Produktivitätsabkommen enthält. Die Kapitalisten zahlen zusätzlich zu den 11% drei Monate lang 4,5% als Eingangsprämie für die örtlich auszuhandelnden Produktivitätsabkommen. Zusammen macht das knapp 16%. Zusätzlich zu den schon beschlossenen Entlassungen will BSC bei den Produktivitätsabkommen 12000 weitere Entlassungen durchsetzen.

Die britische Kapitalistenklasse ist trotz der gelungenen Lohnsenkung überhaupt nicht froh über den Streik und die Entschiedenheit der Arbeiter. Der „Economist" vergleicht ihn mit der Schlacht an der Somme im 1. Weltkrieg. „Haig und Hindenburg glaubten beide, sie hätten die lange Schlacht an der Somme gewonnen. Haig hatte die blutigeren Verluste, wie die Stahlstreikenden. Hindenburg, und daran sollten BSC und die Regierung denken, verlor schließlich den Krieg."

Die Stahlarbeiter hatten den Streik am 2. Januar nach einem 2%-Angebot der Kapitalisten begonnen. Eine eindeutige Forderung der Gewerkschaften gab es nicht. Von Anfang an war eines der Hauptprobleme der Belegschaft, die Einheit zwischen den verschiedenen Teilen, vor allem den Stahl-Produktionsarbeitern und den anderen Facharbeitern wie z.B. Elektrikern und Schlossern, herzustellen. Nachdem sie später zum Streik aufgerufen hatten, nahmen die Facharbeitergewerkschaften am 10. Januar bereits ein Angebot von 10% plus 4% Produktivitätszahlung an. Aber die Mitgliedschaft dieser Gewerkschaften lehnte das Angebot am 14. Januar ab. Nach zwei Monaten
am 14. Januar ab. Nach zwei Monaten
Streik beschlossen alle 13 Gewerkschaften bei BSC schließlich am 5. März, eine gemeinsame Forderung aufzustellen: 14% ohne Bedingungen plus 5% Produktivitätszahlung. Die Kapitalisten antworteten wieder mit ihrem „letzten Angebot" von 10% plus 4%.

Die Arbeiter und Angestellten führten den Streik unter schwierigen Bedingungen. Die Mehrzahl erhielt kein Streikgeld. Mehr als 400 Stahlarbeiter wurden von der Polizei festgenommen.

17000 Arbeiter in Südyorkshire und 20000 Arbeiter in Wales traten wenige Stunden nach Arbeitsaufnahme erneut in den Streik. In Yorkshire hatten die Kapitalisten zwei Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, bestimmte LKW zu beladen. Die Gewerkschaften haben eine schwarze Liste von LKW-Unternehmen angelegt, die den Streik gebrochen haben. In Wales wollen die Kapitalisten wegen dieser LKW-Blockade den vereinbarten 50 Pfund-Abschlag auf die 4,5% nicht zahlen.

Angola und Tansania schwer beschädigt und vor allem Sambia unter Druck gesetzt, seine Transporte über Südafrika abzuwickeln. Mozambique hatte 1976 seine Grenze zu Rhodesien geschlossen. Von den größten mozambiquanischen Hafenstädten Maputo und Beira führen zwei Eisenbahnlinien durch Zimbabwe, die den Binnenstaaten Sambia, Botswana und Zaire den Zugang zum Indischen Ozean ermöglichen. Die Unabhängigkeit Zimbabwes schafft jetzt die Voraussetzung für die Länder im südlichen Afrika, ihre Transportverbindungen wiederherzustellen. Der an der Konferenz teilnehmende OAU-Generalsekretär äußerte sich befriedigt über den Ausgang der Wahlen und sicherte Zimbabwe jede Hilfe beim Aufbau der Wirtschaft zu.

Äthiopien: „Partei"-Komödie kann Regime nicht retten

z.ulg. Das äthiopische Militärregime hat im Dezember ein „Organisationskomitee der Äthiopischen Partei des arbeitenden Volkes" gegründet. Die sozialimperialistischen „Berater" werden es passend gefunden haben, der Soldateska, die sich nur mit Hilfe sowjetischer und kubanischer Truppen an der Macht halten kann, ein „kommunistisches" Mäntelchen umzuhängen. „Einmischung in die Arbeit des Organisationskomitees" kann mit dem Tode bestraft werden. Um Zweifel über den Klassencharakter der neuen Partei auszuschließen, sind unter den verbotenen „Einmischungen" ausdrücklich – Streiks aufgeführt. ZK und Kongreß der Partei werden von Seiner Majestät dem Vorsitzenden Oberst Mengistu persönlich „gewählt" und „abberufen". Kürzlich sind der Landwirtschafts- und der Justizminister verhaftet worden, um der „revolutionären Justiz", also dem Erschießungspeloton zugeführt zu werden. Die Parteigründung reicht nicht einmal, um die inneren Widersprüche des Regimes zu kitten. – Inzwischen wächst auch in den amharischen Kernprovinzen Äthiopiens der Widerstand der Bauern gegen die Ausplünderung des Landes durch die Sozialimperialisten. Zum Export in die Sowjetunion weit unter Weltmarktpreis müssen die Bauern ihre Produkte zu staatlich festgelegten Preisen abliefern. Von drei Lastwagen voll Soldaten, die zu diesem Zweck kürzlich in ein Dorf unweit der Hauptstadt geschickt wurden, kamen nur die Fahrer zurück. Die Bauern hatten einen Hinterhalt gelegt. Zwangsrekrutierte Bauern desertieren in immer größerer Zahl zu den Befreiungsbewegungen in Eritrea und Tigray.

Seveso-„Vergleich": Gleich und gleich gesellt sich gern

z.ulg.Rom. Die italienische Regierung hat mit der Schweizer Firma Givaudan, einer Tochtergesellschaft des Pharmakonzerns Hofmann-La-Roche, einen außergerichtlichen Vergleich über den Schadensersatz für die Folgen der Giftgaskatastrophe von Seveso bei Mailand beschlossen. Am 10. Juli 1976 war dort aus einer Givaudan gehörenden Fabrik, in der Pflanzengifte unter anderem zur „Dschungelentlaubung" hergestellt wurden, eine Wolke hochgiftigen Dioxyns entwichen. Zahlreiche Bewohner der umliegenden Wohnviertel erkrankten an schweren Hautkrankheiten, Kinder kamen mit Mißbildungen zur Welt. Die Spätfolgen der Vergiftung sind noch nicht absehbar. Weil keine Methode bekannt ist, das Gift zu beseitigen, ist die nähere Umgebung der Fabrik bis heute hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt. Givaudan hat sich bereiterklärt, umgerechnet 227 Mio. DM Schadensersatz an den italienischen Staat und die Region Lombardei für deren Aufwendungen zu zahlen. Zweck des „Vergleichs": Die Region kann im anstehenden Strafprozeß nicht als Nebenkläger auftreten, obwohl weder die Schadensersatzansprüche der umliegenden Gemeinden noch der einzelnen betroffenen Arbeiter und Bauern endgültig geregelt sind. Der italienische Staat und der Schweizer Konzern wollen gemeinsam die wirklichen Ursachen der Katastrophe vertuschen.

Belgien: 2,7 Mrd. für schärfere Ausbeutung der Stahlarbeiter

z.elb.Brüssel. Etwa zwei Jahre, nachdem die belgische Regierung einen Fünfjahresplan (bis 1983) zur „Sanierung" der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlicht, wurde sein finanzieller Teil verabschiedet. Innerhalb dieser Zeit haben die Stahlkapitalisten die entsprechenden Zahlungen von 23 Mrd. bfr auf 44 Mrd. bfr (2,7 Mrd. DM) hochtreiben können; die Hälfte davon zahlt der Staat, d.h. die Lohnabhängigen per Steuer, die andere Hälfte die Großaktionäre, zu einem guten Teil wiederum der Staat. Ausdrücklich allein zum Zweck der Produktivitätssteigerung werden die Gelder verwandt. Tatsächlich hängen die belgischen Stahlkapitalisten insgesamt aufgrund veralteter Maschinerie in der Auspressung der Arbeiter ihren Konkurrenten nach. Während bei Cockerill, dem mit einem Drittel der belgischen Stahlproduktion größten Konzern, 1976 206 t Stahl pro Arbeiter produziert wurden, waren es bei Usinor (Frankreich) 225, bei Arbed (Luxemburg) 248, bei Thyssen (BRD) 370 und bei Nippon Steel (Japan) gar 524. Dennoch, die Cockerill-Kapitalisten haben die Ausbeutung der Arbeiter stark steigern können: Während 1975 noch 64 Arbeiter nötig waren, um 10000 t Rohstahl zu produzieren, mußten die Kapitalisten 1978 für die gleiche Menge nur noch 45 Arbeiter bezahlen. Mit 22 Mrd. bfr und 4000 Entlassungen wollen die Cockerill-Kapitalisten einen weiteren Rationalisierungsschub durchsetzen. Die Gewerkschaftsführungen stimmten dem Plan zu; Streiks in einigen Betrieben konnten den Plan nicht verhindern.

Das programmatische Erbe Lenins wurde nicht ausreichend verteidigt

z.ges. Die III. Internationale und die in ihr zusammengeschlossenen Parteien haben den Kampf für die proletarische Weltrevolution geführt. Aber es hat auch eine Reihe von schwerwiegenden Fehleinschätzungen und Fehler gegeben. Vor allem ist es der III. Internationale erst spät gelungen, den Faschismus korrekt zu analysieren und eine erfolgreiche Taktik für den Kampf gegen den Faschismus auszuarbeiten. Stalin hat Mitte der zwanziger Jahre den Sozialdemokratismus als linken Flügel des Faschismus charakterisiert. Später entstand die Sozialfaschismusthese. Sozialdemokratie wie Faschismus verteidigen den kapitalistischen Imperialismus gegen die proletarische Revolution. Das haben sie gemeinsam. Wieso sie also nicht gleichsetzen und gleichbehandeln? Der Fehler liegt darin, daß die Formunterschiede zwischen Sozialdemokratie und Faschismus nicht beachtet werden, daß die unterschiedliche Politik von Sozialdemokratie und Faschismus vernachlässigt wird, die auf der verschiedenen Klassenbasis von Sozialdemokratie und Faschismus beruht. Die Sozialdemokratie tritt als Verfechter der bürgerlichen Demokratie auf, in der sie der Arbeiterklasse angeblich zu ihrem Recht verhelfen will. Sprechen Sozialdemokraten, wie Wels auf dem Leipziger Parteitag, von Diktatur, zu der auch sie greifen könnten, dann meinen sie gewaltsame Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die ,,Extremisten von links und rechts". Die KPD und die III. Internationale haben das als Faschismus betrachtet. Aber der Faschismus richtet sich gegen die bürgerliche Demokratie und verficht die offene Diktatur der herrschenden Finanzbourgeoisie über die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Der Faschismus stützt sich dabei nicht auf die Arbeiteraristokratie und die Arbeiterbürokratie, die die bürgerliche Arbeiterpartei und die Gewerkschaften kontrollieren, sondern auf Beamte und Akademiker, auf Teile der neuen Mittelklassen, mit deren Hilfe er die Kleinbourgeoisie und Elemente von Lumpenproletariat kontrolliert. Vernachlässigt man die unterschiedlichen politischen Formen, die den unterschiedlichen Trägern verschiedener politischer Bewegungen entsprechen, dann läuft halt alles auf ein und dasselbe hinaus: Herrschaft der Finanzbourgeoisie. Das stimmt auch, hilft aber nicht viel im Kampf für die proletarische Revolution, der eine konkrete Taktik entsprechend der konkreten Situation braucht.

Vernachlässigung der politischen Formen und ihrer Unterschiede, das zeichnet den Ökonomismus aus, gegen den Lenin stets den erbittertsten Kampf führte. Im Verlauf des I. Weltkrieges tauchte in der russischen Sozialdemokratie eine neue Variante des Ökonomismus auf. Der Kampf für das nationale Sebstbestimmungsrecht wurde abgelehnt. Diese Ablehnung wurde auf alle Forderungen der Demokratie ausgedehnt. Hauptargument war die ,,Undurchführbarkeit" demokratischer Forderungen und die Belanglosigkeit von demokratischen Rechten im Imperialismus. Der Kampf für Demokratie sei durch den Imperialismus überholt, es komme nur noch der Kampf für Sozialismus, für die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in Frage, und von diesem Kampf könnten die demokratischen Forderungen nur ablenken. Lenin ließ sich durch solch ,,linkes" Gerede nicht ins Bockshorn jagen: ,,Das ist eine Art ,imperialistischer Ökonomismus', ähnlich dem alten ,Ökonomismus' von 1894 bis 1902, der folgendermaßen argumentierte: Der Kapitalismus hat gesiegt, *darum* sind politische Fragen sinnlos. Der Imperialismus hat gesiegt, *darum* sind politische Fragen sinnlos! Eine solche apolitische Theorie ist dem Marxismus von Grund aus feind." In Wirklichkeit führte dieser ,,imperialistische Ökonomismus" natürlich nicht zum Verzicht auf Politik, sondern zum Verzicht auf revolutionäre Politik und zum Nachtrab hinter der bürgerlichen Politik. Die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationen muß zur Anerkennung der kolonialen Unterdrückung führen, die Ablehnung der Volksbewaffnung führt zu pazifistischen Losungen der Entwaffnung oder zu Anarchismus. Im Programm der III. Internationale von 1928 wurde die Forderung nach Volksbewaffnung ausdrücklich als überholt zurückgewiesen. Nachher stand die Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus wehrlos da. Ohne demokratisches Programm bleibt die Arbeiterklasse ohne revolutionäre Taktik: ,,Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus *einer* der Fragen der Demokratie, in unserem Falle der nationalen Frage, *entgegen*zustellen. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf *alle* demokratischen Forderungen *verbinden*: die Forderungen der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw. Solange der Kapitalismus fortbesteht, sind alle diese Forderungen nur ausnahmsweise und zudem nur nicht vollständig, nur verstümmelt zu verwirklichen. Indem wir uns auf die schon verwirklichte Demokratie stützen, indem wir die Unvollständigkeit derselben unter dem Kapitalismus entlarven, fordern wir die Niederwerfung des Kapitalismus, die Expropriation der Bourgeoisie, als eine notwendige Basis für die Abschaffung des Massenelends sowie für die *volle* und *allseitige* Durchführung *aller* demokratischer Umgestaltungen. Einige dieser Maßnahmen werden vor der Niederwerfung der Bourgeoisie begonnen werden, andere *im Gange* dieser Niederwerfung, wieder andere nach derselben. Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um *alle* Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endzieles müssen wir einer jeden unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben." Das ist das programmatische Erbe Lenins. Die III. Internationale hat es nicht immer verteidigt. Das ist einer der Gründe, die später eine revisionistische Entartung so vieler Parteien der III. Internationale ermöglichten.

Die III. Internationale – Kampf für die Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht

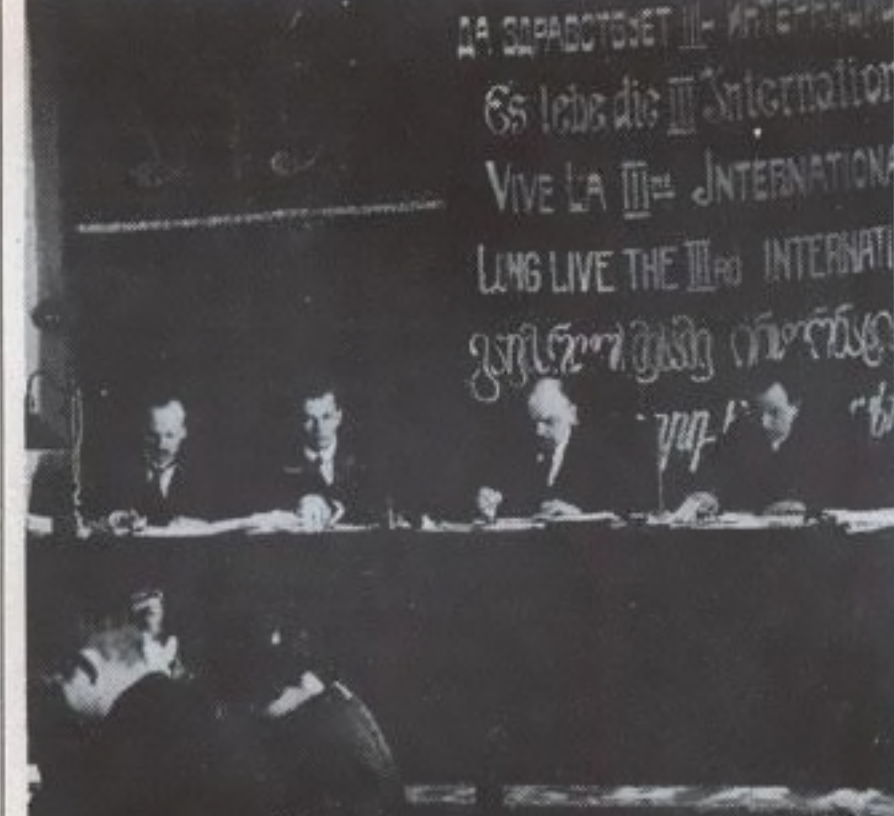
z.bew. Der Kriegsausbruch am 4. August 1914 hatte gezeigt, daß die Mehrzahl der Parteien der II. Internationale, allen voran die deutsche Sozialdemokratie, so vom Opportunismus zersetzt waren, daß der Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Interessen des Proletariats, ohne auf einen breiten, organisierten Widerstand zu stoßen, in den meisten Parteien durchgesetzt werden konnte. Der Opportunismus hatte sich in Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus verwandelt, die Führer der II. Internationale traten allesamt als glühende Vaterlandsverteidiger auf. Die II. Internationale war tot. Die Arbeiterklasse durch den Verrat ihrer Organisationen beraubt.

Der Kampf des internationalen Proletariats gegen den Krieg kam nur stockend und zu Beginn vereinzelt in Gang. Die linken, klassenkämpferischen Kräfte mußten sich erst sammeln und organisieren, um die Massen im Kampf gegen den Krieg zu führen. Mit zunehmender Dauer des Krieges schlossen sich in allen kriegsbeteiligten Ländern die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zusammen und organisierten die Agitation gegen die Einberufungen und an der Front unter den Losungen ,,Schluß mit dem Krieg, Sofortiger Friede ohne Annexion" und entwickelten teilweise die Propaganda für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie, wie die Bolschewiki in Rußland. In Demonstrationen und Streiks der Arbeiterklasse in allen europäischen Ländern verbanden sich die Forderungen gegen den Lohnraub und die Kriegswirtschaft mit den Losungen zur Beendigung des Krieges. In Deutschland stieg die Zahl der Streikenden von 1915 mit 12000 über 124000 (1916) und 651000 (1917) auf 1303248 (1918) und die Streiktage von 42000 (1915) über 245000 und 1860000 (1916 und 1917) auf 5219290 (1918). In allen kriegsbeteiligten Staaten vollzog sich eine ähnliche Entwicklung.

In diesen Kämpfen bildeten sich Elemente der neuen revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse heraus. Lenin charakterisierte nach dem Zusammenbruch der II. Internationale die Lage in der internationalen Arbeiterbewegung: ,,Es gibt drei Strömungen im internationalen Sozialismus: 1. die Chauvinisten, die konsequent die Politik des Opportunismus betreiben; 2. die konsequenten Feinde des Opportunismus, die in allen Ländern bereits auf den Plan zu treten beginnen und die fähig sind, revolutionäre Arbeit in Richtung des Bürgerkrieges zu leisten; 3. kopflos gewordene und schwankende Leute, die jetzt hinter den Opportunisten einhertrotten und dem Proletariat am meisten durch ihre heuchlerischen Versuche schaden, den Opportunismus sozusagen wissenschaftlich und marxistisch zu rechtfertigen." Die Manifeste der Zimmerwalder und der Kienthaler Konferenz (5.–8. September 1915 und 24.–30. April 1916), Versammlungen von Vertretern der schwankenden opportunistischen Kräfte und der Revolutionäre um Lenin waren Ausdruck dieser Lage. Aufgrund der Mehrheit der opportunistischen Kräfte blieben die Aufrufe zum Frieden leere Appelle ohne die Angabe konkreter Mittel für den Kampf gegen den Krieg, der Verrat der sozialchauvinistischen Vertreter der II. Internationale wurde nicht angegriffen. Solange die Linke in dieser Lage nicht nur keinen konsequenten Trennungsstrich zu den schwankenden opportunistischen Kräften zog, sondern sogar noch vor dem organisatorischen Bruch mit den offenen Sozialchauvinisten zurückschreckte, mußte die organisierende Tätigkeit immer wieder in Halbheiten stecken bleiben. Es war das Verdienst der russischen Bolschewiki und hier vor allem Lenins, beständig auf diese Trennung hingearbeitet zu haben, die die russischen Sozialdemokraten schon 1903 vollzogen hatten.

Im Oktober 1917 stürzten die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten, geführt von den Bolschewiki, die bürgerliche Kerenskiregierung, nachdem sie in der Februarrevolution die Zarenherrschaft abgeschüttelt hatten. In der Oktoberrevolution zerschlugen die in Sowjets organisierten Arbeiter- und Bauernmassen den bürgerlichen Staatsapparat und setzten mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats das Werk der Pariser Kommune fort. Die Verteilung des Bodens, die Nationalisierung des industriellen Kapitals und die sofortige Einleitung einer Waffenstillstandspolitik waren die ersten Maßnahmen dieser Arbeiter- und Bauernregierung.

Der russische Oktober wirkte wie ein Fanal auf die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklassen und Volksmassen in Europa und auf die nationalrevolutionären Kämpfe in den Kolonien. Deutschland, Österreich, England, Frankreich, Italien und die USA wurden im Frühjahr 1918 von mächtigen Streikkämpfen erfaßt. Als der Krieg am 11. November mit dem Sturz der Monarchie in Deutschland und Österreich und dem Sieg der Ententemächte zu Ende war, gingen die Kämpfe der Arbeiterklasse und Volksmassen weiter. In der Novemberrevolution, den Januaraufständen und mit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten machte sich das deutsche Proletariat die Losungen der russischen Klassenbrüder zu eigen. In diesen Kämpfen, die in den meisten europäischen Staaten fortgesetzt wurden, bildeten sich die neuen Klassenorganisationen des Proletariats heraus. Im August wurde die finnische und lettische Kommunistische Partei gegründet, im November in Ungarn und Österreich, im Dezember in Deutschland und in Polen. Neben diesen neuen Parteien hatten die linken und kommunistischen Kräfte in den Arbeiterorganisationen in Bulgarien, Schweden, Griechenland, Norwegen, Serbien, Kroatien und Slowenien die Mehrheit erobert. In den anderen Ländern hatten sich aus den alten opportunistischen Parteien kommunistische Gruppen herausgebildet. ,,Die III. Internationale entstand faktisch im





Präsidium des 1. Kongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau 2.–6.3.1919. Lenin hält eine Ansprache auf der internationalen Kundgebung anläßlich der Eröffnung des 2. Kongresses der Komintern 19.7.1920 in Petrograd.

Auszüge aus den Gründungsdokumenten der Kommunistischen Internationale (1919 – 1943)

Thesen und Referat W.I. Lenins über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, vorgetragen und bestätigt auf dem Internationalen Kommunistischen Kongreß am 4. März 1919

1. Das Wachstum der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern hat bei der Bourgeoisie und ihren Agenten in den Arbeiterorganisationen krampfhafte Bemühungen hervorgerufen, um ideologisch-politische Argumente für die Verteidigung der Herrschaft der Ausbeuter zu finden. Unter diesen Argumenten wird die Verurteilung der Diktatur und die Verteidigung der Demokratie besonders hervorgehoben. Die Verlogenheit und Heuchelei eines solchen Arguments, das in der kapitalistischen Presse und auf der im Februar 1919 in Bern abgehaltenen Konferenz der gelben Internationale tausendfältig wiederholt wird, sind jedem klar, der nicht Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus üben will.

2. Vor allem operiert diese Beweisführung mit den Begriffen ,,Demokratie überhaupt" und ,,Diktatur überhaupt", ohne danach zu fragen, von welcher Klasse die Rede ist ... Denn in keinem der zivilisierten kapitalistischen Länder existiert eine ,,Demokratie überhaupt", sondern es existiert nur eine bürgerliche Demokratie, und es ist die Rede nicht von der ,,Diktatur überhaupt", sondern von der Diktatur der unterdrückten Klassen, d.h. des Proletariats, über die Unterdrücker und Ausbeuter, d.h. über die Bourgeoisie, zur Überwindung des Widerstands, den die Ausbeuter im Kampf um ihre Herrschaft leisten ...

7. Die ,,Versammlungsfreiheit" kann als Musterbeispiel einer Forderung der ,,reinen Demokratie" angeführt werden. Jeder bewußte Arbeiter, der mit seiner Klasse nicht gebrochen hat, versteht sofort, daß es ein Unding wäre, den Ausbeutern die Versammlungsfreiheit für die Periode und Situation zu versprechen, in der die Ausbeuter sich ihrem Sturz widersetzen und ihre Vorrechte verteidigen. Die Bourgeoisie hat, als sie revolutionär war, weder in England im Jahr 1649 noch in Frankreich im Jahre 1793 den Monarchisten und Adligen ,,Versammlungsfreiheit" gewährt, als diese ausländische Truppen ins Land riefen und sich ,,versammelten", um einen Restaurationsversuch zu organisieren ... Andererseits wissen die Arbeiter sehr gut, daß die ,,Versammlungsfreiheit" sogar in der demokratischsten bürgerlichen Republik eine leere Phrase ist, denn die Reichen haben die besten öffentlichen und privaten Gebäude zu ihrer Verfügung, sie haben auch genügend Muße für Versammlungen, und diese genießen den Schutz des bürgerlichen Machtapparats. Die Stadt- und Dorfproletarier sowie die Kleinbauern, d.h. die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, haben weder das eine noch das andere, noch das dritte. Solange das so bleibt, ist die ,,Gleichheit", d.h. die ,,reine Demokratie", ein Betrug. Um die wirkliche Gleichheit zu erobern, um die Demokratie tatsächlich für die Werktätigen zu verwirklichen, muß man zuerst den Ausbeutern alle öffentlichen und privaten Prachtbauten wegnehmen, zuerst den Werktätigen Muße verschaffen, muß die Freiheit ihrer Versammlungen von bewaffneten Arbeitern, nicht aber von Söhnen des Adels oder von Offizieren aus kapitalistischen Kreisen mit eingeschüchterten Soldaten verteidigt werden ...

8. Die ,,Preßfreiheit" ist auch eine der Hauptlosungen der ,,reinen Demokratie". Aber wiederum wissen die Arbeiter, und die Sozialisten aller Länder haben es millionenmal gesagt, daß diese Freiheit Betrug ist, solange die besten Druckereien und die größten Papiervorräte sich in den Händen der Kapitalisten befinden und solange die Macht des Kapitals über die Presse bestehenbleibt ...

13. Der zweite theoretische und politische Fehler der Sozialisten besteht darin, daß sie nicht verstehen, daß die Formen der Demokratie im Laufe der Jahrtausende, angefangen von den Keimen im Altertum, einander unvermeidlich abgelöst haben in dem Maße, wie eine herrschende Klasse die andere ablöste. In den Republiken des alten Griechenlands, in den Städten des Mittelalters, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und verschiedene Ausdehnung. Es wäre der größte Unsinn, anzunehmen, daß die tiefstgreifende Revolution in der Geschichte der Menschheit, bei der zum ersten Mal in der Welt die Macht von der ausbeutenden Minderheit an die ausgebeutete Mehrheit übergeht, sich im alten Rahmen der alten, bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie vollziehen kann, daß sie sich ohne umwälzende Veränderungen vollziehen kann, ohne neue Formen der Demokratie, neue Institutionen zu schaffen, die die neuen Bedingungen für ihre Anwendung verkörpern usw ...

Ich habe einen Vorschlag zu machen, der dahin geht, eine Resolution anzunehmen, in der speziell drei Punkte hervorgehoben werden sollen:

Erstens: Eine der wichtigsten Aufgaben für die Genossen der westeuropäischen Länder besteht darin, die Massen über die Bedeutung, die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Rätesystems aufzuklären. Darüber herrscht Mangel an Verständnis. Wenn auch Kautsky und Hilferding bankrott sind als Theoretiker, so beweisen doch die letzten Artikel in der ,,Freiheit", daß sie die Stimmung der zurückgebliebenen Teile des deutschen Proletariats richtig darstellen. Es war auch hier so: In den ersten acht Monaten der russischen Revolution wurde die Frage der Sowjetorganisation sehr viel diskutiert, und den Arbeitern war es unklar, worin das neue System bestände, und ob man aus den Räten einen Staatsapparat machen könnte. Wir gingen in unserer Revolution praktisch, nicht theoretisch vor. Die Frage der Konstituante haben wir früher zum Beispiel nicht theoretisch gestellt, wir haben nicht gesagt, daß wir die Konstituierende Ver-

Jahre 1918, als der langjährige Prozeß des Kampfes gegen den Opportunismus und Sozialchauvinismus, besonders während des Krieges, in einer Reihe von Nationen zur Bildung von Kommunistischen Parteien geführt hatte." (Lenin)

Am 5. März, einen Monat, nachdem in Bern die Vertreter der sozialchauvinistischen Parteien die Neuerrichtung der II. Internationale beschlossen hatten, trafen in Moskau 51 Vertreter von 34 kommunistischen Parteien und Organisationen aus 30 Ländern zusammen und gründeten die III., die Kommunistische, Internationale. In dem vom Gründungskongreß verabschiedeten „Manifest der Kommunistischen Internationale", dem „Beschluß über die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz" und vor allem in den von Lenin formulierten „Leitsätzen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur" wurden ein klarer Trennungsstrich zu den sozialchauvinistischen Parteien der II. Internationale und den revisionistischen Verfälschungen des wissenschaftlichen Sozialismus gezogen und die Grundlagen gelegt für die Entwicklung einer Strategie und Taktik der Kommunistischen Parteien in der Phase der revolutionären Machtergreifung des Proletariats. Mit der Gründung der III. Internationale knüpften die Vertreter der Kommunistischen Parteien an die von Marx und Engels geführte Internationale Arbeiterassoziation und die positiven Elemente der II. Internationale an. „Die I. Internationale legte den Grundstein zum internationalen proletarischen Kampf für den Sozialismus. Die II. Internationale war eine Epoche der Vorbereitung des Bodens für eine weite Ausbreitung der Bewegung unter den Massen in einer Reihe von Ländern. Die III. Internationale übernahm die Früchte der Arbeit der II. Internationale, beseitigte ihren opportunistischen, sozialchauvinistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Unrat und *begann*, die Diktatur des Proletariats zu *verwirklichen* ... Die weltgeschichtliche Bedeutung der III. Internationale besteht darin, daß sie damit begonnen hat, die große Losung von Marx in die Tat umzusetzen, die Losung, die aus der hundertjährigen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats." (Lenin).

Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale (23.7.–7.8.1920) in Moskau, auf dem 218 Delegierte aus 40 Ländern 70 revolutionäre Organisationen vertraten, wurde mit der Verabschiedung der Statuten und der „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" die organisatorische und politische Grundlage für die Mitarbeit in der Komintern festgelegt: „Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft." (§1 der Statuten). In den von Lenin formulierten „Bedingungen für die Aufnahme" waren die Grundlagen gelegt für die Entwicklung einer korrekten revolutionären Strategie und Taktik, deren Einhaltung Pflicht für die in der Komintern zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien war: schonungslose Trennung von allen opportunistischen Vertretern, Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, Propaganda und kommunistische Zellen in der Armee, planmäßige Agitation auf dem Land, konsequente Unterstützung des nationalrevolutionären Kampfs der Völker der Kolonien, Arbeit in den Gewerkschaften. Diese Aufnahmebedingungen wie die zu einzelnen Fragen verabschiedeten Leitsätze stellten nicht nur einen konsequenten Bruch mit dem offenen und versteckten Opportunismus dar, sondern schoben aufgetretenen „linken" Abweichungen einen Riegel vor. In den Grundprinzipien der kommunistischen Bewegung, der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, hatte damit die III. Internationale aufgeräumt mit den revisionistischen Verfälschungen der Vertreter der II. Internationale, und in den entscheidenden Fragen der Strategie und Taktik war den revolutionären Prinzipien, wie sie von Marx und Engels entwickelt worden waren, wieder zur Geltung verholfen worden, konkretisiert durch die Erfahrungen der russischen Revolution und den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion.

Auch als die revolutionären Massenkämpfe in den kapitalistischen Ländern abebbten und die Bourgeoisie ihre Herrschaft stabilisieren konnte, konnte die Komintern mit der Entwicklung der Einheitsfronttaktik auf dem 4. Kongreß (1922) eine konkrete taktische Richtlinie für die einzelnen Parteien vorschlagen. Mit dem zunehmenden Generalangriff der Bourgeoisie und ihrem Übergang in die strategische Offensive Mitte der 20er Jahre traf die Komintern und ihr Exekutivkomitee (EKKI) verhängnisvolle Fehleinschätzungen und fiel mit der Formulierung der RGO-Politik und der Sozialfaschismustheorie in alte „Kinderkrankheiten" zurück, die Lenin zeitlebens schärfstens bekämpft hatte und die erst auf dem VII. Weltkongreß 1935 korrigiert wurden. Am 15. Mai 1943 wurde die III. Internationale aufgelöst.

Es bleibt das Verdienst der Kommunistischen Internationale, in vielen grundlegenden Fragen der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung den kommunistischen Parteien eine korrekte Anleitung gegeben zu haben. Vor allem hat sie die entscheidende strategische Aufgabe für den siegreichen Kampf des internationalen Proletariats in der Epoche des Imperialismus formuliert und in der Praxis selbst in Angriff genommen, mit der Herstellung der Verbindung zwischen den Kämpfen der revolutionären Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten und dem nationalrevolutionären Kampf der Völker der Kolonien und Halbkolonien. Auf dem von der Kommunistischen Internationale einberufenen Kongreß der Völker des Ostens vom 1.–9.8.1920 in Baku wurde erstmals die Losung formuliert: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der ganzen Welt vereinigt euch!".

Die III. Internationale führt den Kampf gegen die imperialistische Intervention in China

z.lup. Am 24. März 1927 eröffneten englische, amerikanische, japanische, französische und italienische Kriegsschiffe das Feuer auf Shanghai, das drei Tage zuvor durch einen Aufstand der Shanghaier Arbeiter befreit worden war. Dies war ein Höhepunkt der unentwegten Interventionen der verschiedenen, untereinander rivalisierenden Mächte in China, die zum Ziel hatten, gestützt auf verschiedene Militärmachthaber und den rechten Flügel der Kuomintang unter Tschiang Kaishek den revolutionären Aufschwung der Arbeiter- und Bauernbewegung Chinas zu brechen, die Gewerkschaften, die Bauernvereinigungen und vor allem die Kommunistische Partei Chinas zu zerschlagen und die imperialistische Herrschaft über China erneut zu sichern, und stand im Zusammenhang mit dem Einkreisungsfeldzug gegen die Herrschaft der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Die Kommunistische Internationale und die in ihr zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien haben unentwegt die internationale Arbeiterklasse zur Unterstützung des Kampfes der chinesischen Arbeiter und Bauern und zum Kampf gegen die imperialistische Intervention in China aufgerufen und stets klargemacht, daß der revolutionäre Kampf der Völker des Ostens gegen den Imperialismus von entscheidender Bedeutung für die proletarische Revolution insgesamt ist. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schrieb im September 1926 in einem Aufruf:

„Die Arbeiter- und Bauernmassen der kapitalistischen Länder haben mehr als einmal gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, die imperialistischen Großmächte erneut gegen das chinesische Volk, das um seine Befreiung kämpft, oder gar gegen die Union der ersten Arbeiter- und Bauernrepubliken ins Feld ziehen zu lassen. Die Kommunistische Internationale ruft die Arbeiter und Bauern und alle mit dem Freiheitskampfe des chinesischen Volkes sowie dem sozialistischen Aufbau der Sowjetunion mitfühlenden Kreise aller Schichten der Bevölkerung der kapitalistischen Länder auf, den imperialistischen Räubern in den Arm zu fallen, die neue Intervention mit allen Mitteln zu verhindern."

Die KPD, die immer wieder große Manifestationen der deutschen Arbeiterklasse zur Unterstützung der chinesischen Revolution organisierte – Demonstrationen, Kundgebungen, Geldsammlungen, Beschlüsse von Betriebsversammlungen und Gewerkschaften usw. – erklärte im April 1927 in der „Roten Fahne": „Die chinesische Revolution ist ein Teil der Weltrevolution. Jeder Schlag, der dort auf die Schädel der Imperialisten niedersaust, schwächt den Angriff im eigenen Land und stärkt die Kampfkraft des Weltproletariats. Deshalb die tiefste Versicherung an unsere chinesischen Brüder, daß wir alles tun werden, um das internationale Proletariat für die aktive Unterstützung der chinesischen Revolution zu gewinnen."


Kundgebung der chinesischen Revolutionsarmee.

Generalstreik 1926 in England: Eine neue Ära im Kampf des Proletariats

z.rua. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts jagte vor allem die aufkommende Großmacht USA der britischen Bourgeoisie Weltmarktanteile ab. Diese versuchte ihre Stellung durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter zu halten und senkte die Reallöhne beständig. Der Kampfwille der Arbeiter dagegen erstarkte. Deutlich trat der Charakter der Staatsmacht als ausführendes Organ der Bourgeoisie hervor. Den Eisenbahnerstreik 1911 schlug die Bourgeoisie mit ihren bewaffneten Formationen nieder. Von da an war die Regierung an jeder Niederwerfung von Streiks beteiligt; unter den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterbewegung wuchs aber auch das Bewußtsein, daß der wirtschaftliche mit dem politischen Kampf verbunden werden muß. Die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften negierten diesen Kampf und beschworen den Trade-Unionismus und das Auskommen mit der Staatsmacht.

Die englische Bourgeoisie sah die unvermeidlich auf sie zukommenden Klassenkämpfe, aber sie sah auch die bestehende Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung und suchte die Schlacht. Sie mobilisierte ihre bewaffneten Formationen. Im März 1926 veröffentlichte die staatliche Kohlekommission einen Bericht mit Empfehlungen zum Abbau der Bergarbeiterlöhne. Die Arbeiterbewegung erkannte, daß der Schlag sie insgesamt treffen sollte, und drängte zum Streik. Auf ihren Druck mußte der sozialdemokratische Generalrat der Gewerkschaften in der Nacht zum 1. Mai den Generalstreik ab 3. Mai ausrufen. Er beschwor, daß es sich ausschließlich um einen wirtschaftlichen Kampf handele, und stellte keinerlei politische Forderungen auf. Mehr als 5 Mio. Arbeiter beteiligten sich an dem Generalstreik und legten die Wirtschaft des Landes lahm. Die Regierung setzte Truppen und Streikbrecher ein; sie konnte den Kampf nicht brechen.

Die Kommunistische Internationale unterstützte den Kampf der britischen Arbeiter entschlossen. In ihrem Aufruf vom 5. Mai an die Arbeiter aller Länder heißt es: „Bergarbeiter in Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Amerika, Japan und anderen Ländern! Der Sieg Eurer britischen Brüder, der auch Euer Sieg sein wird, hängt von Euch ab. Nicht eine einzige Tonne Kohle oder Öl darf in britische Häfen gesandt werden ... Transportarbeiter und Eisenbahner überall in der Welt, die Augen des kämpfenden britischen Proletariats sind auf Euch gerichtet. Ihr dürft nicht zulassen, daß ein einziger Zug oder Schiff Kohle oder Öl nach Großbritannien transportiert ..." (Dokumente der Kommunistischen Internationale, Bd.II, engl. Ausgabe).

Der Generalrat wies die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung zurück. Er weigerte sich, die in 2 Tagen von den russischen Gewerkschaften gesammelten 2,25 Mio. Rubel sowie jede Unterstützung der russischen Arbeiter anzunehmen. Nach 10 Tagen Generalstreik kapitulierte er vor der britischen Bourgeoisie und proklamierte den Streikabbruch. Im Gefolge wurde der Arbeitstag der Bergarbeiter von acht auf neuen Stunden ausgedehnt; die Löhne – 52% niedriger als 1922 – wurden um 10% gekürzt. Der Generalstreik endete mit einer Niederlage; er offenbarte schroff die Notwendigkeit des einheitlichen Klassenkampfes unter revolutionärer Führung.



Streikversammlung der britischen Seeleute in London, Juni 1911

sammlung nicht anerkennen. Erst später, nachdem die Sowjetorganisationen sich über das ganze Land verbreitet und die politische Macht erobert hatten, erst dann sind wir dazu gekommen, die Konstituante auseinanderzujagen ... Die Bedeutung des Rätesystems ist für die große Masse der politisch gebildeten Arbeiter Deutschlands heute noch nicht klar, weil sie im parlamentarischen System und in bürgerlichen Vorurteilen erzogen ist.

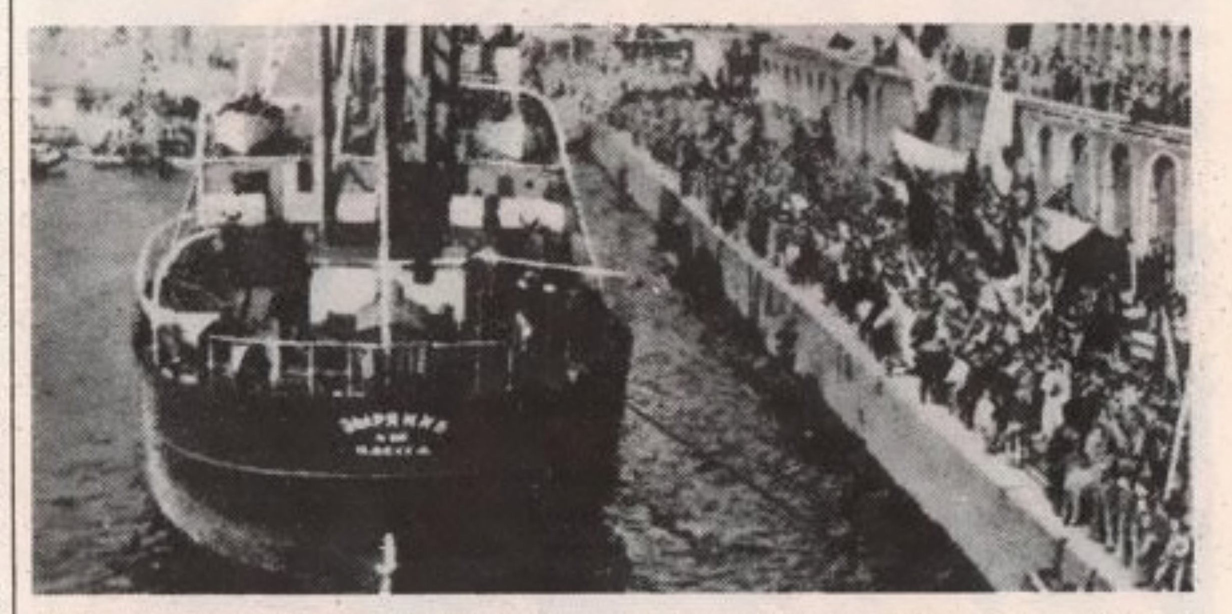
Zweitens: Über die Ausbreitung des Rätesystems. Wenn wir hören, wie schnell die Räte in Deutschland und sogar in England Erfolg haben, so ist das für uns der wichtigste Beweis, daß die proletarische Revolution zum Siege kommen wird. Man kann sie nur auf kurze Zeit aufhalten. Aber etwas anderes ist es, wenn der Genosse Albert und der Genosse Platten uns mitteilen, daß es bei ihnen auf dem Lande, unter den Landarbeitern und Kleinbauern, fast gar keine Räte gibt. Ich habe in der „Roten Fahne" einen Artikel gegen die Bauernräte, aber – ganz richtig – für die Landarbeiter- und Kleinbauernräte gelesen. Die Losung der Bourgeoisie und ihrer Lakaien, wie Scheidemann und Co., war schon: Bauernräte. Aber erst die Landarbeiter- und Kleinbauernräte sind das, was wir brauchen. Leider sehen wir jedoch ... daß für die Ausbreitung des Rätesystems auf dem Lande besonders wenig getan wurde. Darin besteht vielleicht noch eine praktische und ziemlich große Gefahr für den sicheren Sieg des deutschen Proletariats. Der Sieg kann nur dann als gesichert gelten, wenn nicht nur die städtischen Arbeiter, sondern auch die ländlichen Proletarier organisiert sind, und zwar organisiert nicht wie früher in Gewerkschaften und Genossenschaften, sondern in Sowjets. Bei uns war der Sieg dadurch leichter, daß wir im Oktober 1917 mit der Bauernschaft gingen, mit der ganzen Bauernschaft. Damals blieb unsere Revolution für das Land, für das Dorf, noch eine bürgerliche, und erst später, nach einem halben Jahr, waren wir gezwungen, im Rahmen der Staatsorganisation den Grundstein zum Klassenkampf in den Dörfern zu legen, in jedem Dorf Komitees der Dorfarmut, der Halbproletarier zu gründen und systematisch gegen die ländliche Bourgeoisie zu kämpfen. Das war bei uns unvermeidlich wegen der Rückständigkeit Rußlands. Das wird in Westeuropa anders sein und deshalb müssen wir betonen, daß die Ausbreitung des Rätesystems auch für die ländliche Bevölkerung in entsprechenden, vielleicht neuen Formen absolut notwendig ist.

„Die Sache des Republikanischen Spaniens ist die Sache aller Völker der Welt"

z.brb. Die Kommunistischen Parteien waren die führende Kraft des internationalen Proletariats bei der Unterstützung der spanischen Republik. Sie führten in Europa und in den USA Solidaritätsaktionen durch und sammelten Geld für Waffen- und Nahrungsmittellieferungen nach Spanien. Antifaschisten aus aller Welt, insbesondere aus Deutschland und Italien, kämpften als Freiwillige in den Internationalen Brigaden auf Seiten der Republik.

Nach Ausbruch der Kämpfe im Juli 1936 proklamierten die westlichen Imperialisten und die Sowjetunion im August die Nichteinmischung. Für die Imperialisten war das die Begründung für Boykottmaßnahmen, die sich faktisch gegen die spanische Republik richteten, während die deutschen und italienischen Faschisten Franco ungehindert mit Kriegsmaterial ausrüsteten. Die Sowjetunion hob deshalb bereits einen Monat später das erlassene Exportverbot gegen Spanien wieder auf und lieferte mit Unterstützung der Parteien der III. Internationale Waffen, Nahrungsmittel und Bekleidung an die Republik. Dabei mußten sie die Dampfer durch die Linien der deutschen und italienischen Kriegsschiffe bringen, die versuchten, die spanische Küste abzuriegeln.

Im Aufruf der internationalen Konferenz der Kommunistischen Parteien vom April 1937 wurden deshalb folgende Aktionslosungen für den 1. Mai festgelegt: „Wiederherstellung der Handelsfreiheit für das republikanische Spanien / Zurückziehung der deutschen und italienischen Schiffe, welche die republikanische Küste blockieren / Einberufung des Völkerbunds, damit die vom Völkerbundspakt vorgesehenen Sanktionen in Kraft treten / Überall muß die materielle Solidarität mit dem spanischen Volk organisiert werden. Medikamente und all das, was zur Rettung gefährdeter Menschenleben notwendig ist, muß nach Spanien geschickt werden ... Die Sache des republikanischen Spaniens ist die Sache aller Völker der Erde."


Ein sowjetischer Dampfer bringt Nahrungsmittel zur Unterstützung der Kämpfe des spanischen Volkes

Chronik der Öl- und Gasförderung in der Nordsee, 1964 bis 1979

1964. Erste Offshore-Bohrung.

1965. Im Oktober stößt eine Probebohrung von BP im britischen Sektor auf die ersten größeren Gaslager.

1967. Im März wird das erste in der Nordsee geförderte Gas über eine 71 Kilometer lange Pipeline nach Großbritannien transportiert.

1970. Im ganzen Jahr werden bereits 52 Bohrungen niedergebracht. Im Laufe des Jahres werden weitere Vorkommen im norwegischen, dänischen und niederländischen Schelf gemeldet. Im Oktober meldet BP den Fund des „Forties"-Feldes, eines der drei größten bisher entdeckten Felder.

1972. Norwegen: Der neugebildete staatliche Ölkonzern Statoil muß an allen zukünftigen Lizenzen mit mindestens 20% beteiligt werden.

1973. Die bis dahin entdeckten Vorkommen betragen nach Angaben der Ölmonopole 1,6 Mrd. Tonnen Öl und 1400 bis 1700 Milliarden Kubikmeter Gas. Im ganzen Jahr werden bereits 11,1 Milliarden Kubikmeter Gas und 2 Mio. Tonnen Öl gefördert.

1974. Im August sind 43 Bohranlagen im Einsatz, die 121 neue Bohrungen durchführen. Die Zahl der Forschungsschiffe ist auf 15 gestiegen, jedes der Schiffe vermißt im Laufe des Jahres eine Strecke von 25000 Meilen. 36 neue Öl- und Gasfunde werden gemeldet. Die bereits entdeckten oder als sicher angenommenen Lagerstätten umfassen jetzt 5,6 Mrd. Tonnen Öl und 2600 Mrd. Kubikmeter Gas. 3,8 Mrd. Tonnen Öl und 700 Mrd. Kubikmeter Gas lagern davon auf britischem Gebiet. Nach Angaben der britischen Regierung sind auf dem britischen Schelf von den Ölmonopolen inzwischen 1,415 Mrd. US-Dollar investiert worden, 884 Mio. Dollar davon von britischen Monopolen, vor allem BP. Acht britische Gewerkschaften schließen sich zu einem Komitee zusammen, um gemeinsam die Plattformarbeiter in ihren gewerkschaftlichen Kämpfen zu organisieren.

1975. Im Mai des Jahres gelingt es den britischen Gewerkschaften mit Unterstützung der Internationalen Transportarbeiterföderation, auf der Plattform „Ocean Victory" des Ölmonopols ODECO zum ersten Mal die Wahl und Anerkennung von Vertrauensleuten durchzusetzen. Allein im britischen Sektor investieren die Ölmonopole in diesem Jahr 2,6 Mrd. US-Dollar. Die Ölförderung steigt auf 1,5 Mio. Tonnen (UK) und 9,3 Mio. Tonnen (Norwegen). Die dänische Regierung vergibt 20 Förderlizenzen vor der Küste Grönlands.

Küste Grönlands.

1976. Der Anfang des Jahres gebildete staatliche Ölkonzern British National Oil Corporation (BNOC) muß an allen neuen Förderlizenzen mit 51% beteiligt werden. In den letzten zehn Jahren sind allein im britischen Sektor 80 Taucher ums Leben gekommen. Die britischen Gewerkschaften setzen ein Abkommen mit den Ölmonopolen durch, das ihnen Zugang zu allen Plattformen auf britischem Gebiet einräumt. Die 4500 Arbeiter auf diesen Plattformen fördern im Laufe des Jahres 11,8 Mio. Tonnen Öl. Die Förderung in Norwegen steigt auf 14 Mio. Tonnen.

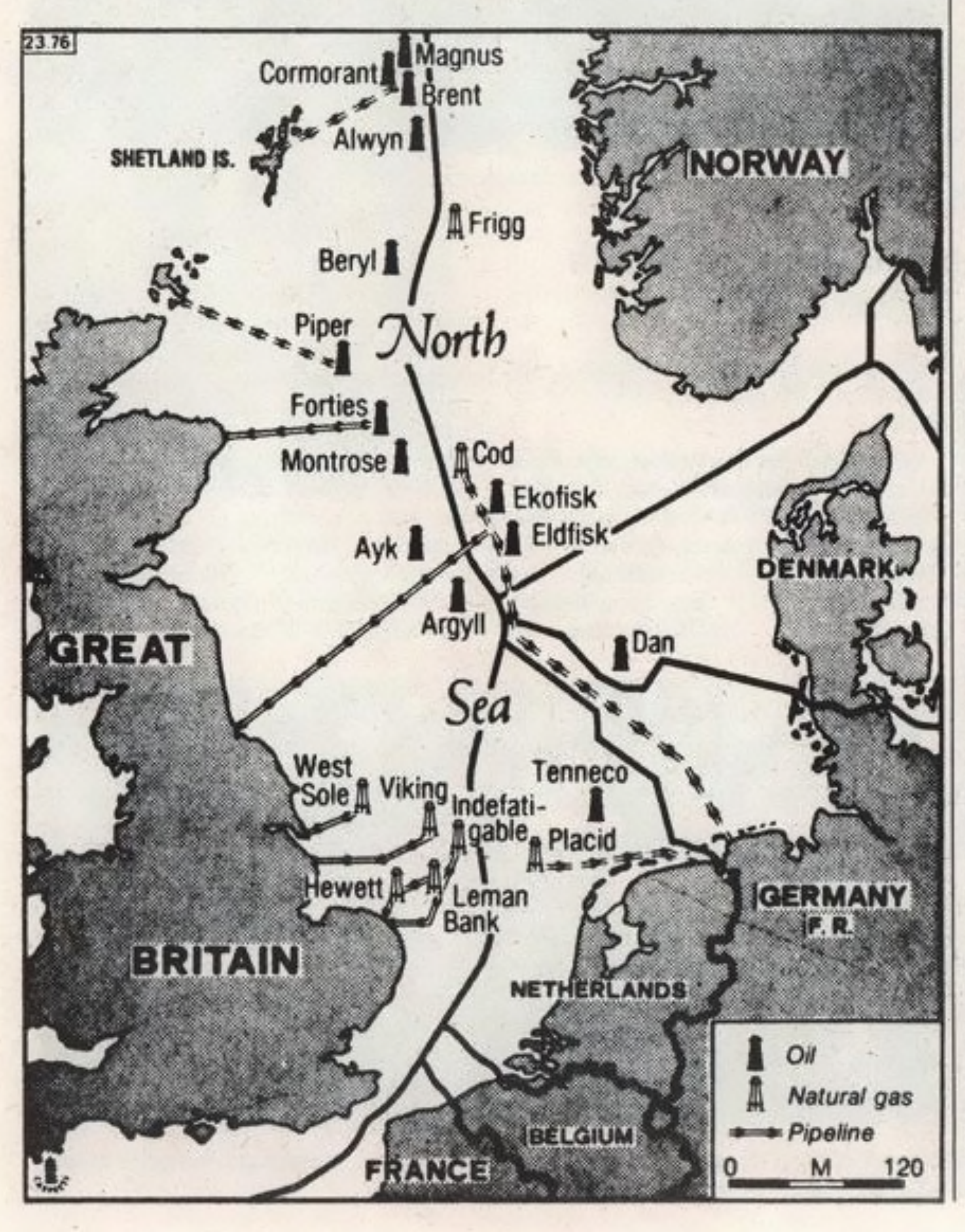
1977. Im April explodiert ein Bohrloch im norwegischen Ekofisk-Feld. Ölförderung im UK-Schelf: 37,2 Mio. Tonnen, in Norwegen 14 Mio. Tonnen.

1978. Nach Angaben der britischen Regierung haben die Ölmonopole auf dem britischen Schelf seit 1965 8,8 Mrd. Pfund investiert. Bei einem Rohölpreis von etwa 12 Dollar pro Barrel beträgt – ebenfalls nach Angaben von britischen Steuerbeamten – die Profitrate der Ölmonopole vor Steuern, aber abzüglich der Zinsen, auf den einzelnen Feldern zwischen 23,5% und 47,1%. Anfang des Jahres wird das „Gesetz über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz" auf das Schelfgebiet ausgedehnt, aber ohne die darin eingeräumten Kontrollrechte der Gewerkschaften. Die Zahl der Arbeiter auf dem britischen Schelf steigt auf 12500, die Förderung auf 52,8 Mio. Tonnen Öl (Norwegen: 17,8 Mio. Tonnen).

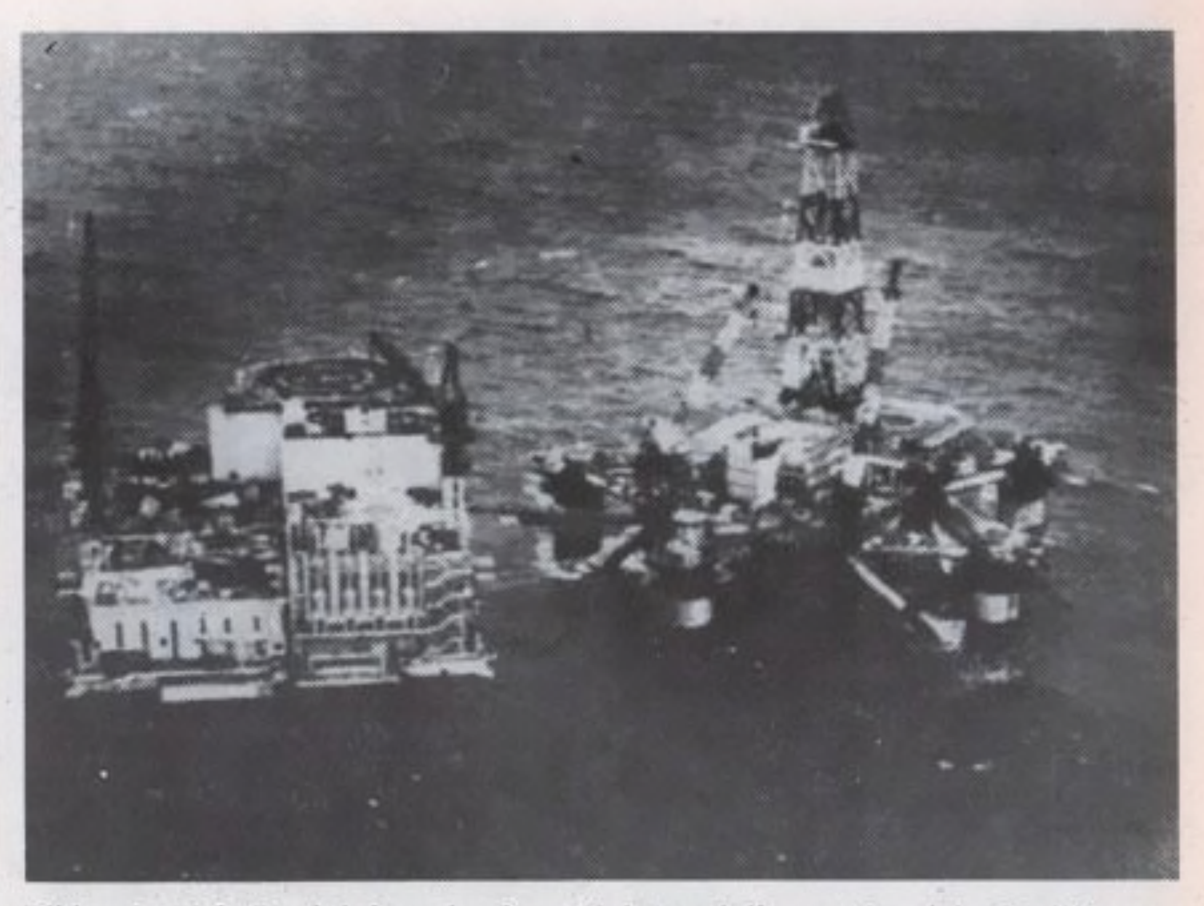
1979. Seit März ist der westdeutsche VEBA-Konzern an BP beteiligt. Die BP kontrolliert in der Nordsee Felder mit mehr als 600 Mio. Tonnen Öl. Bei gleichbleibender Zahl der Arbeiter steigt die Ölförderung auf dem britischen Schelf auf 77,9 Mio. Tonnen, in der ganzen Nordsee auf knapp 100 Mio. Tonnen. Von Januar bis März streiken 4000 Montagearbeiter auf den britischen Plattformen. Ihre Hauptforderung: alle zwei Wochen Landurlaub von zwei statt bisher einer Woche, können sie nicht durchsetzen. Juli bis Anfang August: Etwa 1000 Verpflegungsarbeiter im britischen Sektor streiken für Lohnerhöhung. Im November gibt die britische Regierung bekannt, daß sie das britische Schelfgebiet um ein Gebiet von 18000 Quadratkilometern nördlich des 62. Breitengrads erweitert hat. Ende des Jahres künden BP und SHELL an, daß sie demnächst westlich der Shetland-Inseln und westlich von Irland erste Bohrungen bei 350 Metern Meerestiefe niederbringen werden.

derbringen werden.

Öl- und Gasförderung in der Nordsee







Arbeit an einer Bohrstelle auf hoher See. *Bild rechts:* Die Produktionsplattform (links) und die am Abend des 27. März gekenterte Versorgungsplattform (rechts) der norwegischen Bohrinsel „Alexander Kjelland". Da die Versorgungsplattform wechselweise als Bohr- und Wohnplattform eingesetzt wurde, blieb der Bohrturm stehen. 124 Ölarbeiter und Personal der Versorgungsplattform wurden in den Tod gerissen. *3. Bild:* „Blow-out" auf der Bohrinsel „Bravo", ebenfalls im Ekofisk-Ölfeld. Das war im April 1977. Die 112köpfige Besatzung konnte damals im letzten Moment evakuiert werden. Ständige

Ölarbeiter: 168 Arbeitsstunden in zwei Wochen

Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter auf den Nordsee-Plattformen

z.rül.London. „Einmal mußte ich mit einem lecken Kran arbeiten – das ganze Deck war voll Öl. Ich meldete das, aber sie kümmerten sich nicht darum. Die Versorgungsgüter mußten entladen werden. Natürlich rutschte dann einer von den Burschen aus und brach sich die Rippen. Jetzt sind die Verhältnisse besser, aber keine Schicht vergeht ohne einen Unfall. Bei meinem letzten Einsatz wurde ein Roughneck (Hilfsarbeiter) von einem losgegangenen Bolzen mitten ins Gesicht getroffen, und ein Driller (Arbeiter am Bohrgestänge) verlor zwei Finger, als ein Zementkasten auseinanderbrach."

„Ich hab jetzt vier Jahre auf den Plattformen gearbeitet. Ich selbst hab zwei Zähne verloren und einen gebrochenen Fußknöchel gehabt. Ich hab nur einmal gesehen, wie einer getötet wurde – das war ein Kranführer, die Ladung fiel herunter und zertrümmerte seine Kabine. Sie mußten sich durch das Metall durchschweißen, um ihn herauszukriegen. Aber ich hab natürlich von einem Haufen anderer Unfälle gehört. Einmal zum Beispiel löste sich ein Kran bei der Arbeit und stürzte ins Meer. Der Mann hatte keine Chance."

„In den 19 Monaten, in denen ich auf der Plattform war, hab ich zwei gute Freunde verloren. Beide wurden über Bord gespült und ertranken. Ich hab gesehen, wie zwei Burschen häßliche Stürze hatten und sich die Beine brachen. Zertrümmerte Finger, blutige Schnittwunden, Männer, die durch Kopfverletzungen bewußtlos wurden Schnittwunden, Männer, die durch Kopfverletzungen bewußtlos wurden – solche Sachen sind normal, das gehört dazu."

185 Arbeiter sollen seit 1965 bei der Öl- und Gasförderung in der Nordsee zu Tode gekommen sein, nach offiziellen Zahlen. Die tatsächliche Zahl liegt deutlich höher. So kamen nach amtlichen britischen Angaben zwischen 1961 und 1976 insgesamt 27 Taucher im britischen Sektor ums Leben. Der britische Taucherberufsverband berichtete zum gleichen Zeitpunkt, daß allein in den letzten zehn Jahren 80 Taucher umgekommen sind. Nach einem Bericht schottischer Ärzte ist die Todesrate auf den Plattformen zehnmal so hoch wie im Bergbau und fünfzigmal so hoch wie in der gesamten britischen Industrie.

Auf den ersten Blick scheinen die Löhne der Arbeiter auf den Plattformen für den britischen Lohnstandard hoch zu sein. Von J. McConnachie, dem Bezirkssekretär der AUEW in Aberdeen in Schottland, erfuhren wir, daß z.B. ein Montagefacharbeiter auf den Plattformen 4,70 Pfund die Stunde kriegt, das sind etwa 20 DM. Ein angelernter Arbeiter bekommt etwa 15 DM. Tatsächlich werden die Arbeiter aber nur für die Zeit bezahlt, die sie auf den Plattformen arbeiten. Sie müssen nach einem System von zwei Wochen „Offshore" und einer Woche Landurlaub arbeiten. In den zwei Wochen auf der Plattform arbeiten sie jeden Tag zwölf Stunden in Tag- oder Nachtschicht, ohne jede Zulage. Für die eine Woche Landurlaub dagegen erhalten sie lediglich den halben Stundenlohn, und das auch nur für angerechnete 40 Stunden. Ein Facharbeiter kommt so auf 4100 bis 5400 DM im Monat, je nach Anzahl der Wochen auf der Plattform. Ein angelernter Arbeiter verdient immer noch 3000 bis 4000 DM. Letztes Jahr streikten alle 4000 britischen Montagearbeiter zehn Wochen lang, um einen regelmäßigen zweiwöchigen Landurlaub durchzusetzen, der für die anderen Arbeiter schon länger gilt.

Die Verpflegungsarbeiter, wie Köche, Stewards etc., verdienten noch vor zwei Jahren ganze 48 Pfund die Woche oder knapp 900 DM brutto im Monat. Inzwischen haben sie die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisation durchgesetzt und – nach einem mehrwöchigen Streik Mitte letzten Jahres – einen Lohn von 110 Pfund die Woche oder 1800 DM im Monat. Andere Hilfsarbeiter erhalten 600 Pfund, ca. 2500 DM.

Auf der mittleren Plattform befinden sich die Versorgungstanks mit Wasser und alle Anlagen, die mehr vor Nässe geschützt werden müssen. Hier ist auch die Arbeitsplattform für die eigentliche Bohrmannschaft, die aus vier Mann besteht. Ein fünfter Mann, der sogenannte „Derrickman", sitzt in einer überhöhten Kabine und reguliert von dort aus die Richtung und Geschwindigkeit, mit der die Bohrung vorangetrieben wird. Das Bohrteam überwacht ständig die Zufuhr von Mud und die Abnahme von wieder hochgepreßtem Mud, aus dem Bodenproben genommen werden, vor allem aber wechselt es die Rohrstangen aus bzw. fügt neue ein. Die Kapitalisten drängen darauf, daß alles blitzschnell drängen darauf, daß alles blitzschnell geht, schließlich soll die Bohrung keine Minute unterbrochen werden. Wehe dem Arbeiter, der z.B. beim Auswechseln einer Bohrstange auf dem ständig nassen und mit Mud vollgespritzten Boden ausrutscht! Ständig gibt es bei dieser Arbeit Unfälle.

Aber diese – für britischen Standard – relativ hohen Löhne täuschen. Denn tatsächlich entsprechen diese etwas höheren Löhne in keiner Weise dem gesteigerten Verschleiß an Arbeitskraft. Für alle Arbeiter auf den Plattformen beträgt die tägliche Arbeitszeit – offiziell – zwölf Stunden. Die Schichten beginnen um 6 oder 7 Uhr morgens bzw. abends. Egal wie das Wetter ist, irgendwelche Pausen oder gar Reingehen in die Unterkünfte sind verboten. Nach sechs Stunden gibt es Essen und damit hat sich's. Das nächste Essen kommt erst nach der Arbeit.

50 bis hundert Arbeiter werden auf so einer Plattform rund um die Uhr ausgebeutet.

Auf dem untersten der zumeist drei Decks arbeiten die Hilfsarbeiter, die „Roughnecks" und „Roustabouts". Dort werden die Vorräte gelagert, das Bohrgestänge, der Zement, die Grundstoffe für die Spülflüssigkeit, den sogenannten „Mud". Während der Bohrung muß das Bohrloch ständig mit Mud vollgepreßt werden, um es abzudichten und den Bohrer zu schmieren. Die Arbeiter hier machen vor allem die Reparatur- und Wartungsarbeiten und nehmen die Ladungen ab, die mit einem Kran von den Versorgungsschiffen heraufgehievt werden. Ihr Deck ist völlig verdreckt mit Öl, und die Arbeiter werden von den hochgehenden Wellen und der Gischt ständig naßgespritzt.

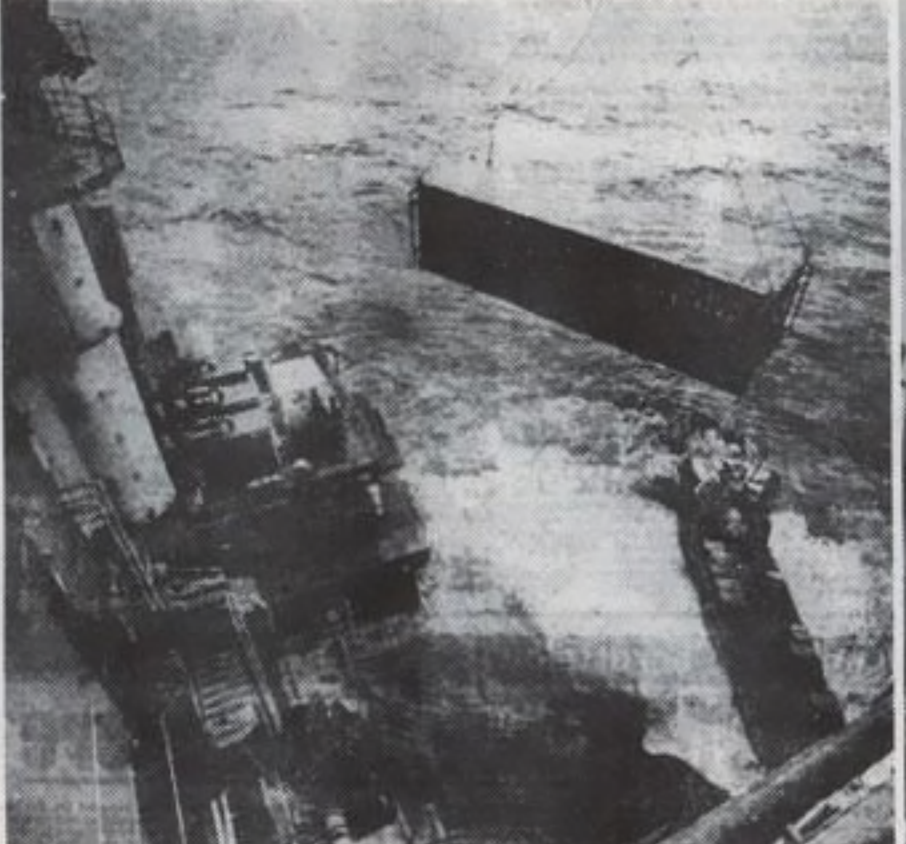
Im dritten Stock der Plattform befinden sich die eigentlichen Steueungsräume für die Plattform, dann der Funkraum, die Labors, die Verpflegungsräume und die engen Schlafkabinen der Arbeiter.

Die reguläre Arbeitszeit für diese schmutzige und schwere Schinderei beträgt 168 Arbeitsstunden in einer 2-Wochen-Schicht. Aber fällt z.B. einer der Kranführer wegen eines Unfalls oder Krankheit aus, so muß der zweite Mann eben nach drei Stunden Schlaf wieder raus. Und wenn wegen schwerem Wetter oder aus wer weiß was für Gründen die Ablösung nicht kommt, dann dauert die Schicht halt drei Wochen oder noch länger. Bis heute haben die Gewerkschaften keinerlei Kontrollrechte über die Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften. Bill Reed, Bezirkssekretär der Gewerkschaft TGWU in Aberdeen, berichtete uns, daß die Ölgesellschaften in Verhandlungen mit den Gewerkschaften jetzt angeboten haben, alle *vier* Jahre einmal eine Gesundheitsuntersuchung der Arbeiter durchzuführen.

Am härtesten ist die Arbeit für die inzwischen über 1500 Taucher, die in Tiefen von bis zu 200 oder 300 Metern die Bohrlöcher kontrollieren, die Pipelines schweißen und reparieren oder andere Reparaturen am Bohrgestänge und der Plattform selbst vornehmen. Die Kapitalisten bezahlen sie je Taucheinsatz, mit 60 bis 80 Pfund je Tag. einsatz, mit 60 bis 80 Pfund je Tag. Dafür finden sie bei schwerem Seegang, besonders im Winter, oft wochenlang überhaupt keine Arbeit. Sobald sie über eine Tiefe von 50 Metern hinabtauchen, müssen die Taucher alle paar Stunden in Dekompressionskammern. Denn bei diesen Tiefen speichert ihr Körper bestimmte Mengen an sogenannten Inertgasen (Stickstoff, Helium, Wasserstoff, Neon) im Gewebe an, die bei zu langem Auftauchen zu Blasenbildungen im Gewebe bis zur tödlichen Gasembolie führen. Damit sie so lange wie möglich unter Wasser arbeiten, führten die Ölmonopole kleine U-Boote mit Dekompressionskammern ein, in denen mehrere Taucher bis zu 45 Tage unter Wasser bleiben. Arbeitszeiten von bis zu 19 Stunden täglich oder neun Stunden ununterbrochen sind für diese Kabinentaucher keine Seltenheit. Wenn sie dann wieder hoch kommen, müssen sie weitere fünf Tage und länger in der Kammer bleiben, zur völligen Dekompression, bis sie wieder rauskönnen.

20000 Arbeiter werden heute auf den über 50 Öl- und Gasplattformen in der Nordsee ausgebeutet. Im letzten Jahr steigerten die Ölmonopole allein die Öl-Förderung auf 100 Millionen Tonnen, gegenüber 70 Millionen Tonnen im Vorjahr. Die Zahl der Arbeiter blieb gleich. Wilde Unterdrückung und regelmäßige Entlassung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unter ihrem eigenen Facharbeiterstamm ist die eine Methode, mit der die Ölmonopole ihren Ausbeutungsfeldzug gegen die Arbeiter zu sichern suchen. Die andere Methode ist die Kontraktarbeit. 40 bis 60% aller Arbeiter auf den Plattformen, darunter fast sämtliche angelernten und Hilfsarbeiter, werden von sogenannten „Contractors" gestellt.

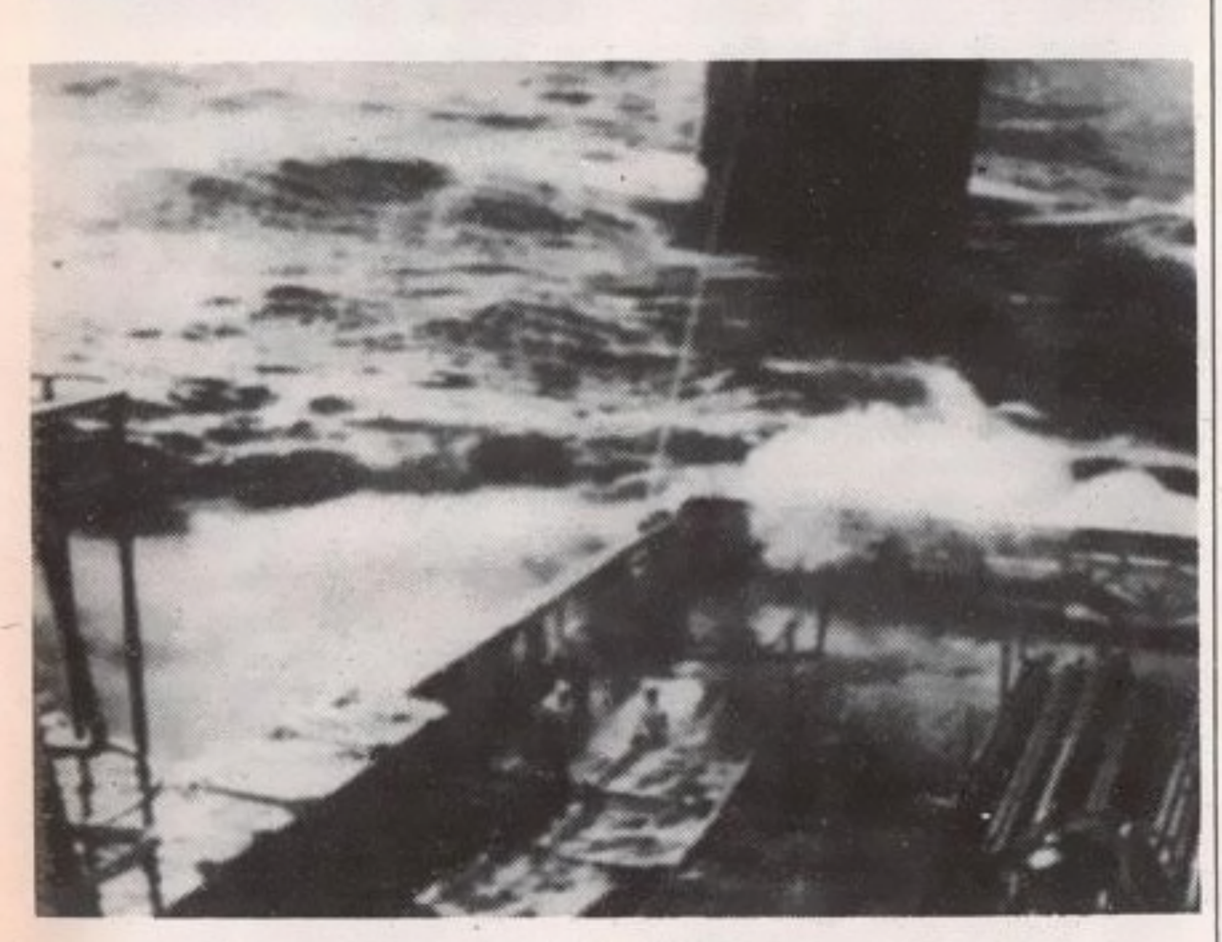



Besprühung mit Wasser sollte eine Explosion verhindern, bis die Bohrstelle endlich wieder unter Kontrolle war. Im Hintergrund das ebenfalls gefährdete Zentrum des Ekofisk-Feldes. *Bild oben:* Nur noch die – verbliebenen vier – Ponton-Beine sind von der ,,Alexander Kjelland" zu sehen. Die Aufbauten liegen 30 Meter unter Wasser. *Bild unten:* Im März 1978 verbrannten auf der Plattform Statfjord A bei Schweißarbeiten unter Deck fünf Arbeiter. Ursache war ein über ein Jahr altes Leck in einer Dieselöl-Leitung. *6. Bild:* Bauarbeiten auf Statfjord A. Wegen des ständigen starken Windes sind die Arbeiten äußerst gefährlich. Die Kapitalisten drängen auf Eile, ihr Kapital soll Profit abwerfen. Die Mannschaften müssen laufend ausgewechselt werden, weil nur wenige länger als eine Woche durchhalten. *Rechtes Bild:* Wohnplattform derselben Bohrinsel. Hoch über dem Wasser einige Rettungsboote. Auf der ,,Alexander Kjelland" haben sie wenig genutzt.

Das gleiche gilt für die Mehrzahl der Taucher, die Wartungs- und Reparaturarbeiter, viele der Bohrmannschaften, die Arbeiter der Versorgungsfirmen etc. Auf einer einzigen Plattform sind so oft Arbeiter von fünf bis zu acht Kapitalisten beschäftigt. Die ,,Contractors" selber rekrutieren ihre Arbeitskräfte vor allem unter den Arbeitslosen, ehemaligen Werftarbeitern etwa, und sie rekrutieren im ganzen Land. Einjährige Arbeitsverträge sind die Regel für diese Arbeiter, die ständig von einer Plattform auf die andere gejagt werden. Ist keine Arbeit da, werden sie kurzerhand entlassen, wenn sie nicht wegen der enormen Schinderei von selbst kündigen. Die Gewerkschaften kämpfen seit Jahren gegen dieses System. Aber bis heute haben sie lediglich für die Montagearbeiter, einen Teil der Reparaturarbeiter und jetzt die Verpflegungsarbeiter die gewerkschaftliche Organisierung durchgesetzt. Tarifverhandlungen finden mit den ,,Contractors" statt, nicht mit den Ölmonopolen, die tatsächlich über Löhne und Arbeitsbedingungen entscheiden. 1974 bildeten acht britische Gewerkschaften zum ersten Mal ein gemeinsames Komitee, um die gewerkschaftlichen Kämpfe der Plattformarbeiter zu unterstützen und diese zu organisieren. Ein Jahr später setzten sie auf der ersten Plattform die Wahl von Vertrauensleuten durch. Mit Unterstützung der Internationalen Transportarbeiterföderation hatten sie dem Ölkapitalisten eine Blockade aller Lieferungen angedroht. 1976 erreichten die Arbeiter auf den Plattformen im britischen Schelf schließlich, daß zumindest offizielle Funktionäre der Gewerkschaften zu allen Plattformen Zugang haben. Aber immer noch gibt es auf etwa 50% aller Plattformen keinen gewerkschaftlichen Vertrauensmann. Und unter den von den Ölgesellschaften selbst angestellten Arbeitern, die den Kern der Facharbeiter auf den Plattformen stellen, ist der Organisationsgrad weiter minimal.





Oben: Ein neues Bohrstück wird befestigt. Jedes Bohrstück ist 30 Meter lang.
Unten: Entladung eines Versorgungsschiffes.

Die Sicherheitsinteressen der Arbeiter sind mit dem Profitstreben der Kapitalisten unvereinbar

z.bag. ,,Techniker ratlos", ,,Experten stehen vor einem Rätsel": so und ähnlich kommentieren die bürgerlichen Zeitungen das Kentern der norwegischen Ölplattform *Alexander Kjelland*, bei dem 123 Arbeiter umkamen. Um dann den Schluß zu ziehen, das sei ,,der Preis, der für das schwarze Gold gezahlt werden muß".

In den ersten zehn Jahren, 1969 – 1979, hat der Konkurrenzkampf der Energiekonzerne um das Nordseeöl 235 Tote und mindestens 500 Schwerverletzte gekostet. Im norwegischen Teil der Nordsee haben sich die Unfälle in den letzten Jahren gehäuft: Drei Arbeiter starben, als im November 1975 auf der Plattform *Alpha* Gas aus einer durchgerosteten Pipeline ausströmte, Feuer ausbrach und die Trossen beim Abseilen des Rettungsbootes rissen. Im Februar 1976 kamen sechs Arbeiter um, als die Bohrplattform *Deep Sea Driller* bei einem Abschleppmanöver an Land getrieben wurde und kenterte. Im April 1977 gab es ein Blow-out auf der Bohrinsel *Bravo*; die 112köpfige Besatzung konnte im letzten Moment evakuiert werden. Im Februar 1978 verbrannten fünf Arbeiter auf der Plattform *Statfjord A* bei Schweißarbeiten unter Deck; Ursache war ein über ein Jahr altes Leck in einer Diesel-

Im April 1977 gab es ein Blow-out auf der Bohrinsel *Bravo*; die 112köpfige Besatzung konnte im letzten Moment evakuiert werden. Im Februar 1978 verbrannten fünf Arbeiter auf der Plattform *Statfjord A* bei Schweißarbeiten unter Deck; Ursache war ein über ein Jahr altes Leck in einer Diesel-

ölleitung. Im Juni desselben Jahres starben 18 Mann Besatzung einer Plattform beim Absturz eines Hubschraubers.

Die Ursachen des letzten Unfalls sind noch nicht im einzelnen geklärt, und man wird auch umsonst auf eine richtige Erklärung warten. Der norwegische Konzern Stavanger Drilling, der die Plattform besitzt und die ebenfalls norwegische, stark von amerikanischem Kapital durchsetzte Gesellschaft Philips Petroleum, die die Versorgungsplattform charterte, haben durch ihre Sprecher bisher nur die Sache mit der Metallmüdigkeit verbreiten lassen. Aus Widersprüchen in den Zeitungsmeldungen, aus Aussagen von den Arbeitern selbst und mithilfe einiger Einsichten in das kapitalistische Profitsystem kann man sich jedoch sogar als technischer Laie eine Reihe von Ursachen ausrechnen.

Grundlage ist der außerordentlich scharfe Konkurrenzkampf beim Bau der Bohrplattformen und bei der Ausbeutung des Nordseeöls selbst. Wegen der ,,Tankerkrise" haben sich norwegische und andere Werftkonzerne auf die Produktion von Bohranlagen in der Nordsee geworfen. Den Bauauftrag bekommen die Konzerne, die am billigsten produzieren; im Falle der Plattform *Alexander Kjelland* war es die französische CFEM. Kürzeste Bauzeiten, schärfste Arbeitshetze, das wirkt sich z.B. auf die Schweißnähte aus. Wegen der ,,Ölkrise" dann bei der Förderung dieselbe verschärfte Arbeitshetze, ungeheurer Verschleiß der Arbeitskraft in 12-Stunden-Schichten. In Sicherheits-Ausrüstung wird so wenig wie möglich investiert, das sind tote Kosten, die drücken auf den Profit.

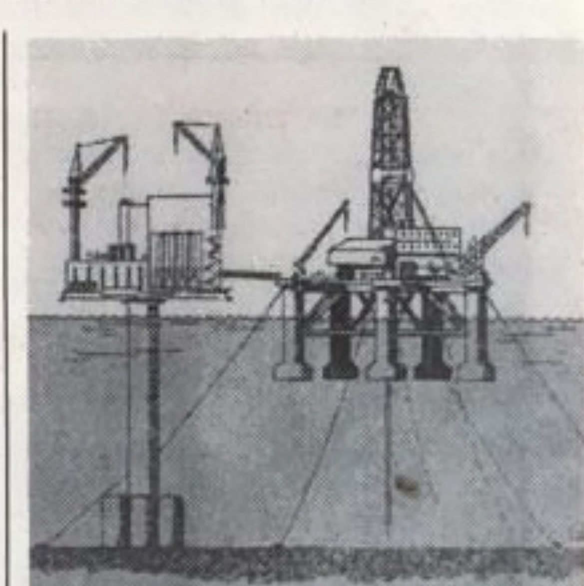
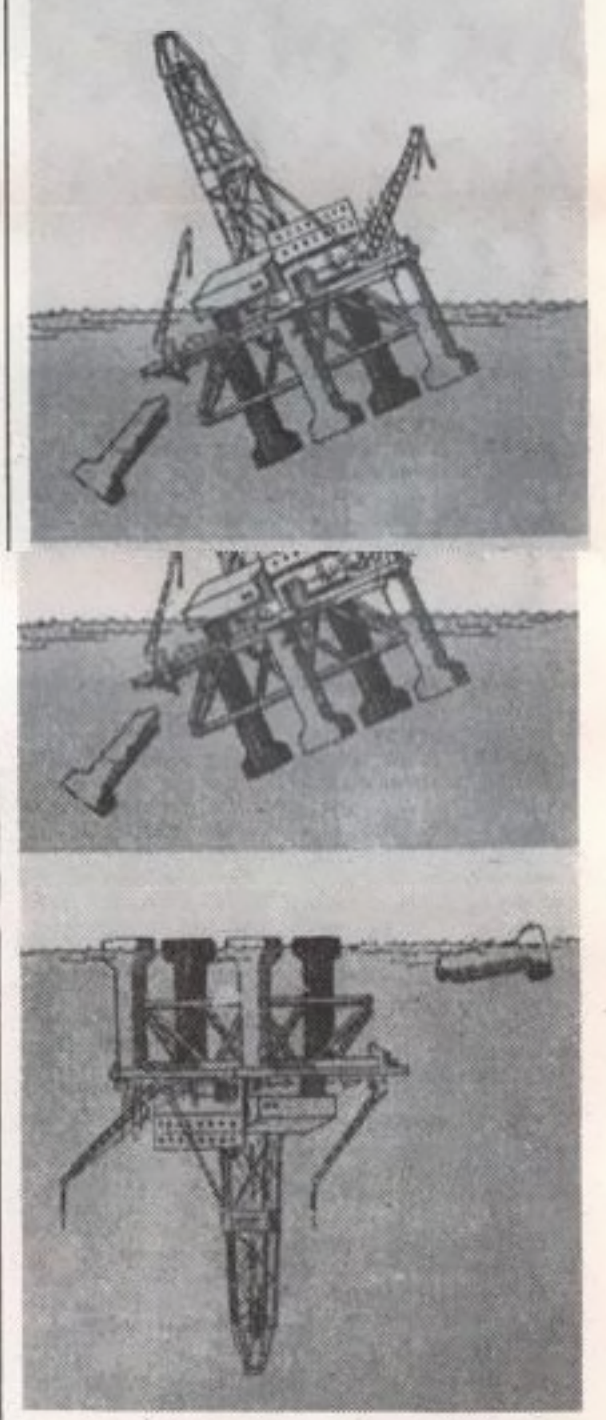
Was das Kentern der *Alexander Kjelland* auslöste, war der Bruch eines der fünf Beine, die die Plattform auf Pontons halbgetaucht trugen. Um diesen Bruch ranken sich zahlreiche Mythen, von der Kollision mit einem U-Boot bis zur Sabotage. Fest steht, daß diese Beine in dem permanent harten Seegang des Gebiets sehr starken Belastungen ausgesetzt sind. Je zwei im Meeresboden verankerte Trossen zerren wegen der Wellenbewegungen ständig an ihnen. Normalerweise sind sie dabei mit 40 – 50 Tonnen belastet; durch das abwechselnde Erschlaffen und plötzliche Strammwerden bei bestimmten Wind- und Wellenbewegungen kann diese Belastung sich jedoch kolossal verstärken. Zwar wurden die Spannungsverhältnisse von einem Kontrollraum aus überwacht, es gab jedoch keine automatischen Meßgeräte an den Balgen und Trossen, die z.B. Risse im Metall anzeigten. Es kann auch ein Leck in einem der Beine aufgetreten sein, so daß Wasser in den Hohlraum einströmte und dabei das Bein von der Plattform abriß. Ein dänischer Elektriker, der 4 Jahre lang auf Bohrplattformen der Nordsee gearbeitet hat, nannte die *Alexander Kjelland* einen ,,Rostkasten". Die Eisenplatten waren von der Witterung zerfressen. Mehrmals hat er zusammen mit Kollegen die fehlende Sicherheit kritisiert, ohne Erfolg. Im Dezember letzten Jahres kam es nach seinen Aussagen zu einem Blow-out auf der Produktionsplattform; die Mannschaft wurde an Deck versammelt, aber nicht ausgeflogen, weil die Sache harmlos sei. ,,Da zählt nur Geld, Geld und nochmal Geld", sagte er.

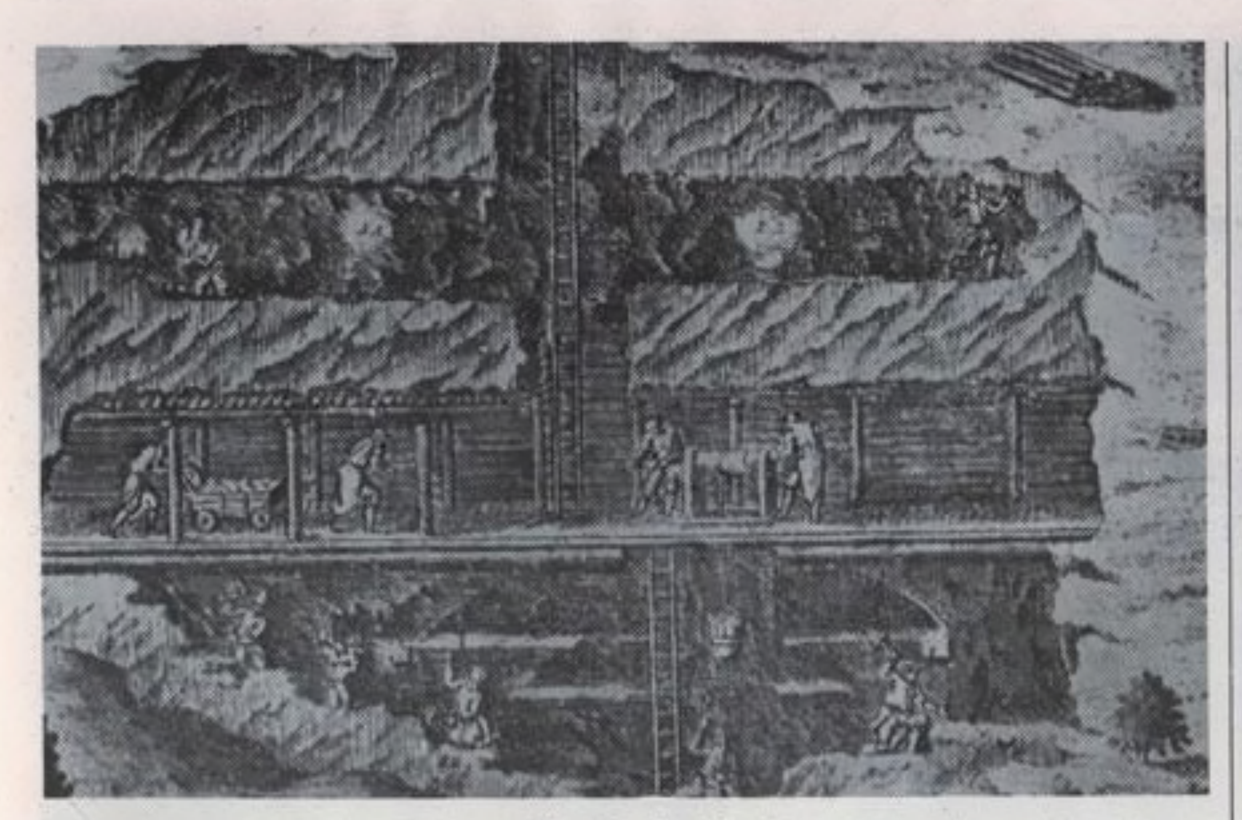
gen die fehlende Sicherheit kritisiert, ohne Erfolg. Im Dezember letzten Jahres kam es nach seinen Aussagen zu einem Blow-out auf der Produktionsplattform; die Mannschaft wurde an Deck versammelt, aber nicht ausgeflogen, weil die Sache harmlos sei. ,,Da zählt nur Geld, Geld und nochmal Geld", sagte er.

Eine ,,normale" Plattform hätte das Abreißen des einen Beines wahrscheinlich ohne weitere Schäden überstanden, d.h. die Insel wäre nach dem Ruck nach unten wieder ins Gleichgewicht gekommen. Das konnte die *Alexander Kjelland* nicht. Sie war nämlich nicht normal, sondern eine kombinierte Produktions- und Wohnplattform. 1976 ursprünglich als Bohrplattform gebaut, wurde sie später zusätzlich mit einem Hotelgebäude mit 336 Betten versehen. Der Bohrturm, 200 Tonnen schwer, blieb drauf; wenige Tage nach dem Unfall hätte die Insel wieder zur Produktionsanlage umgerüstet werden sollen. Dieser Turm bewirkte, daß die Plattform nicht wieder ins Gleichgewicht kam, sondern sich innerhalb von zehn Minuten auf den Kopf stellte.

Selbst unter diesen Umständen hätte es jedoch nicht zu 123 Toten kommen müssen. Nach Aussagen von Überlebenden war keine organisierte Rettungsaktion möglich – das war nie geübt worden. Die Enge der Gänge, Treppen und Türen des Hotelgebäudes bewirkten, daß viele nicht mehr rechtzeitig herauskamen. Rettungsboote klemmten fest, die an der Windseite waren sowieso nicht einsetzbar, andere schlugen beim Abseilen an der Plattform leck. Die meisten der Überlebenden sprangen direkt ins Wasser. Wieviele danach ertranken, ist nicht bekannt. Bekannt wurde allerdings, daß die Ölarbeiter seit langem Rettungsanzüge forderten, sog. survival suits, die ein Überleben bis zu 20 Stunden ermöglichen, daß aber wegen der hohen Kosten nur wenige Arbeiter diese Anzüge bekamen.

Rund 10000 Arbeiter sind zur Zeit bei der Ölproduktion in der Nordsee eingesetzt, 5000 davon leben jeweils 14 Tage lang auf Wohnplattformen wie der *Alexander Kjelland*. Sichere Arbeits- und Lebensbedingungen gibt es für sie nicht, ihre Sicherheitsinteressen sind unvereinbar mit dem Profitstreben der Ölkonzerne und können nur mit der Beseitigung dieses Profitsystems durchgesetzt werden. Auf dem Weg dahin müssen und können der Ruinierung der Arbeitskraft jedoch Schranken gesetzt werden. Gleich nach dem Unfall forderten die englischen Gewerkschaften die vorläufige Einstellung der Bohrarbeiten und eine Untersuchung der Plattformen auf Konstruktionsfehler und/oder Schäden. In Norwegen ist nach dem Unfall verlangt worden, daß alle Forderungen der Arbeiter nach Sicherheitseinrichtungen erfüllt werden und daß die Sicherheitskontrollen der Bohrinseln nicht mehr, wie bisher, den Versicherungsgesellschaften überlassen werden sollen. Die *Alexander Kjelland* war zum letzten Mal im Sept. 1979 durch eine solche Gesellschaft inspiziert worden. Wie beim Bau der Plattformen, sollen auch während des Betriebs mehr als bisher Gewerkschaftsvertreter als Kontrollorgane eingesetzt werden. Außerdem wird jetzt verstärkt die Forderung erhoben, daß keine Ölbohrungen nördlich des 62. Breitengrades begonnen werden sollen. Die Regierung hatte vor drei Wochen die Bohrungen beschlossen, gegen den Widerstand der Fischer, die dadurch ihre Existenzgrundlage gefährdet sehen; gegen den Widerstand vieler Arbeiter, die das Unfallrisiko bei dem noch härteren Klima weiter nördlich als zu hoch einschätzen. Unter den mörderischen kapitalistischen Bedingungen der Ölproduktion in der Nordsee haben sie recht damit.



Die Abbildung zeigt ein Pochwerk im 18. Jhd. im Harz. Es wird von einem Wasserrad betrieben. Von einem Göpel führt ein Schacht mit Fahrten (Leitern) in ein Erzbergwerk, in dem Erzhauer arbeiten.



So wurde noch 1910 das Erz abgebaut. Die einrädrige Handkarre zum Transport des Erzes ist durch Loren ersetzt worden.



Eine moderne Bohrmaschine im Erzbergwerk Rammelsberg bei Goslar. Mit ihr werden Sprenglöcher vorbereitet.

Preussag-Ibbenbüren: Der Konzern beherrscht die Stadt und ihre Entwicklung

r.noc. Ein kurzer historischer Rückblick macht deutlich, daß seit etwa fünfhundert Jahren die Entwicklung der Stadt Ibbenbüren (bis 1975 Tecklenburger Land – seit der Kreisreform Kreis Steinfurt) von der Kohleförderung geprägt wird.

Den verschiedenen Heimatbüchern kann man entnehmen, daß bereits 1461 die erste Kohle gefördert wurde. Ab Anfang des 16. Jahrhunderts wurde mit der Entdeckung der großen Steinkohlevorkommen am Schafberg kontinuierlich Kohle abgebaut. 1923 wurden die Preußischen Bergwerks- und Hütten AG – heute Preussag AG – gegründet. 1942 wurde von einem Ibbenbürener Bergarbeiter der sogenannte ,,Preußenhobel" konstruiert, der für die Mechanisierung der Kohlegewinnung eine weltweite Bedeutung hatte. 1850 arbeiteten in Ibbenbüren 275 Bergleute unter Tage, 1958 waren es gut 8000, heute sind es ca. 4000. Große Teile der Bauern wurden durch die Vernichtung ihrer kleinen Höfe auf die Zeche gezwungen. ,,Nicht nur auf dem Schafberg, sondern auch in der Bauernschaft Uffeln ist der Grundwasserspiegel, der früher hier nur 45 cm betrug, derart gesunken, daß sogar die tiefsten Brunnen versiegten. Auf dem sandigen Boden dieser Gegend wirkt sich dies so gewaltig aus, daß die Weideplätze im Sommer vertrocknen..." (Quelle: Ibbenbüren, Einst und Jetzt von A. Rosen, 1961). Mit stets zunehmender kapitalistischer Produktionsweise bei der Steinkohleförderung wurden der Landwirtschaft in großem Maße die natürlichen Grundlagen entzo-

den der Landwirtschaft in großem Maße die natürlichen Grundlagen entzo-

gen, so daß in allen Chroniken vermerkt wird, daß stets der größte Teil der Beschäftigten der umliegenden Gegend entstammte. Im Ostfeld, Nordschacht, sind in den vergangenen 5 Tagen beim Vorbohren zwei große Explosionen geschehen, wobei zwei Bergarbeiter tödlich verunglückt sind.

Noch 1974 war das Verhältnis von Bergleuten zu anderen Industriearbeitern 70%, heute sind es etwa 50%. Die vier Steinbrüche und Kalksandsteinwerke, sowie die Ziegeleien spielen heute wirtschaftlich kaum noch eine Rolle. Um dieser ,,einseitigen Wirtschaftsstruktur" beizukommen, hat die Landesregierung NRW und der Bund im regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm der Preussag alleine zur Aufschließung neuer Flötze 90 Millionen DM zu Verfügung gestellt. Diese Investionshilfen für die Preussag-Kapitalisten haben es ermöglicht, inzwischen bis zu einer Tiefe von 1400 m zu bohren, somit also in den größten Tiefen bei der Kohleförderung in Europa.

Begeistert berichten die Preussag-Kapitalisten: ,,Die Gesamtmächtigkeit, der bei Ibbenbüren nachgewiesenen Steinkohleformationen beträgt 2000 m. Sie enthält über 80 Kohlenflötze mit Mächtigkeiten bis zu 2 m. Die Jahresproduktion beträgt 2 Mio. to. Die Kohlenflötze im Lagerstättenbereich Ibbenbüren beinhalten den am stärksten inkohlten Anthrazit (höchster Gehalt an festem Kohlstoff 86 – 90) aller mitteleuropäischen Steinkohlereviere. Die Vorräte reichen noch weit über das Jahr 2000 hinaus" (Quelle: Preussag Anthrazit, 1979).

Bereits frühzeitig haben die Bergwerkkapitalisten begonnen, eine Infrastruktur nach ihren Profitinteressen durchzusetzen. Dörenthe mit dem Hafen liegt nur wenige km südlich der Stadt, und bis Bergeshövede, Hafen am Mittelland-Kanal, sind es 8 km. Dort hat die Zeche ihren Kanalanschluß. Beide Kanäle mit ihren Hafenanlagen haben einen Gesamtumschlag von 1,8 Mio. to., davon entfällt der größte Teil auf den Kohlenumschlag. Der Kanal verbindet die Hafenstadt

größte Teil auf den Kohlenumschlag. Der Kanal verbindet die Hafenstadt

Emden und das Ruhrgebiet mit Ibbenbüren. Zur Ergänzung wurde schon 1975 Ibbenbüren an die BAB ,,Hansalinie" angeschlossen.

Innerhalb des Energieprogramms der Bundesregierung hat die Einrichtung eines zweiten Kohlekraftwerkes in Ibbenbüren eine große Bedeutung. Zur Begründung soll die ,,Schaffung" von 100 Arbeitsplätzen herhalten. Dies hat bei den Volksmassen in Ibbenbüren nicht verfangen, bis jetzt ist das Kohlekraftwerk auf vielen Versammlungen abgelehnt worden.

,,Wichtige Aufgabe: Rohstoffsicherung" – den Preussag-Konzern treibt es um den Erdball

r.mio. Die Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft wurde 1923 gegründet zur Verwaltung der Oberharzer Berg- und Hüttenwerke, die seit 1866 nach der Übernahme der Anteile des hannoverschen Königshauses durch Preußen staatliches Eigentum waren. 1924 wurde die Unterharzer Berg- und Hüttenwerke GmbH gegründet. Gesellschafter waren zu 4/7 die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft und zu 3/7 die Braunschweig GmbH, die den ehemaligen Besitzanteil der Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel verwaltete. Nach dem 2. Weltkrieg gingen die Anteile der letzteren auf das Land Niedersachsen über und wurden 1968 von der Preussag aufgekauft. 1959 privatisierte die Bundesregierung 75% der Besitzanteile der Preussag. Die Westdeutsche Landesbank hielt zunächst 25% und hält heute knapp 40% der Aktien in ihren Händen. Das Grundkapital beträgt 315 Mio. DM, der Umsatz von mehr als 3 Mrd. DM wird durch Ausbeutung von mehr als 17000 Beschäftigten erzielt. Der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank ist jeweils Aufsichtsratsvorsitzender der Preussag AG, bis zum 11.1.78 war es Poullain, seit dessen Auswechslung ist es Völling. Im Aufsichtsrat sitzen u. a.:

Thierbach, Vorstand Deutsche Bank (Präsidium), Frhr. v. Spiegel, Vorstand Commerzbank; Birnbaum, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG; Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner AG.

Der Preussag-Konzern umfaßt heute neben der Preussag AG Metall – mit Sitz in Goslar und knapp 30% des Konzernumsatzes und der Beschäftigten – die Geschäftsbereiche Verkehr, Erdöl und Chemie, Kohle sowie Bau. Der Preussag-Konzern fördert in den beiden Harzer Erzbergwerken Rammelsberg und Bad Grund mehr als die Hälfte der westdeutschen Blei- und Zinkerze und hält in seinen Hütten gut 50% der westdeutschen Produktion an Handelsblei und -zink. Zusammen mit der Metallgesellschaft AG ist der Preussag-Konzern im Nichteisenmetallbereich eine der Stützen des westdeutschen Imperialismus.

Als letzten Coup im schon seit Jahren angestrebten Ausbau der internationalen Position im Nichteisenmetallbereich konnte der Preussag-Vorstand 1978 die 76,7%ige Beteiligung an der Amalgamated Metal Corporation Ltd. (AMC), London, verbuchen. Die AMC ist insbesondere im britischen und internationen Metallhandel und über Beteiligungsgesellschaften im Bergbau und der Verhüttung von Zinn tätig. In Penang/Malaysia betreibt sie mit Mehrheitsbeteiligung die größte Zinnhütte der westlichen Imperialisten. Über Minderheitsbeteiligung steckt sie im malaysischen Zinnbergbau und über Drittelbeteiligung in der einzigen australischen Zinnhütte. Ebenso hält die AMC eine 20%ige Beteiligung an der Norddeutschen Affinerie, Hambug (Grundkapital 105 Mio. DM).

Um die vom Konzernvorstand eingeschlagene Zielrichtung ,,Rohstoffsicherung durch Exploration und Prospektion" einzuhalten, muß der Preussag-Konzern seine Saugarme rund um den Erdball ausstrecken. In mehr als 30 Ländern Zentral- und Südafrikas, Asiens, Südamerikas sowie in Australien, Kanada usw. ist er über direkte oder indirekte Beteiligungen am Geschäft der Ausbeutung und Ausplünderung beteiligt oder lotet noch etwaige Möglichkeiten aus: Großprojekt ,,Manganknollen" im Pazifik u. a. südöstlich von Hawaii, Lagerstättenbeurteilung von Erzschlämmen im Roten Meer (Eisen-Zink-Kupfer-Silber), Exploration von Metallgehalt und Ausdehnung einer Kupferlagerstätte auf den Fidschi-Inseln usw. Die Zahl der Versorgungs- und Spezialschiffe hat sich seit 1973 mehr als verdoppelt von 22 auf 50 (1978). Die Bundesregierung subventionierte 1978 die Prospektions- und Explorationsaufwendungen von 10,5 Mio. mit 5,0 Mio. DM. In Westdeutschland und Westeuropa sucht die Preussag nach massiven Sulfiderzlagerstätten neben Erdgas und Erdölbohrungen auf dem Festland und in der niederländischen und britischen Nordsee.

Mit 36 Mio. DM Finanzanlagen hat der Konzern 1978 seinen Einfluß ausgedehnt. 1976 waren es ,,nur" 20 Mio. DM. Mit der Nichtausschüttung einer Dividende 1977 und 1978 wurde die Expansion im Auftrag der Großbanken beschleunigt.

Geschichte des Bergbaus im Harz

Geschichte des Bergbaus im Harz

Mit der imperialistischen Entwicklung beginnt der schrankenlose Raubbau

r.mio. Der Unterharzer Bergbau im Rammelsberg bei Goslar wird bereits 968 von Kaiser Otto I. eröffnet, insbesondere wegen des Eisen- und Silbergehalts. Der Oberharzer Bergbau wurde Mitte des 12. Jh. wahrscheinlich durch Mönche begonnen. Charakteristisch für die Besitzverhältnisse bis ins 17. Jh. sind im Oberharz Kämpfe zwischen den Grubenhagenschen und Braunschweigischen Herzögen um den Besitz an den Bergwerken, im Unterharz setzen sich die Braunschweigischen Herzöge zunächst gegen den Kaiser durch, später gegen das in Goslar aufkommende Bürgertum, das den Rammelsberger Bergbau im 14. und 15. Jh. zu neuer Größe geführt hatte. Hauptsächlich geht es um den Zehnten und seine Größe, das Vorkaufsrecht an den Hüttenerzeugnissen sowie das Münzrecht. Um das Problem der Arbeitskräfte für den Bergbau im Oberharz zu lösen, erlassen die Grubenhagenschen und Braunschweigischen Fürsten ,,Bergfreiheiten" wie Koalitionsrechte, Marktrechte, Steuerfreiheit, Gerichtsamkeit etc., um durch solche Vergünstigungen Bergleute insbesondere aus dem sächsischen Erzgebirge zum Ansiedeln zu bringen.

1635 gründen sieben erbberechtigte Fürsten die Harzer Communion, die die Bergwerke verwalten soll. 1866 wird Hannover preußische Provinz. Wesentlichere Umwälzungen fanden mit Ausnahme der Lösung des Wasserproblems im Produktionsprozeß bis ins 19. Jh. im Rammelsberg nicht statt. Dies ist auch zu erkennen an der durchschnittlichen jährlichen Roherzförderung: 968 – 1360 etwa 8000 t, 1500 – 1860 zwischen 13000 und 20000 t im Durchschnitt. Wesentliche Änderungen in der Produktivkraft der Arbeit gab es erst im 19. Jh.:

1830/34: Streckenförderung erstmals mit auf eisernen Schienen laufenden Hunden anstelle von Karren; Einführung der Fahrkunst anstelle von Leitern (Oberharz); Einführung von Drahtseilen anstelle von Hanfseilen und Ketten bei der Schachtförderung.
1859: Entdeckung des Neuen Lagers im Rammelsberg
1875: Einsatz der ersten Dampfmaschine für Förderung und Wasserhaltung
1879: Feuersetzen wird endgültig aufgegeben, als anstelle des Schwarzpulvers brisante Sprengstoffe treten. Einführung maschinellen Bohrens mit Preßlufthämmern.
1910: erster Einsatz einer elektrischen Fördermaschine (auch fürs Ein- und Ausfahren)
1912: Aufstellen von elektrischen Wasserhaltungsmaschinen

Die Gründung der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für den Harzer Bergbau sollte durch gewaltige Ankurbelung der Produktion dazu beitragen, den deutschen Imperialismus wieder kriegsfähig zu machen. Die im Harz geförderten Erze enthalten insbesondere Zink und Blei (18 bzw 8%), aber auch Eisen (9%), Kupfer und Mangan (1%), Schwefel (21%), Gold und Silber sowie Spuren von giftigen Schwermetallen wie Wismut, Antimon, Cadmium, Thallium, Indium und Quecksilber. Erst im 20. Jh. ist die Zinkproduktion bedeutend geworden. Von durchschnittlich 58000 t jährlich in den Jahren des 1. Weltkriegs steigert die Preussag die Roherzförderung im Rammelsberg auf mehr als 100000 t 1926.

1930 beginnt die Konzernführung ein großangelegtes Rationalisierungsprogramm. Das Erzbergwerk Clausthal mit 780 Mann starker Belegschaft wird stillgelegt, um die behauptete Vertaubung nachzuweisen, werden gute Erzanbrüche verschüttet. Die verschärfte Arbeitslosigkeit wird wiederum zu Lohnsenkungen in den Gruben in Bad Grund von ca. 6% genutzt. Die Schließung der Grube ,,Bergmannswohlfahrt" gelingt ihr nicht, einen Tag vor der geplanten Stillegung muß sie die Kündigungen zurücknehmen. 1936 wird am Rammelsberg die neue Aufbereitungsanlage in Betrieb genommen und die Anlagen übertage umgebaut. Schon 1939 beträgt die Produktion in den verbliebenen Erzbergwerken Bad Grund und Rammelsberg mehr als das Doppelte der jemals im Harz geförderten Roherzmenge.

Allein im Rammelsberg fördert eine Belegschaft von 800 eine Menge von 264000, d.s. 330 t pro Mann und Jahr. In den Jahren vor 1921 waren es ca. 150 t pro Mann und Jahr.

Gesamtroherzförderung Rammelsberg

Zeitraum	in Mio. t	in %
968 – 1979	23,9	100
1960 – 1979	5,8	24,3
1924 – 1959	6,1	25,5
1935 – 1979	10,8	45,2
1921 – 1979	12,0	50,2
1867 – 1979	14,8	61,9

Seit 1924 hat der Preussag-Konzern seine Arbeiter aus dem Rammelsberg etwa soviel herausholen lassen, wie sämtliche Fürsten und alle bisherigen Gesellschafter in 956 Jahren zusammen. Heute fördert eine Belegschaft von ca. 500 jährlich knapp 300000 t, d.h. 600 t pro Mann und Jahr. Mit den aus dem Raubbau an der Gesundheit der Bergarbeiter und der Natur gezogenen Profiten treibt sich der Konzern heute um den Erdball.